ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

3. Jg. Dez.68/Jan.69 50 Pfg

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten gegründet

Am 31. Dezember 1968 konstituierte sich in Hamburg am 50. Jahrestag der Gründung der KPD durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten.

Angesichts der revisionistischen und unterwürfigen Politik der DKP/KPD gegenüber der Monopolbourgeoisie hatten sich überall in Deutschland die bewußten revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft und der Intelligenz zusammengefunden, um getreu der Lehre von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung den revolutionären Befreiungskampf des Proletariats fortzusetzen, den die Revisionisten in Ost und West verraten haben. Sie waren sich bewußt, daß nur eine konsequente revolutionäre Partei den monopolkapitalistischen Staatsapparat zerschlagen und dessen reformistischen und revisionistischen Handlangern Einhalt gebieten kann.

33 Delegierte aus allen Teilen Westdeutschlands und Westberlins berieten auf dem Gründungsparteitag über die nach Diskussion in den einzelen Gruppen vorgelegten Papiere: Erklärung zur Gründung der KPD/ML, Statut und Richtlinien für die einzelnen Kommissionen. Nach lebhafter Aussprache wurden die Entwürfe geringfügig geändert angenommen. Im Anschluß daran wählte der Parteitag die einzelnen Organe der Partei. Die KPD/ML, legitime Nachfolgerin der revolutionären Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns, war damit gegründet.

Erklärung zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Wie die Geschichte der Menschheit zeigt, führten stets die hart vor ihrem Untergang stehenden reaktionären Kräfte einen letzten Verzweiflungskampf gegen die revolutionären Kräfte, und es liessen sich wiederholt manche Revolutionäre eine Zeitlang dadurch irreführen, daß der innerlich Schwache äußerlich stark erscheint, und sie erkannten nicht das Wesen der Sache, daß nämlich der Feind seiner Vernichtung, sie selbst aber ihrem Triumpf entgegengingen (Mao Tse-tung).

Das internationale Proletariat und die internationalen revolutionären Kräfte stehen heute im Kampf gegen zwei Hauptfeinde: Den USA-Imperialismus und den Sowjetrevisionismus. Beide haben die Welt zur Unterdrückung und Ausbeutung der Völker in Einflußsphären untereinander aufgeteilt. Zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit der Völker bedienen sie sich rücksichtslos ihrer gewaltigen Militärapparate. Die einen reden von "Freiheit" und "Demokratie", die anderen mißbrauchen das Wort Sozialismus zur Tarnung ihrer imperialistischen Ziele.

Trotz dieses imperialistischen Komplotts greifen die revolutionären Befreiungsbewegungen der Völker immer mehr um sich und versetzen den reaktionären Kräften in der Welt ständig härtere Schläge. Die revolutionären Erhebungen der für ihre Befreiung kämpfenden Volksmassen zwingen den USA-Imperialismus, seinen Militär- und Polizeiapparat ständig zu verstärken, um diese Bewegung auch im eigenen Land zu unterdrücken. Es zeigt sich immer deutlicher sein offen faschistischer Charakter.

Zur gleichen Zeit verstärken sich die Widersprüche auch im revisionistischen Lager. Die sowjetrevisionistische Führungsclique hat unter der Maske der Kritik an Stalin die Diktatur des Proletariats direkt angegriffen und sie in die Diktatur einer sich neu entwickelnden Bourgeoisie verwandelt. In ihren Beziehungen zu anderen Ländern unterscheidet sie sich nicht wesentlich von den USA-Imperialisten. Sie restauriert in der Sowjetunion offen den Kapitalismus und verstärkt ebenfalls ihren Militär- und Polizeiapparat, um ihre Vorherrschaft über die anderen Länder zu erhalten und die eigenen Volksmassen zu unterdrücken. Sie hat den proletarischen Internationalismus zugunsten des Großmachtchauvinismus verraten; sie hat das sozialistische in ein neokapitalistisches System verwandelt; damit offenbart sie immer deutlicher ihr sozialimperialistisches und sozialfaschistisches Gesicht. Durch den Verrat der revisionistischen Führungsclique am Marxismus-Leninismus haben die Sowjetunion und die KPdSU ihren Führungsanspruch innerhalb der proletarischen Weltbewegung verloren.

Im Gegensatz dazu hat die Kommunistische Partei Chinas unter Führung ihres Vorsitzenden Mao Tse-tung konsequent die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin schöpferisch angewandt und gegen alle Angriffe verteidigt. Genosse Mao Tse-tung hat die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats zusammengefaßt, den Marxismus-Leninismus weiterentwickelt und ihn dadurch auf eine höhere Stufe gehoben. Die Große Proletarische Kulturrevolution unter der direkten Führung des Genossen Mao Tse-tung ist die konsequente Fortsetzung des Klassenkampfes unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats im Kampf gegen die bürgerlich-revisionistische Linie.

Die Lehre Mao Tse-tungs stellt daher den Marxismus-Leninismus in der Epoche des endgültigen Untergangs des Imperialismus dar. Sie ist die stärkste Waffe des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker in der ganzen Welt in ihrem gerechten Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus. Sie versetzt die Völker der ganzen Welt in die Lage, ihren Kampf zu entwickeln, auszuweiten und siegreich zu führen.

Die nationale Lage Deutschlands ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein getreues Abbild der Weltlage. Während der westliche Teil Deutschlands zum Einflußgebiet des USA-Imperialismus gehört, gehört der östliche Teil zum Einflußgebiet des sowjetischen Sozialimperialismus. Die herrschende Klasse in Westdeutschland verschärft mehr

und mehr ihren Terror gegen das Volk. Notstandsgesetze, Einsatz von Schußwaffen und Tränengas gegen Demonstranten sowie Schutzhaftbestimmungen sind die Mittel, mit denen die herrschende Klasse ihre angeschlagene Stellung zu retten versucht. Während die Bourgeoisie ihre Profite ständig steigert, halten die Lohnerhöhungen für die Arbeiterklasse nicht einmal mit den Preis- und Mieterhöhungen Schritt. Die der Bourgeoisie hörige Führung der Gewerkschaften fordert die Arbeiterklasse zur "Mitbestimmung" an der Profitsteigerung der Monopolbourgeoisie auf, um die Arbeiterklasse von ihren Klasseninteressen abzulenken, die Klassengegensätze zu verschleiern und den Klassenkampf abzuwürgen.

In der DDR, auf die sich zum Zeitpunkt ihrer Gründung die hoffnungsvollen Blicke des westdeutschen und internationalen Proletariats richteten, ist durch die Führungsclique der SED die Weiterführung des Klassenkampfes verhindert worden. Sie hat versäumt, die alte Bourgeoisie restlos zu zerschlagen und hat es zugelassen, daß sich eine neue Bourgeoisie etabliert: Statt Klassenkampf - Ökonomismus. Statt ideologischer Revolutionierung der Massen - Bürokratismus und Förderung bürgerlichen Denkens. Darüber hinaus hat sie die nationalen Interessen der deutschen Arbeiterklasse in zunehmendem Maße an die sowjetischen Sozialimperialisten verkauft und schreckt nicht einmal davor zurück, sich an deren militärischen Abenteuern zu beteiligen.

Beide, die westdeutsche Monopolbourgeoisie und die in Ostdeutschland herrschenden Kreise, verraten die sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes, sie haben sie dem Streben des USA-Imperialismus und Sozialimperialismus der sowjetischen Führungsclique nach Weltherrschaft zum Opfer gebracht. Weder die Bonner noch die Ostberliner Regierung haben das Recht, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Deshalb ist die proletarische Revolution in ganz Deutschland eine objektive Notwendigkeit.

Nach 1945 formierte sich die KPD auch in Westdeutschland als revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse mit dem Ziel eines einheitlichen sozialistischen Deutschlands. Nach Gründung der SED in Ostdeutschland entstand die Arbeitsgemeinschaft SED/KPD. Die im Ansatz positive Zusammenarbeit wurde später in ihr Gegenteil verkehrt, als die bürokratischen Methoden der SED auch auf die KPD übertragen wurden und die innerparteiliche Demokratie zerstörten.

Die personelle und materielle Abhängigkeit des KPD-Apparates von der SED führte dazu, daß die KPD sich in gleicher Weise wie die SED auf einen revisionistischen Kurs begab. Statt die revolutionäre Tradition der KPD weiterzuführen und den Revisionismus der SED-Führungsclique zu verurteilen, machte sich die KPD-Führung diese Linie zu eigen. Damit verlor die KPD die Berechtigung, als Vertreterin der deutschen Arbeiterklasse aufzutreten. Dieser Verrat zeigt sich in noch stärkerem Maße in der Gründung der DKP. Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hat eine Partei, die sich kommunistisch nennt, ihre Gründung der Absprache und Zusammenarbeit mit dem reaktionären bürgerlichen System zu verdanken.

Ohne die Führung durch eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen.

Deshalb wurde die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten eine objektive Notwendigkeit.

Die KPD/ML steht fest auf dem Boden der revolutionären Theorie von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung.

Die KPD/ML ist die Avantgarde des Proletariats, die die Theorie mit der Praxis verbindet, enge Verbindung mit den Volksmassen aufrechterhält und den Geist der ernsten Selbstkritik hat.

Die KPD/ML wird gemäß dieser Prinzipien das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse stärken und sie gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker zum Sieg führen.

Die KPD/ML weiß, daß die herrschende Klasse ihre Machtpositionen nicht widerstandslos räumt. Sie zu zerbrechen kann nicht über das Parlament geschehen, sondern nur durch den revolutionären Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der großen Mehrheit des Volkes.

Die KPD/ML ist sich im klaren darüber, daß der Weg zur Errichtung der Diktatur des Proletariats in ganz Deutschland lang, voller Schwierigkeiten und harter Kämpfe sein wird. Dieser Kampf wird von jedem einzelnen Genossen höchsten Einsatz, Mut und Opferbereitschaft erfordern.

Wir können und werden diesen Kampf nur gewinnen, wenn wir uns eng mit den Massen verbinden und festes Vertrauen zu ihnen haben, von ihnen lernen und sie mit der scharfen Waffe der marxistisch-leninistischen Theorie wappnen.

Gestützt auf die von uns selbst organisierten Kräfte können wir alle deutschen und ausländischen Reaktionäre in unserem Land besiegen.

Kämpfen wir für ein einheitliches sozialistisches Deutschland!

Kämpfen wir für die Stärkung der KPD/ML!

Genossinnen und Genossen,

als vor 50 Jahren vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919, die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet wurde, herrschten in Deutschland Hunger und Elend, wehte über unserer Heimat die rote Fahne der Revolution. Spät, zu spät wurde damals die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ins Leben gerufen. So konnte es kommen, daß die Agenten der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterschaft, die verräterische Führung der Sozialdemokratie, das Volk betrügen und um die Früchte seines Kampfes bringen konnte.

Sollen wir heute, 50 Jahre später, nachdem die modernen Revisionisten, die degenerierte Führungsclique der ehemals stolzen KPD, den gleichen Verrat begingen und im schmutzigen Kuhhandel mit der Bourgeoisie ihre Wiederzulassung erbettelten, den gleichen Fehler begehen?
Sollen wir warten, bis die sich ständig verschärfenden Klassenauseinandersetzungen in Deutschland einen Grad erreicht haben, an dem die Massen spontan ohne die notwendige Führung durch eine marxistisch-leninistische Partei zu handeln beginnen?

Sollen wir warten und zulassen, daß immer mehr Menschen infolge des Fehlens einer revolutionären Partei den Rattenfängern des Neofaschismus auf den Leim gehen?

Sollen wir warten, warten bis es wieder einmal spät, zu spät sein wird? Sollen wir den Leuten folgen, die - sich Marxisten-Leninisten nennend - uns einreden wollen, die Zeit zur Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei sei noch nicht reif, das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiterklasse sei praktisch gleich null, man müsse erst einmal Initiativausschüsse gründen und sammeln, eine Zeitung herausgeben usw.? Was anderes haben wir in den vergangenen 1 1/2 Jahren denn getan? Daß sie, die in Worten die Sammlung aller Marxisten-Leninisten in Westdeutschland fordern, es ablehnen, mit uns überhaupt nur zu sprechen und sich in üblen Verleumdungen gegen Genossen unserer Partei ergehen, zeigt nur, wessen Spiel sie spielen. Ob sie sich dessen nun bewußt sind oder nicht, dient ihr Verhalten nur den Interessen des Klassengegners, der das Erstarken einer deutschen marxistisch-leninistischen Partei verhindern möchte.

Wie sagte der Genosse Lenin in seiner Schrift "Womit beginnen": "An der Schaffung einer Kampforganisation arbeiten und politische Agitation treiben ist unbedingt notwendig in jeder Situation, mag sie auch noch so 'alltäglich, friedlich' sein, in jeder Periode, mag in ihr der 'revolutionäre Geist' auch noch so 'gesunken' sein; mehr als das: gerade in einer solchen Situation und in solchen Perioden ist die genannte Arbeit (der Aufbau einer bolschewistischen Partei d.Red.) besonders notwendig, denn in der Zeit der Explosion und Ausbrüche ist es schon zu spät, eine Organisation zu schaffen; sie muß in Bereitschaft stehen, um sofort ihre Tätigkeit entfalten zu können."

Wie sagte der Genosse Mao Tse-tung: "Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen."

Deshalb gründeten wir am 31.12.1968 die KPD/ML. Wir wissen, daß vor uns ein hartes Stück Arbeit liegt. Wir machen uns da nichts vor. Noch in diesem Monat werden die vier stärksten Landesverbände ihre Landesparteitage abhalten, andere werden folgen. Schon jetzt zeigt sich, daß die Reaktion aus der Arbeiterschaft und der Jugend, die aus der Intelligenz und der Studentenschaft weit übertrifft. Das verpflichtet uns: Rein in die Betriebe, Breitenarbeit unter Schülern und Lehrlingen.

Um es noch einmal klar und deutlich zu sagen. Wir wissen, daß es noch zahlreiche Genossen gibt, die keine Möglichkeit hatten, am Gründungsparteitag der KPD/ML teilzunehmen. Sei es, daß ihnen der Aufbau einer arbeitsfähigen Gruppe noch nicht gelungen war, daß sie am 31.12.68 arbeiten mußten, daß ihnen das Geld fehlte, die weite Reise nach Hamburg zu machen. Diese Genossen in unsere Arbeit mit allen Rechten und Pflichten eines Mitgliedes der KPD/ML einzubeziehen, muß uns Aufgabe und Verpflichtung sein. Um allen Genossen, zu denen der Kontakt noch nicht hergestellt werden konnte, Gelegenheit zu geben, voll in die Arbeit der Partei einzusteigen, zu wählen und gewählt zu werden, planen wir für Mitte des Jahres eine Parteidelegiertenkonferenz bzw. einen außerordentlichen Parteitag, auf dem diesen Genossen die Möglichkeit hierzu gegeben wird.

Genossinnen und Genossen, heben wir das rote Banner der Revolution, schreiten wir vorwärts auf dem Wege der Lehre Marx, Engels, Lenins, Stalins und des größten Marxisten-Leninisten unserer Zeit, des Genossen Mao Tse-tung.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten.

Redaktionskollektiv
ROTER MORGEN

Ermutigung im Kampf gegen Imperialismus und modernen Revisionismus

In ihrer Grußbotschaft an die Kommunistische Partei Chinas haben die Delegierten des Gründungsparteitages der KPD/ML die erfolgreiche Zündung der zweiten Wasserstoffbombe begrüßt und festgestellt, daß die Nuklearversuche der Volksrepublik China eine große Ermutigung und Unterstützung für die revolutionären Volksmassen der ganzen Welt sind.

Wir sagen es offen: Diese Wasserstoffbombenversuchsexplosion erfüllt uns mit großer Freude, zeigt sie doch, wie - angefeuert durch die Lehre Mao Tsetungs - die chinesische Volksbefreiungsarmee, die besten Arbeiter und Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler die steilsten Höhen der Wissenschaft und Technik erklimmen. Diese Erfolge beweisen noch einmal die unvergleichliche Überlegenheit des sozialistischen Systems.

Der Ausgang des Krieges wird nicht durch Waffen, sondern durch Menschen entschieden. Auf Grund dieser Ansicht hat die Volksrepublik China die erforderlichen und beschränkten Nuklearversuche durchgeführt und Kernwaffen entwickelt. China tut das nur mit dem Ziel, sich zu verteidigen, letzten Endes ist es sein Ziel, alle Kernwaffen zu vernichten. Der Besitz von Kernwaffen durch das chinesische Volk dient nicht dem Zweck einer militärischen Aggression, sondern der Sicherung eines echten Weltfriedens.

Bonn verschärft den Terror

Neue Maßnahmen zur Unterdrückung der APO

Die internationale Lage ist ausgezeichnet für das Proletariat und die um ihre Befreiung vom Kolonialismus und Neokolonialismus kämpfenden Völker der Welt. Die allgemeine Krise des Weltimperialismus vertieft sich ständig. Mit Streiks, Demonstrationen bis hin zum bewaffneten Aufstand beginnen sich die Völker ihrer nationalen und internationalen Unterdrücker zu erwehren. Selbst Europa wurde im zu Ende gehenden Jahr in seinen kapitalistischen Hochburgen von den Flammen revolutionärer Kämpfe erfaßt. Kein Wunder, daß auch die westdeutsche Monopolbourgeoisie das große Zittern kriegt und über ihre Lakaien im Bundestag weitere Maßnahmen zur Unterdrückung des Volkes vorbereiten läßt.

Erst Schutzhaft – dann Konzentrationslager

Alles schon einmal dagewesen. Die Nazis nannten es "Schutzhaft", heute heißt es "Vorbeugungshaft". Die SPD-Bundestagsfraktion brachte als erste den Antrag ein, die CDU/CSU schlossen sich an.

Der Sinn der Sache: In Zukunft möchte man demonstrierende Studenten oder streikende Arbeiter schon einsperren können, bevor noch die Demonstration oder der Streik begann. Sicher ist sicher.

Natürlich schiebt man - um sich die Sympathie der deutschen Spießbürger zu sichern - vorab die Rocker vor, gegen deren Unwesen es einzuschreiten gelte. Doch was heißt hier überhaupt Rocker? Klar, wir sind dagegen, daß Jugendliche alten Rentnern die Geldbörse klauen oder Arbeiter, die von der Schicht nach Hause kommen, grundlos zusammenschlagen. Doch wer ist schuld daran? Die heranwachsenden Jugendlichen, die sich in Banden zusammenschließen, um blind, aggressiv - weil sie die politischen Zusammenhänge noch nicht erkennen - gegen eine Gesellschaft zu reagieren, die sie zu dem machte, was sie sind? Denen man Aggression, Sex, Brutalität, "sieh' zu, wie du durchkommst" von Kindesbeinen auf einbläute? Denen man als einzigen Weg die Anpassung an eine Gesellschaft bietet, in der sie ihr Leben lang als Ausbeutungsobjekte den Herrschenden zu dienen haben.

Wer das hochgespielte sogenannte "Rocker-Unwesen", wer Mord, Totschlag, Raub, Kindesmißhandlung, Diebstahl usw. erfolgreich bekämpfen will, muß die kapitalistische Gesellschaft zerschlagen, die für all diese Dinge verantwortlich zeichnet. Muß an ihrer Stelle den Sozialismus errichten, der allein in der Lage ist, den Menschen ein lebenswertes Leben zu sichern.

Doch wie schon gesagt, die Rocker schob man nur vor - vielleicht will man sie später nach bewährtem Muster als Kapos in den KZs einsetzen. Den Herren in Bonn geht es um mehr. Westberlins künftiger Polizeipräsident und SPD-Bundestagsabgeordneter Hübner ließ die

Katze aus dem Sack, als er erklärte, man dürfe es seiner Ansicht nach nicht zulassen, daß die Demonstrationstäter frei umherlaufen und den zuständigen Wachtmeister grüßen: "Ich gehe mal wieder zur Demonstration."

Das stellt die Sache wohl klar, wer hier in erster Linie gemeint ist. Doch bilden sich die Herren in Bonn etwa ein, wir hätten aus der Zeit von 1933 bis 1945, aus Indonesien, Griechenland usw. nichts gelernt? Wir ließen uns willig wie das Vieh zur Schlachtbank führen?

Eine disziplinierte Partei, die mit der Theorie des Marxismus-Leninismus gewappnet ist, die Methode der Selbstkritik anwendet und mit den Volksmassen verbunden ist; eine Armee, die unter Führung einer solchen Partei steht; eine von einer solchen Partei geführte Einheitsfront aller revolutionären Klassen und aller revolutionären Gruppen - das sind die drei Hauptwaffen, mit denen wir die Feinde besiegt haben.

Mao Tse-tung

Liga oder Partei?

Daß die Revisionisten der DKP/KPD brennend daran interessiert sind, die Gründung einer deutschen marxistisch-leninistischen Partei zu verhindern, liegt auf der Hand. Daß aber Leute, die vorgeben, Marxisten-Leninisten zu sein, ins gleiche Horn stoßen, läßt Zweifel an ihrer Ehrlichkeit oder Prinzipienfestigkeit aufkommen. Geradezu erheiternd wird aber die Sache, wenn diese Leute versuchen, Mao Tse-tung mit Mao Tse-tung zu widerlegen.

Sie berufen sich dabei auf das Wort des Genossen Mao Tse-tung: "Will man die Revolution, muß man eine revolutionäre Partei haben ..." - nur mit dem Unterschied, daß sie das Wort "Partei" in das Wort "Liga" verwandeln. Zur Begründung für diese Verfälschung berufen sie sich wiederum auf den Genossen Mao Tse-tung: "Die Meinung der Massen sammeln und konzentrieren, sie wieder in die Massen tragen, damit sie konsequent verwirklicht werden, wodurch sich die richtigen Ansichten der Führung herausbilden - das ist die grundlegende Führungsmethode."

Ihrer Meinung nach wollen die Massen also keine Partei, sondern eine Liga oder einen Bund, eine Vereinigung, ein Bündnis - was Jacke wie Hose ist. Also hat ihrer Ansicht nach der Genosse Mao Tse-tung doch nicht recht. Das Volk braucht keine "revolutionäre", keine "disziplinierte" Partei, sondern eine unverbindliche Liga ohne Statuten, ohne Programm, wo jeder machen kann, wozu er lustig ist. Wollte man diese Art Logik zu Ende führen, so könnte man auch sagen, das Volk, die Massen wollen keine Revolution, sondern Reformen: gründen wir halt eine reformistische Liga oder treten wir halt gleich der SPD oder DKP bei. So kann man die Lehre Mao Tse-tungs natürlich auch auslegen.

Worin liegen die Ursachen für diese Geisteshaltung? Wir wollen hier nicht von denen sprechen, die bewußt im Auftrag des Klassengegners handeln, um die marxistisch-leninistische Bewegung zu spalten, zu verleumden und von innen heraus zu zerstören. Wir wollen auf die Gründe derer eingehen, die es subjektiv ehrlich meinen. Daß sie auf die Forderung nach einer Liga kommen, liegt daran, daß sie von den Massen isoliert sind. Ihre Basis liegt in Studentenkreisen, ihr Umgang sind Studenten und diese wollen - zum großen Teil infolge ihrer Antiautoritätsmasche - tatsächlich keine Partei, nichts was irgendwie mit freiwilliger Einordnung in eine bewußt handelnde Gemeinschaft, mit Disziplin und demokratischen Zentralismus zu tun hat.

Im Grunde genommen handeln sie gleich den Pazifisten, die jegliche Art Waffen ablehnen ohne die Frage zu stellen, wem nützen diese Waffen, den Herrschenden oder den Ausgebeuteten? Die nicht erkennen, daß das Gewehr in der Hand eines Arbeiters etwas grundsätzlich anderes ist als das Gewehr in der Hand eines Büttels der Monopolbourgeoisie.

Ebenso verhält es sich aber auch mit der Disziplin. Die notwendige Disziplin in einer revolutionären marxistisch-leninistischen Partei ist etwas grundsätzlich anderes als die Disziplin beispielsweise in der revisionistischen KPD/DKP. Erstere dient dazu, die Massen in die Lage zu versetzen, erfolgreich für die Revolution, für die Richtung des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats zu kämpfen, während letztere dazu dient, die Massen vom revolutionären Kampf abzuhalten. Und wer jede Autorität ablehnt ohne den Unterschied zu machen: wem dient sie, muß konsequenterweise auch Marx, Engels, Lenin, Stalin und den Genossen Mao Tsetung ablehnen.

Wer die Frage ob Partei oder Liga entscheiden will, sollte sich tatsächlich an die Massen, an die Arbeiter wenden. Die werden ihm schon sagen, was sie davon halten. Sie lehnen in ihrer grossen Mehrheit alles was mit Liga, Bund, Verein, Union usw. zu tun hat, konsequent ab. Ihr Klasseninstinkt sagt ihnen, daß nur eine straff organisierte Partei fähig und in der Lage ist, ihre Probleme im Klassenkampf zu lösen. Diese Erfahrung mußte auch die KPD machen, die in der Vergangenheit durch Gründungen wie die des Bundes der Deutschen, der Deutschen Friedens-Union, der Demokratischen Linken - versuchte, ihre Massenbasis zu vergrößern. Was sie nicht daran hinderte, diesen Fehler durch die Gründung der Aktion des Fortschritts zu wiederholen.

Um es noch einmal klarzustellen: Wir sind für die Gründung einer deutschen revolutionären marxistisch-leninistischen Partei, der KPD/ML, die nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist und handelt. Wir denken nicht daran, bei der Monopolbourgeoisie nachzufragen (wie die DKP), ob wir die Partei gründen dürfen oder nicht. Mit Entschiedenheit aber wenden wir uns gegen all jene, die uns veranlassen wollen, einen unverbindlichen Club oder eine Liga zu gründen. Die auf uns zukommenden, sich ständig verschärfenden Klassenkämpfe verlangen eine straff organisierte disziplinierte Partei, die in der Lage ist, schlagkräftig zu handeln. Jeder, der gegen solch eine Partei auftritt handelt objektiv im Sinne des Klassengegners und stellt sich außerhalb der Reihen der westdeutschen Marxisten-Leninisten.

Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang an das Wort des Genossen Mao Tse-tung:

Wir müssen die Parteidisziplin erneut bekräftigen:

1. Unterordnung des einzelnen unter die Organisation;

2. Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit;

3. Unterordnung der unteren Instanzen unter die oberen;

4. Unterordnung der gesamten Partei unter das Zentralkomitee.

Wer gegen diese Regeln verstößt, der untergräbt die Einheit der Partei.

Leserbriefe

"Weiterhin sind wir der Meinung, daß die KPD/ML nicht den der KPD mit Recht vorgeworfenen Fehler begehen darf, nämlich auf die drohende 'Illegalität' nicht vorbereitet zu sein. Wir beantragen die Mitgliedschaft in der KPD/ML."

i.A. H-H.B., Karlsruhe

"Vielen Dank für die Zusendung des ROTEN MORGEN. Beiliegend DM 10,-- für 1 Jahresabonnement und eine kleine Spende. Mehr kann ich nicht, ich bin Schüler."

F.F., Stuttgart

+

"Habe im SPIEGEL einen Bericht über Ihre marxistisch-leninistische Monatszeitschrift ROTER MORGEN gelesen, die mich sehr interessiert."

E.M., Kanagawa-ken, Japan

(Herzlichen Dank für die beigefügten Dollar. D.Red.)

"Bin seit 1919 Mitglied der KPD gewesen, aber die DKP sagt mir nicht zu. Deshalb möchte ich gern ein Programm der marxistisch-leninistischen Partei haben."

J.B., Essen

+

"Um die Welt zum Sozialismus zu ändern, müssen wir zusammenarbeiten. Rote Grüsse aus Norwegen."

R.J., Slemmestad

+

"Bereits unter dem Datum vom 9.12.68 hatte ich einen Geldbetrag von DM 100,-- auf das Postscheckkonto Hamburg Nr. 26 27 67 überwiesen. Sehr gut könnte ich noch 10 Exemplare der Sonderausgabe August/68 gebrauchen."

R.W., Haltingen

+

"Aus den genannten Gründen freue ich mich aufrichtig über die Gründung der KPD/ML, da ich hier die Möglichkeit sehe, in einer wahrhaft kommunistischen Partei durch systematische und kontinuierliche Arbeit produktiv meinen Beitrag zur Weltrevolution leisten zu können."

D.W., Berlin

+

"Eure Programmatische Erklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes habe ich erhalten und eingehend studiert. Mit dem Inhalt erkläre ich mich voll und ganz einverstanden. Der Kommunistischen Partei Deutschlands will ich beitreten."

W.N., Hildesheim

+

Da ich Mitglied der USG Stuttgart bin, war ich in der Lage, Personen, die dem Marxismus-Leninismus nahestehen, mit dem Entwurf bekanntzumachen; ich konnte feststellen, daß die meisten mit dem Entwurf einer Meinung waren ..."

R.M., Schmiden

+

"Ich danke Ihnen für Zusendung des ROTEN MORGEN. Trotz der einfachen Aufmachung ist es genau die Zeitschrift, die wir brauchen. Bitte senden Sie mir Unterlagen für die Aufnahme in die KPD/ML."

H.H., Horben

"Inzwischen haben fast alle USSB-Mitglieder den Entwurf durchgelesen und ihn ausnahmslos für gut befunden. Hier ist nun die Zusammenfassung der Punkte, die von uns kritisiert werden."

G.G., Butzbach

+

"Ich habe die Erklärung kritisch durchgelesen. Ich bin der Meinung, daß sie alle wesentlichen Punkte enthält. Gefallen hat mir, daß keinerlei Illusionen über die Lage Deutschlands gehegt werden, daß nichts verschwiegen wird und der Weg zum Ziel deutlich gezeigt wird."

K.H., Bedernau

+

"Als ich vorige Woche von der Gründung der KPD/ML hörte, habe ich mich entschlossen, Eurer Partei beizutreten. Ich weiß, was dieser Schritt bedeutet. Es lebe die KPD/ML."

W. Sch., Berlin

PS: "Wir müssen uns mit jedem Genossen zusammenschließen, wenn er nur gewillt ist, das Programm, das Statut und die Beschlüsse der Partei einzuhalten."

Genosse Mao.

+

"Ihre mutige Zeitschrift hat mich sehr interessiert. Wenn ich auch nicht in allen Punkten mit Ihnen einverstanden bin, so sind doch hier gewisse Grundlagen vorhanden, auf denen man einen Sozialismus deutscher Prägung aufbauen kann."

Dr. E.K., Haßloch

(Herzlichen Dank für den beigefügten Scheck - d. Red.)

+

"Da ich Eure Arbeit genauer kennenlernen möchte, bitte ich um Zusendung von Material, auch über China. Besonderes Interesse gilt natürlich Eurem Programm. Zu meiner Person: 1927 Eintritt in die KPD ..."

A.H., Stuttgart

+

"Hiermit beantrage ich, G.B., ein junger Arbeiter aus Hamburg, der zur Zeit als "Wehrpflichtiger" bei der Bundeswehr weilen muß, die Mitgliedschaft in der KPD/ML."

G.G., Hamburg

"Vorschläge über den ROTEN MORGEN mache ich keine, da ich ihn für gut gemacht halte. Ich wäre Dir nur dankbar, wenn Du mir mitteilen könntest, ob es im Raum Rosenheim schon eine marxistisch-leninistische Gruppe gibt."

M.K., Kiefersfelden

+

"Um sofort mit der Propaganda für die KPD/ML zu beginnen, bitte ich Dich, mir 5 weitere Exemplare der letzten Nummer des ROTEN MORGEN zuzuschicken. Gleichzeitig überweise ich DM 10,-- auf Dein Postschekkonto."

G.K., Valdorf

+

"Außerdem wäre ich sehr daran interessiert, in Frankfurt in Kontakt mit Genossen zu kommen, um eventuell gemeinsam zu arbeiten."

A.B., Frankfurt

+

"Ich bin gar nicht enttäuscht über die Aufmachung Deiner Zeitung, ich will Information und Lesestoff, harte Auseinandersetzungen mit der Umwelt und nicht das 'weißeste Weiß meines Lebens'".

H.H., Oldershausen

+

"Um Mitglied der Partei zu werden, möchtet Ihr wohl einen kleinen Aufschluß über meine Person wissen ... Mitglied der Kommunistischen Partei wurde ich 1920.

F.G., Wuppertal

+

"... und lasen über die Parteigründung der KPD/ML. Wir hätten nicht erwartet, daß es so schnell ginge, sind also sehr erfreut über den Erfolg der Bewegung. Der Erfolg ist auf unserer Seite und das Sterben des SDS und der "Linken" in Deutschland ist nur ein Symptom dafür."

L.S., Waterloo (Canada)

+

"Große Kampferfolge wünscht Ihnen mit schwesterlichem Gruß Ihre

Dschu Bai-lan, Canton (China)"

"Ich würde mich dieser Partei gerne anschließen und hoffe bald Näheres von Euch zu hören."

W.S., Stuttgart

+

"Bitte senden Sie mir 5 mal das Programm der KPD/ML und die gleiche Anzahl Beitrittsformulare sowie 20 Exemplare des Aufrufs "Arbeiter, Bauern, Studenten."

H.T., Aachen

+

"Dank für die 50 Zeitschriften. Sie waren innerhalb einer Stunde in der Mensa verkauft. Sende uns bitte noch einmal 70 Stück der Oktober/November-Nummer. Und dann ab nächste Ausgabe 120 Stück von jeder Nummer."

A.B., Tübingen

+

"Den Entwurf der Programmatischen Erklärung habe ich erhalten. Sicherlich werden wir damit jene ansprechen, auf die es ankommt. Die Erklärung ist in dieser Form eine gründliche Bestandsaufnahme und ein Wegweiser in die Zukunft."

A.F., Amsterdam (Holland)

+

"Die Zeitschrift ist ausgezeichnet, auf einem hohen ideologischen und stilistischen Niveau. Die Artikel sind verständlich für alle und gleichzeitig revolutionär, marxistisch-leninistisch exakt und präzis."

O.I., Köln

+

Obwohl ich Eurer Partei wegen meiner abweichenden ideologischen Ansichten nicht beitreten kann, begrüsse ich es doch voll und ganz, daß Ihr als konsequente Revolutionäre und Feinde jedes Revisionismus zur Offensive übergeht.

G.L., Ludwigshafen

+

"... auch hat mir der neue Kopf unserer Zeitung sehr gut gefallen. Ich hoffe, daß die nächsten Ausgaben den gleichen Kopf haben werden."

P.K., Duisburg

Hier die Antwort einer Gruppe fortschrittlicher Schüler auf die Erklärung der KPD/ML, die wir mit großem Dank erhalten haben. Wir haben uns schon vor längerer Zeit zusammengeschlossen, um so die Theorie des Marxismus-Leninismus und somit die Werke des Vorsitzenden Maos zu studieren und in die Praxis umzusetzen. Wir sind mit der Programmatischen Erklärung voll und ganz einverstanden. Trotzdem beschlossen wir nach lebhafter Diskussion zu Punkt 4., S. 15, einige Erklärungen zu machen.

i.A. F.W., München

+

"Als aufrechter Marxist-Leninist habe ich die Gründung einer neuen revolutionären Partei schon lange ersehnt. Die deutsche Arbeiterklasse braucht eine solche Partei, um sich von den Fesseln der Ausbeutung der Kapitalisten zu befreien, um die imperialistische Clique, die uns in einen neuen Krieg führen will, zu stürzen, um das alte vermoderte Regime der Finanzbosse und Militaristen zu beseitigen und um die Diktatur des Proletariats zu errichten. Gründen wir also eine marxistisch-leninistische Partei! Ich bin dabei! Von ganzem Herzen mit all meinen Kräften will ich für unsere Sache kämpfen! Es lebe die sozialistische Revolution!"

M.B., Hamburg

+

"Mit diesem Schreiben möchte ich Euch um die Aufnahme in die KPD/ML bitten. Ich weiß nicht, ob Ihr irgendwelche Aufnahmebedingungen habt. Vielleicht genügt es, wenn Ihr wißt, daß ich seit einem Jahr im SDS bin und ganz bestimmt kein Revisionist."

H.F., Tübingen

+

"Ich bin 47 Jahre alt, bei ... beschäftigt und darum oft knapp an Zeit, aber die Arbeit für die KPD/ML ist nun doch zu wichtig - und darum dieser Brief an Dich. Ich war übrigens Mitglied der verbotenen KPD."

J.F., Hagen

Zu guter Letzt:

Aus der Klageabweisung der Ruberoidwerke AG., Hamburg, bezüglich der Auflösung des Arbeitsverhältnisses mit dem Kläger Ernst Aust:

"Hätte der Kläger der Beklagten (Ruberoidwerke) diese politische Betätigung bekanntgegeben (Herausgabe des ROTEN MORGEN) so hätte die Beklagte ihm ein Vertragsangebot nicht gemacht. Das liegt einfach daran, daß die Beklagte die Werbung für sich und ihre Produkte nicht Personen anzuvertrauen pflegt, die sich vom ihr ausgebeutet fühlen und alles in ihren Kräften stehende tun, den Anbruch eines Rotem Morgens herbeizuführen, in dessen Licht mit Sicherheit für die Beklagte sich nicht der kleinste Platz an der Sonne finden würde."

(sehr richtig! Die Redaktion).

+

Freie und Hansestadt Hamburg, Justizbehörde:

"Sehr geehrter Herr Aust!

Die in der Gnadenentscheidung des Senats vom 12. Oktober 1965 angeordnete dreijährige Bewährungsfrist wird um 1 Jahr verlängert."

Hochachtungsvoll

i.A. Reinicke

Kommentar: Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste, sagte der Senat, auf die Marxisten-Leninisten muß man ein Auge werfen.

Alles Gute im neuen Jahr wünscht der ROTE MORGEN allen seinen Lesern

ROTER MORGEN

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
Ernst Aust
2 Hamburg 71, Postfach 464

Erscheinungsweise vorläufig monatlich. Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM (einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Hamburg Nr. 2627 67

Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

12 Bedingungen für die Entwicklung der KPD zur Partei neuen Typus

Am 3. Februar 1925 erschien in der "Prawda" ein Artikel des Genossen J.W. Stalin, in dem er zu der notwendig gewordenen Schaffung einer deutschen marxistisch-leninistischen Partei, einer Partei "neuen Typus" Stellung nahm. Aus gegebenem Anlaß veröffentlichen wir diese zwölf grundlegenden Thesen.

Um die Bolschewisierung durchzuführen, ist es notwendig, wenigstens einige grundlegende Voraussetzungen zu schaffen, ohne die überhaupt eine Bolschewisierung der kommunistischen Parteien unmöglich ist.

1

Es ist notwendig, daß die Partei sich nicht als Anhängsel des parlamentarischen Wahlapparats betrachtet, wie es im Grunde genommen die Sozialdemokratie tut, und auch nicht als Gratisbeilage zu den Gewerkschaften, wovon zuweilen gewisse anarcho-syndikalistische Elemente faseln, sondern als die *höchste* Form der Klassenvereinigung des Proletariats, die berufen ist, alle übrigen Formen der proletarischen Organisationen, von den Gewerkschaften bis zur Parlamentsfraktion, *zu führen*.

2

Es ist notwendig, daß die Partei, besonders ihre führenden Elemente, sich der revolutionären Theorie des Marxismus, die mit der revolutionären Praxis untrennbar verbunden ist, voll bemächtigen.

3

Es ist notwendig, daß die Partei die Losungen und Direktiven nicht auf Grund eingelernter Formeln und geschichtlicher Parallelen, sondern als Ergebnis einer sorgfältigen Analyse der konkreten Bedingungen der revolutionären Bewegung im Lande und im internationalen Maßstab ausarbeitet, wobei die Erfahrungen der Revolutionen aller Länder unbedingt mit in Rechnung gestellt werden müssen.

4

Es ist notwendig, daß die Partei die Richtigkeit dieser Losungen und Direktiven im Feuer des revolutionären Kampfes der Massen überprüft.

5

Es ist notwendig, daß die gesamte Arbeit der Partei, besonders wenn in ihr die sozialdemokratischen Traditionen noch nicht überwunden sind, auf neue, revolutionäre Art umgestellt wird, darauf berechnet, daß jeder Schritt der Partei, jede ihrer Aktion naturgemäß zur Revolutionierung der Massen, zur Vorbereitung und Erziehung der breiten Massen der Arbeiterklasse im Geiste der Revolution führt.

6

Es ist notwendig, daß die Partei es in ihrer Arbeit versteht, die höchste Prinzipienfestigkeit (nicht zu verwechseln mit Sektierertum!) mit einem Maximum an Verbundenheit und Kontakt mit den Massen (nicht zu verwechseln mit Nachtrabpolitik!) zu verbinden, da es ohne diese Bedingung für die Partei unmöglich ist, nicht nur die Massen zu lehren, sondern auch von ihnen zu lernen, nicht nur die Massen zu führen und sie auf das Niveau der Partei emporzuheben, sondern auch auf die Stimme der Massen zu lauschen und ihre brennendsten Nöte zu erkennen.

7

Es ist notwendig, daß die Partei es versteht, in ihrer Arbeit eine unversöhnliche revolutionäre Einstellung (nicht zu verwechseln mit revolutionärem Abenteurertum!) mit einem Maximum an Elastizität und Manövrierfähigkeit (nicht zu verwechseln mit Anpassungspolitik!) zu verbinden, da es ohne diese Bedingung für die Partei unmöglich ist, alle Formen des Kampfes und der

Organisation zu meistern, die Tagesinteressen des Proletariats mit den grundlegenden Interessen der proletarischen Revolution zu verbinden und in ihrer Arbeit den legalen Kampf mit dem illegalen Kampf zu verknüpfen.

8

Es ist notwendig, daß die Partei ihre Fehler nicht verhüllt, daß sie die Kritik nicht fürchtet, daß sie es versteht, ihre Kader an Hand ihrer eigenen Fehler zu verbessern und zu erziehen.

9

Es ist notwendig, daß die Partei es versteht, in die grundlegende führende Gruppe die besten Elemente der fortschrittlichen Kämpfer aufzunehmen, die genügend Hingabe besitzen, um wahrhafte Vertreter der Bestrebungen des revolutionären Proletariats zu sein, und die genügend Erfahrung haben, um wirkliche Führer der proletarischen Revolution zu werden, die fähig sind, die Taktik und die Strategie des Leninismus anzuwenden.

10

Es ist notwendig, daß die Partei die soziale Zusammensetzung ihrer Organisationen systematisch verbessert und sich von zersetzenden opportunistischen Elementen reinigt, wobei sie die Erreichung einer maximalen Einheitlichkeit als Ziel vor Augen haben muß.

11

Es ist notwendig, daß die Partei eine eiserne proletarische Disziplin entwickelt, die auf der Grundlage der ideologischen Einheit, der Klarheit der Ziele der Bewegung, der Einheit des praktischen Handelns und des bewußten Verhaltens der breiten Parteimassen zu den Aufgaben der Partei erwächst.

12

Es ist notwendig, daß die Partei die Durchführung ihrer eigenen Beschlüsse und Direktiven systematisch überprüft, da ohne diese Bedingung die Gefahr besteht, daß sie sich in leere Versprechungen verwandeln, die nur geeignet wären, das Vertrauen der breiten proletarischen Massen zur Partei zu untergraben.

Mitbestimmung?

Eines der Argumente der Gegner der Erweiterten Mitbestimmung ist, daß diese nur den Funktionären der SPD und des DGB als Vorwand dienen solle, mehr Einfluß zu gewinnen, daß diesen Funktionären die Lage der Arbeiter und Angestellten ziemlich gleichgültig sei. Diesen Argumenten hat kürzlich die SPD in den Augen vieler Gewicht verliehen, indem sie bewies, daß sie nicht einmal in ihren eigenen Betrieben bereit ist, ganz elementaren Ansprüchen der Arbeitsplatzsicherung zu genügen.

Eine der wenigen verbliebenen SPD-Zeitungen, die Kieler "Volkszeitung" (VZ) soll auf Entscheidung der SPD-Zentrale in Bonn zum 1. Januar geschlossen werden. Damit wird dem in der SPD oppositionellen Landesvorsitzenden J. Steffen die Möglichkeit genommen, seine politischen Anschauungen in Leitartikeln einer größeren Offentlichkeit zugänglich zu machen. Dem Vernehmen nach ist geplant, die "Hamburger Morgenpost" als von der Bonner SPD-Zentrale gelenktes Sprachrohr zu benutzen, in dem die örtlichen oppositionellen Stimmen natürlich kaum Platz finden dürften. Das ist aber nur einer der Gründe, weshalb das Personal der VZ am Mittwoch den 18. Dezember in den Streik trat. Ihre Empörung richtet sich vor allem dagegen, daß ihnen die Schließung ihrer Zeitung erst einen Tag vor der Schließung bekanntgegeben werden sollte. Das heißt von einen Tag auf den anderen auf die Straße gesetzt zu werden.

Als nun der Leiter der VZ seinen Kollegen die Stillegung des Betriebes rechtzeitig mitteilte, wie es seine gesetzliche Pflicht ist, wurde er von

der Leitung des SPD-Konzerns "Konzentra" fristlos entlassen. Auf die Forderung der VZ-Belegschaft, ihn wieder einzusetzen, bestätigten ihm die "Konzentra"-Leitung und der SPD-Schatzmeister noch einmal ausdrücklich die Endgültigkeit der Entlassung.

Die Belegschaft streikte bei Redaktionsschluß noch weiter und beabsichtigt damit fortzufahren, bis ihre Forderungen auf Weiterbestehen der VZ und Wiedereinsetzung des alten Verlagsleiters erfüllt sind.

Wessen Interessen die SPD-Führung auch im Auge haben mag, wenn sie die Erweiterte Mitbestimmung fordert, die Interessen der Arbeiter und Angestellten an Arbeitsplatzsicherung und rechtzeitiger Information über die Lage des Betriebes sind es jedenfalls nicht. Wie mag sie von den Unternehmern größere Mitbestimmung fordern, wenn sie nicht einmal bereit ist, diese in ihren eigenen Betrieben zu verwirklichen.

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, wie selbst jenen, die die Erweiterte Mitbestimmung fordern, dieses Thema nur ein Wahlkampfschlager ist, und daß es in einer kapitalistischen Gesellschaft weder Mitbestimmung noch Erweiterte Mitbestimmung für Arbeiter und Angestellte geben kann.

Wo steht der Feind?

Ein Diskussionsbeitrag zur Auseinandersetzung mit der NPD

Den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik ist ein glänzender Coup gelungen. Ausgehend von der Tatsache, daß der größte Teil unserer Bevölkerung das faschistische Hitlersystem als verbrecherisch ablehnt, und daß nicht der schlechteste Teil unserer Menschen bereit ist - wenn es sein muß mit Gewalt - neuen braunen Anfängen zu wehren, baute sich die herrschende Klasse einen Popanz auf, genannt NPD, der den bewußten Teil der deutschen Arbeiterklasse und der werktätigen Intelligenz dazu verleiten sollte, ihre politische Kraft an einem Ersatz-Klassengegner zu erschöpfen und von der Auseinandersetzung mit dem Gesellschaftssystem fernzuhalten.

Es waren glänzende Psychologen, die der herrschenden Klasse diesen Tip gaben, denn wie hypnotisierte Kaninchen starrten alle linken und pseudolinken Kräfte auf diesen Bilderbuchgegner, gegen den sogar das Demonstrieren seitens der herrschenden Klasse erlaubt war.

Es ist direkt rührend anzusehen und anzuhören, wie sich Journaille und Redner aller Schattierungen darum bemühen, alle Fehler und Sünden der Vergangenheit und Gegenwart auf diese kleine, vom Format her an sich bedeutungslose Gruppierung abzuwälzen, damit ja keiner auf die Idee komme, diese anderenorts zu suchen.

Eine solch paradoxe Entwicklung kann es nur in Deutschland geben! Die alten Verderber Deutschlands, die Schlotbarone und Wirtschaftsbosse, die Steigbügelhalter eines jeden profitverheißenden gesellschaftsfeindlichen Systems ermuntern die revolutionäre junge Generation recht schön in Klassenkampf zu machen, mit dem einzigen Vorbehalt, daß sie den Klassengegner definieren und die Spielregeln dieses "Klassenkampfes" bestimmen.

Ganz gewiß ist die kleinkarierte nationaldemokratische Skatrunde ein aufgemöbeltes Relikt vergangener Denkungsarten und ganz gewiß würde diese Gruppierung wie alle ihre Vorgänger an ihrer eigenen geistigen Armut ersticken und der Rest würde durch gegenseitigen Ausschluß sich paralysieren, wenn nicht eine fehlgeleitete politische Agitation dieser Partei eine Popularität einbringen würde, die in keinem Verhältnis zu ihrer Bedeutung steht.

Außerdem gibt diese hochgespielte Auseinandersetzung dem Klassengegner das so notwendige Alibi für Gesetze und Polizeiaktionen, die der Firmierung nach sich gegen die NPD richten, in Praxis aber die klassenbewußten Kräfte trifft, denn der Klassengegner hat noch nie sich vom Klassenkampf abhalten lassen und weiß genau was er will.

Manche Genossen glauben, der Kampf gegen die NPD würde dem Wiederaufleben des Faschismus schaden und wäre deshalb schon aus diesem Grunde gerechtfertigt. Sie bedenken dabei nicht, daß diese Partei zwar die extremste politische Formierung der

Reaktion ist, aber ansonsten völlig in das gesellschaftliche und politische Bild dieses Staates hineinpaßt. Wenn die Bosse der NPD von sich und ihrer Partei behaupten, daß sie sich auf dem legalen Boden des Grundgesetzes befinden, so haben sie recht! Es gibt keine Vorschrift im Grundgesetz, die eine Partei dazu zwingt, fortschrittlich oder reaktionär zu sein. Lediglich schreibt dieses Gesetz Spielregeln der politischen Auseinandersetzung vor, die so gehalten sind, daß jede Veränderung der ökonomischen und politischen Machtverhältnisse ausgeschlossen ist. Der Staat ist der Machtapparat der herrschenden Klasse und die Spielregeln des staatlichen und politischen Lebens sind ebenfalls Machtmittel der herrschenden Klasse und die NPD denkt nicht daran, an diesen Staat und seinen Spielregeln zu rütteln. Im Gegenteil, sie ist einer der härtesten Befürworter und Verteidiger dieser Machtmittel des Klassenfeindes und dieser denkt auch nicht im Traum daran, diese Partei ernsthaft zu liquidieren. Es ist zwar zur Zeit nicht opportun, dieser Partei die Ausübung politischer Macht zu übertragen, denn es geht doch ganz gut mit der CDU/SPD/FDP, aber in Zeiten wirtschaftlicher und politischer Unruhe wird die Leine dieses zur Zeit kurzgehaltenen Kettenhundes gelockert um Unruhe und revolutionäres Denken aufzufangen, wie schon einmal gehabt.

Der Feind einer friedlichen und demokratischen Entwicklung in Deutschland ist ausschließlich und allein die Monopolbourgeoisie, ist die Konzentrierung von wirtschaftlicher und damit politischer Macht in den Händen der Ausbeuterklasse.

Der Feind einer friedlichen und demokratischen Entwicklung in Deutschland sind all jene Kräfte, die im sozialistischen Gewand die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Gruppen von der kämpferischen Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind abhalten. Mögen sie sich auch, wie z.B. die Führung der DKP oder gewisse Cliquen im DGB, noch so kämpferisch gebärden.

Diesen Kampf zur nationalen und sozialen Befreiung unseres Volkes kann nur eine marxistisch-leninistische Partei siegreich führen, denn nur sie allein ist dazu in der Lage, gestützt auf die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Marxismus, die Winkelzüge des Klassenfeindes zu durchschauen und wirksam dagegen anzutreten.

Marxisten-Leninisten wissen, daß es keine Teilung der Macht mit dem Klassenfeind gibt. Es ist deshalb eine zwingende Notwendigkeit, diese Macht dem Klassenfeind zu entreissen. Wobei wir uns bewußt sein sollten, daß der Klassenfeind sich mit allen Mitteln und mit äußerster Brutalität dagegen wehren wird.

Uberall da, wo Marxisten-Leninisten brutalem Terror ausgesetzt sind, überall da, wo die rote Fahne nicht nur geschwungen, sondern kämpferisch in Aktion tritt, überall da werdet ihr den Klassenfeind in seine brutale Visage schauen können.

Nur da und nirgendwoanders steht der Feind!

L.D.F.

Den Faschisten sitzt die Angst im Nacken

"Waffen sind im Krieg ein wichtiger Faktor, jedoch nicht der entscheidende; der entscheidende Faktor sind die Menschen, nicht die Dinge".

Mao Tse-tung

Wie lächerlich der Faschismus sein kann, das erfährt man, wenn man in der reaktionären Bundeswehr die Ideen des Genossen Mao Tse-tung propagiert.

Zunächst einmal versuchen die Bosse der Einheit (Chef, Spieß usw.) einem einzureden, daß man das Ganze ja gar nicht ernst meine. Nachdem sie dabei Schiffbruch erlitten haben, bekommt man Druck, d.h. man wird mit Sonderdiensten überhäuft, hat oft Wache, an der Frisur wird genörgelt, man bekommt Nachappell, Bereitschaft usw. Diese Praktiken machen auf einen Marxisten-Leninisten natürlich keinerlei Ein-

druck, wenn man bereit ist, sein Leben für den Befreiungskampf seines Volkes einzusetzen, kann es einem kaum ärgern, wenn man am Wochenende Bereitschaft in der Kaserne hat. Der Genosse, von dem wir hier berichten, hat nun folgendes gemacht: Er hat dauernd die Ideen des Vorsitzenden Mao gepredigt, jeden politischen "Diskussionsunterricht" in eine wirkliche Diskussion verwandelt und an seine Kameraden Schriften des Vorsitzenden Mao und anderer Marxisten-Leninisten sowie fortschrittliche Zeitschriften verkauft und verschenkt. Dadurch fühlte sich die Kompanieführung im höchsten Maße unsicher und bekam Angst. Die Folge war, daß der "Druck" auf unseren Genossen aktiviert wurde und ebenfalls die mit ihm sympathiesierenden Kameraden "Druck" bekamen. So spürte ein immer größerer Teil der Kompanie die Knute der Faschisten und die Revolution hatte sich eine, wenn auch sehr schmale Massenbasis erkämpft.

Es ist doch so: Je mehr die Reaktionäre versuchen, die Verbreitung der Ideen des Vorsitzenden Mao Tse-tung zu verhindern, umso öfter müssen sie zu Unterdrückungsmaßnahmen greifen. Dadurch erkennt jedermann ihre Schwäche und die marxistisch-leninistische Wahrheit läßt sich sowieso am besten dann verbreiten, wenn die Volksmassen unterdrückt werden, wenn wir sie wirklich und tatsächlich befreien können und die Massen dies erkennen.

Wir Kommunisten machen aus unseren politischen Ansichten niemals ein Hehl. Es steht doch fest und kann nicht im geringsten bezweifelt werden, daß es unser Programm für die Zukunft oder Maximalprogramm ist, Deutschland zum Sozialismus und Kommunismus zu führen. Der Name unserer Partei und unsere marxistische Weltanschauung weisen klar auf dieses unendlich strahlende und schöne, dieses höchste Zukunftsideal hin.

GG

RADIO TIRANA

Uhrzeit	Mittel-	Kurzwelle
6.00 - 6.30	215 m	32 m, 41 m
13.00 - 13.30	-	32 m, 41 m
14.30 - 15.00	-	32 m, 41 m
16.00 - 16.30	-	32 m, 41 m
18.00 - 18.30	-	32 m, 41 m
19.00 - 19.30	-	32 m, 41 m
21.30 - 22.00	-	32 m, 41 m
23.00 - 23.30	215 m	32 m, 41 m

RADIO PEKING MEZ 19.00 - 20.00
21.00 - 22.00

Meterband: 43,7 42,8 19,9

Genossen, Leser und Freunde des ROTEN MORGEN!

Unsere Zeitung wurde auf Beschluß des Gründungsparteitages der KPD/ML Zentralorgan unserer Partei. Das Redaktionskollektiv wurde erweitert. Beschlossen wurde weiterhin die Pressearbeit durch die Herausgabe von Betriebszeitungen und eines theoretischen Organs zu verbessern. Das alles erfordert von uns verstärkte Anstrengungen zur Schaffung einer ausreichenden finanziellen Grundlage für die Pressearbeit. Die Abonnementsbeiträge für den ROTEN MORGEN reichen dafür nicht aus. Wir sind gerade jetzt auf freiwillige Spenden und Solidaritätsbeiträge angewiesen. Jeder Pfennig, jede Mark hilft uns, unser marxistisch-leninistisches Gedankengut in die Massen zu tragen.

In Vorbereitung des Gründungsparteitages der KPD/ML hatte sich wieder einmal die Herausgabe des ROTEN MORGEN verzögert, so daß wir beschlossen, ihn diesmal als Doppelnummer zum Einzelverkaufspreis von 50 Pfennig in erhöhter Auflage erscheinen zu lassen. Helft mit, ständig neue Leser für den ROTEN MORGEN zu gewinnen. Je höher die Verkaufsauflage, umso eher können wir unsere Zeitung auch drucktechnisch verbessern.

iaktion

An das
Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Chinas

Liebe Genossen!

Anläßlich der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten übersenden wir Euch brüderliche Kampfesgrüsse.

Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, die am Tag der 50. Wiederkehr der Gründung der KPD gegründet wurde, handelt nach den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Sie ist die Fortsetzung der Partei Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns in unserer Zeit. Sie ist die revolutionäre Kraft des deutschen Proletariats.

In der Kommunistischen Partei Chinas, geführt vom Vorsitzenden Mao Tse-tung, sehen wir die mächtige Bastion des Kampfes gegen Imperialismus und Revisionismus. Die Ideen Mao Tse-tungs sind der Marxismus-Leninismus in der Periode des Untergangs des Imperialismus.

Die chinesischen revolutionären Volksmassen haben, gestützt auf die Lehre Mao Tse-tungs, in der Großen Proletarischen Kulturrevolution allen Feinden des chinesischen und internationalen Proletariats einen vernichtenden Schlag versetzt. Die Große Proletarische Kulturrevolution hat alle revisionistischen Entartungen mit der Wurzel ausgerottet und die Diktatur des Proletariats in China erneut gefestigt.

Wir deutschen Marxisten-Leninisten sehen in der Lehre von Mao Tsetung die Grundlage für unsere politische Arbeit, die Leitlinie unseres Handelns.

Wir deutschen Marxisten-Leninisten sind stolz darauf, daß die Begründer der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, Söhne unseres Volkes sind. Sie haben uns den Weg gezeigt, der zum Sieg über den Klassenfeind führt. Die Geschichte unseres Volkes zeigt aber auch wie gefährlich der Imperialismus und der Revisionismus sind. Zweimal in diesem Jahrhundert wurden von deutschem Boden aus mörderische Weltkriege angezettelt, die Millionen Menschen das Leben kosteten. Aber auch die Gefahr des Revisionismus zeigt die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, als vor 50 Jahren die Führung der deutschen Sozialdemokraten die deutsche Revolution verriet und so die Grundlagen für den späteren Faschismus legte.

Die Gründung der KPD war damals die direkte Antwort auf diesen Verrat. Heute haben wieder die deutschen modernen Revisionisten die Interessen der deutschen Arbeiterklasse verraten. Sie paktieren offen mit den Feinden des deutschen Volkes. Sie haben die DDR zu einem Staat der neuen Bourgeoisie gemacht und unterdrücken dort die Arbeiterklasse ebenso wie es in Westdeutschland die Imperialisten tun. Die Aufgabe der KPD/ML ist es, das deutsche Proletariat zum Kampf gegen alle Ausbeuter und Unterdrücker zu führen, damit Deutschland, das volkreichste Land in Mitteleuropa, zu einem Staat des Sozialismus wird.

Wir deutschen Marxisten-Leninisten wollen im Sinne des proletarischen Internationalismus mit allen marxistisch-leninistischen Parteien, vor allem mit der Kommunistischen Partei Chinas zusammenarbeiten und feste Solidarität mit allen um ihre Freiheit kämpfenden Völkern üben.

Die Delegierten des Gründungsparteitages der KPD/ML begrüssen die Explosion der jüngsten chinesischen Wasserstoffbombe als einen erneuten Erfolg der Ideen Mao Tse-tungs und der Großen Proletarischen Kulturrevolution. China verfügt bereits über Atombomben und gelenkte Raketen und hat nun zum zweiten Mal erfolgreich die Wasserstoffbombe gezündet. Das hebt die Moral der revolutionären Völker der ganzen Welt und dämpft die Arroganz des Imperialismus, des modernen Revisionismus und aller Reaktionäre. Der Erfolg der Wasserstoffbombenversuche Chinas hat das nukleare Monopol des USA-Imperialismus und des sowjetischen Revisionismus noch weiter gebrochen und ihrer Politik der nuklearen Erpressung einen schweren Schlag versetzt. Sie sind eine große Ermutigung und Unterstützung für die revolutionären Volksmassen der ganzen Welt.

Der USA-Imperialismus, der Hauptfeind der Völker, versklavt Westdeutschland und die westdeutsche Arbeiterklasse. Die westdeutsche Bundesregierung ist der getreue Vasall Washingtons. Sie verkauft die Interessen des westdeutschen Volkes. Die DDR dagegen ist von den sowjetischen Sozialimperialisten versklavt, und die Regierung in Ostberlin verkauft die Interessen der Arbeiterklasse der DDR an ihre Herren und Meister in Moskau. Wir deutschen Marxisten-Leninisten wollen diese Abhängigkeit beseitigen, das deutsche Volk auf dem Wege der Revolution befreien und die Diktatur des Proletariats in ganz Deutschland errichten. Wir wissen, dieser Weg wird große Opfer fordern, aber gestützt auf die Lehre Marx, Engels, Lenins, Stalins und Mao Tse-tungs, werden wir den Sieg erringen. Die Zeit wird kommen, in der das deutsche Volk durch die proletarische Revolution einer glücklichen sozialistischen Zukunft entgegengeht.

Nieder mit den Imperialisten und modernen Revisionisten!

Es lebe das chinesische und deutsche Proletariat!

Es lebe die unverbrüchliche Freundschaft der Kommunistischen Partei Chinas und der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten!

Lang lebe Genosse Mao Tse-tung!

Im Auftrag des Gründungsparteitages
der KPD/ML

Das Politbüro

An das
Zentralkomitee
der Partei der Arbeit Albaniens

Liebe Genossen!

Heute, am Tag der 50. Wiederkehr der Gründung der Partei Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns, der großen Führer der deutschen Arbeiterklasse, am Tag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands sind die deutschen Marxisten-Leninisten zusammengekommen, um die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) zu gründen. Diese Gründung ist die direkte Antwort der Marxisten-Leninisten in Deutschland auf den Verrat der modernen Revisionisten in der SED und KPD.

Unser Vaterland ist heute in einen imperialistischen und einen revisionistischen Teil gespalten. Während die Bonner Regierung getreuer Lakai des USA-Imperialismus ist, ist die Ostberliner Regierung getreuer Vasall der sowjetischen sozialimperialistischen Führungsclique. Beide vertreten nicht die Interessen des deutschen Volkes und noch viel weniger die der deutschen Arbeiterklasse.

Deshalb ist die deutsche Arbeiterklasse gezwungen, sich eine neue revolutionäre Führung zu schaffen, die bereit und in der Lage ist, die Revolution in ganz Deutschland vorzubereiten und siegreich zu führen. Nur so kann aus Deutschland ein sozialistisches Land werden.

Die Partei der Arbeit Albaniens, geführt vom Genossen Enver Hoxha, hat uns in ihrem Kampf gegen Faschismus, für die nationale Befreiung und nicht zuletzt beim Aufbau des Sozialismus in Albanien gezeigt, daß man kompromisslos, fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehend, immer siegreich sein wird.

Das albanische Volk, das 500 Jahre von ausländischen Okkupanten besetzt und versklavt war, hat mehrmals in seiner Geschichte gezeigt, mit welchem revolutionären Elan es erfüllt ist, und daß es fest entschlossen ist, seine Freiheit in revolutionären Kämpfen zu erringen und zu erhalten. Einmal, als es unter der Führung des albanischen Nationalhelden Skanderbek Jahrzehnte dem Ansturm der türkischen Aggressoren widerstand und somit ganz Europa rettete; dann, als das albanische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei Albaniens, an der Spitze Genosse Enver Hoxha, den deutschen und italienischen Faschisten harten Widerstand entgegensetzte und sie schließlich besiegte - und dann, als das albanische Volk, gestützt auf die von der Partei der Arbeit Albaniens kompromisslos vertretene Linie des Marxismus-Leninismus den Erpressungsversuchen der sowjetischen revisionistischen Führungsclique widerstand und Albanien vor der revisionistischen Flut bewahrte.

Damit ist Albanien zur festen unerschütterlichen Bastion des Sozialismus in Europa geworden. Wir deutschen Marxisten-Leninisten, die Delegierten des Gründungsparteitages der KPD/ML, sind stolz darauf, Euch albanische Genossen, zu unseren Freunden zu zählen, von deren Erfahrungen zu lernen uns ein Herzensbedürfnis ist. Euch, der Partei der Arbeit Albaniens, dem Genossen Enver Hoxha und dem ganzen albanischen Volk übersenden wir brüderliche Kampfesgrüße. Wir wissen, daß das albanische Volk fest entschlossen ist, seine Freiheit, sein sozialistisches Vaterland gegen jeden Feind

zu verteidigen. Wir wissen, daß die sowjetische sozialimperialistische Führungsclique die marxistisch-leninistische Partei der Arbeit Albaniens beseitigen will und ein militärisches Abenteuer wie in der CSSR durchführen möchte. Wir wissen aber auch, daß dies den harten und entschlossenen Kampf des albanischen Volkes und mit ihm aller Marxisten-Leninisten der Welt zur Folge haben wird.

Albanien muß und wird als feste Bastion des Marxismus-Leninismus erhalten bleiben. Es ist uns Vorbild und Anregung zugleich. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten und erklären hiermit unsere unverbrüchliche Freundschaft mit Euch albanischen Genossen, mit dem ganzen albanischen Volk.

Wir werden in Deutschland unseren Beitrag leisten, daß auch bei uns die rote Fahne der Arbeiterklasse wehen wird und die deutsche Arbeiterklasse mit ihren imperialistischen und revisionistischen Unterdrückern und Ausbeutern abrechnet, sie verjagt und die Diktatur des Proletariats errichtet.

Es lebe die Partei der Arbeit Albaniens, die ruhmreiche marxistisch-leninistische Partei!

Es lebe Genosse Enver Hoxha, der Vorsitzende der Partei Albaniens.

Es lebe der Kampf um ein sozialistisches Gesamtdeutschland!

Mit kommunistischen Grüßen

i.A. des Gründungsparteitages der
Kommunistischen Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten (KPD/ML)

Das Politbüro

Weitere Grußbotschaften gingen an die Bruderparteien

SELBSTKRITIK

Ernsthaft Selbstkritik üben — das ist ein weiteres markantes Merkmal, das uns von anderen Parteien unterscheidet. Wir haben festgestellt: Man muß die Stube ständig auskehren, sonst wird sich Staub ablagern; man muß das Gesicht regelmäßig waschen, sonst wird das Gesicht schmutzig. Auch in den Köpfen unserer Genossen und in der Arbeit unserer Partei kann sich Staub ablagern, auch hier muß man fegen und waschen. „Fließendes Wasser fault nicht, Türangeln werden nicht wurmstichig", wie das Sprichwort besagt, weil sowohl das eine wie das andere sich fortwährend bewegt und daher beide gegen Mikroben widerstandsfähig sind, beziehungsweise von anderen Lebewesen nicht angefressen werden. Was uns betrifft, so besteht das einzige wirksame Mittel, um die Köpfe unserer Genossen und den Leib unserer Partei gegen jegliche politische Verunreinigung und allerlei politische Mikroben zu immunisieren, darin, beständig unsere Arbeit zu überprüfen und dabei den demokratischen Arbeitsstil zu fördern, keine Angst vor Kritik und Selbstkritik zu haben, die nützlichen Maximen des chinesischen Volkes zu befolgen: „Weißt du etwas, sprich, sprichst du, sage alles"; „Dem Sprecher nicht zum Tadel, dem Zuhörer zur Lehre"; „Hast du Fehler gemacht, korrigiere sie, hast du keine gemacht, sei noch mehr auf der Hut".

MAO TSE-TUNG

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

3Jg. Febr.69 40 Pfg



Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Schafft die Einheit zwischen Arbeitern und Studenten !

"Letzten Endes befindet sich die Trennungslinie zwischen einem revolutionären Intellektuellen und einem nichtrevolutionären oder konterrevolutionären Intellektuellen dort, wo es sich zeigt, ob einer willens ist, sich mit den Massen der Arbeiter und Bauern zu verbinden, und ob er das auch tatsächlich tut."

Mao Tse-tung

Brecht den faschistischen Terror der Reaktion !

Führte im vergangenen Jahr die westdeutsche Bevölkerung, allen voran die Studenten, einen hervorragenden Massenkampf für Demokratie und gegen die Reaktion, so hat auch das neue Jahr vielversprechend begonnen. Das letzte Jahr brachte die größte Massenbewegung seit Ende des 2. Weltkrieges. Angefangen von den Aktionen der Ostertage, hervorgerufen durch den Mordanschlag auf den Genossen Rudi Dutschke, an denen sich rund 300 000 Studenten und Arbeiter beteiligten, bis zu den gewaltigen Demonstrationen gegen die Annahme der Notstandsgesetze, an denen sich Hunderttausende mit Demonstrationen, Streiks, Schulbesetzungen, Versammlungen usw. in über 40 Städten beteiligten. All diese Kämpfe zeigten durch das zunehmende Auftauchen von roten Fahnen und kämpferischen Parolen wie "Zerschlagt den bürgerlichen Staatsapparat" das wachsende Bewußtsein der Menschen.

Dieses Jahr begann vor allem mit dem Kampf der Studenten gegen das dekadente bourgeoise Erziehungswesen und die Klassenjustiz, aber auch gegen die faschistischen Regierungen in Spanien, Griechenland und den Aggressionskrieg des US-Imperialismus in Vietnam. Hier eine kleine, unvollständige Übersicht über die Aktionen der letzten vier Wochen.

Frankfurt, 8.1. Aus Protest gegen den Aggressionskrieg in Vietnam erfolgte ein Anschlag mit "Molotow-Cocktails" gegen das Frankfurter Amerika-Haus. Es entstand ein Sachschaden von 20.000 D-Mark.

Frankfurt, 9.1. Im Terrorprozeß gegen den Heidelberger Studenten Ch. Boblenz wegen angeblichen Landesfriedensbruch kam es zu Kämpfen zwischen Studenten und Polizei. Studenten und Jungarbeiter zogen durch das Gerichtsgebäude, sangen die Internationale und verurteilten in Sprechchören die Klassenjustiz.

Heidelberg, 10.1. Mit unglaublicher Brutalität stürmte eine Hundertschaft Polizisten mit Äxten die von den Studenten besetzten Räume des AStA. Wahllos traten und schlugen sie auf die Studenten ein, mißhandelten sie schwer

und führten eine Reihe Verhaftungen durch.

Heidelberg, 13.1. Am Morgen des 13.1. war die Lage an der Uni noch äußerst gespannt. Um der Besetzung von drei Seminaren zuvorzukommen, waren rund 800 Polizisten aus Nordbaden in Heidelberg zusammengezogen worden.

Frankfurt, 17.1. Aus Angst vor dem Protest der Studenten verwandelte die Frankfurter Justizbehörde das Justizgebäude in eine von rund 400 Polizisten bewachte Festung und stellte mehrere Wasserwerfer bereit.

Westberlin, 18.1. 3000 Westberliner demonstrierten anläßlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vor 50 Jahren gegen die verräterische Sozialdemokratie und das griechische Militärregime. In einer Kampfdemonstration mit wehenden roten Fahnen unter den Bildern von Karl und Rosa, Mao Tse-tung, Lenin und Marx, zogen sie durch das Arbeiterviertel Wedding.

In Sprechchören riefen sie: "Wer hat uns verraten - Sozialdemokraten! Wer hat recht? - Karl Liebknecht." Jungsozialisten verbrannten vor dem SPD-Parteihaus ihre SPD-Mitgliedsbücher. Im Anschluß an die Demonstration kam es in der Innenstadt zu heftigen Kämpfen zwischen einigen hundert Jugendlichen, die die griechische Militärmission angriffen und 3000 Polizisten.

Hamburg, 23.1. Bei den Wahlen zum neuen AStA erlitten auch in Hamburg die Kandidaten der Rechten und Mitte schwere Niederlagen. Die Linke errang die absolute Mehrheit. Gewählt wurde auch der Student Rudi C., gegen den zur gleichen Zeit vor dem Hamburger Gericht ein Terrorprozeß stattfand, in dem er wegen angeblicher Beamtennötigung zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Die treffende Bemerkung eines Zuhörers gegenüber Amtsgerichtsrat Vogt "Sie faschistischer Idiot" wurde mit sofortiger Verhaftung beantwortet.

Münster, 23.1. Rund 3000 Jungarbeiter, Studenten und Schüler legten anläßlich eines Besuches von Bundeskanzler Kiesinger den Verkehr der Innenstadt lahm und empfingen ihn mit Sprechchören wie "Nazi-Kiesinger" und "Sieg Heil". Da es der Polizei, die von der Bereitschaftspolizei des Ruhrgebiets verstärkt worden war, nicht gelang, den Platz vor dem Rathaus zu räumen, mußte Kiesinger das Gebäude durch eine Hintertür betreten. In ihrer Angst hatten die Ratsherren die Fenster des Rathauses mit Brettern und Teppichen verbarrikadiert.

Westberlin, 27.1. Im Anschluß an eine Streikvollversammlung im Audimax, an der rund 1.500 Studenten teilnahmen, zogen mehrere hundert Studenten zum Haus des Kurators der "Freien Universität", besetzten das Gebäude und vernichteten reaktionäre Schriftstücke. Eine zweite Gruppe verhinderte das Eingreifen der Polizei.

Frankfurt, 28.1. Nachdem bereits am Sonntag, d. 26.1. spanische Demonstranten, unterstützt von deutschen Arbeitern und Studenten aus Protest gegen die Verhängung des Ausnahmezustandes durch das Franco-Regime das Generalkonsulat ihres Landes gestürmt hatten, erfolgten 24 Stunden später Angriffe auf die spanische Bank, die "Iberia" und ein spanisches Reisebüro. Im Anschluß an eine Demonstration, an der sich etwa 500 Perser beteiligten, und die sich gegen das Schah-Regime in Persien richtete, wurde eine neue Kampftaktik praktiziert. Die Demonstranten teilten sich in kleine Gruppen von etwa 10 Mann und griffen die vorher bestimmten Objekte an.

Düsseldorf, 31.1. 40 Studenten des theaterwissenschaftlichen Instituts besetzten das Kultusministerium und errichteten im Foyer Barrikaden aus Kisten und Stühlen.

Frankfurt, 31.1. Mit dem größten Polizeiaufgebot seit Kriegsende versuchte die Polizei einen Prominentenempfang anläßlich der Förderung der olympischen Spiele zu schützen. Jungarbeiter, Studenten und Schüler demonstrierten gegen die herrschende Klasse. Altnazi Kiesinger wurde mit Bu-Rufen empfangen. Ex-Kanzler Erhard konnte die Veranstaltung nicht erreichen, da sein Wagen Schaden erlitt. Angreifende Polizisten auf Pferden wurden mittels Knallkörper aus dem Konzept gebracht, zwei Kripobeamte, die ihre Pistolen zogen, außer Gefecht gesetzt. Demonstranten griffen das ame-

---

Mitteilung: Wir erklären hiermit, daß Werner Heuzeroth, Siegerland, in keiner Verbindung zur KPD/ML steht.

rikanische Generalkonsulat, das Amerika-Haus, das spanische Generalkonsulat, das Polizeipräsidium, die Börse sowie mehrere Banken an.

<u>Köln, 31.1.</u> Nach einem "Teach-in" in der Uni zum Thema Vorbeugehaft und Rechtsradikalismus formierte sich ein Zug von rund 500 Demonstranten, darunter spanische und griechische Arbeiter und griffen in einer Blitzaktion das Amerika-Haus, das griechische Generalkonsulat und das portugiesische Konsulat an. Bevor die Polizei überhaupt eingreifen konnte, war die Aktion beendet.

<u>München/Westberlin, 31.1.</u> In München sprengten rund 500 Studenten die Sitzung der philosophischen Fakultät. In Westberlin demonstrierten anläßlich der Grünen Woche rund 300 Jugendliche gegen die Teilnahme Griechenlands, Persiens und Spaniens.

<u>Hamburg, 1.2.</u> Nach einer Veranstaltung gegen Neofaschismus und Imperialismus im Audimax, die von 1.800 Personen besucht war, formierte sich ein Demonstrationszug, der sich in der Innenstadt in mehrere Gruppen auflöste und das Amerika-Haus, die "Pan American Airways", die "Unites States Lines" und die Portugiesische Handelsmission angriffen. Vier Polizeistreifenwagen wurden beschädigt.

<u>Heidelberg, Frankfurt, Westberlin, 3.2.</u> Mit erhobener Faust betraten fünf Heidelberger Studenten den Gerichtssaal, wo gegen sie ein Terrorprozeß gestartet werden sollte. Sie wurden von den Zuschauern mit Beifall begrüßt. In einer Pressemitteilung des Frankfurter SDS hieß es, daß, wenn der verhaftete Student Hans-Jürgen Krahl nicht freigegeben würde, in ganz Hessen die militanten Aktionen verstärkt werden, "den Zeitpunkt der Aktionen werden wir selbst bestimmen. Wir werden notfalls einen Generalstreik der gesamten Hochschulen organisieren." Mehrere hundert Studenten der TU in Westberlin stürmten das Rektorat und vernichteten reaktionäre Akten.

<u>Heidelberg, 4.2.</u> Nachdem am Abend des 3.2. die Studenten mit einem Rammblock das Portal der alten Universität durchbrochen und das Gebäude besetzt hatten, wurde am 4.2. das Gebäude der neuen Universität geschlossen. Daraufhin griffen nach einem Teach-in etwa 500 Studenten den Gebäudekomplex an und drangen ein. Es kam zu Auseinandersetzungen mit mehreren Hundertschaften der Polizei, die in voller Kampfausrüstung erschienen waren. Demonstranten legten später den Stadtverkehr Heidelbergs lahm, da die Polizei, um den Einsatz von Wasserwerfern nicht zu gefährden, den Oberleitungsstrom der Straßenbahn abschalten mußte.

<u>Hamburg, 4.2.</u> Nachdem in der Nacht vom 3. auf den 4.2. Polizisten das von den Studenten besetzte psychologische Seminar unter brutaler Gewalt geräumt, 19 Personen festgenommen hatten, von denen ein Teil im Schnellverfahren abgeurteilt wurde, besetzten Studenten am 4.2. das Germanistische Institut.

<u>Frankfurt, 5.2.</u>
Anläßlich eines Schnellverfahrens ge-

SCHNELLGERICHT

Ja, meine Herrn vom Schnellgericht,
Die ganze Sache klappt noch nicht.
Da setzt mal Tempo hinter!
Denn wen die Polizei vertrimmt,
Der ist von vornherein bestimmt
Kein ordentlich Gesinnter.

Wozu noch Kreuz- und Querverhör,
Ob der's gewesen oder der!
Was ist man da so kleinlich?
Wer Krach kriegt mit der Polizei,
Daß der kein Staatszerstörer sei,
Ist völlig unwahrscheinlich.

Herr Staatsanwalt, warum so mild?
Wer unerlaubt die Straßen füllt,
Ist peinlich zu bestrafen.
Und außerdem fällt ins Gewicht:
Der Mann kann froh sein, daß ihn nicht
Die blauen Bohnen trafen.

Ja, meine Herrn vom Schnellgericht:
So kommt das Staatsgeschwür ja nicht
Zur radikalen Heilung.
Auch leiden wir ja heut, man sieht's,
An Überlastung der Justiz.
Ich bin für Arbeitsteilung.

Macht Schluß und laßt die Akten ruhn!
Die Polizei kann auch was tun.
Für alle andern Fälle
Genügt ein Polizeimajor;
Und dem macht keiner etwas vor.
Da geht es auf die Schnelle!

1931

gen den SDS-Studenten Hans-Jürgen Krahl wurden 70 geladene Zeugen brutal von der Polizei aus dem Gefängnisgebäude geprügelt. Daraufhin kam es in der Innenstadt zu schweren Kämpfen zwischen Polizei und Studenten, Jungarbeitern und Schülern. Passanten wurden von der Polizei aufgefordert, sich in alle Richtungen zu zerstreuen, um den Polizeieinsatz nicht zu behindern.

Hamburg, 5.2. Als schrecklichsten Augenblick in meinem Beruf und als Aufruhr bezeichnete Bürgermeister Drexelius die Demonstration von rund 4.000 Studenten und Jungarbeitern - trotz Polizeiverbot - durch die Hamburger Innenstadt und die Bannmeile um das Rathaus. Die um 700 Mann der Bereitschaftspolizei aus Eutin verstärkte Hamburger Polizei wagte nicht einzugreifen. Im Anschluß an die Demonstration kam es, provoziert durch die Polizei, zu einem Kampf um den Philosophenturm.

Heidelberg, Hamburg, 7.2. Zu schweren Straßenschlachten zwischen Polizei und Studenten, bei denen die Polizei Wasserwerfer und Knüppel einsetzte, kam es am Abend in Heidelberg. 14 Demonstranten wurden in das Landesgefängnis von Mannheim eingeliefert. In Hamburg beschlossen Studenten das Rektorat zu besetzen. 600 Studenten zogen zum Rektorat, ein Teil drang in das Gebäude ein.

Soweit die Aufzählung der Aktionen in den letzten Wochen, die keinen Anspruch darauf erhebt, vollständig und ausführlich zu sein. Was zeigen uns die hier angeführten Fakten. Sie zeigen uns, daß es auch in der Bundesrepublik immer mehr Kräfte gibt, die erkennen, daß es nicht genügt, Reformen zu fordern, sondern daß es notwendig ist, die Gesellschaft auf revolutionärem Wege zu verändern.

Wie aber reagiert die herrschende Klasse auf die Forderung nach einer demokratischen Hochschulreform? Mit Justiz und Polizei oder schlichtem Betrug. Die Studenten wollten in Lehrveranstaltungen diskutieren. Die Ordinarien denunzierten das als Zerstörung der Freiheit von Forschung und Lehre. Die Studenten organisierten sich in Arbeitsgruppen, der Rektor kriminalisierte diese, der AStA koordinierte die studentischen Arbeitsgruppen, die Universitätsadministration versucht politische Zensur mit dem Druckmittel der Rechtsaufsicht. Die Studenten übernahmen die für diese Arbeit notwendigen Produktionsmittel, Kuratorium und Ordinarien holten die Polizei.

Hier hilft nichts anderes, wenn man sich nicht einfügen, wenn man nicht zum Sklaven der herrschenden Monopolbourgeoisie werden will, als den Kampf aufzunehmen, den Kampf zum Sturz dieser Bourgeoisie und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates. Dieser Kampf kann und wird jedoch nur gewonnen werden, wenn sich die Arbeiterschaft mit den revolutionären Studenten verbindet.

Und hier liegt, wie wir wissen, der Hase im Pfeffer. Zwar beteiligen sich in zunehmendem Maße schon Jungarbeiter und Lehrlinge an den Aktionen der fortschrittlichen Studenten und sind manchmal schon die Avantgarde, wenn es zum Kampf kommt. Aber genügt das? Nein! Bevor nicht die Masse der Arbeiter, Angestellten und Bauern ihre Klassenlage bewußt erkannt und begriffen hat, daß der Kampf der fortschrittlichen Studenten ein Teil ihres Kampfes ist, ist an eine grundlegende Änderung der Gesellschaftsordnung nicht zu denken. Und hier liegt der Schwerpunkt der Arbeit unserer Partei, die die Partei der Arbeiterklasse, ihr bewußter und organisierter Vortrupp, die höchste Form ihrer Klassenorganisation ist. Deshalb zieht sich wie ein roter Faden durch unser Statut: Schwerpunkt unserer Arbeit liegt in den Betrieben. Hier müssen wir beginnen. Ausgehend vom derzeitigen Bewußtsein der Werktätigen, aber immer mit dem Ziel vor den Augen, ihnen den Klassencharakter unserer Gesellschaft und die unabdingbare Notwendigkeit der Veränderung dieser Gesellschaft auf revolutionärem Weg zu erklären.

Die Angst der Herrschenden

Noch hat es keine größeren Streiks gegeben, noch sind die Arbeiter nicht auf die Straße gegangen, noch gelingt es den Lakaien der Monopolbourgeoisie, rechten Gewerkschaftsführern und Funktionären der SPD und DKP die Massen bei

der Stange und im Konsumdenken gefangenzuhalten, doch schon zittern sie, die Kiesinger, Heck, Schmidt, Barzel, Strauß, Kluncker und wie das ganze reaktionäre Gelichter noch heißt. Schon rufen sie nach der Gewalt, um die Herrschaft ihrer Brötchengeber, der Herren der Monopole und Banken zu sichern.

Ihre Wut, ihr Haß richtet sich gegen die Studenten, die es wagten, diese Gesellschaftsordnung in Frage zu stellen. Gegen sie versuchen sie reaktionäre Omas und Opas im Geiste des Faschismus befangene Bundesbürger "die müßte man alle vergasen" - kurz, all die Nichtwissenden in Rage zu bringen. Bewußt nutzen sie das Streben der Menschen nach Sicherheit und Ordnung - die sie ihnen nie geben können - für ihre politischen Zwecke, drohen sie und hetzen sie zum Pogrom.

Wenn Altnazi Kiesinger droht: "Man muß endlich diesen Leuten gegenüber mit den salbungsvollen Sprüchen aufhören"; wenn CDU-Generalsekretär Heck fordert, es müssen die "linksextremistischen" Studenten von der Hochschule verwiesen werden; wenn Bundesinnenminister Benda fordert, die Gewährung von Stipendien nach dem Honnefer Modell für die rebellischen Studenten zu streichen; wenn Heidelberger Staatsanwälte zu den brutalen Ausschreitungen der Polizei gegen Studenten und Journalisten bemerkten "wo gehobelt wird, fallen Späne", so ist das kein Zeichen der Stärke, sondern ihrer Schwäche. Sie handeln wie alle herrschenden Klassen vor ihnen, wenn sie ihre Privilegien bedroht sahen. Mit nackter Gewalt. Doch sicher wird ihnen der Stein, den sie jetzt aufhoben, auf die eigenen Füße fallen.

Bundesgenossen

Daß die rechten Gewerkschaftsführer schon immer Handlanger der Monopolbourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse waren, wissen wir. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, wenn Leute wie der Hamburger DGB-Vorsitzende Höhne zu dem Kampf der Studenten gegen das dekadente bourgeoise Erziehungssystem erklärt: "Die Arbeitnehmer haben dafür kein Verständnis" und "man müsse diesen Aktionen mit aller Härte begegnen."

Wundern könnte man sich allenfalls, wenn ein DKP-Blättchen, das vorgibt, für den Sozialismus und gegen den Aggressionskrieg des US-Imperialismus in Vietnam zu sein, Studenten, Jungarbeiter und Lehrlinge als "anarchistische Wirrköpfe" beschimpft, nur weil sie in berechtigter Empörung über den Massenmord der US-Imperialisten in Vietnam einige Scheiben des Hamburger Amerika-Hauses in Trümmer gehen ließen.

Doch so erstaunlich ist das seit den Weltjugendfestspielen in Sofia, wo SDAJ-ler gemeinsam mit bulgarischer Polizei die US-Botschaft vor Demonstranten schützte, gar nicht mehr. US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus sind nur die zwei Seiten einer Medaille, so wie man hier und heute die bestimmenden DKP/KPD-Funktionäre ruhig den Arbeiterverrätern vom Schlage eines Höhne, Kluncker, Leber usw. zurechnen kann.

Liebe Leser, Genossinnen, Genossen!

So leid es uns tut, aber der Platz reicht nicht mehr aus. Der Platz, um der Aufgabe des ROTEN MORGEN als kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator gerecht zu werden.

Agitation, das heißt: Aufklärung aller Schichten der Bevölkerung über aktuelle Tagesfragen im Sinne der Erziehung und Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtsein.

Propaganda, das heißt: Planmässige Verbreitung von Lehren, Ideen, Anschauungen, politischen Theorien und Grundsätzen, insbesondere die wissenschaftlich fundierte Erklärung der Lehren des Marxismus-Leninismus.

Organisator, das heißt: Das zu tun, was wir im letzten Jahr taten, zweckbestimmt auf den Zusammenschluß zu einer Organisation, der Partei hinzuarbeiten.

Was also tun? Die Seitenzahl erhöhen. Aber wie? Zwei Möglichkeiten bieten sich an: Erstens: zweimal im Monat erscheinen, jeweils mit 8 Seiten. Oder einmal mit 16 Seiten. Die erste Möglichkeit, zweimal im Monat, läßt sich aus drucktechnischen und anderen Gründen - schließlich wird der

ROTE MORGEN vom Redaktionskollektiv neben der täglichen Arbeit geschrieben und fertiggestellt - schwer verwirklichen. Ein anderer Nachteil wäre, daß sich dadurch der Jahresabonnementspreis von 5,-- auf DM 10,-- erhöhen würde. Die zweite Möglichkeit hat den Vorteil, daß bei gleicher Seitenzahl von 16 Seiten das Porto voll ausgenutzt wird und sich dadurch der Jahresabonnementspreis nur um DM2,40, also auf DM 7,40 erhöht. Wir möchten es unseren Lesern überlassen, sich für die eine oder andere Möglichkeit oder eventuell für eine dritte zu entscheiden. Schreibt uns und teilt uns Eure Vorschläge mit, auch was die notwendige inhaltliche Verbesserung unserer Zeitung betrifft.

Redaktionskollektiv
ROTER MORGEN

Kripo beobachtet Streiks

Die Kripo-Hauptstelle Baden-Württemberg hat alle örtlichen Kriminalpolizeidienststellen angewiesen, "besondere Ereignisse" - genannt werden ausdrücklich Streiks und Demonstrationen - zu beobachten und gegebenenfalls weiterzumelden. In der Praxis sieht das so aus, daß Kripobeamte bei den Direktionen solcher Betriebe nachfragen, in denen Streiks und Protestaktionen stattfinden, sich nach Ursachen, Hintergründen und "Rädelsführern" erkundigen, um sie in die "Schwarzen Listen" für den Tag X aufzunehmen.

Werbt neue Leser für den ROTEN MORGEN - Stärkt die Reihen der KPD/ML

HINEIN IN DIE BUNDESWEHR !

Aufgabe jedes jungen Marxisten-Leninisten

Eines oder besser das entscheidende Mittel zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Monopolbourgeoisie ist die bewaffnete Macht, sind Polizei, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr. Schon bald nach Ende des Zweiten Weltkrieges bauten die deutschen Imperialisten unter der Führung des verbrecherischen USA-Imperialismus die Bundesrepublik systematisch als Angriffsbasis gegen das gesamte sozialistische Lager auf. Unter Bruch des Potsdamer Abkommens und mit Zustimmung der verräterischen Führung der SPD wurde die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt.

Zügig wurde seit 1956 der Aufbau der Bundeswehr vorangetrieben. Bisher wurden rund 200 Milliarden D-Mark für die Wiederaufrüstung ausgegeben, und es heißt an Märchen glauben, wenn man angesichts eines Verteidigungsbudgets von 22 Milliarden pro Jahr annimmt, der Charakter der Bundeswehr sei rein defensiver Natur.

Fünf Jagdbombengeschwader, ausgerüstet mit dem F-104 Atombomber zur offensiven "Luftverteidigung" und zwei Flugkörpergeschwader, ausgerüstet mit der zweistufigen atombombentragenden Rakete "Pershing" sowie hochmobile "Leopard"-Panzerangriffsverbände und Einheiten von Landungsbooten zeigen deutlicher als die beschönigenden Worte der Bonner Revanchepolitiker den wahren Charakter der Bundeswehr.

Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere, für uns zur Zeit wichtigere, ist der geplante Einsatz der Bundeswehr bei "inneren Unruhen", der durch die Annahme der Notstandsgesetze "legalisiert" wurde. Wörtlich: "Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes (sprich Herrschaft der Monopolbourgeoisie) kann die Bundesregierung,wenn die Polizeistreitkräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes ... einsetzen."

Hatten bereits vor Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag anläßlich der Demonstrationen während der Oster-

tage vergangenen Jahres kriegsstarke Einheiten der Bundeswehr in Bereitschaft gelegen, so wurde in den folgenden Monaten die Zielsetzung immer deutlicher: So berief der Kommandeur Oberstleutnant Zimmer-Vorhaus die Bundeswehr-Heimatschutztruppe Düsseldorf zu einer Übung ein. Als theoretischen Grund für diese Einberufung hatte er Saalschlachten, Krawalle und Straßenkämpfe der außerparlamentarischen Opposition angegeben, "die eindeutig erkennbar von Feindkräften gesteuert wurden." - Der Übungsplan des Fernmelderegiments 753 in Bad Bergzabern, nahm ebenfalls einige Wochen später "Studenten- und Arbeiterunruhen" an, die es zu bekämpfen galt. Man könnte die Aufzählung solcher und ähnlicher Beispiele beliebig fortsetzen. Fest steht, die Bundeswehr als Machtinstrument der Monopolbourgeoisie ist als Eingreifreserve gegen die um ihre Befreiung vom Joch des Kapitalismus kämpfenden Volksmassen gedacht.

Weiß man dies, so ist es für einen Marxisten-Leninisten nicht schwer, daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Wie stellt sich uns heute die bewaffnete Macht des Klassengegners dar:

1) die Polizei, vor allem die Bereitschaftspolizei ist die Knüppelgarde der Reaktion. Mit ihr sehen sich die fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes bei ihren außerparlamentarischen Demonstrationen und Aktionen direkt konfrontiert. Ausgebildet von "Ehemaligen", von führenden SS-Dienstgraden, wurde sie auf "potentielle Unruhestifter und Staatsfeinde", sprich um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter und Studenten, abgerichtet. In ihr herrscht der Geist des Faschismus, wie er in ihren brutalen sadistischen Ausschreitungen zum Ausdruck kommt. Sie ist die SA, die Sturmabteilung der Monopolbourgeoisie und schreckt, wie Westberlins Innensenator Neubauer ankündigte, nicht vor Gebrauch von Schußwaffen als Mittel gegen Demonstranten zurück.

Wie sollen wir uns ihr gegenüber verhalten? Differenzieren? Dort wo man uns brutal zusammenschlägt, gibt es nichts mehr zu differenzieren. Dort muß man der konterrevolutionären die revolutionäre Gewalt entgegensetzen. Hier gilt die Gleichheit der Mittel. Dort aber wo uns der einzelne Polizist friedfertig gegenübertritt, sollten wir tatsächlich differenzieren und versuchen, ihm seine Klassenlage klarzumachen, ihn aufzufordern, sich nicht länger als Büttel der Reaktion mißbrauchen zu lassen.

2) der Bundesgrenzschutz. Was für die Polizei gilt, gilt bedingt auch für den Bundesgrenzschutz. Wie sie ist er ideologisch auf die herrschende Klasse ausgerichtet. Wie sie, besteht er aus Freiwilligen, die für ihren Job bezahlt werden. Wir sollten uns hier nichts vormachen. Vorläufig meint die herrschende Klasse noch mit ihren Polizeiverbänden auskommen zu können. Der Einsatz des Bundesgrenzschutzes, der über schwere Infantriewaffen verfügt, ist erst für später, wenn es zu größeren Streikkämpfen und Demonstrationen kommt, vorgesehen. Nicht umsonst liegt der Schwerpunkt der Ausbildung beim Bundesgrenzschutz im Straßenkampf, nicht umsonst forderte die Bundesregierung dieser Tage in ihrem Konzept über die zivile Verteidigung eine wesentliche Verstärkung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes zur Bewältigung von Aufgaben im Kriegsfall und in Spannungszeiten, wobei der Schwerpunkt sicher auf dem "in Spannungszeiten" liegt. Die Aufstellung von Reserveeinheiten heißt es, sei dringend geboten.

3) die Bundeswehr. Bei ihr liegt unsere wichtigste Aufgabe. Sie zu analysieren, unser Verhalten zu ihr zu differenzieren, ist eine wichtige Sache. Wie schon gesagt, gilt für die Monopolbourgeoisie die Bundeswehr als letzte Eingreifreserve, als Eckpfeiler zur Erhaltung ihrer Macht.

Was unterscheidet nun die Bundeswehr von Polizei und Bundesgrenzschutz? Das wesentliche ist wohl, daß in ihr ein Großteil Wehrpflichtiger dienen, Menschen also, die man - sehr oft gegen ihren Willen - zum Bund gezogen hat. Hier ist ein wichtiger Ansatzpunkt für unsere Arbeit. Natürlich sind auch hier das Offizierscorps, das zu über 50 v.H. aus Heimatvertriebenen und Flüchtlingen besteht, und große Teile des Unteroffizierscorps, Stützen der Reaktion, die die Soldaten im Sinne des Antikommunismus zu beeinflussen suchen. Wie bekannt, ist der Anteil der NPD-Wähler in der Bundeswehr besonders stark und liegt mit 20 bis 25 Prozent erheblich über den Durchschnitt.

Diese Tatsache darf aber keinesfalls zu dem Schluß führen, die Bundeswehr sei in ihrer Gesamtheit faschistisch.

Bekanntlich sind die hier angeführten Wähler über 21 Jahre, also Zeitdienende, Offiziere und Unteroffiziere. Bei letzteren ist die Unzufriedenheit mit ihrer sozialen Lage besonders stark.

Das wachsende politische Unbehagen bei den Soldaten, hervorgerufen durch Notstandsgesetze und Polizeiterror - drückte sich im letzten Jahr besonders durch die steigende Zahl der Wehrdienstverweigerer aus, die im letzten Jahr 11 000 erreichte. Davon stellten 3.300 ihren Antrag erst, nachdem sie schon Soldaten der Bundeswehr waren.

Diese Entwicklung hat bei der Monopolbourgeoisie und ihrem ausführenden Organ, der Bundesregierung, tiefe Besorgnis ausgelöst. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Verteidigung, Zimmermann (CSU), erklärte: "Mit der Kriegsdienstverweigerung kann es so nicht weitergehen. Wenn sich reihenweise Wehrpflichtige nach der Grundausbildung bei der Bundeswehr als Kriegsdienstverweigerer melden und damit ein Geschütz blockieren, oder gar ein ganzes Bataillon funktionsunfähig machen, dann ist das keine Gewissensentscheidung mehr, sondern eine Gefahr für unsere Sicherheit." - Wessen Sicherheit? Natürlich nicht unsere, sondern die der herrschenden Kreise.

Wie stehen wir Marxisten-Leninisten zu dieser Entwicklung? Natürlich begrüssen wir sie. Doch obwohl das Mittel der Wehrdienstverweigerung die Reaktionäre beunruhigt und auch beträchtliche Verwirrung in der Truppe stiftet, ist es letzten Endes eine stumpfe Waffe, ja, ein Mittel, das auf die Dauer selbstmörderisch wirkt.

Wie wir wissen, verschärfen sich die Widersprüche im imperialistischen Lager ständig. Die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, zwischen den imperialistischen Staaten und den kolonialen und halbkolonialen Staaten sowie den Ländern der "Dritten Welt" und zwischen imperialistischen Mächten untereinander führen in jedem Land zu einem Stadium, in dem die Proletarische Revolution praktisch unvermeidlich geworden ist. Dies wird auch von der westdeutschen Monopolbourgeoisie erkannt, der der Schreck der revolutionären Frühjahrskämpfe 1968 in Frankreich mächtig in die Knochen gefahren ist und die alles unternimmt, um gegen den sich unaufhaltsam verschärfenden Klassenkampf gewappnet zu sein.

SDS-Mitglieder gehen in die Bundeswehr

Auch der SDS hat seine Mitglieder aufgefordert, ihren Wehrdienst abzuleisten, "um praktische Kritik auch innerhalb der Bundeswehr zu entfalten." Wie ein SDS-Sprecher sagte, habe die Kampagne "Tragt Unruhe in die Bundeswehr" schon gute Erfolge gehabt. So haben bei einer Diskussion mit Soldaten vom Wachbataillon Bonn in Siegburg 90 % geäußert, sie würden nicht auf Studenten schiessen.

Im Verlauf des revolutionären Kampfes wird es zwangsläufig, wie wir aus der Geschichte wissen, zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den revolutionären Volksmassen und den Instanzen des Klassenfeindes (Polizei, Grenzschutz, Bundeswehr) kommen. Nur wenn es uns gelingt, schon in Zeiten relativer Ruhe Einfluss auf die bewaffnete Staatsmacht zu gewinnen, wird es uns im Augenblick der Entscheidung möglich sein, mit Erfolg zu kämpfen. Das aber heißt für jeden wehrpflichtigen Marxisten-Leninisten: "Rein in die Bundeswehr!"

Nicht nur um Schießen, die modernen Waffen beherrschen zu lernen, sondern um Einfluss im Sinne unserer marxistisch-leninistischen Weltanschauung auch die Soldaten zu gewinnen. Um ihnen klar zu machen, daß sie durch ihren Dienst in der Bundeswehr nicht dem Schutz von Heimat und Volk, sondern der Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden Klasse, einer winzigen Minderheit, dienen. Denn letzten Endes entscheidet der Mensch und nicht die Waffen. Was nützen den Herrschenden all ihre Starfighter und Panzer, wenn die Piloten und Panzerfahrer nicht mehr bereit sind, für sie zu fliegen oder zu fahren, sondern die Gewehre in die richtige Richtung drehen.

Sich eng mit den Massen verbinden heißt dort zu sein, wo die Massen sind, also auch bei der Bundeswehr. Schaffen wir Gruppen in der Bundeswehr. Wirken wir, wo dies durch wehrpflichtige Marxisten-Leninisten nicht möglich ist, von außen auf sie ein. Der Klassengegner wird zetern:

"Sie wollen die Bundeswehr zersetzen". Mitnichten, wir wollen die Bundeswehr zu dem machen, was sie sein sollte, eine Armee die dem Volke dient, eine Volksarmee. Das wird ein langer, beschwerlicher Weg sein. Doch wir müssen ihn beschreiten, wenn wir siegen wollen.

Nichts gefallen lassen

Ein Genosse der KPD/ML, derzeit bei der Bundeswehr, diskutiert mit seinen Kameraden nicht nur über die Lehre des Genossen Mao Tse-tung, er hing auch das Bild "Vorsitzender Mao Tse-tung auf dem Weg nach Anyuan" in seinem Kleiderschrank auf. Dies mißfiel bei einem Stubendurchgang und Spind-Appell dem Hauptfeldwebel seiner Batterie. Er befahl ihm, das Bild zu entfernen.

Der Genosse legte daraufhin Beschwerde ein. In der Beschwerde heißt es u.a.: "Da mir dieses Werk künstlerisch sowie inhaltlich sehr nahe steht, fühle ich mich nach Artikel 5 des Grundgesetzes beleidigt und auch meiner künstlerischen Freiheiten beraubt. Da ich nicht glaube, daß Hauptfeldwebel R. den Wert dieses Kunstwerkes voll beurteilen kann, beschwere ich mich gegen diesen Vorfall und verlange, daß ich das Bild wieder in den Spind hängen darf."

Die Beschwerde hatte Erfolg. In dem Entscheid des Hauptmanns und Batteriechefs heißt es u.a.: "Die Beschwerde ist zulässig und begründet. Meine Ermittlungen haben ergeben, daß der Sachverhalt, den Sie vorbringen, richtig ist. Nach Rücksprache bei der vorgesetzten Kommandobehörde ist es Ihnen gestattet, in Ihrem Schrank ein Bild dieser Art aufzuhängen. Ich habe den Hauptfeldwebel R. hierüber belehrt."

Kritik und Selbstkritik

Wir verfügen über die marxistisch-leninistische Waffe der Kritik und Selbstkritik.

(Mao Tse-tung)

Kritik und Selbstkritik sind ein Entwicklungsgesetz der Partei.

(Statut der KPD/ML)

Ein Kommunist soll offenherzig, ehrlich und aktiv sein.

(Mao Tse-tung)

Als einzige Parteien der Welt sind die Parteien des Marxismus-Leninismus auf dem Prinzip der Kritik und Selbstkritik aufgebaut. So stehen also die Forderungen des Genossen Mao Tse-tungs nach Offenherzigkeit, Ehrlichkeit und seine Feststellung, daß die revolutionären Parteien der Arbeiterklasse aller Länder über die Waffe der Kritik und Selbstkritik verfügen, am Anfang dieses Artikels. Man wird sich vielleicht fragen, warum dazu nun extra noch ein Artikel notwendig ist. Die Forderungen sind doch klar und deutlich und in unserer Partei sind sie sogar ins Statut aufgenommen worden. Nun, Forderungen selbst - wenn sie schriftlich in Statuten festgelegt worden sind, besagen für sich noch gar nichts.

Werfen wir zu näheren Erläuterung einen Blick auf die Struktur unserer Partei. Nach langen Diskussionen und vielen Reisen einzelner Genossen, nach vielen Gesprächen in allen Teilen Westdeutschlands hat sich eine zunächst noch kleine Gruppe zur Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) zusammengeschlossen, um eine Politik im Sinne der Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tungs durchzuführen. Soweit, so gut. Nur darf über diesen erfreulichen Anfang nicht vergessen werden, daß es in unserer Partei kaum Genossen gibt, die sich länger als ein Jahr kennen, daß es noch manche Widersprüche in verschiedenen Punkten gibt, die erst in der praktischen Arbeit der nächsten Monate und Jahre geklärt werden können. Darüber hinaus muß auch von Anfang an klar sein, daß es gewiß - und das be-

sonders angesichts der ständigen Vergrößerung der Partei - persönliche Differenzen zwischen einzelnen Genossen gibt, die die politische Arbeit beeinträchtigen. Um dieses weitgehend zu vermeiden, müssen die einzelnen Genossen sich immer und immer wieder nach den Motivationen für ihre Handlungsweisen fragen, müssen sich immer wieder die Frage stellen, ob sie an den Genossen richtig gehandelt haben, ob sie sich einer politischen Auseinandersetzung konfrontiert sehen oder einer persönlichen. Um diese Selbstanalyse durchzuführen ist eine Kritik an sich selbst notwendig, ein Überdenken des eigenen "Ich", eine Untersuchung des eigenen Tuns. Genosse Mao Tse-tung gibt uns dazu die Anleitung. In seinen Werken "Über den Widerspruch", "Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk" und "Über die Berichtigung falscher Anschauungen in der Partei" führt er aus, wie die Kritik und Selbstkritik zu geschehen hat. Jeder Marxist-Leninist muß diese Werke lesen, um über die richtige Anwendung von Kritik und Selbstkritik und ihre Grenzen informiert zu sein.

Wesentlichster Grundsatz bei Kritik und Selbstkritik ist der Satz "Die Krankheit vernichten, den Patienten retten". In der Praxis bedeutet das, daß wir uns davor hüten müssen, jetzt munter drauflos zu kritisieren. Es sollte und muß uns immer um die wesentlichsten Dinge gehen. Wesentlichstes für einen Kommunisten aber muß das politische Verhalten sein. Es geht daher, wie Genosse Mao Tse-tung ausführt, nicht an, die Genossen auf Grund ihrer persönlichen Schwächen zu kritisieren oder Emotionen in die Kritik hineinfliessen zu lassen, also seinen Egoismus austoben, weil man sich vielleicht durch die Kritik oder den Widerspruch eines Genossen beleidigt und angegriffen fühlt, sondern es darf sich hier im wesentlichen nur um politische Kritik handeln. Denn, wie Genosse Mao Tse-tung sagt, besteht die Gefahr, daß sich die Aufmerksamkeit der Partei auf kleine Mängel konzentriert, die Menschen ängstlich und übervorsichtig werden und die politischen Aufgaben der Partei vergessen.

Kritik, berechtigt und wichtig wie sie ist, setzt darüber hinaus aber noch eines voraus: Selbstkritik bedeutet nicht, daß sich der kritisierte Genosse nun an die Brust schlägt und vor großem Gremium mit eigenen Worten noch einmal die Kritik der anderen Genossen wiederholt und Besserung gelobt, das allein ist ein verbaler und vordergründiger Akt, der mit dem Wesen der Kritik und Selbstkritik wenig gemein hat. Nein, wir meinen hier die selbstkritische Analyse, die jeder Genosse durchführen muß bei seiner eigenen Person und seinen Motiven, wenn er sich hinstellt und Kritik an anderen Genossen üben will. Viele Genossen werden dann sehr bald, sofern sie ehrlich gegen sich selbst sind, begreifen, wie kleinbürgerlich und persönlich ihre Kritik ist.

Genosse Mao Tse-tung fordert in seiner Schrift gegen den Liberalismus: "Ein Kommunist soll offenherzig, ehrlich und aktiv sein." Bei unserem Thema kommt es uns jetzt vor allem auf die Bestimmung der beiden ersten Forderungen an, weil sie Grundvoraussetzungen ganz besonders für die Durchführung von Kritik und Selbstkritik sind. In der Praxis heißt das: wenn ich an einem Genossen meine, Kritik üben zu müssen, dann muß ich diese Kritik entweder zunächst einmal dem Betroffenen mitteilen oder in seinem Beisein, der Gruppe oder in welchem Gremium auch immer ich es zur Sprache bringen will, vorbringen. Wichtig aber ist, daß dieser von mir angegriffene Genosse ebenfalls darüber Bescheid weiß. Ein unmögliches, an übelste revisionistische Verhaltensweisen erinnernde Haltung aber ist es, wenn ich Kritiken an einem Genossen habe und sie hinter seinem Rücken heimlich anderen Genossen mitteile, ihm gegenüber aber weiterhin freundlich und zuvorkommend bin, ihn also auf schäbigste Weise anlüge. Geschieht so etwas, so hat jeder aufrechte Kommunist die moralische und ihm vom Marxismus-Leninismus gestellte Pflicht, den Genossen, der auf so heimtückische Art hinter dem Rücken eines anderen schludert, auf seinen Fehler aufmerksam zu machen, ihn zur Selbstkritik aufzufordern. Dieses Schludern, in bürgerlichen Parteien gang und gäbe und einer der Wesenszüge des Revisionismus, muß ausgerottet werden, und zwar bei den kleinsten Versuchen, wenn die Partei nicht unabsehbaren Schaden erleiden soll.

Hat ein Genosse Fehler begangen und

ist er dafür kritisiert worden, so muß ihm die Chance gegeben werden, diese Fehler durch praktische und harte Arbeit wieder gutzumachen. Es geht aber nicht an, daß dieser Genosse nun von den anderen mit Mißtrauen und Unfreundlichkeit behandelt wird, weil er einen Fehler gemacht hat. Fehler machen wir alle, es kommt aber darauf an, dieses zu erkennen und selbstkritisch und fleissig zu ändern. Genosse Mao-Tsetung schreibt dazu, daß die Kommunisten Genossen, die falsch gehandelt haben, nicht von sich stoßen dürfen, sondern diese durch ihre Überzeugungskraft und ihre aufbauende Kritik zum besseren wandeln, damit "sie das Alte ablegen und von neuem beginnen".

Wir sehen also, daß es sich zwar einfach sagen läßt, daß die Partei nach den Prinzipien von Kritik und Selbstkritik aufgebaut wäre, daß die Praxis aber auf Grund unserer eigenen menschlichen Unzulänglichkeit häufig anders aussieht. Üben wir also erst einmal Selbstkritik, bevor wir daran gehen über andere Genossen zu urteilen. Und hüten wir uns davor, diese Kritik hinter dem Rücken des Kritisierten zu üben. Erweisen wir uns als Kommunisten im Sinne des Genossen Mao Tse-tung: seien wir offenherzig, ehrlich und aktiv; sehen wir zunächst einmal auf unsere eigenen Fehler und denken wir bei der Kritik an einem Genossen an die gemeinsame große Aufgabe und lassen uns nicht von Gefühlen leiten.

ICH WAR, ICH BIN, ICH WERDE SEIN

Vor 50 Jahren wurden in Berlin Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Begründer und ersten Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands von einer brutalen Soldateska mit Billigung der "Arbeiterpartei" SPD grausam ermordet. Vor 50 Jahren! In diesen 50 Jahren hat sich die Richtigkeit und Gerechtigkeit ihres Kampfes, der nun der unsere geworden ist, Tag für Tag und Jahr für Jahr bestätigt. Was sie vermeiden wollten, ist geschehen, wogegen sie gekämpft hatten, das hat vorerst den Sieg davongetragen.

Heute, nach 50 Jahren, müssen wir uns fragen, wer heute an der Stelle der konterrevolutionären SPD-Führung des Jahres 1919 steht, wer heute die Arbeiterklasse und alle mit ihr verbündeten Kräfte verrät und verleumdet. Es ist erschreckend zu sehen, daß sich in diesen 50 Jahren so gar nichts in Deutschland geändert hat. Im Westen herrschen die monopolkapitalistischen Kräfte mit Hilfe einer bürgerlichen SPD, im Osten eine revisionistische Partei, die kaum mehr Anspruch auf die Bezeichnung "sozialistisch" erheben kann. Beide, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg haben Zeit ihres Lebens gegen jeden Verrat am Sozialismus gekämpft. Grotesk zu sehen, was heute geschieht:

Die DKP-Führer, fürwahr echte Lakaien der Bourgeoisie, besitzen die unglaubliche Frechheit, mit Fackelzügen und Kundgebungen derer zu gedenken, die sie in den vergangenen Jahren und Monaten immer wieder verraten haben, sogar die SPD erhebt heute den Anspruch darauf, legitimer Erbe ihrer Ideen zu sein.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, revolutionäre Vorkämpfer für die Befreiung der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes vom Joch des Imperialismus und des Faschismus, dessen Opfer sie wurden, werden heute ein zweites Mal geschändet, geschändet von denen, die ihre Revolution verraten haben.

Rosa Luxemburg sagte: "Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft.

Dieser Umbau und diese Umwälzung können nicht durch irgendeine Behörde, Kommission oder ein Parlament dekretiert, sie können nur von der Volksmasse selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden.

Es ist ein toller Wahn, zu glauben,

die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen.

Die imperialistische Kapitalistenklasse wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln verteidigen.

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden."

Die Entwicklung hat Rosa Luxemburg recht gegeben. In keinem Land der Welt ist bisher der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auf friedlichem Wege, auf dem Weg über das Parlament erfolgt. Im Gegenteil, der Weg über das Parlament führte bisher immer nur zum Faschismus.

Der Parlamentarismus der Weimarer Republik führte zur Diktatur der Nationalsozialisten und zum grausigsten Kriege und Massenmord der Weltgeschichte, zum 2. Weltkrieg. Der Parlamentarismus der Bundesrepublik hat sich in der kurzen Zeit von zwanzig Jahren zu einer Farce mit faschistischem Charakter gewandelt. Die Reaktionäre, wohl wissend um die Ohnmacht eines parlamentarischen Systems, triumphieren auch in der Bundesrepublik: eine reaktionäre Armee, deren Führer schon die faschistischen Angriffskriege des 3. Reiches führten, sieht ihren Gegner erneut in der sozialistischen Gesellschaftsordnung, eine Großbourgeoisie, schon einmal der Geldgeber der Faschisten, ist wieder dabei, die Feinde der Arbeiter zu unterstützen.

Genau wie schon einmal sind es auch diesmal wieder die Führer der SPD und der Gewerkschaften, die sich zu willigen Handlangern der Reaktion machen lassen. Mehr noch: sie sind inzwischen die Hauptscharfmacher geworden, bangen um ihre Pöstchen und möchten es mit den Bossen nicht verderben. Zu diesem unheiligen Paar gesellt sich heute noch eine Partei, die sich kommunistisch nennt, eine Partei, die die Ideen von Marx, Engels und Lenin zu vertreten vorgibt, die sich als Nachfolger der revolutionären KPD von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sieht. Ein trauriges Spiel, sieht man, wie sie die Worte der großen Führer des Proletariats ständig im Munde führt, den revolutionären Geist dieser Worte aber ständig verrät.

Vollends zur Groteske aber wird dieser 50. Jahrestag, liest man im "VORWÄRTS", daß Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu den großen Führern und Denkern der SPD gezählt werden. Selten wohl haben Mörder ihre Opfer mehr verhöhnt als mit diesem Anspruch. Erinnern wir uns an das Gedicht, das derselbe "VORWÄRTS" am 13. Januar 1919 abdruckte: "Viel hundert Tote in einer Reih - Proletarier! Karl, Rosa, Radek und Kumpanei, - es ist keiner dabei, es ist keiner dabei! Proletarier!

Und diese Leute erheben heute Anspruch auf die Nachfolge der beiden großen proletarischen Revolutionäre!

Nur eine wirklich revolutionäre Partei kann heute Anspruch auf die Nachfolge von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erheben, eine Partei, die sich dem Geiste der proletarischen Solidarität und des proletarischen Internationalismus verpflichtet fühlt. Wir Kommunisten in der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten erheben diesen Anspruch. Geben wir uns Mühe, das große Erbe, das wir angetreten haben, würdig zu verwalten, seien wir selbstkritisch und ehrlich, daß wir der Aufgabe, die in diesem Anspruch liegt, gerecht werden! Nur dann werden wir den Kapitalisten und allen Reaktionären mit Recht die Worte von Rosa Luxemburg entgegenhalten können:

Ihr stumpfen Schergen! Eure "Ordnung" ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon rasselnd wieder in die Höh' richten und zu Eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden:

Ich war,
ich bin,
ich werde sein.

Arbeit mit der DKP? Praxis und Erfahrugen.

Die DKP-Führung legte am 23.1.1969 der Öffentlichkeit den Entwurf einer Grundsatzerklärung vor. Wie sich schon auf den ersten Blick zeigt, ist in ihr der ganze abgestandene revisionistische Plunder wieder enthalten (wir werden noch näher darauf eingehen). Mit der Vorlage dieser Grundsatzerklärung beweist die Führung der DKP, daß sie bereit ist, die ihr für das Linsengericht ihrer Wiederzulassung durch den bürgerlichen Staatsapparat übertragene Aufgabe getreu zu erfüllen: Abhaltung der auf die notwendige Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse drängenden Kräfte unseres Volkes vom revolutionären Kampf.

Für die Monopolbourgeoisie ist der Kniefall der Führung der DKP/KPD das gefundene Fressen. Dafür nimmt sie sogar in Kauf, daß die Partei mit Millionen und aber Millionen D-Mark seitens der SED finanziert wird. Erhofft sie sich doch den ihr drohenden Untergang dadurch abwenden zu können. Man stelle doch nur einmal die Frage: Warum wurde die KPD 1956, also in einer Zeit, da sich kaum eine ernsthafte Opposition gegen die herrschende Klasse regte, verboten und warum wird sie heute, wo sich der Klassenkampf ständig verschärft, wo große Teile der Studentenschaft die bürgerliche Gesellschaftsordnung in Frage stellen und zu kämpfen beginnen, wieder erlaubt?

Wie verhalten wir uns nun gegenüber der DKP/KPD? Hier sollten wir ernsthaft das Wort des Genossen Mao Tse-tung berücksichtigen:

"Die Sowjetunion war der erste sozialistische Staat; die Kommunistische Partei der Sowjetunion wurde von Lenin gegründet. Obwohl nun die Partei- und Staatsführung in der Sowjetunion von den Revisionisten usurpiert wurde, möchte ich allen Genossen raten, an der Überzeugung festzuhalten, daß die breiten sowjetischen Volksmassen, die breite Masse der sowjetischen Parteimitglieder und Funktionäre gut sind, daß sie die Revolution wollen und daß die revisionistische Herrschaft nicht lange dauern wird."

Dieses Wort sollten wir im übertragenen Sinne berücksichtigen, wenn wir auf unser Verhältnis zur DKP/KPD eingehen. Sind denn die Genossen dieser Partei, ja selbst die unteren Parteifunktionäre unsere Feinde? Wollen sie nicht ehrlichen Herzens den Sozialismus? Lehnen sie denn die Diktatur des Proletariats ab? In ihrer überwiegenen Mehrheit tun sie es nicht, sind sie bereit, für die Befreiung der Arbeiterklasse aufrecht zu kämpfen. Deshalb ist es auch falsch, die einfachen Genossen der DKP/KPD als Revisionisten zu beschimpfen, obwohl sie es objektiv sind.

Sie erkennen doch noch gar nicht den ungeheuren Verrat der sowjetrevisionistischen Führungsclique, sie durchschauen doch noch gar nicht das Spiel dieser Clique mit dem US-Imperialismus um die Aufteilung der Welt in Interessensphären. Was wissen sie denn vom leninschen Prinzip der Koexistenz und seiner Verfälschung durch die sowjetischen Revisionisten, von dem Betrug durch die Propagierung des friedlichen Übergangs zum Sozialismus, was anderes wissen sie von der Großen Proletarischen Kulturrevolution in der Volksrepublik China als das, was man ihnen erzählt, daß die chinesischen Genossen Buddhas umschubsen und Kulturdenkmäler zerstören.

Es ist doch gerade die Methode der Führung der DKP/KPD, den Genossen den "Marxismus-Leninismus" aus zweiter, aus revisionistischer Hand zu vermitteln. Warum werden denn von den Genossen in den Grundeinheiten nicht so wichtige Werke wie "Was tun", "Staat und Revolution" von Lenin, "Über die Grundlagen des Leninismus" von Stalin, geschweige denn die Werke von Mao Tse-tung, der Marxismus-Leninismus unserer Zeit anhand der Originale studiert? Weil die revisionistischen Führer wissen, wie gefährlich es für sie und ihre Herrschaft ist.

Was wir also tun müssen in der täglichen Arbeit, im Betrieb, ist, uns eng mit den Genossen der DKP/KPD im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Monopolbourgeoisie, verbünden, ihnen aber gleichzeitig in geduldiger, sachlicher

Diskussion den Verrat ihrer revisionistischen Führung erklären. Einigermassen sinnlos ist es, sich mit bezahlten Funktionären der DKP/KPD in Diskussionen einzulassen. Für sie gilt in der Regel der Grundsatz "wes Brot ich esse, dessen Lied ich singe".

Während die DKP/KPD bei unseren öffentlichen Versammlungen beispielsweise die Methode anwendet, Leute hineinzuschicken mit dem Auftrag nicht sachlich zu diskutieren, sondern durch unqualifizierte Zwischenrufe und Beschimpfungen wie "Spalter", "Verräter" usw. zu stören - und sich damit selbst entlarvt, muß unsere Methode umgekehrt sein. Gute Erfahrungen haben unsere Genossen in einer westdeutschen Großstadt gemacht, die mit einer Gruppe von 6 Mann eine der zur Zeit auf örtlicher Basis stattfindenden DKP-Versammlungen besuchte. Durch eine im Anschluß an das Referat sachlich und grundsätzlich geführte Diskussion gelang es die Genossen der DKP zu verunsichern und von den rund 20 Anwesenden drei für die Ziele unserer Partei zu interessieren, Und diese drei waren junge Genossen, die erst seit kurzem in der DKP sind. Auf sie aber kommt es uns in erster Linie an.

Also niemals vergessen: Unsere Hauptfeinde sind der USA-Imperialismus, der Sowjetrevisionismus und die mit ihnen verbündete westdeutsche Monopolbourgeoisie, die ostdeutsche Ulbricht-Clique und deren verlängerter Arm in der Führung der DKP/KPD, nicht aber die DKP/KPD-Genossen in unserem Betrieb, in unserem Haus.

Sie gilt es für uns zu gewinnen. Nie aber dürfen wir dem Klassengegner die Freude gönnen, uns gegen unsere Klassenbrüder auszuspielen.

Aus den Landesverbänden

Nordrheinwestfalen. Am 26.1.1969 konstituierte sich in Düsseldorf nach einer erfolgreich durchgeführten Leserversammlung des ROTEN MORGEN der Landesverband Nordrheinwestfalen der KPD/ML. Fünf Ortsgruppen, Essen, Duisburg, Solingen, Köln, Düsseldorf wählten ihre Vertreter, die sich zu einer kollektiven Leitung zusammenschlossen. Der anwesende Genosse einer Paderborner Jugendgruppe wurde beauftragt, den Kontakt zu anderen mit der KPD/ML sympathisierenden Jugendgruppen aufzunehmen.

Westberlin. Die KPD/ML Westberlin konzentrierte ihre Arbeit in den letzten Wochen auf die Sammlung neuer Mitglieder. Ein Flugblatt "Gegen den Revisionismus", das anläßlich der Demonstration zum 50. Todestag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg verteilt wurde, brachte eine Reihe neuer Kontakte.

Karlsruhe. In Karlsruhe gründete sich eine Ortsgruppe der KPD/ML und nahm ihre politische und organisatorische Arbeit auf.

Siegen. In Siegen verbreitete eine Gruppe ehemaliger Mitglieder der DKP und SDAJ einen Aufruf, in dem sich die Unterzeichner von der revisionistischen Linie ihrer bisherigen Parteiführer lossagen, sich auf den Boden der marxistischen Lehre Mao Tse-tungs stellen und für die nächste Zeit die Gründung eines Kreisverbandes Siegen der KPD/ML ankündigen.

Kiel. Die in Kiel auf Kreisebene arbeitenden Gruppen der KPD/ML intensivierten ihre Schulungsarbeit und nahmen Kontakt zu einer Reihe Marxisten-Leninisten in anderen Städten Schleswig-Holsteins auf, mit dem Ziel, auch hier Ortsgruppen der KPD/ML zu schaffen.

Hamburg. Die KPD/ML Hamburg beschloß auf ihrer konstituierenden Sitzung am 19.1., die Arbeit in drei Gruppen, einer Hafenbetriebsgruppe, einer Jugendgruppe und einer Landesgruppe fortzusetzen. Es wurde eine kollektive Leitung gewählt. Die Jugendgruppe gab inzwischen ein Flugblatt heraus, das an den Oberschulen verteilt wurde. Die Hafenbetriebsgruppe setzte ihre schon Ende November begonnene Arbeit durch die Herausgabe weiterer betrieblicher Materialien fort.

Bayern. Für Bayern ist demnächst in München eine Leserversammlung des ROTEN MORGEN und eine Zusammenfassung der dort wohnenden Marxisten-Leninisten geplant.

Gruß unserer österreichischen Genossen

Die Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ) veröffentlichte in ihrem Zentralorgan "ROTE FAHNE" nachstehenden Artikel zur Gründung der KPD/ML:

Die Gründung der KPD/ML, der eine intensive Vorbereitungsarbeit durch das Redaktionskollektiv, die Lesergruppen und Aktivisten der im Juli 1967 gegründeten marxistisch-leninistischen Monatszeitung "ROTER MORGEN" vorausging, erfolgte auf den Tag genau 50 Jahre nach der Gründung der KPD durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg Ende des Jahres 1918. Die westdeutschen Marxisten-Leninisten haben mit der Wahl dieses Datums ihre Entschlossenheit unterstrichen, an die großen revolutionären Traditionen der KPD der Zwischenkriegszeit, der Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns, anzuknüpfen und ihr unsterbliches Werk in unserer Zeit fortzuführen.

Wie die auf dem Gründungsparteitag der KPD/ML beschlossenen Dokumente und Erklärungen zeigen, sind sich unsere deutschen Genossen über die Größe und Schwierigkeit der Aufgabe, die sie sich gestellt haben, durchaus klar. Sie haben auch die Tatsache gewürdigt, daß heute noch nicht alle revolutionär orientierten Genossen die unbedingte Notwendigkeit der Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei verstehen, daß der unermüdliche Kampf um die Überzeugung und Gewinnung dieser noch abwartenden Genossen aber eine der entscheidenden Aufgaben der nächsten Etappe ist.

Auch die Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei geht unter den Bedingungen eines harten und scharfen Klassenkampfes vor sich. Schon am Vorabend der Gründung der KPD/ML hatte es Versuche gegeben, die Gründung durch Denunziation zu vereiteln. Während einerseits die bürgerliche westdeutsche Presse schlecht getarnte Versuche unternimmt, die soeben ins Leben getretene Partei in Mißkredit zu bringen, gibt es andererseits plötzlich eine lautstarke Kampagne einiger sich als linksstehend betrachtender Personen und Gruppen, die Gründung der Partei sei "verfrüht", es fehlten noch entscheidende Voraussetzungen dazu usw. usf. Daß solche Polemiken nur dem Klassenfeind und den Revisionisten dienen, wird dort besonders augenfällig, wo sie in Aufrufe zur Gründung von Gegenorganisationen und in persönlichen Diffamierungskampagnen gipfeln.

Die österreichischen Marxisten-Leninisten kennen solche Erscheinungen aus eigener Erfahrung. Auch die jungen marxistisch-leninistischen Parteien der anderen Länder haben sie machen müssen - aber sie alle sind damit fertiggeworden, sind bei der Zerschlagung solcher Angriffe gewachsen und haben sich für die zukünftigen Kämpfe gestählt. So wird das auch bei der KPD/ML sein.

Die Gründung der KPD/ML ist nicht nur für die deutsche Arbeiterklasse ein hervorragendes Ereignis. Es ist eine freudige, ermutigende Nachricht für die marxistisch-leninistischen Parteien a l l e r Länder, insbesondere auch für die österreichischen Marxisten-Leninisten.

Außer durch die gemeinsame Sprache ist die österreichische mit der deutschen Arbeiterklasse auch durch gewichtige historische Ereignisse und Fakten verbunden. Neben dem amerikanischen Imperialismus ist der heute mit ihm eng verwachsene deutsche Imperialismus und Militarismus

Außer durch die gemeinsame Sprache ist die österreichische mit der deutschen Arbeiterklasse auch durch gewichtige historische Ereignisse und Fakten verbunden. Neben dem amerikanischen Imperialismus ist der heute mit ihm eng verwachsene deutsche Imperialismus und Militarismus der unmittelbarste Feind der nationalen und sozialen Interessen unseres Volkes. Eine Kraft, die sich den entschlossenen Kampf zum Sturz dieses Imperialismus und Militarismus zum Ziel gesetzt hat, ist für die österreichische Arbeiterklasse daher ein Bundesgenosse, mit dem sie besonders starke Gemeinsamkeiten der Ziele und Interessen, eine besonders herzliche Kampfesbrüderschaft verbinden.

In diesem Sinne wünschen wir österreichischen Marxisten-Leninisten unseren westdeutschen Genossen von Herzen Erfolg beim Aufbau der KPD/ML und bei ihrer festen Verankerung in den werktätigen Massen. In brüderlicher Solidarität mit ihr und mit den anderen marxistisch-leninistischen Parteien unserer näheren und ferneren Umgebung werden wir gemeinsam auf dem von der Sonne der Lehren Mao Tse-tungs erleuchteten Weg vorwärtsschreiten.

MLPÖ

Grußadresse der PARTI COMMUNISTE (MARXISTE-LÉNINISTE) DE BELGIQUE

In ihrem Schreiben vom 16. Januar 1969 begrüßte die Kommunistische Partei Belgiens (Marxisten-Leninisten) die Gründung der KPD/ML:

"Liebe Genossen, wir haben Eure Nachricht von der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten erhalten.

Wir freuen uns sehr darüber, daß die Einheit der Marxisten-Leninisten Deutschlands verwirklicht worden ist. Dies war unbedingt notwendig; und wir sind gewiß, daß die KPD/ML von Sieg zu Sieg eilen wird unter dem Banner des Marxixmus-Leninismus der großen Weltarmee, geführt durch die immer siegreichen Gedanken des großen Marxisten-Leninisten, des Vorsitzenden Mao Tse-tung.

Wir sind glücklich über die freundschaftlichen Bande, die uns verbinden und die sich noch in Zukunft entwickeln werden. Denn vereint werden wir den Sieg des Marxismus-Leninismus in der ganzen Welt erreichen.

Es lebe die KPD/ML

Es lebe der proletarische Internationalismus

Es lebe der Marxismus-Leninismus

Es lebe die marxistisch-leninistische Lehre des Vorsitzenden Mao Tse-tung.

Für das Sekretariat
J. Vanderlinden

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten - Leninisten

2000 Hamburg 71, Postfach 464

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71.
Erscheinungsweise vorläufig monatlich.
Einzelpreis 20 Pfg. Doppelnummer 40 Pfg.

ROTER MORGEN



Zentralorgan der
Kommunistischen Partei
Deutschlands, Marxisten -Leninisten

3Jg. März 69 40 Pfg

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch !

Hände weg vom sozialistischen China

Erklärung des ZK der KPD/ML

Auf seiner Sitzung am 15./16. März 1969 hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten sich mit den jüngsten bewaffneten Provokationen der sowjetischen revisionistischen Führer gegen die Volksrepublik China befaßt und die folgende Erklärung beschlossen:

Die blutigen Grenzzwischenfälle, die die revisionistische Führungsclique der Sowjetunion seit dem 2. März auf der zum chinesischen Territorium gehörigen Insel Tschenpao im Ussuri-Fluß durch Eröffnen von Gewehr- und Geschützfeuer auf chinesische Grenzwachen verschuldet hat, zeigen in aller Deutlichkeit die verbrecherische Rolle der sowjetischen Sozialimperialisten. Die Hintergründe für diesen unverschämten Akt der Aggression können nur im Zusammenhang mit der Globalstrategie der revisionistischen sowjetischen Führungsclique gesehen werden.

Während sie offen mit faschistischen und militaristischen Regierungen "gute Beziehungen" pflegen, eng mit Indien, Indonesien, Griechenland und den amerikanischen Imperialisten zusammenarbeiten, versuchten und versuchen sie eine antichinesische Einheitsfront auf die Beine zu bringen. Während der sowjetische Verteidigungsminister die indischen Reaktionäre gegen China aufzuhetzen versuchte, "klärte" Zarapkin Nazi-Kanzler Kiesinger über die Ziele der imperialistischen Sowjetpolitik auf.

Im eigenen Lager sollen die Provokationen an der chinesischen Grenze dazu dienen, auf der kommenden Konferenz der revisionistischen Parteien in Moskau die Front gegen das revolutionäre China zu verstärken. Ihre provokatorische "Politik der Stärke" gegenüber den revolutionären chinesischen Volksmassen zeigt offen den faschistischen Charakter der imperialistischen Politik der sowjetrevisionistischen Führungsclique, die sich durch nichts von der Aggressionspolitik der US-Imperialisten unterscheidet.

Die Aggression gegen das tschechoslowakische "Brudervolk" war mit der Johnson-Regierung abgesprochen. Ebenso das klägliche Waffengerassel und die "symbolischen" Akte gegen die Bundesversammlung in Berlin, die schließlich anläßlich der Bundespräsidentenwahl in die lächerliche Verhandlungsbereitschaft um Passierscheine mündete. Während die sowjetischen Sozialimperialisten mit Waffengewalt militärische Aggressionen gegen das chinesische Volk planen und durchführen, versuchen sie bei ihren imperialistischen und faschistischen "Freunden" im Westen Unterstützung und Billigung für ihre verbrecherischen Abenteuer zu finden. Ihre antichinesische Propaganda über chinesische "Greueltaten", ihre plumpen Fälschungen sollen die Völker der Welt über den verbrecherischen Charakter ihrer eigenen Politik hinwegtäuschen, doch kennt das deutsche Volk die Merkmale faschistischer Propaganda aus eigener Erfahrung noch zu genau, um sich täuschen zu lassen. Es hat am eigenen Leibe die imperialistische Ausbeutungspolitik der beiden Großmächte USA und SU zu deutlich erfahren, um sich Illusionen über die Ziele und die Eroberungspolitik der amerikanischen und sowjetischen Führungscliquen zu machen.

Das revolutionäre chinesische Volk beweist mit seinen gewaltigen Demonstrationen, seiner Kampfbereitschaft gegenüber dem Sowjetrevisionismus, daß es nicht bereit ist, sich die Machenschaften einer dieser imperialistischen Großmächte zu ergeben. Vereint mit den revolutionären Volksmassen in der ganzen Welt, die um ihre Befreiung vom Joch des Kapitalismus, Imperialismus und Revisionismus kämpfen, wird es mit Sicherheit den Sieg erringen. Auch das deutsche Volk, dessen Territorium die beiden imperialistischen Supermächte unter sich aufgeteilt und dessen Wiedervereinigung sie mit Hilfe der beiden reaktionären Regierungen in Ost- und Westdeutschland bisher erfolgreich verhindert haben, wird sich nicht ewig unterdrücken lassen. Es durchschaut in zunehmendem Maße den verbrecherischen Charakter dieser imperialistischen Weltpolitik. Wir deutschen Marxisten/Leninisten erklären uns solidarisch mit dem chinesischen revolutionären Volk.

Angesichts der bewaffneten Aggression der sowjetischen Imperialisten werden wir alles tun, um die Masse unseres Volkes gegen dieses ungeheure Verbrechen zu mobilisieren. Wir wissen, daß die Volksrepublik China als Weltzentrum der Revolution von entscheidender Bedeutung ist für den Befreiungskampf aller Völker. Entscheidend auch für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes.

Nieder mit dem US/SU-imperialistischen Komplott, das gegen alle Völker gerichtet ist!

Es lebe das sozialistische China, das Hauptbollwerk der revolutionären Weltbewegung in unserer Zeit!

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS/ML

Nieder mit den neuen Zaren!

Was um alles in der Welt veranlaßte die Breschnew-Kossyginclique, die neuen Zaren im Kreml, die Volksrepublik China anzugreifen und ihre imperialistische Verkommenheit erneut vor aller Welt zu entlarven? Glaubten sie allen Ernstes, ihr faschistisches Hirngespinst vom Angriff chinesischer Grenztruppen auf sowjetisches Hoheitsgebiet würde geglaubt werden? Glauben sie, daß dadurch, daß sie die chinesische Insel Tschenpao Damanskij nennen, habe sich plötzlich deren nationale Zugehörigkeit geändert? Ihre Greuelberichte und offenkundigen plumpen Fälschungen, die gleich nach dem Überfall am 2.3.69 parat lagen, beweisen nur eins: Dieser verbrecherische Überfall war von langer Hand vorbereitet.

Warum aber lassen sich die sowjetischen Sozialimperialisten auf solche Abenteuer ein, die ihnen schließlich und endlich nur zum Schaden gereichen können? Dafür gibt es mehrere Gründe:

1. Großsprecherisch hatte die Kossygin-Clique und ihre revisionistischen Helfer in Ostberlin angekündigt, sie werde die Abhaltung der Bundespräsidentenwahl in Westberlin zu verhindern wissen. Die westdeutschen Imperialisten, denen wohl bekannt war, welch großen Wert die Herren im Kreml auf die Zusammenarbeit mit den US-Imperialisten legten, versicherten sich deren Unterstützung in der Westberlin-Frage und dachten gar nicht daran, zurückzustecken. Selbst das Passierscheinangebot der Ostberliner Regierung wiesen sie mit der Bemerkung 'alles oder nichts' hämisch zurück. Um nun nicht das Gesicht zu verlieren und sich der Lächerlichkeit preiszugeben, um von der "Westberlin-Frage" abzulenken, inszinierten die Sowjetrevisionisten - abgestimmt auf die Bundesversammlung am 5. März - am 2. März die blutige Aggression am Ussuri.

2. Versuchen die Sowjetrevisionisten seit Jahren ein sogenanntes Welttreffen der Kommunistischen (sprich revisionistischen) Parteien zustandezubringen, auf dem sie eine Verurteilung der Volksrepubliken China und Albanien erreichen wollen. In schöner Regelmässigkeit sind diese Versuche bisher in die Hose gegangen. Fiel es den sowjetischen Sozialimperialisten schon schwer, ihre revisionistischen Partner zum Einmarsch in die Tschechoslowakei zu bewegen und für diesen aggressiven Akt auch noch Zustimmung zu erhalten, so fällt ihnen dies im Hinblick auf die Volksrepublik China noch viel schwerer. Somit ist die in faschistischer Art angelegte Provokation am Ussuri ein Teil ihrer Vorbereitungen für die zum 5. Juni geplante Konferenz der revisionistischen Parteien in Moskau.

3. Ist der Angriff auf chinesisches Hoheitsgebiet am Ussuri, ist das Blut der gefallenen Soldaten der Volksbefreiungsarmee Chinas die Morgengabe, die die Breschnew-Kossygin-Clique dem neuen Machthaber im Weißen Haus, Nixon anbietet? Bereits am 17.2. fanden in Washington Geheimverhandlungen zwischen dem Botschafter der UdSSR, Dobrynin und Präsident Nixon statt, von denen es hieß, daß sie sehr fruchtbar waren. Wie fruchtbar, merkte man 14 Tage später am Ussuri.

> **Marxisten-Leninisten der ganzen Welt, revolutionäre Völker der ganzen Welt, schließt euch zusammen, um den Imperialismus, den modernen Revisionismus und die Reaktionäre aller Länder niederzuschlagen! Eine neue Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutungssystem wird bestimmt aufgebaut werden.**
>
> **Mao Tse-tung**

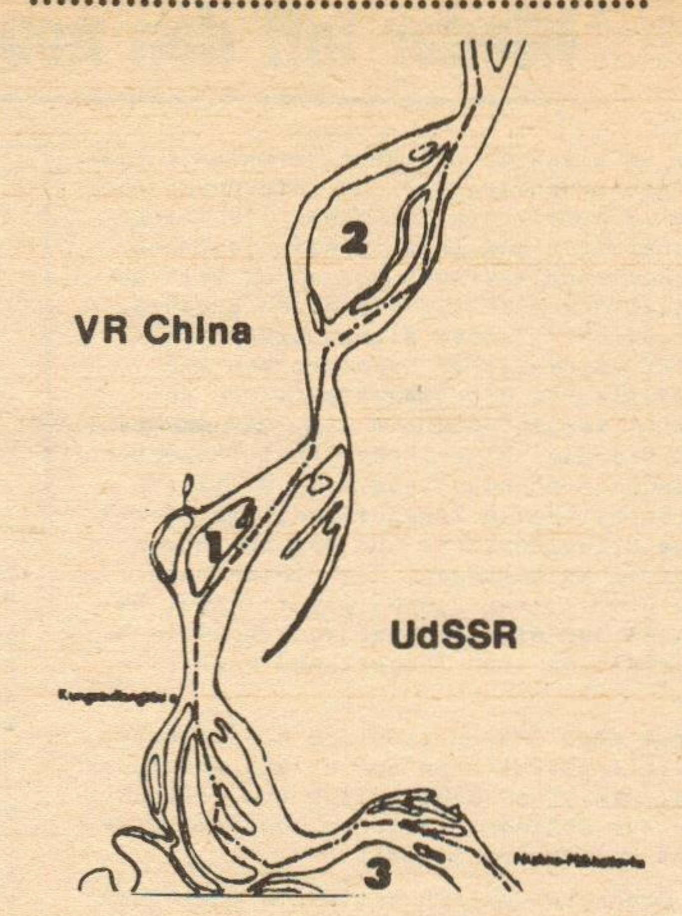
Durch diesen Überfall, den offenen Angriff auf chinesisches Hoheitsgebiet, ist die Politik der neuen Zaren im Kreml in ein neues Stadium eingetreten. Immer offener wird die imperialistische Gewaltpolitik der sowjetrevisionistischen Renegatenclique, die diese auch noch mit der These von der beschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten zu untermauern versucht. Seit Jahren zimmern sie schon mit den US-Imperialisten an einen Ring der Einkreisung Chinas. Zu diesem Zweck verbünden sie sich mit

allen in Frage kommenden reaktionären Regierungen und versuchen sie gegen China aufzuhetzen. So nahmen sie Verbindungen zu den Philippinen, Thailand und Malaysia auf, unterstützten die militaristisch-faschistische Suharto-Nasution-Clique auf Indonesien, an deren Händen das Blut Hunderttausender ermordeter Kommunisten klebt, mit Waffen - gestatten den japanischen Imperialisten das Überfliegen Sibiriens und luden die japanischen Monopole zur Erschließung ihres Landes ein. Selbst zu Taiwan (Formosa) stellten sie neuerdings Beziehungen her und propagieren in aller Öffentlichkeit die These der zwei Chinas.

Eine besondere Rolle bezüglich der Kriegsvorbereitungen gegen die Volksrepublik China haben sie den indischen Reaktionären zugedacht. Diese, die jährlich mehr als 10 Milliarden Rupien, über ein Drittel ihres Staatshaushaltes, für die Rüstung ausgeben, während Millionen in ihrem Land verhungern, werden großzügig mit Kriegsmaterial aller Art beliefert. Ganze Produktionsanlagen für die Herstellung von Mig-Kampfbombern wurden mit Hilfe der Sowjetrevisionisten erbaut, U-Boote und Mig-21-Düsenbomber geliefert. Erst kürzlich wurde ein Abkommen geschlossen, das die Lieferung von 175 AN-7-Jagdbombern vorsieht. Dafür gestatten ihnen die indischen Reaktionäre Luftbasen und Flottenstützpunkte auf ihrem Territorium zu errichten.

Wenn jetzt die Sowjetrevisionisten in ihren Hetzsendungen gegen die Volksrepublik China sogar mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen, so zeigt das ihre grenzenlose Verkommenheit, ihren ungeheuren Verrat. Nicht der blutig mordende, die Völker unterdrückende, sozialistische staatenbombardierende US-Imperialismus ist für sie der Hauptfeind, sondern das sozialistische China. Aber was soll man von Kreaturen erwarten, die mit den US-Gangstern zwecks Aufteilung der Welt in Interessensphären gemeinsame Sache machen und alles tun, um in ihrem Land den Kapitalismus zu restaurieren.

Hier und heute ist der Zeitpunkt für jeden ehrlichen Marxisten-Leninisten, für jeden, der von der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse um ihre Befreiung überzeugt ist, die Trennung zu vollziehen. Die ruhmvolle Zeitepoche, die große Zeit Lenins und Stalins, da die Sowjetunion das Zentrum der revolutionären Weltbewegung war, ist vorbei. Die Macht in diesem Lande wurde von einer Clique revisionistischer Renegaten usurpiert. Wer sich heute Kommunist nennt, muß die Volksrepublik China als das Vaterland der Werktätigen ansehen. Tut er das nicht, beweist er damit, daß zwischen seinen Worten und Taten Abgründe klaffen. Wir müssen es immer wieder unseren Kollegen klarmachen: China verteidigt die Interessen der Werktätigen überall auf der Welt, auch die Interessen der Werktätigen der Sowjetunion. Wer nicht für die Volksrepublik China einsteht, hat nicht das Recht, sich "Kommunist" zu nennen.



1 Tschenpao-Insel (russisch: Damanski-Insel)
2 Chiliching-Insel
3 Kapotzu-Insel

Grenzverlauf gemäß Hauptschiffahrtskanal

Diese Skizze zeigt die Insel Tschenpao, die einwandfrei auf der chinesischen Seite des Ussuri liegt. Bei internationaler Verträgen gilt als Grenze zwischen den Staaten auf Flüssen die Schiffahrtslinie.

Informationsabteilung des chinesischen Außenministeriums:

Chenpao war stets Chinas Territorium

Peking, 10. März

Die Chenpao-Insel war stets Chinas Territorium.

Informationsabteilung des chinesischen Außenministeriums

Am 2. März 1969 sandte die sowjetrevisionistische Renegatenclique eine große Anzahl bewaffneter Soldaten aus, die schamlos auf die Chenpao-Insel im Ussuri (Kreis Hulin, Provinz Heilungkiang) China, eindrangen und auf unsere Grenzwachen im Patrouillendienst einen plötzlichen Angriff machten und viele von ihnen töteten oder verwundeten. Sie hat somit ein neues schweres Verbrechen gegen das chinesische Volk verübt und eine neue Blutschuld auf sich genommen. Die Soldaten und Zivilisten unseres Landes haben ihre tiefste Empörung darüber zu Hunderten von Millionen zum Ausdruck gebracht.

Nach diesem Zwischenfall macht die sowjetrevisionistische Renegatenclique jedoch aus Schwarz Weiß und verdreht Recht und Unrecht: Sie bezeichnet die chinesische Chenpao-Insel als Teil des sowjetischen Territoriums und das Eindringen der sowjetrevisionistischen bewaffneten Soldaten in chinesisches Territorium und deren Angriff gegen chinesische Grenzwachen als eine Überschreitung der sowjetischen Staatsgrenze durch chinesische Grenzwachen zum Angriff auf sowjetische Grenzsoldaten. Das ist barer Unsinn!

Die Chenpao-Insel ist schon immer chinesisches Territorium gewesen. Der chinesisch-russische Vertrag von Nipchu" vom 8. September 1689 setzte fest, daß die Flüsse Erhkuna und Gorbitza und die äußeren Khingan-Berge den östlichen Sektor der chinesisch-russischen Grenze bilden und daß die weiten Gebiete nördlich des Heilungkiang-Flusses, südlich der äußeren Khingan-Berge und östlich des Ussuri alle chinesisches Territorium sind. Der Ussuri, in dem die Chenpao-Insel liegt, war damals ein chinesischer Inlandsfluß. Während die alliierten britisch-französischen imperialistischen Truppen bei ihrer Aggression gegen China Tientsin angriffen und Peking bedrohten, nahm der zaristische russische Imperialismus die Gelegenheit wahr. Er zwang die Regierung der Ching-Dynastie mit Waffengewalt am 28. Mai 1858 zur Unterzeichnung des ungleichen „Chinesisch-russischen Vertrages von Aigun." Durch diesen Vertrag annektierte er über 600 000 Quadratkilometer chinesisches Territorium nördlich des Heilungkiang-Flusses und unterstellte ca. 400 000 Quadratkilometer chinesisches Territorium östlich des Ussuri dem gemeinsamen Besitz Chinas und Rußlands. Den militärischen Druck, der durch den britisch-französischen imperialistischen Aggressionskrieg gegen China und nach der Besetzung Pekings durch die britischen und französischen Aggressortruppen ausgeübt wurde, nutzte der zaristische russische Imperialismus ebenfalls aus. Er zwang die Regierung der Ching-Dynastie zur Unterzeichnung eines weiteren ungleichen Vertrages, des „Chinesisch-russischen Vertrages von Peking" vom 14. November 1860. Durch ihn verleibte er Rußland das ganze chinesische Territorium östlich des Ussuri gewaltsam ein.

Wie Marx 1857 und 1858 aufzeigte, folgte auf den Opiumkrieg von 1840 **„das erfolgreiche Eindringen Rußlands von Norden her"** in China und Rußland **„ergriffen von den Ufern des Amurflusses Besitz** (Heilungkiang-Fluß – Übersetzer), **dem Geburtsland der gegenwärtigen herrschenden Rasse** (Manschu – Hrsg.) **in China."** Darüber hinaus zeigte Engels nach der Unterzeichnung des „Chinesisch-russischen Vertrags von Aigun" eindringlich auf: **„Als schließlich England damit beschäftigt war, den Krieg nach Peking zu tragen und Frankreich sich ihm in der Hoffnung anschloß, etwas zu seinen Gunsten einzuheimsen"** beraubte Rußland **„China eines Gebietes so groß wie Frankreich und Deutschland zusammen und eines Flusses so lang wie die Donau."** Lenin wies auch darauf hin, die Aufgabe der russischen imperialistischen Politik in Asien bestehe darin, **„sich ganz Persiens zu bemächtigen, die Teilung Chinas zu vervollständigen".** Durch diese glänzenden Schlußfolgerungen enthüllten Marx, Engels und Lenin vollkommen den aggressiven und ungleichen Charakter des „Chinesisch-russischen Vertrages von Aigun" und des „Chinesisch-russischen Vertrages von Peking", die der zaristische russische Imperialismus China auferlegt hatte.

Selbst gemäß dem ungleichen „Chinesisch-russischen Vertrages von Peking" ist die Insel Chenpao unbestreitbar chinesisches Territorium. Der „Chinesisch-russische Vertrag von Peking" setzte fest: „Von der Flußmündung des Ussuri südlich bis zum Hsingkai-See verläuft die Grenzlinie entlang den Flüssen Ussuri und Sungcha. Das Land östlich dieser Flüsse gehört zu Rußland und das Land westlich dieser Flüsse gehört zu China." Nach den festen Grundsätzen des internationalen Rechts bildet bei schiffbaren Grenzflüssen die Mitte der Hauptschiffahrtsrinne die Grenzlinie, die über die Zugehörigkeit von Inseln entscheidet. Chenpao und die nahegelegenen Inseln Kapotzu und Chilichin liegen alle auf der chinesischen Seite der Mittellinie der Hauptschiffahrtsrinne Ussuri und haben schon immer unter Chinas Hoheitsgewalt gestanden. Chinesische Grenzwachen haben schon immer diese Inseln abpatrouilliert und chinesische Bewohner haben schon immer auf diesen Inseln die Produktion betrieben. Während der chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen im Jahre 1964 konnte die sowjetische Seite selbst nicht umhin zuzugeben, daß diese Inseln chinesisches Territorium sind.

Am 27. September 1920 erklärte die sowjetische Regierung unter Lenins Führung, daß „alle von der vorherigen russischen Regierung mit China geschlossenen Verträge null und nichtig sind und sie auf das ganze in Besitz genommene chinesische Territorium und alle russischen Konzessionen in China verzichten und China gratis und für immer all das zurückgibt, was die zaristische Regierung und die russische Bourgeoisie China raubgierig entrissen hat." Dieses große Testament Lenins wurde nicht erfüllt, weil China damals von einer reaktionären Regierung beherrscht wurde.

Nach der Gründung der Volksrepublik China hätten die Grenzfragen zwischen China und der Sowjetunion vernünftig gelöst werden können. Die chinesische Regierung ist konsequent der Meinung, daß von der Geschichte offengelassene Grenzfragen durch Verhandlungen gelöst werden sollten und daß bis zu einer Regelung der Status quo der Grenze aufrechterhalten werden sollte. Die Regierung Chinas hat hintereinander von der Geschichte übriggelassene komplizierte Grenzfragen mit den benachbarten Ländern Burma, Nepal, Pakistan, der Mongolischen Volksrepublik und Afghanistan befriedigend gelöst. Die Grenzfragen zwischen China und der Sowjetunion und zwischen China und Indien sind jedoch ungelöst geblieben. Die chinesische Regierung hatte wiederholt mit der indischen Regierung über die chinesisch-indische Grenzfrage Verhandlungen, die jedoch von den indischen Reaktionären unterbrochen wurden. Im Jahre 1964 führte die chinesische Regierung Grenzverhandlungen mit der sowjetischen Regierung, in deren

Fortsetzung nächste Seite

Verlauf die chinesische Seite klarmachte, daß der „Chinesisch-russische Vertrag von Aigun", der „Chinesisch-russische Vertrag von Peking" und andere Verträge bezüglich der gegenwärtigen chinesisch-sowjetischen Grenze alle ungleiche Verträge sind, die der zaristische russische Imperialismus China auferlegte, als die Macht nicht in den Händen des chinesischen und des russischen Volkes lag. Veranlaßt von dem Wunsch, die revolutionäre Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk zu stärken, war die chinesische Seite jedoch bereit, diese Verträge als Grundlage zu nehmen, um den ganzen Verlauf der Grenzlinie zwischen den beiden Ländern zu bestimmen und alle bestehenden Fragen bezüglich der Grenze zu lösen; jede Seite, die in Übertretung der Verträge Territorium der anderen Seite besetzt hält, muß es grundsätzlich der anderen Seite ganz und bedingungslos zurückgeben. Dies schließt jedoch nicht notwendige Neuanpassungen an einzelnen Stellen der Grenze durch beide Seiten aus, auf der Grundlage der Verträge und gemäß den Prinzipien der Konsultation auf gleichberechtigter Grundlage und des gegenseitigen Einvernehmens und des gegenseitigen Entgegenkommens. Die sowjetische Seite weigerte sich jedoch, die obengenannten vernünftigen Vorschläge der chinesischen Seite anzunehmen. Sie lehnte es ab, die Verträge bezüglich der gegenwärtigen chinesisch-sowjetischen Grenze als ungleiche Verträge anzuerkennen und weigerte sich hartnäckig, diese Verträge als Grundlage für die Lösung der Grenzfrage zwischen den beiden Ländern zu nehmen. Die sowjetische Seite versuchte vergeblich, China zur Annahme eines neuen ungleichen Vertrages zu zwingen und so ihre Besetzung des chinesischen Territoriums in legaler Form zu verewigen, was sie durch die Überschreitung der durch ungleiche Verträge festgelegten Grenzlinie an sich gerissen hat. Dieser Großmachtchauvinismus und das Eintreten für territoriale Expansion der sowjetrevisionistischen Renegatenclique wurde von der chinesischen Seite streng verurteilt. Die chinesische Seite wies eindeutig darauf hin, daß die chinesische Seite gezwungen sein wird, ihre Haltung in Bezug auf die chinesisch-sowjetische Grenzfrage als Ganzes zu überprüfen, falls die sowjetische Seite hartnäckig bei diesem Standpunkt bleiben und es unerbittlich ablehnen sollte, die eingeschlagenen Wege zu bessern.

Die sowjetrevisionistische Renegatenclique hat sich nicht nur geweigert, die chinesisch-sowjetische Grenzfrage durch Verhandlungen zu lösen, sondern sie hat auch unablässig den Status quo der Grenze unterbrochen und Grenzzwischenfälle verursacht. Seitdem die chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen durch die Sowjetrevisionisten sabotiert wurden und besonders seit Breschnew und Kossygin an die Macht kamen, schickte die sowjetrevisionistische Renegatenclique große Verstärkungstruppen an die chinesisch-sowjetische Grenze, verstärkte ihre Unterbrechung des Status quo der Grenze, besetzte noch weitere chinesische Territorien, führte bewaffnete Provokationen aus und schuf blutige Zwischenfälle. Sie wurde dazu von der konterrevolutionären Notwendigkeit veranlaßt, sich mit dem US-Imperialismus gegen China zu verbünden und die Aufmerksamkeit der russischen Bevölkerung abzulenken. Die Insel Chenpao zum Beispiel: allein während der vereisten Zeiten in den über zwei Jahren zwischen 23. Januar 1967 und 2. März 1969 drangen sowjetische Grenzsoldaten 16 Mal in das chinesische Gebiet der Chenpao-Insel ein. Bei mehreren dieser Übergriffe verwundeten sie chinesische Grenzwachen im normalen Patrouillendienst und erbeuteten chinesische Waffen und Munition.

Der jüngste Zwischenfall, bei dem sowjetrevisionistische Soldaten in das chinesische Territorium der Insel Chenpao eindrangen, um bewaffnete Provokationen durchzuführen, hat den häßlichen Charakter der sowjetrevisionistischen Renegatenclique noch weiter enthüllt. Sie hat den Mantel des zaristischen russischen Imperialismus übernommen und verfolgt dessen sozialimperialistische Aggressionspolitik. Sie betrachtet jene Gebiete, die der zaristische russische Imperialismus einst besetzte, als die ihrigen und erhebt weitere Ansprüche auf die Gebiete, die der zaristisc' russische Imperialismus nicht besetzen konnte. So sind die neuen Zaren von heute.

Es ist absolut unzulässig, daß irgend jemand Chinas Souveränität und territoriale Integrität verletzt. **Wir werden nicht angreifen, wenn wir nicht angegriffen werden; wenn wir angegriffen werden, werden wir gewiß einen Gegenangriff durchführen.** Sollte die sowjetrevisionistische Renegatenclique an ihrem rücksichtslosen Kurs festhalten und weiterhin bewaffnete Grenzkonflikte provozieren, wird das chinesische Volk gemäß der Lehre unseres großen Führers, Vorsitzenden Mao, mit Gewißheit alle eindringenden Feinde **entschlossen, gründlich, gänzlich und vollständig** vernichten.

Aus den Landesverbänden

Auch im letzten Monat kam der Aufbau der KPD/ML auf Bundesebene gut voran. Neue Ortsgruppen der Partei wurden inzwischen in Hannover und Mannheim gegründet. Sie begannen sofort mit ihrer politischen Arbeit. So gab die KPD/ML Mannheim ein Flugblatt heraus, das sich gegen den Überfall der Sowjetrevisionisten auf die Volksrepublik China richtete. Ein gleiches Flugblatt wurde sofort nach dem Überfall vom Landesverband Nordrhein-Westfalen herausgegeben und im Schneeball-System verbreitet. Dadurch wurde erreicht, daß die Öffentlichkeit umgehend und aktuell unterrichtet wurde. Ein weiteres Flugblatt "Hände weg von China" erschien zentral in hoher Auflage und wurde von den einzelnen Orts- und Kreisverbänden der KPD/ML verbreitet. In Westberlin erschien die erste Ausgabe der marxistisch-leninistischen Jugendzeitschrift Rote Garde. In Hamburg gab die Rote Garde eine Grundsatzerklärung heraus.

+ + +

Hinweis: Genossen, um umfassend informiert zu sein, bitten wir Euch, von allen auf örtlicher Ebene erscheinenden Veröffentlichungen jeweils 3 Exemplare an die Adresse des ROTEN MORGEN, Hamburg, zu schicken.

Der Staat, in dem wir leben

Arbeiterkinder Fehlanzeige

Immer noch studieren an unseren Hochschulen nur 5,8 % Arbeiterkinder. Ihr Anteil stieg zwischen 1963 und 1968 nur um knapp 1 %. In der DDR sank der Anteil der studierenden Arbeiterkinder in den letzten Jahren unter 40 %, während sich die Zahl der studierenden Kinder der neuen Bourgeoisie, der Wirtschafts-, Staats- und Parteifunktionäre rapide erhöhte.

Bannkreise

"Richternötigung" soll als neuer Straftatbestand eingeführt werden. Außerdem soll in Zukunft ein Bannkreis um jedes Gericht errichtet werden, in dem jede öffentliche Versammlung verboten ist. Die westdeutsche Klassenjustiz hat Angst vor ihrer Entlarvung.

Unterschoben?

In einem für jedermann zugänglichen Raum im Gebäude, in dem sich die Westberliner Kommune I befindet, wurde von der Polizei angeblich ein selbstgefertigter Sprengkörper entdeckt. Daraufhin wurden Dieter Kunzelmann und Rainer Langhans verhaftet. Es besteht der dringende Verdacht, daß die Polizei den Sprengstoff dort selbst deponierte, um einen Vorwand für die Verhaftung zu haben.

Besoffen: Befördert

Arbeiter, die betrunken zur Arbeit erscheinen, werden in der Regel fristlos entlassen. Besonders gilt dies, wenn es sich um die Interessen ihrer Kollegen vertretende Arbeiter handelt. Anders ist die Lage, wenn es um Diener der herrschenden Klasse geht. So wurde ein Beamter in leitender Stellung beim Hessischen Landratsamt, der in der Regel besoffen in seinem Büro aufkreuzte, befördert. Begründung: Die Beförderung solle "Ansporn zu einem untadeligen Lebenswandel sein, wie er einem ranghohen Beamten geziemt."

Gleich und gleich

Daß das Regime der Bundesrepublik nicht nur prä-, sondern faschistische Züge trägt, wird deutlich in seinem Umgang mit "befreundeten Mächten". Während in Spanien blutiger faschistischer Terror gegen die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter und Studenten herrscht, verleiht die Bundesregierung das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik an den Francofaschistischen Informationsminister Fraga Iribarne.

Angesichts dieser Haltung kann es auch nicht verwundern, daß der Referent des Bundesarbeitsministeriums, Bünger, Rentenleistungen an die Söldner der faschistischen "Legion Condor" mit dem Hinweis rechtfertigt: "Der spanische Bürgerkrieg diente zur Erprobung der Kampfkraft deutscher Truppen und des Kriegsmaterials im Hinblick auf den späteren zweiten Weltkrieg", andererseits aber Renten an Angehörige der gegen die Franco-Faschisten kämpfenden Interbrigaden ablehnt, da hier ähnliche Kriterien nicht gegeben seien.

Liebe Leser, Genossinnen, Genossen!

Die Entscheidung ist gefallen. Die Mehrzahl unserer Bezieher hat sich für die Erhöhung des Preises des ROTEN MORGEN auf 40 Pfennig bei 16 Seiten Umfang ausgesprochen. Damit erhöht sich der Jahresbezugspreis einschließlich Porto von 5,-- DM auf 7,40 DM. Wir möchten alle, die den ROTEN MORGEN im voraus bezahlt haben, bitten, die DM 2,40 auf unser Postscheckkonto: Hamburg Nr. 26 27 67 zu überweisen. Überhaupt, Geld ist es, was uns am meisten fehlt. Jedes Werbeexemplar kostet Geld. Die Werbung neuer Leser trägt aber dazu bei, die Auflage zu erhöhen und dadurch unserem Ziel, der technischen Verbesserung der Zeitschrift und einer öfteren Erscheinungsweise näherzukommen. Tragt dazu bei, indem Ihr neue Leser gewinnt und uns mit Geldspenden (es können auch Briefmarken sein) unterstützt.
Demnächst wird die erste Ausgabe der Theoretischen Zeitschrift der KPD/ML "KOMMUNIST" erscheinen. Wir bitten Interessenten schon heute ihre Bestellung aufzugeben. Der Einzelpreis des Heftes wird voraussichtlich bei DM 1,-- liegen.

Redaktionskollektiv
ROTER MORGEN

Tatsachen über die Herrschenden

1,7 % der Bundesbürger verfügen über 70 % des gewerbl. Kapitalvermögens (Produktionsmittel)

5 % aller Aktionäre besitzen 75 % des Aktienkapitals

In 75 Wirtschaftsbereichen vermutet das Bundeskartellamt marktbeherrschende Unternehmen (d.h. Preisabsprachen unter den Unternehmern).

70 direkte Vertreter der Großwirtschaft sitzen im Bundestag.

Die deutschen Banken besetzen 75 % aller Aufsichtsratsposten der Kapitalgesellschaften. Die 3 Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank) stellen über 50 % aller Aufsichtsratsmitglieder.

Allein durch Scheinfirmen im Ausland werden jährlich ca. 1 Milliarde DM (lt. Hessisch. Wirtschaftsminist.) an Steuern unterschlagen!

Einkommen:

Oberst der Bundeswehr:	2.500,-- DM	Grundgehalt
Polizeipräsident (v. Berlin-West):	4.300,-- DM	Grundgehalt
Chef des Geheimdienstes (BND):	4.400,-- DM	Grundgehalt
Abgeordneter des Bundestages:	2.740,-- DM	Diäten + Sitzungsgeld + Büro (Bahn- und Flugzeugbenutzung frei)
insgesamt:	5.240,-- DM	(alles steuerfrei u. unpfändbar)
Verteidigungsminister Schröder:	15.000,-- DM	monatlich

Axel Springer zahlt seinem Generalbevollmächtigten jährlich 1,2 Mill. DM.

Neckermann (Vater u. Sohn) verdienen pro Jahr 2,8 Mill. DM.

Playboy Arndt Krupp erhält 2 Mill. DM jährlich für Nichtstun, seit der Steuerzahler die Firma Krupp vor dem Zusammenbruch gerettet hat!

Vermögensmilliardäre:

Friedrich Flick, Thyssen, Bosch, Quandt, Röchling, Siemens, Stumm (Kühlmann-Stumm FDP)

1968:	Anstieg der Unternehmergewinne um	30 %
"	der Löhne um	2,8 %



"Schützt euch selbst, kauft Waffen", jammerte die BILD-Zeitung am 17.3., "unsere Kripo ist verbittert", sie schafft es nicht mehr, der steigenden Kriminalität Herr zu werden. Vor acht Jahren gab es in der Bundesrepublik 15 000 Kriminalpolizisten. Inzwischen haben sich die Verbrechen verdreifacht. Aber es gibt nur 10 % mehr Kriminalbeamte. Höchstens 30 % aller Verbrechen werden noch aufgeklärt. Von 100 Wirtschaftsverbrechen nur zwei.

Tatsachen über die Beherrschten

1965 betrug der durchschnittliche Verdienst aller Arbeiter und Angestellten DM 642,--.

1965 verdienten 70 % aller Arbeitnehmer unter 800,-- DM.

Durchschnittsrente 1966: (monatlich)	Angestellte	408,90 DM	(Altersruheg.)
	Arbeiter	242,80 DM	"
	Angestellte	263,60 DM	(Invalidenrente)
	Arbeiter	183,90 DM	"
	Angestellte	241,90 DM	(Witwenrente)
	Arbeiter	167,50 DM	"

In der BRD leben 2 Millionen Sozialhilfe-Empfänger

In der BRD leben 300.000 Obdachlose

40 % aller Rentner erhalten weniger als 300,-- DM Rente

2,7 Mill. Kriegsopfer u. Hinterbliebene erhalten:

a) 150,-- DM Witwengrundrente
b) bei 30 % Erwerbsminderung 53,-- DM Grundrente
c) bei 40 % Erwerbsminderung 70,-- DM Grundrente
d) " 100 % Erwerbsminderung 270,-- DM "

Die durchschnittliche Miete stieg von 1964 bis 1967 um ca. 50 Prozent

Der soziale Wohnungsbau ist v. 1961 bis 1967 v. 42,8 % auf 30,5 % gesunken!

1963 waren in der BRD 600.000 Kinder unter Pflegeaufsicht
1 Million unter Vormundschaft
65.000 in Erziehungsheimen der Fürsorge
375.000 werden formlos betreut
1,7 Millionen = 10 % aller Jugendlichen sind Opfer der kapitalistischen Gesellschaft!

Bertold Brecht: "Es werden größer werden die Besitztümer der Besitzenden und das Elend der Besitzlosen, die Reden der Führer und das Schweigen der Geführten!"

Abgesehen davon, daß das, was sie als Verbrechen bezeichnen, in der Regel die direkten Folgen der kapitalistischen Wirtschaft sind, daß der Kapitalismus geradezu Verbrechen züchtet, wieso fehlen ihnen die Beamten? Allein 8000 Polizisten wurden zum Schutze Nixons anläßlich dessen Besuch in Westberlin aufgeboten. Die gleiche Anzahl schützte zwei Wochen später schwer bewaffnet die Bundespräsidentenwahl. Dort, wo es darum geht, gegen Demonstranten der außerparlamentarischen Opposition vorzugehen, sind Beamte mehr als reichlich vorhanden.

Das soll jedoch nicht heißen, daß wir unbedingt etwas gegen die Springerlosung "Kauft euch Waffen" hätten. Nur Waffen dienen eben ganz verschiedenen Zwecken. In den Händen der Ausbeuter und ihrer bewaffneten Staatsorgane dienen sie zur Unterdrückung des Volkes - in den Händen der Arbeiter, der werktätigen Massen, sind sie notwendig zu deren endgültiger Befreiung vom Joch des Kapitalismus.

Zu alt mit 45

Im Kapitalismus ist die Arbeitskraft eine Ware. Sie ist der einzige Besitz der lohnabhängigen Arbeiter und Angestellten. Sie müssen sie täglich an die Unternehmer, an die Besitzer der Produktionsmittel verkaufen. Daran hat sich trotz allem Sozialpartnerschaftsgerede nichts geändert und wird sich auch nichts ändern, bevor nicht das kapitalistische Herrschaftssystem restlos zerschlagen ist und an seiner Stelle der Sozialismus errichtet wurde.

Da nun die Kapitalisten ständig nach höchsten Profiten streben, versuchen sie die Arbeitskraft so billig wie möglich einzukaufen. Die von den Arbeitern und Angestellten erbrachte Leistung wird im Verhältnis zu den entstehenden Lohnkosten gesetzt. Abgebaut, entlassen wird dort, wo dieses Verhältnis für die Unternehmer ungünstig ist. Dies aber ist in erster Linie bei älteren Arbeitern und Angestellten der Fall. Drei Gründe werden von den Unternehmern genannt, die sie veranlaßten, auf ältere Mitarbeiter trotz deren Erfahrung zu verzichten:

1) mit zunehmendem Alter fällt es schwerer, sich den nahezu pausenlosen innerbetrieblichen Umstellungen anzupassen.
2) an ältere Angestellte sind in der Regel hohe Gehälter zu zahlen, damit liegen auch die Soziallasten der Betriebe hoch.
3) der Ältere ist anfälliger für Krankheiten.

Junge Arbeitskräfte stellen dagegen geringe Gehalts- und Urlaubsansprüche und sind den nervlichen und körperlichen Belastungen der ständig steigenden Ausbeutung in den Betrieben besser gewachsen.

Die Folgen: Brutaler Rausschmiss der älteren Kollegen. Vier Fünftel aller registrierten Arbeitslosen sind älter als 45. Für sie besteht kaum noch die Chance, je wieder Arbeit zu finden. Besonders stellt sich dieses Problem bei älteren, teilweise hochqualifizierten Angestellten. Schaut man sich die Stellenangebote in den Zeitungen an, so findet man als Höchstgrenze für Neueinstellungen in der Regel das Alter von 35 Jahren. Der Trend geht nach unten.

Aber auch für die Arbeiter wird es im Alter von über 45 Jahren immer schwerer, noch Arbeit zu finden. Automation und Rationalisierung lassen jährlich tausende von Arbeitsplätzen überflüssig werden. Die Jungen können bleiben, die Alten müssen gehen.

Die herrschende Klasse, die Monopolbourgeoisie, weiß sehr wohl, welches Problem, sollte sich zu der Rationalisierung noch eine Krise gesellen, da auf sie zu kommt und trifft schon heute alle erdenklichen Abwehrmaßnahmen. So sollen in Zukunft - teilweise wurde es schon eingeführt - Arbeitslose nicht mehr "stempeln" gehen müssen. Das Arbeitslosengeld bzw. die Bettelpfennige der Arbeitslosenhilfe sollen bargeldlos zugestellt, d.h. überwiesen werden. Der Grund hierfür liegt auf der Hand. Auf den Stempelstellen, wo die Arbeiter und Angestellten regelmässig zusammenkamen, gab es gute Möglichkeiten der Agitation. Jetzt will man die Arbeitslosen isolieren, damit sie keinen Kontakt untereinander aufnehmen und sich organisieren können.

Hand in Hand mit der Bürokratie arbeitet die Presse der Monopolbourgeoisie. So versuchen beispielsweise die Springer-Zeitungen das Problem von der Ebene des Klassenkampfes auf einen alt/jung-Konflikt zu verlegen. Nicht die profitgierigen Unternehmer sind schuld, sondern die Jungen, die den Älteren die Arbeit fortnehmen. Das "Hamburger Abendblatt" vom 2.3.69 spricht von der "Diktatur der Jugend" und rät den Erwachsenen zum Aufstand. Wörtlich:

"Doch allmählich beginnen die Erwachsenen sich gegen die Diktatur der Jugend, deren äußerster linker Flügel sogar die Revolution will, zu wehren. Sie machen keine Revolution, sie gehen für ihr Recht nicht auf die Straße. Aber sie beginnen aufzustehen, wenn junge Rebellen mit Gewalt und Terror die Demokratie gefährden wollen, die die älteren schufen".

Die "Demokratie" also, die ihnen die Arbeitslosigkeit bescherte, die sie ab 40 zum alten Eisen wirft. Das ist übelste Springer-Hetze, das ist Aufforderung zum Pogrom.

Wir Marxisten-Leninisten haben die Aufgabe, uns aktiv um diese älteren Kollegen zu kümmern. Die Monopolbourgeoisie rechnet mit 4 % Arbeitslosen, die sie verkraften kann und die sie als Druckmittel gegen die im Arbeitsprozeß Stehenden braucht. Wir werden ihr die Suppe versalzen. Die aus dem Arbeitsprozeß vorzeitig Ausgeschiedenen müssen sich organisieren und den Kampf aufnehmen. Sie müssen sich mit der revolutionären Jugend verbinden. Diese Gesellschaft hat ihnen nichts mehr zu bieten. Besser die Machtpositionen der herrschenden Klasse im revolutionären Kampf zerschlagen, als die letzten 30 Jahre des Lebens ohne Weg und Ziel dahinzuvegetieren.

Sowjetunion auf kapitalistischem Kurs

50 Jahre nach der Oktoberrevolution

... führt die sowjetische Jugendzeitschrift "Molodei Kommunist" Klage darüber, daß in Gorki, der mit 1,2 Millionen Einwohnern siebtgrößten Stadt der Sowjetunion, rund 60 Prozent aller Kleinkinder kirchlich getauft worden seien. - Sollten die Sowjetrevisionisten noch länger herrschen, dürften es bald 70 oder gar 80 Prozent sein.

+

In der Sowjetunion sind Kindertagesstätten so knapp, daß sich "beträchtlich mehr" Frauen zu einer Abtreibung als zu einer Geburt entschlössen, schrieb die "Literaturnaja Gasjeta". In der 7-Millionenstadt Moskau gibt es dem Bericht der Zeitung zufolge nur drei Kleinstkindergärten und im Landesdurchschnitt bestehen Horte nur für 23 Prozent der kleineren und größeren Kinder.

+

Im Zuge des "neuen Wirtschaftssystems" beschleunigt sich in der Sowjetunion die Restauration des Kapitalismus. Dies drückt sich auch auf dem Gebiet der Werbung im Sinne der Lenkung von Angebot und Nachfrage aus. In der Moskauer Abendzeitung "Wjetschornaja Moskwa" können Sowjetbürger für 9 Kopeken pro Buchstabe ihre Dienste anbieten. "Wenn sie schön sein wollen, dann erwartet sie der höchstmoderne und bequeme Salon, 'Zauberin'". Konkurrenzkampf ist Trumpf. Wer wirbt hat mehr Kunden und erzielt höheren Gewinn.

Wie zum Hohn für Millionen Sowjetbürger flimmert es auch neuerdings von der Mattscheibe: "Verbringen Sie diesen Sommer in Yalta, damit Sie im nächsten Winter besser arbeiten können." Und offen schrieb kürzlich eine sowjetische Literaturzeitschrift: "Wir können eine Menge von den Amerikanern lernen ... ohne Werbung wären auch die Vereinigten Staaten nicht in der Lage, alle Produkte zu konsumieren, die sie produzieren." Auch ausländischen Firmen wird jetzt die Einschaltung von Werbespots im sowjetischen Fernsehen gestattet und Dimitri Beckleshov wurde nach New York geschickt, um die Technik der großen Werbeagenturen in der Madison Avenue zu studieren.

Verboten bleibt lediglich wie bisher den Hunderttausenden sowjetischen Arbeitslosen, ihre Arbeitskraft per Anzeige auf dem freien Markt anzubieten.

+

Auch die kapitalistische Sitte des Trinkgeldgebens, dieses Almosenanbieten, das den Lakaiengeist züchtet, wird in der Sowjetunion wieder eingeführt. Die "Literaturnaja Gaseta" begründet die Einführung damit, das Nichtgeben von Trinkgeldern habe dazu geführt, daß ein Mangel an Babysittern, Fliegerinnen und anderem Dienstpersonal herrsche. Abhilfe würde hier ein Bonus für gute Dienstleistungen, eben ein Trinkgeld, schaffen. - Fröhlich weiter auf dem Weg der allseitigen Restauration des Kapitalismus.

Kalter Kaffee neu aufgewärmt

ZUM SYSTEM DER EUROPÆISCHEN SICHERHEIT

Die sowjetrevisionistische Führungsclique sieht ihren Hauptfeind schon seit Jahren nicht mehr im aggressiven US-Imperialismus, sondern im heutigen Zentrum der Weltrevolution, der Volksrepublik China. In panischer Angst, daß ihr die Bevölkerung aller Länder auf die Schliche kommen und den ungeheuren Verrat, den sie am Marxismus-Leninismus begingen, erkennen könnte, versucht sie Manöver um Manöver, um aus der Sackgasse, in die sie sich verrannt hat, herauszukommen. Eines dieser Betrugsmanöver ist der Vorschlag der Errichtung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems, den sie anläßlich des Gipfeltreffens der Warschauer Paktstaaten am 17.3.69 wieder einmal aus der Schublade holten.

Was unterscheidet diesen Vorschlag nun von den am 8.7.66 in Bukarest und am 13.4.67 in Karlovy Vary gemachten? Nichts wesentliches, nur - und das ist bezeichnend - daß die üblichen verbalen Angriffe auf die westdeutschen Revanchisten und Militaristen fallengelassen wurden. Man spricht nur noch von aggressiven Kräften, die die Ergebnisse des II. Weltkrieges verändern möchten und denen es zu begegnen gilt durch eine gesamteuropäische Zusammenarbeit. Wörtlich: "Echte Sicherheit und dauerhafter Frieden können nur gewährleistet werden, wenn ... die europäischen Staaten auf gesamteuropäischer Grundlage allseitig zusammenarbeiten."

Da haben wir wieder ihren ganzen antimarxistischen und anti-leninistischen Blödsinn. Als wenn Frieden und Sicherheit gewährleistet werden können durch allseitige europäische Zusammenarbeit. Als wenn nicht der Imperialismus, die Dschungelgesetze des Kapitalismus, Krieg um Krieg gebären. Als wenn man den Frieden durch die Springer-Parole "Seid nett zueinander" erhalten könne und nicht durch den Kampf zum Sturz der Monopolbourgeoisie, die Zerschlagung des Kapitalismus, der die Ursache der Kriege ist. Deshalb fehlt in ihrer Erklärung auch jeder - und sei es bloß ein demagogischer - Aufruf der Werktätigen zum revolutionären Kampf gegen die kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung, für ihre demokratischen Rechte und Freiheiten.

Weshalb aber holten die Sowjetrevisionisten gerade zum jetzigen Zeitpunkt ihren alten Vorschlag von dem System der europäischen Sicherheit wieder aus der Mottenkiste? Dafür gibt es mehrere Gründe. Der Hauptgrund jedoch ist: Sie wollen sich und ihren Blutsbruder, dem US-Imperialismus, freie Hand in Asien, freie Hand zur Einkreisung Chinas, freie Hand zum Unterdrückungsfeldzug gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika schaffen. Deshalb schmieren sie der westeuropäischen Monopolbourgeoisie Honig um den Bart und fordern sie zur allseitigen Zusammenarbeit auf. Versuchen sie ihr die Angst vor der Revolution auszutreiben, indem sie friedliche Koexistenz im Sinne der Klassenversöhnung praktizieren.

Freie Hand erhalten sie nur, wenn es ihnen gelingt, die europäischen Völker vom revolutionären Kampf gegen den europäischen und Weltkapitalismus, gegen den US-Imperialismus abzuhalten. Deshalb ihr "Frieden um jeden Preis" zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Unterdrückten und Unterdrückern, zwischen Revolution und Konterrevolution. Deshalb die Rolle, die die zum Revisionismus entarteten "kommunistischen" Parteien Westeuropas spielen. Die KPF, die im Frühjahr vergangenen Jahres die Herrschaft ihrer Monopolbourgeoisie rettete, die DKP, die ihre Mitglieder zum Ostermarsch aufruft, ihr unverbindliches Frieden und Demokratie in die Botanik zu murmeln.

Aber noch ein anderer Grund treibt die Sowjetrevisionisten. Mit Hilfe der Formeln "Europäische Sicherheit" suchen sie die Beziehungen zu den kapitalistischen Mächten Europas zu festigen, den Prozeß der Integration des Sozialismus mit dem Kapitalismus zu fördern und mildernde Umstände für die Restauration des Kapitalismus, die in der Sowjetunion und den anderen revisionistischen Ländern vor sich geht, zu sichern. Die Führer der SU und der anderen revisionistischen Staaten denken, daß ihre Politik

der Konzessionen und der Kapitulation vor den kapitalistischen Staaten Europas genügend Bürgschaftsproben geliefert hat, und sie sind entschlossen, auf diesem Weg mit allen Kräften weiterzueilen.

Angesichts dieser völligen Abkehr von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, haben alle Marxisten-Leninisten und alle wirklichen Revolutionäre die Pflicht, eine klare Trennungslinie zwischen sich und den revisionistischen Renegaten, welche durch ihren Verrat und ihre Komplotte sich außerhalb der anti-imperialistischen Front, außerhalb der internationalen Kommunistischen Bewegung gestellt haben, zu ziehen. Am Vorabend der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution trennte sich Lenin entschlossen von den russischen Sozial-Opportunisten und von der verräterischen I. Internationale und führte einen tapferen, offenen Kampf gegen sie. Diese wichtige revolutionäre Maßnahme war eine Grundbedingung und Garantie für den Sieg der Revolution. Das sollte für uns eine unvergessene Lehre sein.

THEATERDONNER

Verrat an den Interessen der Bevölkerung der DDR

Groß tönten die Sowjetrevisionisten und ihre Handlanger in Ostberlin, man werde die geplante Bundespräsidentenahl am 5. März in Westberlin, diese Provokation, diese Anmassung, zu verhindern wissen. Sollte sie dennoch abgehalten werden, hieß es in einer Note aus Moskau, werde dies "äußerst unerwünschte Folgen"haben.

Das war am 17.2.69. Am gleichen Tage konferierte in Washington der US-Präsident Richard Nixon mit dem sowjetischen Botschafter Anatolie Dobrynin längere Zeit. Dann war man sich einig. Der Pressesekretär des Weißen Hauses, Ronald Ziegler, erklärte im Anschluß an die Zusammenkunft: "Das Treffen war sehr konstruktiv."

Worüber man sich einig war, zeigten die Ereignisse der folgenden Wochen: Die Herren im Kreml versprachen sich angesichts der Provokation der westdeutschen Imperialisten durch die Wahl des Bundespräsidenten in Westberlin Zurückhaltung aufzuerlegen und es bei papiernen Protesten bewenden zu lassen.

Bereits kurz nach dem Gespräch Nixon/Dobrynin gaben US-Regierungskreise bekannt, es werde wegen der Wahl des Bundespräsidenten in Berlin keine Krise geben. Nixon selbst erklärte auf einer Pressekonferenz in Washington, daß "die Sowjets ihren Einfluß aufbieten werden, um die gegenwärtige Berlin-Krise zu dämpfen."

Dennoch drohte man weiter. Am 22.2.69 verkündete DDR-Verteidigungsminister Hoffmann, daß die Warschauer Pakt-Staaten gemeinsame Maßnahmen gegen die geplante Bundespräsidentenwahl ergreifen würden. Und noch am 2.3. hieß es aus Moskau bezüglich des Luftverkehrs nach Westberlin: Wir garantieren für nichts.

In Bonn gab man sich derweilen gelassen und lehnte selbst das Angebot einer Passierschein-Regelung ab. Wußte man doch, daß die Sowjetrevisionisten es nie und nimmer auf einen Konflikt mit ihrem Partner, dem US-Imperialismus, ankommen lassen würden. Und so geschah es denn auch. Große Klappe, nichts dahinter. Die Sowjetrevisionisten erwiesen sich wieder einmal als Papiertiger und verrieten die Interessen der Bevölkerung der DDR.

Wie hatte es noch am 11. Juni 1960 im "Deutschlandmemorandum" der Sowjetunion geheißen:

"Von der realen Einschätzung der Lage ausgehend, tritt die Sowjetregierung für den unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ein. Die Frage des Friedensvertrages ist die Frage der nationalen Sicherheit der UdSSR und vieler anderer Staaten. Die Zeit, da man die Lage in Deutschland unverändert lassen dürfte, ist bereits vorbei, alle Voraussetzungen für den Abschluß eines Friedensvertrages sind längst herangereift, und ein solcher Vertrag muß abgeschlossen werden ... sollten aber die USA kein Verständnis für die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages aufbringen, dann würden wir dies bedauern, da wir einen Friedensvertrag, den weiter hinauszuschieben unmöglich und gefährlich wäre, nicht mit allen Staaten, sondern nur mit denen unterzeichnen müßten, die ihn unterzeichnen wollen."

Was ist von all den großen Worten geblieben? Nichts! Was interessiert den sowjetischen Sozial-Imperialisten die nationalen Interessen der Bevölkerung

der DDR? Einen Dreck! Sie wären auch bereit, sie meistbietend ihren imperialistischen Verbündeten in den USA zum Opfer zu bringen.

TERRORPRAXIS SDAJ

Wo die Argumente fehlen, bedient man sich in faschistischer Manier der Gewalt. Das ist die Praxis der Revisionisten in der DKP und ihrer Jugendorganisation der SDAJ. Doch nicht der Gewalt gegenüber dem Klassengegner, die wird tunlichst vermieden, sondern der Gewalt gegenüber Marxisten-Leninisten.

Anfang Februar besuchten mehrere Genossen des Sozialistischen Lehrlingszentrums Hamburg die Eröffnungsfeier des "Politischen Clubs" 4/5 der SDAJ-Gruppe Horn/Billstedt. In der Annahme, es würde über Politik diskutiert, versuchte einer der Lehrlinge über das Mikrofon zu sprechen und ein Flugblatt zu verlesen. Er wurde mit Gewalt von SDAJ-Funktionären daran gehindert. Bei dem entstehenden Handgemenge wurde das Mikrofon leicht beschädigt. Trotzdem bildeten sich im Laufe des Abends mehrere Diskussionsgruppen. Als später nach kapitalistischer Manier eine Versteigerung stattfand, verloren einige junge SDAJler den letzten Glauben an diese Gruppe, erklärten ihren Austritt und zwei von ihnen verbrannten ihre Ausweise. Daraufhin stießen die SDAJ-Funktionäre wilde Beschimpfungen und Drohungen aus.

Die Drohungen machten sie wahr, als die sozialistischen Lehrlinge und die ausgetretenen Genossen später das Lokal, ein Hausboot, verließen und - um sich gegen weitere Aggressionen seitens der SDAJ zu schützen, eine Eisenplatte anhoben, die das Hausboot mit dem Ufer verband. 20 SDAJler folgten ihnen, griffen sich den Genossen, der seinen Ausweis verbrannt hatte, schlugen ihn zusammen und warfen ihn ins schmutzige eiskalte Wasser. Als er sich gerettet hatte, wurde er ins Clubhaus zurückgeschleift, wo man fünf Minuten auf ihn einschlug. Ein anderer sozialistischer Lehrling wurde bewußtlos geschlagen, wobei die aufgebrachten Revisionisten riefen: "Ertränkt die Sau! Schlagt das Anarchistenschwein tot!"

Die anrückende, von den Revisionisten alarmierte Polizei stellte die Personalien der Mißhandelten fest und sagte, daß man gegen sie eine Anzeige wegen Sachbeschädigung (die angehobene Eisenplatte und das Mikrofon) stellen werde. Auf die Bemerkung, daß einer der Gruppe ins Wasser geworfen worden sei, erklärten die Bullen lakonisch: "Wenn er noch drin ist, wird er nach drei Tagen schon wieder auftauchen!"

Hier zeigt sich deutlich, wer wessen Verbündete sind. DKP-, SDAJ-Funktionäre und Polizei. Der herrschenden Klasse sind eifrige Helfer zugewachsen, die selbst vor Mordanschlägen auf Arbeiterjungen und Lehrlinge nicht zurückschrecken.

LOB DER DIALEKTIK

Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: Jetzt beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:
Was wir wollen, geht niemals.

Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben
Werden die Beherrschten sprechen.
Wer wagt zu sagen: niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls an uns.

Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen
Und aus Niemals wird: Heute noch!

BB

Ein Gruß unserer afrikanischen Genossen

Nachstehende Grußadresse sandte uns ein zur Zeit in Westdeutschland weilender malinesischer Klassenbruder im Auftrag seiner marxistisch-leninistischen Genossen.

Liebe Genossen!

Anläßlich der Geburt der Marxistisch-Leninistisch-Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD/ML) möchte ich gern einen ganz bescheidenen Beitrag zu der so großartigen Leistung beisteuern, wie es die Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei im Zeitalter Mao Tse-tungs ist. Genossen, Ihr dürft überzeugt sein, daß diese Gründung als Datum in die Geschichte des Marxismus-Leninismus eingehen wird. Bei der Gründung dieser revolutionären marxistisch-leninistischen Partei setze ich in diese bereits im voraus mein Vertrauen, und ich weiß ihren revolutionären Wert richtig zu würdigen.

Liebe Genossen, kaum daß Eure Arbeiten zum Ende gekommen sind und Eure Partei auf festen Füßen steht, wird sie bereits in die Kampfbahn des Marxismus-Leninismus eintreten und gegen die Bastionen des amerikanischen Imperialismus und des Chruschtschow-Revisionismus anstürmen, deren Lieblingskinder die Bonner Revanchisten sind. Eurer Marxistisch-Leninistischen Partei im Zeitalter Mao Tse-tungs, welche auch die unsrige ist, übermittle ich den Gruß und die revolutionäre Unterstützung aller afrikanischen Kameraden.

Wie nobel ist Eure ungeheure Aufgabe in diesem dritten herulischen Meer, welches die Bundesrepublik Deutschland ist. Wie Ihr schon wißt, schicken sich die Bonner Revanchisten an, die dritte Position, unmittelbar nach den Wallstreet-Yankees und den neuen sozialimperialistisch-zaristischen Herren des Kreml, einzunehmen, bei der Unterdrückung vor allem der deutschen Arbeiterklasse. Vom marxistisch-leninistischen Standpunkt im Zeitalter Mao Tse-tungs her sind diese raubgierigen Blutsauger nur Papiertiger, deren Tage wirklich schon gezählt sind. Eure neue marxistisch-leninistische Partei an der Spitze der deutschen Arbeiterklasse wird Euch in die Lage versetzen, sie bis zu ihrem innersten Schlupfwinkel zurückzudrängen und niederzuwerfen. Dies ist nur dann möglich, wenn sich die gesamte Arbeiterklasse unter Eurer oberen Leitung zusammenschließt, die Ihr nach dem Willen von Marx und Engels ausübt. Es ist wahr, Genossen, daß Euch harte Stunden bevorstehen, bei der ungeheuren Aufgabe, die auf Euch wartet, aber gestützt auf die Arbeiter- und Bauernklasse sowie mit der Unterstützung aller im Kampf befindlichen Völker werdet Ihr diesen ganzen Salat von Eurem Weg hinwegfegen, denn Ihr seid außerdem mit dem mit dem Marxismus-Leninismus im Zeitalter Mao-Tsetungs gerüstet. Was Eure Feinde angeht, die auch die unsrigen sind, so sind sie bewaffnet mit solchem Ausschuß wie dieser unheilvollen, infamen Phrase aus dem Munde eines ihrer Chefs aus dem Kreise Chruschtschows: "Der Kommunismus ist am Horizont," oder mit den Papageien aus der revisionistischen Menagerie vom Typ Max Reimanns, welche die friedliche Koexistenz nach dem Modell des Roten Telefons rühmen, das die beiden internationalen imperialistisch-revisionistischen Börsen verbindet: den Kreml und das Weiße Haus.

Das Heil der gesamten Menschheit ruht in den marxistisch-leninistischen Parteien, und hierzu ist es nötig, daß sich diese Parteien zu einem stählernen revolutionären Netz zusammenschließen, um ein für allemal die amerikanischen Imperialisten mit ihren Komplicen, den modernen Revisionisten im Kreml sowie den Revanchisten in Bonn, ohne hierbei ihre faschistischen Banditenhorden in Europa, Asien, Lateinamerika, Australien, Neuseeland und Afrika zu vergessen, aufs Trockene zu setzen. Sie werden dann in ein

Meer von Feuer und revolutionären Flammen gestürzt, das sie für immer verschlingen wird.

So und nur so wird die Menschheit Goldene Zeitalter kennenlernen, d.h die Kommunistische Ära.

Es lebe der Marxismus-Leninismus im Zeitalter Mao Tse-tungs!

Es lebe Viet-Nam und die Völker im Kampf!

Es lebe die Arbeiterklasse!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe die Verständigung zwischen den Völkern, damit der Marxismus-Leninismus leben kann und damit die rote kommunistische Gesellschaft auf unserem Planeten ervorsprießen kann!

Ben

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, Marxisten -Leninisten

3 Jg. April 69 40 Pfg

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch !

Ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung

IX. PARTEITAG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS ERFOLGREICH BEENDET

Der IX. Parteitag der KP Chinas wurde zu einem Zeitpunkt einberufen, wo die Große Proletarische Kulturrevolution, die vom Genossen Mao Tse-tung persönlich eingeleitet wurde und geführt wird, große Siege errungen hat. Diese große Revolution hat politisch, ideologisch und organisatorisch hinreichende Voraussetzungen für den Parteitag geschaffen.

Der IX. Parteitag wurde unter der persönlichen Leitung des Genossen Mao Tse-tung, des ruhmreichen Gründers der KP Chinas und des großen Führers der chinesischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus in China, abgehalten.

Für den IX. Parteitag der KP Chinas wurde folgende Tagesordnung angenommen:

1. Politischer Berich des Genossen Lin Biao im Namen des ZK der KP Chinas

2. Änderung des Statuts der KP Chinas

3. Wahl des Zentralkomitees der Partei

Genosse Lin Biao erstattete dem Parteitag den politischen Bericht. In seinen Ausführungen hat der Genosse Lin Biao auf Grund der Lehre des Vorsitzenden Mao über die Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats die wesentlichen Erfahrungen der Großen Proletarischen Kulturrevolution zusammengefaßt, die Lage im In- und Ausland analysiert und die Kampfesaufgaben der Partei festgelegt.

An dem Parteitag nahmen insgesamt 1512 Delegierte teil. Zum ersten Mal waren die Vertreter der Roten Garden anwesend.

Alle Delegierten sind gemäß dem Beschluß der erweiterten XII. Plenartagung des VIII. Zentralkomitees der Partei von den Parteiorganisationen der verschiedenen Ebenen durch ausreichende demokratische Konsultation einmütig gewählt worden, wobei die Meinungen der breiten Volksmassen weitgehend berücksichtigt wurden.

Als sich am Abend des 1. April die Nachricht von der Eröffnung des Parteitages verbreitete, kam es in ganz China zu großen Beifallskundgebungen der breiten revolutionären Volksmassen. Es beteiligten sich weit über 400 Millionen Menschen an den Aufmärschen und Kundgebungen. Die Teilnehmer einer Kundgebung in Shanghai erklärten: "Durch die feierliche Eröffnung des IX. Partages wurde der Kampfgeist der revolutionären Volksmasse gewaltig gehoben und der der Reaktionäre aller Länder äußerst reduziert. Sie ist ein wuchtiger Schlag für Imperialismus, Revisionismus und alle Reaktionäre."

Die Angehörigen einer Propagandatruppe der Ideen Mao Tse-tungs erklärten, daß die triumphale Eröffnung des IX. Parteitages der Partei die unterdrückten Nationen und Volksmassen aller Länder unbedingt zum heroischen Kampf um ihre völlige Befreiung ermutigen werde.

Der IX. Parteitag hat die äußerst reichen Erfahrungen der Großen Proletarischen Kulturrevolution zusammengefaßt und wird in die Geschichte eingehen als der Parteitag des Sieges, der marxistisch-leninistischen revolutionären Linie Mao Tse-tungs über die konterrevolutionäre revisionistische Linie , des Sieges des Proletariats über die Bourgeoisie, des Sieges des sozialistischen Weges über den kapitalistischen.

Die revolutionären Volksmassen der ganzen Welt begrüßen begeistert die Beschlüsse und Ergebnisse dieses historischen Ereignisses. Das Präsidium des Parteitages erhielt Glückwunschtelegramme und Briefe aus allen fünf Erdteilen. Die Bevölkerung der von den Sowjetrevisionisten beherrschten Länder nahm die Nachricht von der Eröffnung des Parteitages mit ebenso großer Freude auf, wie die vom US-Imperialismus unterdrückten Völker.

Der IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas wurde am 24. April dieses Jahres beendet.

Aus dem Pressekommuniqué der KPChinas vom 24. April 1969

Nachdem der Parteitag am 15. April zum dritten Punkt der Tagesordnung übergangen war, gingen die Delegiergewissenhaft und mit großem Verantwortungsbewußtsein an die Arbeit. Übereinstimmend mit den vom Präsidium des Parteitags festgelegten Regeln wurden Kandidaten für die Mitgliedschaft und die stellvertretende Mitgliedschaft des Zentralkomitees von den Delegationen zuerst frei nominiert. Nach der Befragung der Delegationen um ihre Meinung schlug das Präsidium eine vorläufige Kandidatenliste vor und gab sie an die Delegationen zurück. Nach voller Konsultation wurde eine Kandidatenliste ausgearbeitet. Dann wurde eine Vorwahl durch geheime Abstimmung durchgeführt. Nach solch wiederholter, vollständiger demokratischer Konsultation von unten und oben, würde über eine endgültige Kandidatenliste beschlossen. Sie wurde dem Parteitag von dem Präsidium zur endgültigen Wahl durch geheime Abstimmung vorgelegt. Der Prozeß der Wahl des IX. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas war ein deutlicher Beweis des demokratischen Zentralismus und der Massenlinie der Partei

Unter den 170 Mitgliedern und 109 Stellvertretenden Mitgliedern, die in das Zentralkomitee gewählt wurden, befinden sich proletarische Revolutionäre der älteren Generation unserer Partei und neue proletarische Kämpfer, die sich in der großen proletarischen Kulturrevolution hervorgetan haben; darunter befinden sich auch Führungskader von den verschiedenen Fronten der Partei, Regierung und Armee, hervorragende Parteimitglieder, die in Fabriken und landwirtschaftlichen Gebieten an Produktionsposten arbeiten, Kampfhelden der Volksbefreiungsarmee, die unser Vaterland schützen, mit kultureller und wissenschaftlicher Arbeit beschäftigte Kommunisten, und hervorragende kommunistische Kämpfer und Kämpferinnen verschiedener Nationalitäten. Wie die Delegierten sagen, zeigt die Zusammensetzung des IX. Zentralkomitees eindringlich die beispiellose Lebenskraft und revolutionäre Einheit unsere Partei unter dem großen roten Banner der Lehre Mao Tsetungs.

Von der revolutionären Weltbewegung begeistert begrüßt !

Der IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas ist beendet. Überaus zahlreich waren die Glückwunschbotschaften und Grußadressen, die dem Parteitag zugingen und in denen die Absender ihre Solidarität mit dem unter dem Banner der Lehren Mao Tse-tungs neuen Triumphen entgegengehenden sozialistischen China bekunden. Nachstehend ein noch unvollständiges Verzeichnis der Grußadressen kommunistischer bzw. marxistisch-leninistischer Parteien und fortschrittlicher Organisationen:

Partei der Arbeit Albaniens / Partei der Werktätigen Vietnams / Kommunistische Partei Rumäniens / Kommunistische Partei Australiens (M.L.) / Kommunistische Partei Ceylons / Kommunistische Partei Neuseelands/ Kommunistische Partei Burmas / Nationale Befreiungsfront Südvietnams / Kommunistische Partei Indonesiens / Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs / Marxistisch-Leninistische Liga der Niederlande / Marxistisch-Leninistische KP Frankreichs / Kommunistische Partei Italiens (M.L.) / Kommunistische Partei Japans (Linke Richtung) / Kommunistische Partei Polens / Marxistisch-leninistische Kommunistische Bewegung von San Marino / Kommunistische Partei Thailands / Kommunistische Partei Malayas / Kommunistische Partei Brasiliens / Kommunistische Partei Boliviens / Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles / Kommunistische Partei Deutschlands (M-L) / Kommunistische Partei Belgiens (M.-L.) / Organisation der Schweizer Kommunisten (M.-L.) / Marxistisch-leninistische KP Spaniens / Marxistisch-leninistische Organisation der Politischen Emigranten Griechenlands / Bund Holländischer Marxisten-Leninisten / Kommunistische Partei Großbritanniens (M.-L.) / Marxistisch-leninistische Gruppe Griechenlands / Marxistisch-leninistische Gruppe Guayanas / Marxisten-Leninisten Ungarns / Organisation der Marxisten-Leninisten Jugoslawiens / Demokratische Partei Guineas / Panafrikanischer Kongreß von Anzania / All-Afrikanische Gewerkschaftsföderation / Nationale Befreiungsbewegung der Comoren / Zimbabwe Afrikanische Nationalunion / Südafrikanische Einheitsbewegung / Thailändische Patriotische Front / Nationalcouncil der Revolution des Kongo (B) / Nationalorganisation von Guadeloupe u.a.m.

Warnung

Die sich Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) Kreisverband Siegen-[illegible] nennende Sekte hat nichts mit der am [illegible].12.1968 gegründeten KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS/ MARXISTEN-LENINISTEN zu tun und ist nicht berechtigt, sich als Teil dieser Partei zu bezeichnen oder in ihrem Namen Materialien herauszugeben.

Liebe Leser, Genossinnen, Genossen!

Technische Schwierigkeiten verzögerten auch diesmal die Herausgabe des ROTEN MORGEN. Hinzu kommt, daß alle Genossen, die an der Herstellung unseres Zentralorgans arbeiten, berufstätig sind und außerdem ihre politische Arbeit in den Gruppen und an der Basis zu verrichten haben. Dennoch, es ist ein Unding, die April-Ausgabe einer Zeitung im Mai erscheinen zu lassen. Das muß geändert werden! Die nächste Ausgabe des ROTEN MORGEN erscheint deshalb bereits in 14 Tagen, um den 20. Mai. Mit der Juni-Ausgabe hoffen wir um den 10. Juni erscheinen zu können. Das Erscheinen in 14 Tagen ist auch deshalb notwendig, weil noch mehrere fertige Manuskripte vorliegen und die Spalte "Aus den Landesverbänden" diesmal infolge Platzmangel fortfallen mußte.

Nur soviel: Der Aufbau der Partei schreitet rasch voran. Inzwischen haben sich weitere Ortsgruppen der KPD/ML in München, Worms und Göttingen konstituiert und ihre politische Arbeit aufgenommen. Erstmalig zum Ostermarsch und später zum 1. Mai trat die KPD/ML mit Flugblatt-Aktionen und in Demonstrationen in mehreren Städten in Erscheinung. Im Bündnis mit der außerparlamentarischen Opposition gelang es, dem Klassengegner und den Revisionisten empfindliche Schläge zu versetzen.

Inzwischen ist auch das theoretische Organ der Partei "Revolutionärer Weg" erschienen. Der ursprünglich geplante Name "Kommunist" wurde fallengelassen, um eventuelle Verwechselungen mit gleichnamigen revisionistischen Publikationen (theoretisches Organ der KPdSU und des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens) zu vermeiden. Bestellungen können aufgegeben werden bei: Franz Wennig, 4 Düsseldorf-Gerresheim, Schönaustraße 29.

Auf Wiedersehen in 14 Tagen und

Rot Front

Redaktionskollektiv
ROTER MORGEN

德国共产党（马克思列宁主义者）中央致电

祝贺我党“九大”取得圆满成功

新华社十一日讯 中国共产党第九次全国代表大会收到了德国共产党（马克思列宁主义者）中央委员会的贺电，祝代表大会取得圆满成功。贺电全文如下：

中国共产党第九次全国代表大会：

我们德意志联邦共和国[illegible]思列宁主义者[illegible]会的代表们，[illegible]同志致以我们衷心的兄弟般的祝[illegible]，并祝党代表大会取得圆满成功。[illegible]党代表大会所制订的政治路线，对世界马克思列宁主义的共产[illegible]运动来说，同样具有最重大的[illegible]，这不仅在反对[illegible]的修[illegible]如此，而且也是[illegible]

中国共产党万岁！

共产主义运动的伟大理论家和舵手毛泽东万岁！

全体马克思列宁主义者的中心万岁！

[illegible]人民共和国万岁！

[illegible]共产党（马克思列宁主义者）中央委员会

德国共产党(马克思列宁主义者)中央委员会发表声明

[illegible]苏修对我国的武装挑衅

坚决支持中国人民反对苏修挑衅的斗争

Am 12.4.1969 veröffentlichte die "Pekinger Volkszeitung" (oben) die dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas am 5.4.69 übersandte Grußadresse der KPD/ML. Bereits am 6.1.69 hatte die "Pekinger Volkszeitung" die Erklärung des ZK unserer Partei "Hände weg vom Sozialistischen China" im Wortlaut veröffentlicht (nebenstehend die Überschrift des Artikels). Nachstehend der Wortlaut unserer Grußadresse:

An den
IX. Parteitag der
Kommunistischen Partei Chinas

Wir Marxisten-Leninisten der Bundesrepublik Deutschland entbieten den Delegierten des IX. Parteitages, insbesondere dem Vorsitzenden Genossen M a o Tse-tung, unsere herzlichen Brudergrüße und wünschen dem Parteitag vollen Erfolg. Die vom Parteitag erarbeitete politische Linie wird auch für die marxistisch-leninistische kommunistische Weltbewegung von größter Bedeutung sein, nicht nur im Kampf gegen den Revisionismus aller Schattierungen, sondern auch als Leitstern für die konkrete praktische Arbeit. Die Kommunistische Partei Chinas ist das Weltzentrum aller Marxisten-Leninisten.

Es lebe die Kommunistische Partei Chinas!
Es lebe M a o Tse-tung, der große Theoretiker und Steuermann der kommunistischen Bewegung!
Es lebe das Zentrum aller Marxisten-Leninisten!
Es lebe die Volksrepublik China!

5. April 1969

Zentral-Komitee der
Kommunistischen Partei
Deutschlands /
Marxisten-Leninisten



Der Führer des Weltproletariats, Genosse Mao Tse-tung und sein engster Waffengefährte, Genosse Lin Biao.

Die schamlosen Lügner

China, Ussuri und Mao im Spiegel der sowjetischen Revisionisten

---

Jedem, der sich wichtig tut, im Hinblick auf das chinesisch-sowjetische Verhältnis eine klare Meinungsposition zu beziehen, sei angeraten, einmal das unter die Lupe zu nehmen, was die sowjetischen Revisionisten gerade in letzter Zeit während der Auseinandersetzung um die chinesische Insel Tschenpao von sich gegeben haben.

Was hier an Verzerrungen von Fakten, zusammenhanglosen Darstellungen und bewußten Lügen auftaucht, ist zwar hanebüchen, kommt aber einer kompletten Selbstentlarvung gleich. Eine Flut von anti-chinesischen Beschimpfungen und Anti-Maoismus wird bei dieser Gelegenheit gleich mitgeliefert.

Der tatsächliche und nachprüfbare Sachverhalt der Ussuri-Ereignisse ist in den vergangenen Wochen ausführlich von chinesischer Seite und von einem Teil der Weltpresse dargestellt worden. Fest steht danach, daß sogar nach den ungleichen zaristischen Diktat-Verträgen der Jahre 1868 und 1860 von Aigun und Peking die Insel Tschenpao unzweifelhaft zu China gehört. Nach internationalem Völkerrecht ist die Mittellinie der Hauptfahrrinne schiffbarer Grenzflüsse gleichzeitig die Grenzlinie, die das Eigentumsrecht von Flußinseln bestimmt. Tschenpao liegt eindeutig auf der chinesischen Seite der Mittellinie der Hauptfahrrinne. Sie war seit jeher chinesisches Territorium. Das ist eine eindeutige Tatsache.

Wie sieht nun die sowjetische Form der Analyse aus und was für revisionistische Absichten stecken hinter dieser Sache?

So steht in der Moskauer Zeitung "Neue Zeit" zu lesen:

> "Die Pekinger Führer glauben, mit außenpolitischen Abenteuern ihr Volk von der Notlage ablenken zu können, die sie in ihr Land gebracht haben. Bemerkenswert ist der Augenblick, den sie sich für ihre neue provokatorische Verletzung der sowjetischen Grenze ausgesucht haben. In Europa haben die westdeutschen Behörden für den 5. März eine politische Provokation angesetzt: Sie haben die Bundespräsidentenwahlen nach Westberlin anberaumt, das ja nicht zur BRD gehört".

Welch eine politische Groteske: Kiesinger und Mao treiben gemeinsam Konspiration und hauen die Sowjetunion in die Pfanne. Was müssen das für "Kommunisten" sein, die sich das taktische Geplänkel um Berlin als "Krise" vorspielen lassen. Wie verträgt sich diese Gedankenkonstruktion mit der politischen Aktivität, die Botschafter Zarapkin besonders während der Ussuri-Zwischenfälle in Bonn entwickelte und mit der von Kaiser Wilhelm bekannten chinesischen Gefahr hausieren ging.

Woher der Wind weht, läßt sich bereits erahnen: Die Revisionisten brauchen ein Alibi für ein noch verstärktes Arrangement mit den kapitalistischen Westmächten. Auch Kiesinger gab eine Interpretation aus seiner Sicht:

> "Man denke an die Bedrohung der USA schon Anfang der siebziger Jahre durch chinesische Interkontinentalraketen und die gleichzeitige Bedrohung Moskaus durch Peking. Das kann eine völlig neue europäische Situation schaffen. Ein sowjetisches Arrangement mit uns, das die Wiedervereinigung Deutschlands zur Folge hat, wäre dann durchaus denkbar."

Daraus läßt sich schon ersehen, daß man zumindest die Unterschiede in den Gesellschaftsformen nicht mehr für so unüberbrückbar hält, wie vor Jahren. Die zur gleichen Zeit auftauchenden Töne aus Osteuropa für eine "Europäische Friedenskonferenz" passen ebenfalls sehr gut in diesen Zusammenhang.

Die Sowjetunion tut alles, um den kapitalistischen Industriemächten das schonungslose Aufbrechen ihrer Widersprüche

zu ersparen, indem sie der kapitalistischen Überproduktion ihren Binnenmarkt öffnet. Die wirtschaftliche Aktivität der japanischen Monopole in Sibirien ist der beste Beweis. Die sowjetische Ussuri-Aggression und die angebliche Bedrohung durch den "chinesischen Nationalismus" sind das Alibi für ein intensiveres Arrangement mit der kapitalistischen Welt. Die in Moskauer Redaktionsstuben ausgetüftelten fiktiven Achsen Peking-Bonn und Peking-Washington sind ein sehr durchsichtiges Ablenkungsmanöver.

Aus diesem Grunde wird hin und her konstruiert, um die eigene Revisionistenweste reinzuwaschen. So ist - ebenfalls nach der "Neuen Zeit", China bereits eine Beute des expansiven westdeutschen Kapitalismus geworden. Es heißt dort:

> "Die USA-Monopole gieren auch nach dem chinesischen Binnenmarkt, der jetzt den kapitalistischen Ländern weit offen steht. Einige von ihnen, z.B. Japan oder Australien und in letzter Zeit insbesondere Westdeutschland haben ihn schon weitgehend erschlossen ... Das Volumen des westdeutschen Chinahandels ist seit 1963 auf das Fünffache, von 200 Mio auf eine Milliarde Mark gewachsen".

Soweit die "Neue Zeit". Um den revisionistischen Schreibern ihren getrübten Blick wieder etwas zu klären und ihre Form der Darstellung zu kennzeichnen, sei ein kleiner Vergleich angebracht: Das chinesische Handelsvolumen (Einfuhr und Ausfuhr) mit der BRD betrug 1968 1,03 Milliarden Mark, was eine Verringerung von 8,5 % zu 1967 bedeutet. Das Handelsvolumen der UdSSR mit Westdeutschland betrug 1968 jedoch 2,26 Milliarden Mark, was einen Zuwachs von 19,9 % im Vergleich zu 1967 bedeutet. Ein weiterer Kommentar erscheint angesichts dieser Fakten überflüssig.

Selbst wenn man einmal unterstellt, daß in Bonn einige Kreise in China eine Trumpfkarte im diplomatischen Pokerspiel gegen die SU sehen könnten, dann nur aus taktischen Gründen, um die bestehende Entwicklung zum Kapitalismus in der Sowjetunion weiter zu beschleunigen. Sie haben goldrichtig erkannt, auf welch wackligen bürokratischen Füssen die Sowjetideologie steht, daß sie zu einer Phraseologie geworden ist, die den Sozialismus im Munde führt, ihn aber nicht praktiziert. Im Grunde verfolgen die "progressiven" Revisionisten die gleiche Taktik, um durch ihre selbstgezimmerte "Bedrohung durch China" eine Rechtfertigung für die weitere Annäherung an den Westen zu finden.

Wer dem Volk eine Denkweise anerzieht, nach der es die Qualität des Sozialismus und Kommunismus nur nach dem größtmöglichen materiellen Annehmlichkeiten einschätzt, der darf sich nicht wundern, wenn die kapitalistische Diversion vollen Erfolg hat. Wer durch Begriffe wie "materieller Anreiz", "Eigeninteresse" die kapitalistischen Geister und egoistischen Gesinnungen ruft, der darf sich nicht wundern, wenn er sie nicht mehr los wird und sie ihn verschlingen. Sie sind wie ein Krebsgeschwür, das sich aus einem kleinen Infektionsherd zu einer den ganzen Organismus zerstörenden Geschwulst entwickelt. Es ist schon so weit gekommen, daß der sowjetische "Sozialismus" seine Rechtfertigungsargumente gegenüber China vorwiegend aus der westlichen Presse bezieht, die mit ihren "Chinaexperten" oder "Chinareisenden" ihrem Publikum schon manches Schauermärches statt objektiver Information aufgetischt hat. Daß diese Leute sich nun in Gesellschaft der Sowjetrevisionisten befinden, sollte allen echten Sozialisten der Welt zu denken geben.

Zum anderen tun die Revisionisten alles, um mit der Halb- oder Uninformiertheit der Menschen ihr politisches Geschäft auf der Weltbühne zu bestellen. Sie werfen bewußt imperialistische Kriege und Befreiungskriege der unterdrückten Völker in einen Topf, um die grundsätzlichen Unterschiede nicht in Erscheinung treten zu lassen. So wird Mao mit den mongolischen Eroberern aus grauer Vorzeit in Verbindung gebracht, der nichts Eiligeres zu tun hat, als die ganze Welt mit raubenden Horden zu überziehen, der mit Atombomben wild um sich wirft und nur rauchende Trümmer hinterläßt.

China hat immer wieder zu erkennen gegeben, daß ihm nichts an einem Kriege mit einer anderen Nation liegt und daß es "niemals und unter keinen Umständen als erstes Land Kernwaffen einsetzen" wird. Es kann jedoch bis jetzt als einzige Großmacht für sich in Anspruch nehmen, die bewaffneten Befreiungsbewegungen, die den Imperialismus abwerfen wollen, und ihn zwingen, sein wahres Ausbeutergesicht zu zeigen, vorbehaltlos zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang verzerren die Revisionisten den Begriff der friedlichen Koexistenz bewußt. Während die Chinesen darunter in erster Linie das gegenseitige Nichtangreifen zwischen Staaten verstehen, weiten die Sowjets diesen Begriff aus zur These des friedlichen Übergangs zum Sozialismus und nähren verhängnisvolle Illusionen. Jeder, der die ökonomischen Entwicklungsgesetze des Kapitalismus einigermaßen kennt, weiß, daß sich dieser mit seiner Überproduktion selbst zu Tode expandieren muß. Den Völkern der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, in denen jedes Jahr mindestens 15 Millionen Menschen infolge des ungerechten weltkapitalistischen Profit- und Verteilungsprinzips verhungern, etwas vom "friedlichen Weg zum Sozialismus" zu erzählen, kann diesen nur ein nachsichtiges und gequältes Schmunzeln oder offene Empörung über den offenen Verrat hervorrufen.

Kennzeichnend für den strategischen Plan der Renegaten für die "dritte Welt ist ebenfalls ein Satz aus der "Neuen Zeit":

> "Würden sich alle an diese (chinesische) Brandstifteridee halten, wie würden dann viele Weltgebiete aussehen, besonders in der gährenden und labilen "dritten Welt" -".

Hier wird also ganz offen für den Status quo in diesen Ländern eingetreten und offen ein Bekenntnis für die "friedliche" Ausbeutung, für das "friedliche" Verhungern und für die "friedliche" Unterdrückung abgegeben. Weiter heißt es in der Sowjetpresse:

> "Heute steht mehr denn je an, auf die Äußerungen Mao Tse-tungs hinzuweisen, ein dritter Weltkrieg sei wünschenswert, er, Mao sei bereit, darin ganze Völker und Länder hinzuopfern".

Wo, wann und wem gegenüber Mao das geäußert hat, steht nicht dabei.

Aber dem politische Informierten ist klar, daß gerade die Erzväter des institutionalisierten Revisionismus Chruschtschow und Tito Vermittler solcher Moritaten waren. Da die Sowjetpresse so gern westliche Zeitungen zitiert, sei Ihnen in diesem Zusammenhang ein Zitat aus dem Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" vorgehalten, worin es heißt:

> "Die in russischen Augen tückischen gelben Asiaten von heute bewaffen sich außerdem selbst mit den teuflischen Waffen atomarer Zertrümmerung. Sie haben angeblich selbst ihre Absicht kundgetan, auf den Gebeinen von Millionen atomarer Getöteter ihre Herrschaft zu errichten. Quelle dieser Schreckensbotschaft ist Jugoslawiens Tito, der im Juni 1958 äußerte, Pekings Rechnung sei: 'Wenn 300 Millionen getötet werden, bleiben immer noch 300 Millionen übrig.' Eine Quelle für sein Wissen gab Tito allerdings nie an. Sicher ist gleichwohl, daß die atomar angereicherte gelbe Gefahr die Sowjetführer irritiert, und Irritation trübt erfahrungsgemäß die Erkenntniskraft."

Soweit der "Spiegel" hierzu. Aber er weiß noch anderes zu berichten. So soll im Oktober vergangenen Jahres der sowjetische Geheimagent des KGB Witalij J. Louis, genannt Victor Louis, zum 81. Geburtstag von Tschian Kai-schek in Taiwan gewesen sein und mit Tschiangs Sohn, dem Verteidigungsminister verhandelt haben. Es heißt darüber:

> "Jetzt erklärte er (der Verteidigungsminister) dem Victor Louis, binnen sechs Stunden nach einem Hilferuf vom Festland könne die gut gedrillte Formosa-Streitmacht, 528 000 Mann stark, in Rotchina landen. Da das Mao-Reich durch die Kulturrevolution geschwächt sei, könne die Landung innerhalb der nächsten zwei oder drei Jahre erfolgen. Über seinen Zwei-Wochen-Aufenthalt bei den Feinden Maos berichtete Victor Louis in einer amerikanischen Zeitung, der 'Washington Post'. Formosa-China war bislang Amerikas Bastion gegen Festland-China. Eine bessere Antwort auf die vermeintliche gelbe Gefahr fällt den Russen mithin auch nicht ein - so ähnlich sind sich die beiden Großen geworden".

Es wäre doch bestimmt einmal interessant, aus sowjetischer Quelle einmal eine Stellungnahme zu diesen "Spiegel"-Äusserungen zu erfahren.

Unabhängig davon aber weiß man aus der marxistischen Interpretation der Geschichte, daß Konflikte zwischen Völkern Ausdruck von tiefergehenden ökonomischen und gesellschaftlichen Widersprüchen sind, und nicht einfach den Launen irgendwelcher Führer entspringen.

Wie sehr sich die Revisionisten aber die bürgerliche Betrachtung der Geschichte zu eigen gemacht haben, beweisen sie, wenn sie die Person Maos als wildgewordenen Wirrkopf hinstellen. Auch Maos Werdegang wird nach revisionistischer Manier schamlos umgezimmert. Doch lassen wir die Renegaten in der Zeitschrift "Sowjetunion heute" selber sprechen. Es heißt dort in einem Aufsatz der aus der Zeitschrift "Kommunist" übernommen wurde:

> "1930 gelang es ultralinken Elementen mit Li Li-san an der Spitze, sich der Parteiführung zu bemächtigen. Diese Gruppe, die den realen Verhältnissen nicht Rechnung tragen wollte, nahm entgegen den Ratschlägen der Komintern Kurs auf die Anzettelung von Aufständen im ganzen Lande, auf die bewaffnete Eroberung von Städten. Sie spekulierte darauf, putschistische Aktionen in China wurden die Sowjetunion in eine bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Imperialismus verwickeln, und die Folge wäre ein Weltkrieg, in dessen Verlauf sich das internationale Proletariat sich zur Weltrevolution erheben und dadurch den Sieg des Sozialismus in China sicherstellen wurde. Diese Konzeption teilte auch Mao Tse-tung".

Die sowjetische Clique scheut sich also nicht, bewußte Lügen in die Welt zu setzen. Das beweist ganz eindeutig,auf welchem Dampfer sie fahren. Doch hören wir, was Mao Tse-tung selbst dazu sagt:

> "Zur Zeit der Linie Li-Li-sans im Jahre 1930 begriff Genosse Li Li-san nicht den langwierigen Charakter des chinesischen Bürgerkriegs, bemerkte daher nicht, daß sich dieser Krieg nach dem Gesetz der eine lange Zeit hindurch stattfindenden Wiederholung der "Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzüge" und ihrer Zerschlagung entwickelt, erteilte infolgedessen der noch in den Kinderschuhen steckenden Roten Armee den Befehl, die Stadt Wuhan anzugreifen, und ordnete einen bewaffneten Aufstand im ganzen Land an, um einen raschen Sieg der Revolution in China herbeizuführen. Damit beging er einen "links"-opportunistischen Fehler". (Mao Tse-tung, Werke Bd. 1, S. 237)

Diese klaren Worte Mao Tse-tung bedürfen wohl keiner weiteren Erläuterung. Zum weiteren Beweis für die angeblich opportunistische Einstellung Maos erklären die revisionistischen Schreiber in einer Fußnote, Li Li-san sei heute Mitglied des ZK der KP Chinas. Dazu läßt sich in Maos Werken (Bd. 1, S. 293) folgendes nachlesen:

> "Auf dem 3. Plenum des VI. Zentralkomitees der Partei im September 1930, gab Genosse Li Li-san die aufgezeigten Fehler zu und trat dann von seinem leitenden Posten im ZK zurück. Da Genosse Li Li-san im Lauf einer längeren Zeit seine falschen Ansichten korrigieren konnte, wurde er auf dem VII. Parteitag wieder zum Mitglied des ZK gewählt".

Wie man sieht, fällt eine revisionistische Unterstellung nach der anderen völlig auseinander. Was die Renegaten verschweigen, ist folgendes: Nämlich die verhängnisvolle Rolle, die ihr getreuer Vasall und Lakai Wang Ming, der heute als Gründer einer Exilpartei in Moskau lebt, und die KPCh unterwandern lassen will mit moskautreuen Revisionisten, zur damaligen Zeit in der chinesischen KP spielte. Zitieren wir aus Maos Werken (Bd. 1, S. 294) den schlagfesten Beweis:

> "Nach dem Plenum jedoch traten einige Leute, die keine Erfahrung im praktischen Kampf besaßen - mit Wang Ming und Bo Gu an der Spitze -, gegen die Maßnahmen des ZK auf. In ihrer Broschüre Zwei Linien (oder Der Kampf um eine weitere Bolschewisierung der KPCh) erklärten sie mit besonderem Nachdruck, daß die Hauptgefahr seinerzeit in der Partei nicht der "linke" Opportunismus, sondern der "Rechtsopportunismus" war. Um ihre eigene Tätigkeit zu rechtfertigen, 'kritisierten' sie die Linie Li Lisans als 'rechtsorientiert'. Sie legten ein Programm vor, das die Linie Li-Li-sans sowie andere "linke Anschauungen und Richtlinien in neuer Form fortführte, ... Die verhängnisvollen Folgen waren, daß etwa 90 % der KPCh, der chinesischen Roten Armee und ihrer Stützpunktgebiete verlorengingen, Dutzende Millionen Menschen in den revolutionären Stützpunktgebieten der grausamen Unterdrückung durch die Kuomintang ausgesetzt und der Vormarsch der chinesischen Revolution verzögert wurden."

Mao sagte bereits 1942 über Wang Ming, wobei er die Gefahr des Revisionismus richtig einschätzte:

"Wenn wir aber jetzt nicht auch gegen die neuen Schablonen, gegen den neuen Dogmatismus zu kämpfen beginnen, so wird das Bewußtsein des chinesischen Volkes wieder in die Fesseln des Formalismus, nur von einem anderen Typus, geraten".

Wie man aus allen diesen Vorgängen ersehen kann, fällt jeder Stein, den die Revisionisten aufheben, auf ihre eigenen Füße zurück.

Sie nennt sich UZ

Sie nennt sich "Unsere Zeit" - "Sozialistische Volkszeitung" - und kostet 70 Pfennig: die neue DKP-Revisionistengazette.

In der ersten Ausgabe der "UZ" wurde behauptet, die neue Zeitung sei keine Parteizeitung im üblichen Sinne und so gibt sich die "UZ" auch nach außen hin als ob sie mit der DKP überhaupt nichts zu tun hätte. Die Wahrheit erkennt man, wenn man das Blatt liest: In der Ausgabe Nr. 2 beispielsweise kam mehr als 60 mal der Begriff "DKP" vor. Der arglose Käufer aber, der vom Titel ("Sozialistische Volkszeitung") her nicht erahnen kann, daß er ein Blatt kauft, das im Innern den verräterischen und verderblichen Schmutz der DKP-Renegatenclique verbreitet, wird so um gutes Geld und teure Zeit betrogen.

Mag es noch verständlich sein, daß die Revisionisten ein Blatt herausgeben und damit für die Revisionistenpartei werben, nur nennt sich die "UZ" jedoch auch "sozialistisch". Prüft man die Zeitung genauer, so findet man aber neben bürgerlichem Schmus auch noch Werbe-Inserate - in Ausgabe Nr. 2 zum Beispiel, neben vielen anderen, allein drei Inserate nur für Automobile. Es versteht sich ganz von selbst, daß eine ganzseitige Anzeige der DKP nicht fehlen darf.

Ganz besonders herausgestellt wird von der "UZ"-Redaktion das "TV-Magazin" und die "UZ-Illustrierte" (Werbeslogan der "UZ": "Drei Zeitungen in einer"). Betrachtet man das "TV-Magazin" eingehender, so fällt dem aufmerksamen Leser auf, daß kaum, zumeist gar nicht, Kritik an Fernsehsendungen geübt wird, die den Imperialismus und das Spießbürgertum propagandistisch unterstützen. Dagegen hält man bei der "UZ" Sendungen, wie "Pistolen-Jenny" oder "Der Kommissar" für so wichtig und wertvoll, daß man Szenenbilder dieser Filme in das Programmheft eindruckt.

Im dritten Teil der "UZ" schließlich, der "UZ"-Illustrierten, wird ein wenig oberflächliche Gesellschaftskritik geübt, wobei es allerdings, wie immer in solchen revisionistischen Blättern, an der tiefergreifenden dialektischen Analyse, ganz zu schweigen von einer revolutionären Folgerung, fehlt. Das Kreuzworträtsel, ein Kochrezept (Zaubereien mit Ei) und ein kleinburgerlicher Modeteil (Mini bleibt Trumpf) bilden den Abschluß des DKP-Propagandablattes, was die "UZ" ja in Wahrheit ist.

Es bleibt die Frage, ob Herr Kurt Bachmann ernstlich glaubt, eine "Sozialistische Volkszeitung" sähe so aus, wie die "UZ".

Ein revisionistisches Trauerspiel

Begegnungen und Erfahrungen auf dem DKP-Parteitag

Das erste, was mir auffällt, ist ein Heer starker Männer, alle mit der weissen Ordnerbinde versehen. Im Foyer der Halle wird mir ein Teilnehmerausweis ausgestellt. Ich habe die Pflicht, ihn sichtbar zu tragen. Es finden strenge Kontrollen statt. Auf meine Frage, wovor man denn Angst habe, von der NPD sei doch in Essen nichts zu befürchten, erfahre ich des Ratsels Lösung. Ein Oberordner erzählt mir im Vertrauen "die Maoisten haben heute schon Flugblätter verteilt"."Wir haben sie ihnen gleich abgenommen" erzählt er mit gewichtiger Miene. Ein hinzukommender Parteitagsdelegierter sagt daraufhin, die Ordner hätten damit einen wichtigen Beitrag zur ideologischen Festigung der DKP-Genossen geleistet. Ich will wissen, ob denn die Marxisten-Leninisten in Essen so stark sind. Geflissentlich überhört man meine Bezeichnung 'Marxisten-Leninisten' und erklärt: "die Maoisten sind doch überall". - Da habt ihr wohl recht,

denke ich noch und schmunzele über den Eifer der Ordner. Sie haben eben den Befehl erhalten, die gesamte Halle einschließlich der Toiletten nach Personen ohne Teilnehmerausweis zu durchsuchen. Natürlich finden sie keinen Maoisten, aber die Marxisten-Leninisten, die wirklichen Revolutionäre stecken diesen Revisionisten im Nacken, ständig, auch wenn sie nicht anwesend sind, sie befinden sich in ihrem schlechten Gewissen. - Heute bekomme ich es wieder bestätigt.

Der Parteitag läuft genauso ab, wie ich es mir vorgestellt habe. Alle sind sich einig, man ist sich der Größe dieses "historischen Augenblicks" wohl bewußt und hütet sich, ihn in eine echte Problemdiskussion "ausarten" zu lassen. Man drischt die längst bekannten revisionistischen und opportunistischen Phrasen, die schon auf dem Mist des Phrasendreschers Chruschtschow gewachsen sind, herunter. Man spricht von Erneuerung der Demokratie in der Bundesrepublik, vom friedlichen Weg zum Sozialismus und von dem Boden des Grundgesetzes, auf dem man steht. - Nur einmal kommt Stimmung auf, als sich nämlich ein Redner mit der Lösung des CSSR-Problems durch die Revisionisten nicht einverstanden erklärt und meint, daß dies "unsere Arbeit sehr erschwert habe." Er wird aber sofort von den "klassenbewußten" Genossen mit dem Argument, dann müsse er eben besser diskutieren, niedergeschrien. Die Revisionisten wollten auf dem Parteitag nicht diskutieren, schon gar nicht über die CSSR. Wie sähe dies auch in der Öffentlichkeit aus? Dann kommt noch einmal Stimmung auf, als einige jüngere Genossen erklären, daß ihnen die Grundsatzerklärung nicht revolutionär genug sei. Kurt Bachmann findet, daß ein revolutionäres Programm eine Utopie sei, daß es in der gegenwärtigen Periode nicht auf ein revolutionäres Programm ankomme. Nun, dies erklärt auch das Verhältnis der DKP zu Lenin.

Ich konnte in der Grundsatzerklärung das Wort "Lenin" nicht finden, das war auch unmöglich, denn es kommt darin gar nicht vor. Nicht einmal verbal bekennen sich die Revisionisten noch zu Lenin. Sie haben ihn völlig über Bord geworfen. Nur zu Marx bekennen sie sich und das ist verständlich, ihn können sie leichter revisionistisch verdrehen als Lenin. Auf meine Frage nach Lenin bekomme ich zur Antwort, in der Grundsatzerklärung sei vom Marxismus die Rede und damit sei immer gleichzeitig, ohne besondere Erwähnung, der Leninismus mit eingeschlossen, das sei doch selbstverständlich. Entweder sind diese Leute so dumm, daß sie ihren eigenen Revisionismus nicht bemerken oder das ganze geschieht mit Absicht. Ein jeder möge sich die Antwort darauf selbst geben.

Ich sah viele Genossen aus den Kreisen, die mir als aufrechte Marxisten/Leninisten bekannt sind, aber auch sie merkten nicht, wie sie hier verschaukelt wurden. Ich könnte z.B. einiges darüber erzählen, wie vor dem Parteitag die Kandidatenliste für den Parteivorstand zustandegekommen ist, aber das würde den Rahmen hier sprengen. - Vielleicht ein andermal.

Die freundliche Reaktion unseres schärfsten Gegners, der bürgerlichen Presse, bestätigte mir meinen Eindruck vom Parteitag: Die DKP ist keine revolutionäre Partei. Sie wird kein Machtfaktor in der BR sein. Die Herrschenden werden sich bestens mit ihr einigen. Die DKP hat den Marxismus/Leninismus verraten. Sie ist durch und durch revisionistisch. Die ständigen Kniefälle vor der SPD - auch auf dem Parteitag - und das Betteln um Aktionseinheit mit ihr, passen genau zu diesem Kurs.

Zum Abschluß des Trauerspiels sang man gemeinsam die Internationale. Genossen, die Worte des revolutionären Liedes blieben mir in dieser Umgebung im Halse stecken.

Das Thermometer der Konjunktur zeigt Fieber

Am 17. April 1969 beschloss die Bundesbank, den Diskontsatz von 3 auf 4 Prozent zu erhöhen. Damit werden auch die anderen Habenzinsen, zum Beispiel die Sparkassenzinsen, um 1 Prozent steigen. Wie schon bei der Einführung einer Exportsteuer von 4 Prozent im letzten Herbst sowie neulich bei den sogenannten budgetären "Bremsmaßnahmen" behauptet die Bourgeoisie wieder einmal, sie habe "Maßnahmen" ergriffen. "Maßnahmen ergreifen": wie das klingt! Schiller und Strauß in Napoleonspose! In Wahrheit gleichen sie einem Chauffeur, der auf einer Alpenstraße anhält, weil sein Kühlwasser kocht, und der behauptet, er

habe eine "Maßnahme" zu reibungsloser Fahrt getroffen.

Die "Maßnahmen" der keynesianischen Konjunktur-Schamanen hinken in Wahrheit immer hinter der Entwicklung her, sie werden immer zu spät "ergriffen". Denn mag Schiller mit seiner Professorenbrille auch noch so weise am Fernsehn tun: auch er kann nichts voraussehen, da sich die Monopole hüten werden, ihm ihre genauen Projekte mitzuteilen; auch er kann schon gar nichts vorausplanen, da sich die Monopole noch mehr hüten werden, sich an seine "Empfehlungen" zu halten. Das "Wachstum nach Maß" ist im kapitalistischen System ein Hirngespinst, das man noch am ehesten Schillers Namensvetter Friedrich in einem Gedicht verziehen hätte. Was wir seit dem Ende der Rezession im Herbst 1967 erlebt haben, war in Wahrheit keineswegs ein geplantes Wachstum, sondern eine hundsgewöhnliche Aufschwungphase eines hundsgewöhnlichen kapitalistischen Konjunkturzyklus.

Allerdings hat Schiller in der Tat zwei Korrekturen an der Konjunkturkurve angebracht: er hat die Kurve unnatürlich früh und unnatürlich steil aufwärts getrieben. Das war ihm aus zwei Gründen möglich: erstens spielte die DGB-Bürokratie das Ausbeuter-Spielchen seiner "konzertierten Aktion" mit und ließ sich über nahezu zwei Jahre auf einen faktischen Lohnstopp ein. Das bedeutete für die Kapitalisten "grünes Licht" für Surplusprofite, und sie machten denn auch schnell "die Kreuzung frei", wie dieser Poet der Ausbeutung namens Schiller sich auszudrücken beliebte.

Zweitens warf der gleiche Schiller durch zwei "Eventualhaushalte" zusätzliches Geld in den Rachen der Kapitalisten. Woher jedoch nehmen und nicht stehlen? Schiller machte Schulden auf Kosten der Arbeiterklasse: die "geschaffene Kaufkraft" bedeutet Inflation, die so sicher kommen wird wie das Amen in der Kirche.

Die Kapitalisten warfen sich natürlich wie Raubtiere auf das Fressen, das Schiller ihnen vorwarf: der Boom kletterte in atemberaubender Geschwindigkeit zu seinem Höhepunkt, der bereits zu Anfang dieses Jahres erreicht war: der Arbeitsmarkt war von neuem nahezu leergefegt. Nun sprachen die Gewerkschaften, sprach auch Schiller wieder von Lohnerhöhungen - als wenn es möglich wäre, die Löhne jetzt nicht zu erhöhen!

Der Preis einer Ware, bei der die Nachfrage das Angebot überschreitet, steigt: das ist ein unausweichliches Gesetz des Kapitalismus. Die Arbeiter sind in dieser "sozialen" Marktwirtschaft Waren, und deshalb steigt im Boom ihr Preis. Das ist vollkommen unvermeidlich: selbst wenn der DGB weiter auf Lohnstopp beharren würde, würden die Kapitalisten von sich aus die Löhne erhöhen, um Arbeiter aus anderen Betrieben abzuwerben, denn die Ware Arbeitskraft ist besonders im Boom ihre kostbarste Ware.

Auf den hundsgewöhnlichen Aufschwung wird im Laufe dieses Sommers also eine hundsgewöhnliche Konjunkturüberhitzung folgen, so wie im Sommer 1965, mit all ihren hundsgewöhnlichen Erscheinungen: die Löhne werden mehr und mehr steigen, also auch die Nachfrage nach Konsumgütern (die nach Investitionsgütern ist schon übergroß), also werden die Preise steigen; je mehr die Preise steigen werden, umso mehr die Nachfrage, da niemand gern sein Geld von der Inflation gefressen sieht (das eine Prozent mehr Sparzinsen hilft da auch nichts). Der übliche Endspurt des kapitalistischen Zyklus wird einsetzen, bei dem einige Kapitalisten gewinnen, andere verlieren, bei dem die Arbeiter jedoch in jedem Falle verlieren. Und mit den ersten Kapitalisten, denen der Atem ausgehen wird, wird die nächste Rezession beginnen ... (Gottseidank nach den Wahlen, sagt sich Meister Schiller).

Was soll nun unter diesen Umständen die Diskonterhöhung? "Bremsen", sagt die Bourgeoisie: die Kredite werden teurer, das soll die Kapitalisten von weiteren Investitionen abschrecken. Einen überhitzten Boom mit einer Kreditverteuerung von 1 Prozent stoppen zu wollen, das gleicht jedoch dem Versuch, einen Lastwagen auf abschüssiger Bahn allein mit der Handbremse zum Stehen zu bringen. Also schärfer bremsen? Aber das geht nicht. Denn eine weitere Erhöhung des deutschen Diskontsatzes würde die D-Mark-Anlagen so lukrativ machen, daß erneut Milliarden von Dollars, Pfunden und Francs in die Mark strömen würden: und das könnte diesmal ernstlich den Zusammenbruch des kapitalistischen Währungssystems bedeuten.

Warum also diese lächerliche "Maßnahme"? Wie bei allen keynesianischen Zaubersprüchen handelt es sich um einen psychologischen "Gag". Er soll einerseits

den Eindruck erwecken (vor der Wahl), daß "die da oben" für uns sorgen, daß Schiller ein "guter Steuermann" ist. Zweitens soll ein Alibi geschaffen werden, um die kommende Preiswelle auf das Konto "übertriebener Lohnforderungen" der Arbeiter schieben zu können. Dies ist falsch und demagogisch, da die kommenden Lohnsteigerungen, wie erwähnt, aus dem kapitalistischen Mechanismus selbst folgen. Dennoch tut diese demagogische Propaganda natürlich ihre Wirkung bei der Kleinbourgeoisie, die die Arbeiterklasse als den Schuldigen an der kommenden Rezession betrachten soll.

Aufgabe der Marxisten-Leninisten ist es, das ideologische Gespinst der Schiller und Co. zu zerreißen und die wissenschaftliche Wahrheit möglichst vielen Arbeitern nahezubringen: die Wahrheit über die Unvermeidlichkeit des Zyklus im Kapitalismus, die Wahrheit darüber, wie die Arbeiterklasse erst geprellt und dann noch zum Sündenbock gestempelt wird.

Und die beste Antwort der Arbeiterklasse an Schiller wäre eine Streikwelle, die einerseits die jetzt günstige Position nützen würde (kein Kapitalist kann den Endspurt ohne seine Arbeiter durchstehn), und die andererseits, von hohem Klassenbewußtsein getragen, nicht nur um lumpige Pfennige (die sind selbstverständlich), sondern um Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ginge. Und die für die Kapitalisten ein Vorgeschmack wäre für jenen letzten Streik, durch den die Arbeiter sich eines Tages den Kapitalismus samt seinen Zyklen vom Hals schaffen werden.

+ Der Amerikaner Keynes arbeitete die Theorie "antizyklischer" Staatsmaßnahmen aus: all diese "Maßnahmen" bedeuten im Grunde: Inflation, Inflation und nochmal Inflation.

12 MILLIONEN LEGTEN DIE ARBEIT NIEDER

Entschlossene Antwort des italienischen Volkes auf das kriminelle Unwesen der sozialistisch-christlich-demokratischen Regierungsclique

Die revolutionäre Massenbewegung aus Arbeitern, Bauern und Studenten, die sich seit Monaten in Italien aktiv entwickelt, ist das logische Ergebnis der sich ständig verschärfenden Klassenwidersprüche im ganzen Land. Die Lage der arbeitenden Bevölkerung in Industrie und Landwirtschaft wird immer schlechter, zumal die Monopolbourgeoisie und die ihr hörige sozialistisch-christlich-demokratische Regierungsclique den arbeitenden Massen alle Kosten der Krise aufzuhalsen versuchen (zweifellos werden ihre amerikanischen Herren und Meister dabei "wertvolle" Ratschläge liefern können). Die Konzentration des Kapitals, der Zusammenschluß vieler Unternehmen und die "Rationalisierung" der Produktion führte zu Arbeitslosigkeit, Massenentlassungen und Stillegungen vieler Fabriken.

Diese eindeutig zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung gehenden Maßnahmen führten auf der ganzen Halbinsel zu kraftvollen Reaktionen der empörten Massen. Die Arbeiter legten die Arbeit nieder, demonstrierten und besetzten ihre Fabriken. Landarbeiter, die angesichts der Ungleichheit der Löhne die Nase voll haben, sowie Studenten, die schon seit langem gegen das dekadente, klerikalbourgeoise Ausbildungssystem ankämpfen, schlossen sich ihrem Kampf an.

Kurz, indem das italienische Volk sich seiner Ausbeutung bewußt wird, erkennt es, daß man ein für allemal mit dem Regime der herrschenden Klasse Schluß machen muß. Folglich organisiert es sich, bietet den Kräften der Unterdrückung die Stirn und hört nicht mehr auf das Gerede jener "mächtigen" Prediger, die von "Zusammenarbeit der Klassen" quatschen. Mit anderen Worten: Es lehnt die revisionistischen "Lösungen" ab!

Vorgestern: Avola und Rom-Gestern Battipaglia. Rumor, Nenni und Konsorten schießen auf die Arbeiter!

Am 8. April protestieren 10 000 Arbeiter, Bauern und Studenten in den Strassen von Battipaglia gegen die Schliessung der Tabakfabrik und der Zuckerraffinerie. Zahlreiche Polizeistreitkräfte griffen fast sofort, mit Gummiknüppeln und Feuerwaffen ausgerüstet, an. Die

Demonstranten reagierten augenblicklich, besetzten den Bahnhof, um den Zugverkehr zu blockieren und die Zollstation an der Autobahn.

Kopflos durch den entschlossenen Widerstand, holten die Behörden Verstärkung zur Unterdrückung des Volkes: Karabiniert, Bereitschaftspolizei, neofaschistische Banden ...

Die Schüsse der Unterdrücker töteten zwei Menschen und verletzten dutzende andere. Der reaktionären Gewalt setzten die Demonstranten verstärkt die revolutionäre Gewalt entgegen. Auf die Maschinengewehrgarben und Tränengashandgranaten der Faschisten antworteten die Arbeiter mit Molotow-Cocktails. Bilanz: Fast 200 verletzte Karabinieri und etwa 100 in Brand gesteckte Polizeifahrzeuge.

Am anderen Morgen unterhielt sich Rumor freundschaftlich mit den Gewerkschaftsbonzen - vor allem Revisionisten - lud sie ein, eine Lösung zu finden und ... verhängte den Belagerungszustand über Battipaglia.

Am Tage darauf legten 12 Millionen italienische Arbeiter die Arbeit nieder. Abgeordnete der "Oppositionsparteien" und Befehlsempfänger der Gewerkschaftsbonzen ermahnten sie vergeblich, friedliche Reformen zu fordern. Als Reaktion auf ihr Gewäsch tauchten überall in Italien rote Fahnen auf. In Rom, Mailand, Florenz, Venedig, Triest, Turin und anderen Städten griffen die Demonstranten die Niederlassungen der Arbeitgeberverbände, die Börsen und Polizeikasernen an.

So haben die Ermordeten von Battipaglia dazu beigetragen, das politische Bewußtsein des italienischen Volkes weiter anzuheben. Arbeiter, Bauern und Studenten haben gelernt, daß es für sie nur einen Weg gibt, wollen sie sich vom Joch der Ausbeutung und Unterdrückung befreien. Und dieser Weg ist der Sturz der Monopolbourgeoisie, der sozialistisch-christlich-demokratischen Regierungsclique, der Gewerkschaftsbonzen und der Revisionisten durch den bewaffneten Aufstand, durch die Revolution.

Unsere Solidarität gilt dem italienischen Proletariat und seiner Partei, der Kommunistischen Partei Italiens (Marxisten-Leninisten).

Das Blutbad in Kurdistan

Seit über einem Jahr steht die patriotische kurdische Bevölkerung des Iran im bewaffneten Kampf gegen den Terror des reaktionären Schah-Regimes. Die Konföderation iranischer Studenten (Nationale Union) gab kürzlich bekannt, daß schon nahezu tausend Personen in den Zuchthäusern von Teheran, Azarbaidjan, Kurdistan und Südpersien, teilweise fern ihrer Heimat, eingekerkert sind. Viele antiimperialistische Patrioten wurden schon ermordet oder hingerichtet, wobei man sie zum Teil in Schnellverfahren aburteilte, um die Morde zu "legalisieren". Agenten des berüchtigten Geheimdienstes SAWAK, Polizei und Militär, zerstörten Häuser von Personen, die kurdischen Widerstandskämpfern Unterkunft gewährt hatten.

Rund 6000 Mann Polizei und Militär stehen im iranischen Kurdistan. Diese Truppen bombardieren die Ortschaften der einheimischen Bevölkerung. Angesichts dieser Verbrechen griffen die Kurden zu den Waffen. Sie kämpfen nicht nur für rein kurdische Ziele (wie das Recht auf kurdische Schulen im kurdischen Siedlungsgebiet), sie kämpfen für die Befreiung des ganzen iranischen Volkes von der Sklaverei des Imperialismus und der Reaktion.

Schon seit mehreren Jahren besteht eine enge Freundschaft zwischen den iranischen Widerstandskämpfern und deutschen Marxisten-Leninisten. Viele gemeinsame Aktionen beweisen dies. Kürzlich trat eine iranische Widerstandsorganisation mit einem Appell an das deutsche Volk an die Öffentlichkeit. Nachfolgend der Text dieses Aufrufes:

Liebe deutsche Bürger!

Wieder einmal hat das Schah-Regime im Iran zu einem ungeheuren Verbrechen gegen das persische Volk gegriffen. Während das Regime vor kurzem 17 Intellektuelle zu insgesamt 110 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt hatte, ging es zu einem Massaker der Bevölkerung im persischen Kurdistan über:

- Tausende Kurden wurden verhaftet und

nach einer "neuen Methode" und in Konzentrationslager verschiedenenorts eingelocht.

- Laut dem Bericht von Herrn Cavallerie, dem berühmten italienischen Rechtsanwalt, sind mehr als 70 Personen vom Feldmilitärtribunal verurteilt und hingerichtet worden.
- Die Spitzel der SAWAK haben die Höfe und Häuser vieler patriotischer Kurden in Brand gesteckt und samt der Familien verbrannt. Hunderte sind von ihrer Heimat verjagt.
- Über das gesamte kurdische Gebiet hat das Regime den Ausnahmezustand verhängt. Nunmehr hat niemand vor Ausschreitung und wildem Terror der "Sicherheitsleute" Ruhe und Sicherheit.
- Den zuverlässigen Berichten nach stehen mehrere Patrioten vor Gericht. Wir befürchten noch mehr: Erschiessungen und Hinrichtungen.
- Die Leichname der Patrioten werden im Zentrum vieler Städte und Ortschaften tagelang zur Schau gestellt.

Diese und viele andere wilden und blutigen Ausschreitungen gegen die Kurden haben ihren harten Widerstandswillen keinesfalls gebrochen. Das alles hat noch einmal den bestaialischen Charakter des Schah-Regimes offenbart. Der gerechte Widerstand der kurdischen Patrioten ist ein Teil des allgemeinen Widerstandes der iranischen Nation gegen Diktatur und Reaktion. Wie aus der Namensliste der Hingerichteten hervorgeht, sind mehr als 50 % von ihnen Bauern. Das zeigt, wie verlogen die sogenannte Landreform der Regierung ist. Viele andere sind Arbeiter. Einige sind Priester des mohammedanischen Glaubens und Intellektuelle.

Liebe deutsche Bürger!

Was die kurdischen Patrioten wollen - das wollen wir auch:

- **statt Diktatur - Freiheit für das Volk**
- **statt nationale Unterdrückung - Unabhängigkeit für Iran**
- **statt Reaktion und Korruption - eine fortschrittliche, gerechte und korrekte Gesellschaftsordnung.**

Solidarisieren Sie sich mit dem persischen Volk!

Unterstützen Sie die heldenhaften kurdischen Patrioten moralisch und materiell! (Geldspenden, Arznei usw.)

Erheben Sie Ihren Protest gegen das Blutbad von Kurdistan!

DER BLUTHUND SUHARTO KOMMT

Was Hitler für Deutschland, Tschiang Kai-schek für China und der Schah für Persien ist, diese Bedeutung hat er in Indonesien: Suharto. Von seinen Händen tropft das Blut hunderttausender Kommunisten und Patrioten. Und dieser Henker des Volkes wird Ende Mai auf Einladung von Lübke die Bundesrepublik besuchen.

Vor einem Jahr war der damalige Bundespräsident Gerstenmaier in Indonesien und nun soll Suharto hier zum Gegenbesuch erscheinen. Zweifellos ist er eine bedeutende Persönlichkeit, die es gebührend zu empfangen gilt: Auf sein Konto kommen weit über eine halbe Million politische Morde und mehr als 100.000 Menschen, die aus politischen Gründen eingekerkert sind.

<u>So glühend wie Suharto vom indonesischen Volk gehaßt wird, so heiß werden wir ihn empfangen. Marxisten-Leninisten, linke Studenten und Gewerkschaftler stehen zu seiner Begrüßung bereit. Bonn wird ihn auf bürgerliche Art begrüßen, wir auf unsere Art!</u>

Äußerlich stark innerlich hohl

Wie aus dem Bericht des US-Verteidigungsausschusses hervorgeht, desertierten 1968 mehr als 53.000 US-Soldaten. Als Deserteur gilt nur, wer sich mehr als 30 Tage unerlaubt von der Truppe entfernt hat. Die gewaltige Zahl von 53.000 Soldaten beweist ganz klar: "Der US-Imperialismus ist nur äußerlich stark, innerlich ist er hohl!" (Mao Tse-tung) Oftmals kam es unter den US-Streifkräften auch zu Ungehorsam und Meuterei, in einem Fall meuterten 27 junge Wehrpflichtige gegen ihren Chef, Capt. Robert Lamont, und verweigerten die Befehle. Einige von ihnen wurden zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt!

Wahlgeschenke

Am 19. März 1969 beschloss der Bundestag die Verdoppelung des Entlassungsgeldes bei wehrpflichtigen Bundeswehrsoldaten. Damit erhalten wir statt bisher 350 DM nun 700 DM. Der Grund ist natürlich nicht die absolute Selbstlosigkeit, wie uns die bürgerliche Presse glauben machen will, sondern Wählerfang für die Bundestagswahlen am 28.9.69. Es ist doch offenkundig: ein Teil der Bundeswehrsoldaten, deren Dienstzeit am 30.9.69 abläuft, wird am 26.9.69 entlassen und erhält 700 DM. Aus Dankbarkeit, so denken wohl die Bosse von CDU/CSU, SPD und ähnlichen Haufen, werden wir unser Kreuz schon an der richtigen Stelle machen. Aber für wie dumm hält man uns eigentlich? Diese Wahlgeschenke können uns nicht bluffen!

B.G.

Heck-enschützen

CDU-Generalsekretär Heck ereiferte sich auf einem kulturpolitischen Kongreß in Bad Godesberg gegen "das politische Banditentum, das sich verschroben intellektuell tarnt." Er verlangte, "die Autorität des Staates gegen verblendete Rechtsbrecher sichtbar zu machen." Daß dieser Heckenschütze der Reaktion "intellektuell" nicht mitkommt und dementsprechend nach faschistischem Terror ruft, wen wollte das wundern.

Das sozialistische System wird letzten Endes an die Stelle des kapitalistischen Systems treten; das ist ein vom Willen der Menschen unabhängiges objektives Gesetz. Welche Versuche auch immer die Reaktionäre unternehmen mögen, das Rad der Geschichte aufzuhalten, es wird dennoch früher oder später die Revolution ausbrechen, die dann unvermeidlich den Sieg davontragen wird.

Mao Tse-tung

Trauer um Genossen Thakin Than Tun Vorsitzender des ZK der KP Burmas

Tausende und aber Tausende von Helden sind uns vorangegangen und haben mutig ihr Leben für die Interessen des Volkes hingegeben. Laßt uns ihre Fahne hochheben und vorwärtsschreiten auf dem mit ihrem Blut getränkten Weg!

Mao Tse-tung

Am 24. September 1968, nachmittags um 5.20, wurde unser burmesischer Genosse und Kampfgefährte, der Vorsitzende des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Burmas, Genosse Thakin Than Tun, von Maung Mya, einem gedungenen Mörder der faschistischen Ne Win-Clique, ermordet. Der verabscheuungswürdige Mord an dem Führer unserer burmesischen Bruderpartei ist nicht nur ein gewaltiger Verlust für die ruhmreiche Kommunistische Partei Burmas und für die im Befreiungskampf stehenden Völker Asiens, der Tod des Genossen Thakin Than Tun ist international ein großer Verlust für den Marxismus-Leninismus.

Zu den wenigen Kommunistischen Parteien, die nicht im Sumpf des Revisionismus versanken, die stets proletarisch-revolutionär und kämpferisch blieben, gehört die Kommunistische Partei Burmas, die lange Jahre vom Vorsitzenden Thakin Than Tun, geführt wurde. Er erkannte die historische Bedeutung der Ideen Mao Tse-tungs, dem Marxismus-Leninismus der heutigen Zeit, und wandte sie konsequent und mit Erfolg in Burma an. Vorsitzender Thakin Than Tun verteidigte die Partei entschlossen gegen alle Opportunisten von "links" und rechts und schuf die demokratische Einheitsfront aller Nationalitäten Burmas. Die burmesische Volksarmee schlug wiederholt den Klassenfeind schwer und befindet sich in der Offensive. Die Clique um Ne Win, Agenten von US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus, erkannte mehr und mehr ihre Ausweglosigkeit. Ihr Mordkomplott an unserem Kampfbruder, Genossen Thakin Than Tun, ist ein Beweis für ihre Schwäche und der Ausweglosigkeit ihrer Politik.

Genosse Mao Tse-tung sagte einmal:"Der US-Imperialismus ist nur äußerlich stark, innerlich ist er hohl". Dies gilt genauso für seine Lakaien. Wie viele große kommunistische Führer sind

schon in den letzten Jahrzehnten dem Mordterror der Faschisten zum Opfer gefallen und welch großer Teil davon vergoß sein Blut in unserem Land. Die bestialischen Morde an Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Ernst Thälmann und die unzähligen anderen Genossen der revolutionären KPD, - konnten sie etwas entscheidend ändern? Die Völker der Welt schreiten unaufhörlich vorwärts, alle Niederlagen sind nur vorübergehend und die Völker werden sie durch noch größere und umfassendere Siege wettmachen.

Genossen der Kommunistischen Partei Burmas! Tief erschüttert senken wir unser Haupt vor Eurem toten Vorsitzenden, Genossen Thakin Than Tun.

Wir alle haben einen selbstlosen Waffenbruder verloren. Aber voller Empörung erheben wir unsere Faust und prangern den Klassenfeind an: Faschismus, US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus. Euer Sieg, Genossen, der Erfolg der Nationalitäten Burmas, wird unweigerlich kommen. Genosse Thakin Than Tun ist für das Volk gestorben, sein Tod ist gewichtiger als der Tai-Berg; in den Herzen der Völker der Welt lebt Euer Vorsitzender, unser Waffenbruder, ewig.

Im Geist des Genossen Thakin Than Tun mutig vorwärts!

Es lebe Euer neuer Führer, Vorsitzender Thakin Zin!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

2000 Hamburg 71, Postfach 464

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Erscheinungsweise vorläufig monatlich. Einzelpreis 40 Pfennig. Jahresbezugspreis 7,40 DM (einschließlich Porto). Postscheck-Konto: Nr. 2627 67 PSchA Hamburg.

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

3Jg. Mai 1969 40 Pfg

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch !

AUF DEM BODEN DER VERFASSUNG ?

Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

„Manifest der Kommunistischen Partei"

Mit Flaggenschmuck an öffentlichen Gebäuden feierte man am 23. Mai die offizielle Verkündung und Annahme des "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" vor 20 Jahren, die bürgerliche Verfassung des westdeutschen Separatstaates. Die KPD war es, die damals aus grundsätzlichen Erwägungen heraus diesem Gesetz ihre Stimme verweigerte. Heute, 20 Jahre später, erklärt Kurt Bachmann, Vorsitzender der DKP, die Deutsche Kommunistische Partei stünde auf dem Boden des Grundgesetzes, sie wolle Staat und Gesellschaft auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten Rechte und Prinzipien erneuern.

Auf dem Boden des Grundgesetzes stehen auch Adolf von Thadden, Vorsitzender der NPD, CSU-Boss Franz-Josef Strauß, Altnazi Kanzler Kiesinger und die Lakaien der Monopolbourgeoisie Brandt, Schiller und Co.

Wie aber kann jemand, der sich "Kommunist" nennt, also die Errichtung des Sozialismus anstrebt, auf dem Boden einer bürgerlichen Verfassung stehen und zudem noch behaupten, eben auf dieser Basis, dem Grundgesetz, Staat und Gesellschaft erneuern zu wollen. Was ist das für eine wundersame Verfassung, die so etwas ermöglicht?

Zugegeben, das Grundgesetz enthält eine Reihe schön klingender Worte und Phrasen. Doch was nützt es, wenn dort steht "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten" (Art. 5), wenn zur konkreten, wirksamen Ausübung dieses Rechts große Geldsummen erforderlich sind. Wenn selbst bürgerliche Publizisten behaupten, das Recht der freien Meinungsäußerung bestünde darin, daß rund 100 Multimillionäre ihre Meinung frei äußern dürfen. Was nützt es, wenn (Art. 8) davon die Rede ist, "alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln", in der Praxis aber dieses "Recht" durch Polizeiverordnungen ad absurdum geführt wird und die Inanspruchnahme dieses "Rechts" zu Prügeln durch die Staatsmacht oder ins Gefängnis führt. Der entscheidende, den Klassencharakter des Grundge-

setzes am klarsten zum Ausdruck bringende Artikel aber heißt: "Das Eigentum (also auch an Produktionsmitteln) und das Erbrecht werden gewährleistet" (Art. 14). Dieser Artikel ist eine Garantie für den Privatbesitz der Monopolbourgeoisie, auch wenn es zusätzlich und unverbindlich heißt. "Eigentum verpflichtet, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen".

Das Grundgesetz ist eine typisch bürgerliche Verfassung, wie es sie in fast allen kapitalistischen Ländern gibt. Es enthält neben den Bestimmungen über bürgerliche Freiheiten gleich solche, die diese Bestimmungen wieder einschränken und aufheben. Schon Marx kritisierte aus diesem Grunde im Jahre 1848 die Verfassung der französischen Republik "... jede ihrer Bestimmungen enthält ihre eigene Antithese - hebt sich selbst vollständig auf".

Es bedarf also gar nicht des Hinweises, daß die westdeutsche Bourgeoisie ihre eigene Verfassung von 1949 inzwischen durch zig Änderungen einschränkte und daß jeder, der sich heute auf den Boden des Grundgesetzes stellt, automatisch die Notstandsgesetze, die Errichtung einer faschistischen Diktatur der Monopolbourgeoisie anerkennt, um zu beweisen, daß ein solches "sich auf den Boden stellen" offener Verrat am Marxismus-Leninismus ist.

Wenn Bachmann und Konsorten behaupten, auf der Basis dieses Grundgesetzes Staat und Gesellschaft ändern zu können, so zeigen sie, daß sie wie ihre geistigen Väter Togliatti und Kautsky im Sumpf des Reformismus gelandet sind. Sehen wir uns doch einmal die Realitäten an: Fast 500 000 Mann Bundeswehr, über 100 000 Mann Bundesgrenzschutz und Bereitschaftspolizei, Werkschutz in vielen Betrieben, eine straff organisierte Staatsbürokratie, Hunderte Gerichtshöfe und Gefängnisse, US-Militärbasen und Besatzungstruppen, ein allmächtiger Apparat zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, alles im Dienste der Monopolbourgeoisie. Und da schwätzen sie von friedlichen Reformen, von der Möglichkeit, die Monopole über den Weg der Gesetzgebung zu enteignen und so innerhalb des bürgerlichen Staates peu à peu den Sozialismus zu errichten.

Man sollte ihnen das Heft mit Lenins unter die Nase reiben, in dem er auf dem Ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1919 sagte:

"Was die Sozialisten (in unserem Fall die DK-Pisten) vor allem nicht verstehen und was ihre theoretische Kurzsichtigkeit, ihr Verharren im Banne bürgerlicher Vorurteile, ihren politischen Verrat am Proletariat ausmacht, ist, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft bei einer einigermaßen ernstlichen Verschärfung des Klassenkampfes, auf dem diese Gesellschaft begründet ist, kein Mittelding geben kann zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats. Jeder Traum von irgendetwas Drittem ist reaktionäre Lamentation eines Kleinbürgers.

... es wäre der größte Unsinn, anzunehmen, daß die tiefstgreifende Revolution in der Geschichte der Menschheit, bei der zum erstenmal in der Welt die Macht von der ausbeutenden Minderheit an die ausgebeutete Mehrheit übergeht, sich im alten Rahmen der alten, bürgerlichen, parlamentarischen Demokratie vollziehen kann, daß sie sich ohne umwälzende Veränderungen vollziehen kann, ohne neue Formen der Demokratie, neue Institutionen zu schaffen, die die neuen Bedingungen für ihre Anwendung verkörpern usw."

Zwar unterscheidet Bachmann & Co. nichts von von Thadden, Strauß, Kiesinger usw., mit denen sie gemeinsam auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, aber alles von Marx, Engels und Lenin, auf die sie sich heuchlerisch berufen.

Einer sagt was alle Denken

Zur Affäre Grashey

Der Bundeswehr-Vizeinspekteur des Heeres, Generalmajor Hellmut Grashey, hielt Ende März dieses Jahres vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese eine vielbeachtete Rede über "Probleme des Heeres" in Vertretung für Heeresinspekteur Generalleutnant Albert Schnez. In seiner Rede demaskierte er die "demokratische" innere Führung als einen Schachzug, um seinerzeit die SPD für die Bundeswehr

zu gewinnen. Jetzt wäre die Zeit gekommen, so meinte er, diese "Konzessionen an die SPD", "diese Maske nun endlich ab(zu)legen, die wir uns damals vorgehalten haben". Grashey meinte hiermit speziell das Beschwerde- und Disziplinarrecht, welches seiner Meinung nach zu "lasch" sei. Außerdem attackierte der General noch das Amt des Wehrbeauftragten des Bundestages, die Bürokratie in der Bundeswehr und anderes. Wir als Marxisten-Leninisten wissen, daß das Gerede von "Innerer Führung" usw. doch nur leere Worte sind, die dazu dienen, die Soldaten,besonders die Wehrpflichtigen, über die wahren Ziele der Bundeswehr im unklaren zu lassen und stattdessen eine demokratische Trugarmee vortäuschen. Wer einmal die Bundeswehr aus der Nähe kennenlernen mußte, wird bald erkannt haben, wie verlogen der ganze Apparat mit seinen "Gummiparagraphen" ist.

Grashey ist, mehr noch als sein direkter Vorgesetzter, Generalleutnant Albert Schnez, der sich im II. Weltkrieg bei der Liquidierung von Widerstandskämpfen in Italien einen Namen gemacht hat, ein qualifizierter Faschist. Er selbst fiel schon verschiedentlich als besonders braun auf und hetzt gegen alles, was "links" ist, was bei ihm schon mit der SPD beginnt. Vor zwei Jahren machte er sich in Regensburg lächerlich, als er sich darüber aufregte, daß eine Putzfrau den selben Fahrstuhl benutzte wie er als damaliger Divisionskommandeur. Ein Generalskollege sagte einmal über ihn: "Grashey würde der erste sein, der die Griechenland-Tour reitet". Aus diesen Worten mag scheinen, daß Grashey ein Einzelfall wäre. Dem ist aber durchaus nicht so. Er ist nur der einzige, der die Katze aus dem Sack gelassen hat; er, den seine Kumpane so charakterisieren: "Was der sagt, das meint er, das ist echt".

Leserbriefe

Erst vor kurzem ist hier die Gründung der KPD/ML bekannt geworden. Es ist eine sehr wichtige Tatsache, die in weiteren Kreisen bekannt gemacht werden muß.

D.V., Leuven (Belgien)

"Über die Gründung der KPD/ML bin ich sehr erfreut ... zu der Bemerkung der Redaktion, daß die Reaktion auf die Gründung der KPD/ML aus der Jugend und der Arbeiterschaft die aus der "Intelligenz" und Studentenschaft übertraf, ist zu sagen, daß dies wohl zu erwarten war, denn die Arbeiterschaft spürt ja am stärksten die Ausbeutung, und "die Jugend ist die aktivste und lebendigste Kraft der Gesellschaft" (Mao Tsetung)."

J.L., Bensheim

"Die Februarnummer des ROTEN MORGEN habe ich sehr gut gefunden. Am besten gefiel mir der Artikel: "Hinein in die Bundeswehr!" Denn ich war mir selbst noch im unklaren, was besser ist, Kriegsdienstverweigerung oder Wehrdienst".

P.F., Freising

"Nach eingehender Diskussion über das Statut der KPD/ML haben die Mitglieder des Marxistisch-Leninistischen Ausschuß Hannover MLAH beschlossen, kollektiv der KPD/ML beizutreten und eine Gruppe Hannover bzw. Landesverband Niedersachsen zu gründen."

J.K, Hannover

"Bisher unterstützte ich die SDAJ und die revisionistische DKP, dies war und ist falsch. Auch bekomme ich noch die Zeitung (bisher Arbeiterzeitung, jetzt UZ), die ich ab jetzt nicht mehr haben will. Genossen, ich habe begriffen, nur mit einer marxistisch-leninistischen Partei, die gestützt ist auf die Ideen Mao Tse-tungs, können wir auch das deutsche Proletariat von den Faschisten und US-Imperialisten sowie von den Bachmann-Revisionisten befreien."

KH, Mannheim

"Ich danke Ihnen für die mir zugesandten Ausgaben des ROTEN MORGEN. Besonders gut gefiel mir die März-69-Nummer! Sie war die informativste von allen. Macht weiter so! Besonders gut waren die Artikel "Chenpao war stets chinesisches Territorium" (konnte ich sehr gut für ein Referat gebrauchen!), "Der Staat,in dem wir leben", "Tatsachen über die Beherrschten" und "Terrorpraxis SDAJ". Sendet uns bitte auch das theoretische Organ zu.

D.M., Celle

"Ich möchte zur Gründung der KPD/ML gratulieren. Ich bin seit einem Jahr Teilnehmer des ROTEN MORGEN, und ich bin überzeugt, daß Eure Partei auf der Grundlage des Denkens von Mao Tse-tung aufgebaut ist und daß sie sich mit der revolutionären Bewegung verbinden wird."

J.J., Kopenhagen

"Herzlichen Glückwunsch zur Gründung der KPD/ML. Damit hat das heroische Proletariat Deutschlands die sicherste Waffe für den Sieg des Klassenkampfes erhalten."

Mit kommunistischem Gruß
Ihr M.M., Hamburg

"... ich möchte um Aufnahme in die KPD/ML bitten... bin Student and wohne in Göttingen. Bitte übersendet mir das Parteistatut."

A.K., Göttingen

"Hiermit bewerbe ich mich um die Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei Deutschlands/ML. Bis vor kurzem habe ich mit der SEW Westberlin sympathisiert. Die internationale Entwicklung zeigt mir aber, daß als einzige Alternative für mich nur Eure Partei in Frage kommt."

E.H., Berlin

"Ich bitte um Zustellung eines Probeexemplars ROTER MORGEN. Außerdem um Informationen über die KPD/ML. Ich bin an der KPD/ML interessiert - auf Grund eines Flugblattes, Titel: HÄNDE WEG VON CHINA!"

H.B., Düsseldorf-E.

"Die marxistisch-leninistische Bewegung entwickelt sich auch in Finnland. Leider ist die Tätigkeit noch in den zwei größten Städten, Helsinki und Tampere, allein konzentriert. Wir sind aber dessen ungeachtet optimistisch.
Ich wünsche Euch allen weitere Erfolge im Kampf gegen den Imperialismus, den modernen Revisionismus und die Reaktion aller Schattierung."

M.K., Turku
(Finnland)

"Am besten finde ich den Artikel "Den Faschisten sitzt die Angst im Nacken". Ähnliche Erfahrungen mache ich laufend, wenn auch nicht in der reaktionären Bundeswehr.
"Die Partei kommandiert die Gewehre und niemals darf zugelassen werden, daß die Gewehre die Partei kommandieren!" (Lin Biao)"

P.K., Wien

Die eigene Kleinbürgerlichkeit überwinden

Wer von uns kennt das Problem nicht, daß in manchen unserer Genossen, ja sogar in beinahe jedem von uns - trotz oftmals hohem theoretischen Wissen auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus, Reste kleinbürgerlicher Gefühle und Denkweise zurückgeblieben sind? Wem ist es noch nicht aufgefallen, daß einem eine durch und durch bürgerliche Komödie im Fernsehen gefällt, daß man bürgerliche Musik genießt, daß man unbewußt bürgerliche Vorurteile nachplappert, daß man von der Reaktion geschaffene Sitten und Gebräuche als "unabänderlich" und "fest", ja manchmal sogar als "schön" oder "gut" ansieht, daß man in unverantwortlicher Weise Kompromisse eingeht, die eines Marxisten-Leninisten unwürdig sind? Oft genug glauben wir, wenn sich in uns dieses Gift des Kleinbürgertums regt, dort Grenzen zu sehen, wo für einen überzeugten Kommunisten gar keine sein können.

Diese Reste von kleinbürgerlichen Gefühlen, die zwangsläufig durch den Widerspruch entstehen, als Marxist-Leninist vorläufig in einer bürgerlichen Umwelt leben zu müssen, gilt es zu überwinden. Geschehen kann dies nur mit einer starken Waffe. Diese Waffe ist die Kritik und Selbstkritik. Wir müssen unser Handeln und Denken ständig überprüfen, wir müssen, wie der Vorsitzende Mao Tsetung sagt, "den Staub, der sich in den Köpfen unserer Genossen" (und damit auch in den unsrigen) "abgelagert hat, wegfegen, wegwaschen!"

Bezweifeln wir also all das, was wir sagen und all das, was auf uns zugebracht wird, mit dem wir konfrontiert werden! Analysieren wir unsere Probleme dialektisch und lösen wir sie dialektisch! Wir stehen im Kampf gegen den Imperialismus und gegen den Revisionismus. Vergessen wir dabei nicht den Kampf mit uns selbst. Überwinden wir unsere eigene Kleinbürgerlichkeit!

P.M.

Volkskrieg in Indien



Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien! Völker der ganzen Welt, seid mutig, habt Mut zu kämpfen, fürchtet keine Schwierigkeiten, stürmt Welle auf Welle vorwärts, und die ganze Welt wird den Völkern gehören. Alle finsteren Mächte werden restlos vernichtet werden.

Mao Tse-tung

Das indische Volk befindet sich im Kampf. Immer wieder treffen begeisternde Kriegsberichte und Siegesmeldungen bei uns ein. Sei es am Ganges, in Kerala, Bombay, Kalkutta oder Assam; überall rebelliert das Volk gegen seine brutale Unterdrückung. Das Redaktionskollektiv der Zeitschrift ROTER MORGEN hat in dieser Sondernummer die Entwicklung des Befreiungskampfes der Völker Indiens in den mehr als zwanzig Jahren kurz dargestellt und analysiert am Schluß die derzeitige Lage und gibt einen Ausblick für die zukünftige Entwicklung dieses Volkskrieges.

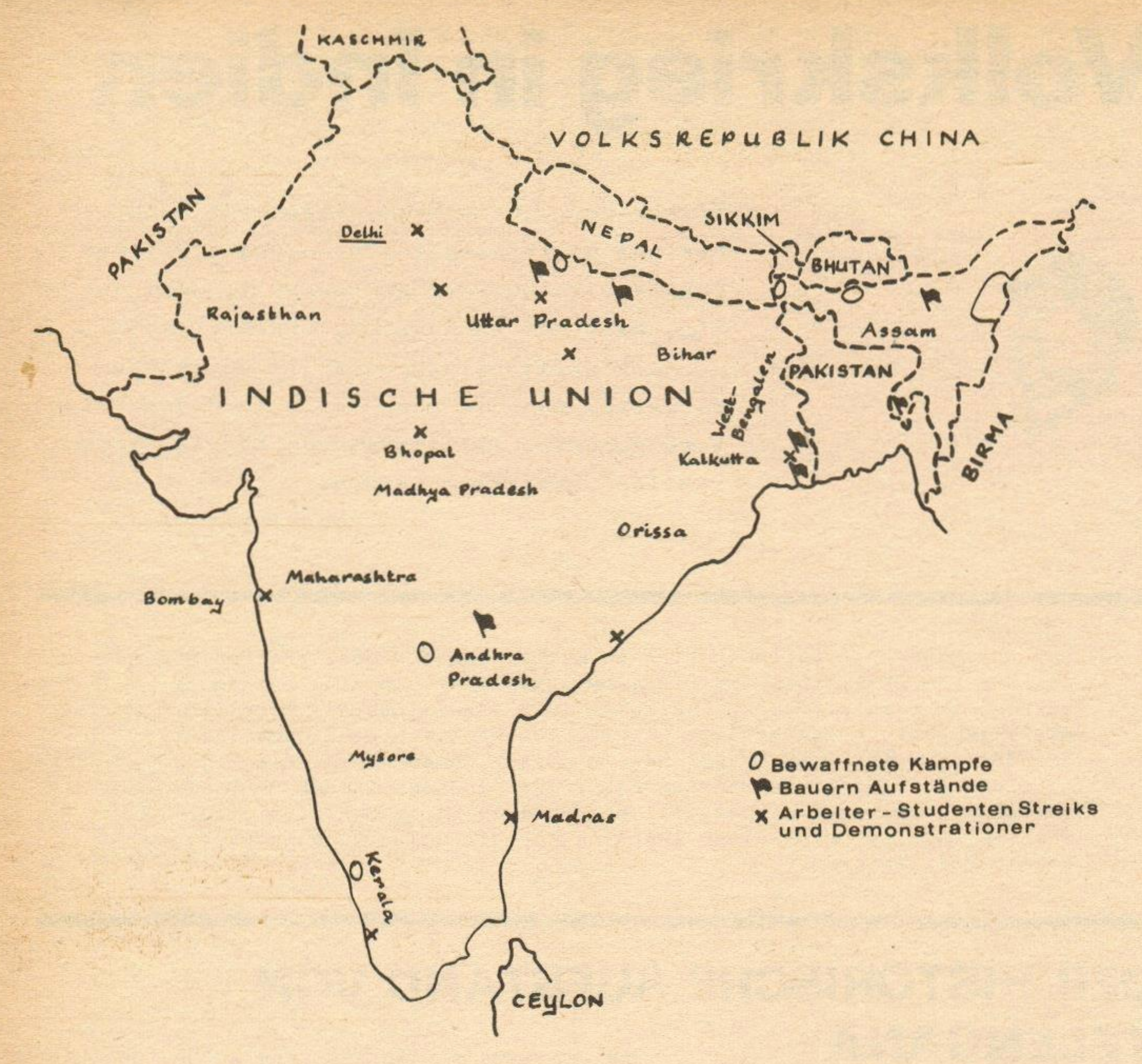
DER HISTORISCHE AUFSTAND VON TELENGANA



Die grausame wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung der Bauernschaft durch die Grundherrenklasse zwangen die Bauern immer wieder zu Aufständen, die sich gegen die Herrschaft der Grundherrenklasse richteten ... In der chinesischen Feudalgesellschaft war es nur dieser Klassenkampf der Bauernschaft, waren nur diese Bauernaufstände und -kriege die wahren Triebkräfte der historischen Entwicklung.

Mao Tse-tung

Die indische Union ist ein großes halbkoloniales und halbfeudales Land mit einer Bevölkerung von rund 500 Millionen Menschen, von denen die grosse Mehrheit Bauern sind. Die ländlichen Gebiete, wo die reaktionäre Herrschaft schwach ist, gaben schon immer den Revolutionären die Möglichkeit, in den weiten Gebieten frei manövrieren zu können. Ähnlich wie heute in Indien, so war auch vor über dreißig Jahren in China die Situation, nur mit dem Unter-



schied, daß China damals eine revolutionäre marxistisch-leninistische Partei besaß, während es in Indien heute so eine Partei noch nicht oder nicht mehr gibt.

Das berühmte traditionelle Aufstandsgebiet Telengana liegt in Südostindien im Norden des Bundesstaates Andhra Pradesh. Das Aufstandsgebiet umfaßt rund 44 000 Quadratmeilen und mehr als 10 Millionen Einwohner. Das landwirtschaftlich genutzte Land gehört hier zur Hälfte den Feudalherren und Aristokraten, die andere Hälfte den großen Gutsbesitzern. Weit mehr als 50 Prozent der armen Bauern verfügt über kein eigenes Land.

Schon zu der Zeit, da der britische Imperialismus Indien noch direkt kontrollierte, griffen in den dreißiger Jahren und kurz nach 1940 die armen Bauern dieses Landstrichs zu den Waffen. Berühmtheit erlangte Telengana jedoch erst, als hier 1946 bis 1951 die Flamme der Revolution den Subkontinent erleuchtete. Der bewaffnete Kampf begann im Juni 1946 in Shayapet, Kreis Nalgonda. Unmittelbarer Anlaß dazu war die Ermordung eines Funktionärs der revolutionären Massenorganisation Andhra Mahasabha, welche damals mehr als 100 000 Mitglieder hatte und von der KP Indiens geführt wurde. Empört erhoben sich, angeleitet von den Revolutionären der KPI, die Bauern und eroberten Land und Waffen der Unterdrücker. Rasch griff der Aufstand um sich. Im ganzen Gebiet waren bald bewaffnete Partisanenkräfte aufgestellt und Komitees der Dorfbevölkerung gebildet. Der Nizam von

Hyderabad, ein feudaler Herrscher, zu dessen Machtbereich damals Telengana gehörte, zog Truppen von mehr als 30000 Mann zusammen und versuchte, die befreiten Gebiete zu zerschlagen, konnte jedoch gegen die Macht des Volkskrieges nichts ausrichten.

Schon Ende 1947 hatte sich dieser Aufstand steppenbrandartig auf über 300 Dörfer ausgedehnt. Die dortigen Kräfte der KP reihten sich entschlossen in die Streitmacht der Bauernguerillas ein und schlugen denselben Weg ein, den auch die chinesischen Kommunisten seinerzeit beschritten hatten. Im September 1948 umfaßte das befreite Gebiet rund drei Millionen Menschen in etwa 3000 Dörfern, die Guerillaverbände bestanden aus über 2000 Mann und die Miliz verfügte über 10 000 Kämpfer. Eine Bodenreform wurde durchgeführt und eine Million Morgen Land den Gutsbesitzern abgenommen und an die Bauern vergeben. Zum erstenmal in ihrer Geschichte waren indische Bauern frei und das reaktionäre Feudalregime bis in die Grundfesten erschüttert. Im Herbst 1948 war der Nizam in höchster Gefahr und Nehru, der seine Hilfe bisher auf Waffen und Munition beschränkt hatte, schickte um mehrere zehntausend Mann seiner Unionstruppen nach Telengana, wo sie ein Blutbad anrichteten. Mehr als eine Million unschuldiger Bauern wurde widerrechtlich festgenommen und gefoltert, viele von ihnen ermordet.

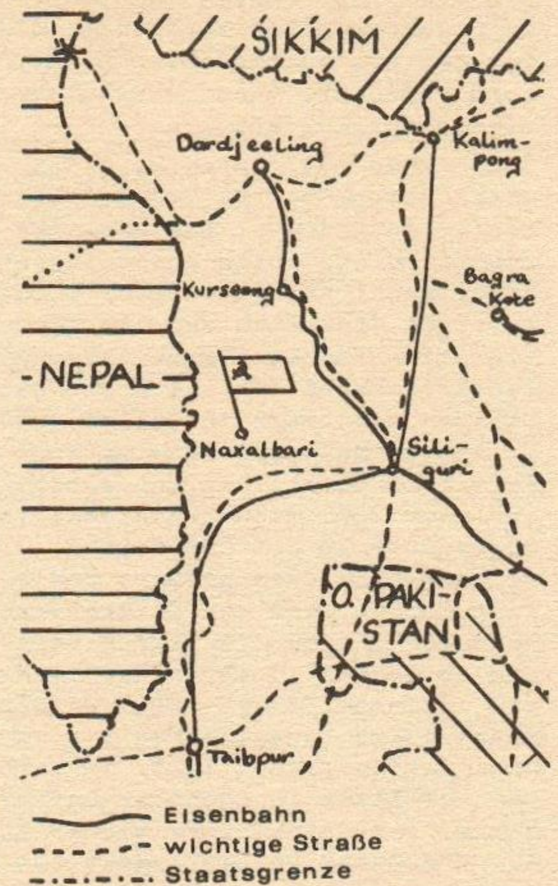
Da die Aufständischen noch wenig Erfahrung in der Organisation ihrer Kräfte hatten, konnten sie vorerst unterdrückt werden. Ein Teil von ihnen nahm jedoch den Kampf wieder auf, ein anderer operierte vom Dschungel aus. Währenddessen entstanden neue Kampfgebiete in den Küstenregionen des Staates Andhra. Nach dem Blutbad der Unionstruppen gingen die Partisanen nun beweglich vor. Sie überfielen Feindtruppen aus dem Hinterhalt, zerstörten Fahrzeuge, besetzten kurzfristig Munitionslager und Polizeistationen. Allein von Oktober bis Dezember 1950 unternahmen sie 344 Aktionen dieser Art. Während dieser Zeit hatten die Partisanen im Kreis Karimnagar ständige Verbindung zu den Volksmassen in rund 300 Dörfern.

Ein neues großes Partisanengebiet von 40000 Quadratmeilen und einer Bevölkerung von 10 Millionen Menschen wurde im Oktober 1950 in Telengana und Nord-Madras errichtet. Parallel zum Telengana-Aufstand kämpften 1946 bis 1951 aber noch in anderen Teilen Indiens die revolutionären Bauern, so z.B. in West-Bengalen, Uttar, Pradesh, Kerala, Tripura, Manipur und im Garo-Gebirge in Assam. Diese Kampfgebiete hatten aber nur lokale und zeitweilige Bedeutung, das Zentrum der Bauernrevolution blieb Telengana. Wie in allen revolutionären Bewegungen, kam es auch in der Aufstandsbewegung von Telengana zu einem harten Kampf zwischen zwei Linien innerhalb der KP Indiens und der Guerillas. Im September 1950 verleumdeten die Revisionisten den revolutionären Weg des indischen Volkes und die großartigen Lehren des Genossen Mao Tse-tung. Dies taten sie auch 1951 in einer öffentlichen Erklärung. Aber schon früher traten diese Konterrevolutionäre offen auf. Besonders der berüchtigte Arbeiterverräter innerhalb der KPI, S.A. Dange, war von Anfang an gegen den bewaffneten revolutionären Kampf der Bauernmassen. Er faselte mit seinen Konsorten solche Unsinnigkeiten über die Aufständischen wie "Abenteurertum" und "individualistischen Terrorismus". Man braucht aber nur Genossen Maos glänzende Schrift "Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan" zu studieren, um den Sinn und Zweck dieser Phrasen zu erkennen. "Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die Geschichte macht" (Mao). Dange und die anderen Renegaten der KPI planten, den Volkskrieg zu verraten, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen.
Im Juni 1951 ließ das von den Revisionisten kontrollierte ZK der KPI eine Resolution zur Beilegung des revolutionären Kampfes von Telengana vom Stapel. Sie ersuchten die indische Zentralregierung offen um Verhandlungen, um "in Telengana friedliche Zustände wiederherzustellen". Im Juli entsandten diese Revisionisten eine Delegation nach Hyderabad, um mit dem Nizam zu verhandeln. Ihren Friedensvorschlägen entsprechend sollte die Regierung den Bauern kein Land wegnehmen und eine Amnestie für die Partisanen verkünden. Aber selbst diese billigen Angebote wies das Regime von Hyderabad zurück. Im Oktober 1951 verkündete dann das ZK der KPI einseitig die Kapitulation. So wurde der bewaffnete Kampf der revolutionären Bauern von Telengana schamlos verraten. Die Folge davon war die Ermordung und Einkerkerung unzähliger revolutionärer Bauern durch die Reaktionäre. Der hoffnungsvolle Anfang des Aufschwungs der indischen Revolution war damit verraten.

NAXALBARI - DIE NEUE HOFFNUNG FÜR DIE VÖLKER INDIENS

In der Klassengesellschaft sind Revolutionen und revolutionäre Kriege unvermeidlich; es ist sonst unmöglich, in der Entwicklung der Gesellschaft einen Sprung zu vollziehen und die reaktionären herrschenden Klassen zu stürzen, damit das Volk die Macht ergreifen kann.

Mao Tse-tung



Nachdem eineinhalb Jahrzehnte lang die Finsternis der Konterrevolution über dem indischen Volk lastete, erhellte die Flamme der Revolution wieder das Land. Während vorher Studentendemonstrationen und Arbeiterstreiks meist die einzigen revolutionären Aktionen darstellten, wurde die ganze revolutionäre Bewegung im März 1967 durch den Bauernaufstand von Naxalbari, Bezirk Siliguri, Kreis Dardjeeling in West-Bengalen, verstärkt.

Der Bezirk Siliguri umfaßt eine Fläche von etwa 270 Quadratmeilen mit 80000 Einwohnern. Von der bebauten Fläche um Siliguri, insgesamt rund 60 000 Morgen Land, gehören 19000 der indischen Regierung, der Rest den Großgrundbesitzern. In den letzten Jahren vor dem bewaffneten Kampf haben die großen Guts- und Plantagenbesitzer immer häufiger das wenige Land der armen Bauern an sich gebracht. Oftmals stahlen sie den Kleinbauern auch die Ernte. Die armen Bauern besitzen so praktisch kein Eigenland mehr.

Der Kampf im Kreis Dardjeeling begann Anfang 1967; seit 1965 hatten hier revolutionäre Kader der KP Indiens Arbeit unter den Massen geleistet. In den ersten Tagen des März wurde hier das befreite Gebiet mit den drei Dörfern Naxalbari, Kharibari und Phansidewa errichtet. Die Mitgliederzahl der Bauernvereinigung Kisan Sabha wuchs von 5000 (vor der Rebellion) sprunghaft auf fast 40000. Davon waren rund 15000 bis 20000 hauptamtlich in der Bewegung tätig und organisierten die Bauernkomitees in den Dörfern der Umgebung. Innerhalb von eineinhalb Monaten wurden in hunderten von Bauernversammlungen die Dorfkomitees der Selbstverwaltung gebildet und bewaffnete Gruppen zur Dorfverteidigung aufgestellt. So wurden in kürzester Zeit 90 Prozent der Dorfbevölkerung in der Bauernvereinigung organisiert.

Die indischen Reaktionäre nahmen den entschlossenen Freiheitskampf im Kreis Dardjeeling natürlich nicht so ohne weiteres hin. Bald schon schickten sie Polizeitruppen in Richtung Naxalbari, um die Bauern zu unterdrücken und den Freiheitskampf zu zerschlagen. Am 24. Mai 1967 wurde eine Polizeieinheit von den Guerillas in den Hinterhalt gelockt, wobei vier Angreifer verwundet wurden.

Einen Tag später griffen die Reaktionäre Naxalbari direkt an; sie verloren einen Toten und drei Verwundete. Am 26. Mai griffen rund 500 Bauernguerillas einen Gutshof an, wo die Konterrevolutionäre Waffen versteckt hatten. Insgesamt betrugen die Verluste der Polizeitruppen vom 15. bis 30. Mai 1967 einen gefallenen Offizier und zehn Polizisten sowie eine Anzahl Verwundete. Außerdem wurden in Naxalbari, Kharibari und Phansidewa die Polizeistationen zerstört.

Die Bauernguerillas gingen bei ihren

Kämpfen gemäß der "Sechzehn-Zeichen-Taktik" des Genossen Mao Tse-tung vor, die unser großer Lehrer während der Kämpfe im Djinggang-Gebirge (1928) aufgestellt hatte:

> Der Feind greift an - wir weichen ihm
> Der Feind bleibt stehen - wir zermürben ihn,
> Der Feind erlahmt - wir schlagen ihn,
> Der Feind entflieht - wir folgen ihm.

Nachdem die Bauern durch ihre richtige Taktik alle Unterdrückungsmanöver der Reaktionäre hatten fehlschlagen lassen, kam am 27. Mai der Ministerpräsident von West-Bengalen, Mukherjee, nach Siliguri, um neue Maßnahmen zur Unterdrükkung des Befreiungskampfes zu planen. Mukherjee gehört zur Bengalischen Kongreßpartei, die sich von der indischen Kongreßpartei getrennt hat. Nach Mukherjees Besuch wurden daraufhin Mitte Juni von Kalkutta aus zwei Polizeikompanien nach Siliguri geschickt. Gleichzeitig wurden am 12. Juni sechs Minister des Staates West-Bengalen nach Naxalbari entsandt. Sie versuchten, die Aufständischen mit "Zuckergeschossen" zu bezwingen, hatten aber auch dabei keinen Erfolg. So stellten sie dann ein Ultimatum auf und drohten, daß sie nach dem 20. Juni mit Waffen einschreiten würden. Aber dennoch erschien keiner der Bauernführer am Konferenztisch.

Unterdessen hatten Polizeieinheiten die Grenzen zu den benachbarten Staaten Nepal und Pakistan abgesiegelt (Naxalbari liegt vier Meilen von der nepalesischen und 14 Meilen von der pakistanischen Grenze entfernt). Am 6. Juli griffen sie erneut das befreite Gebiet an; nun mit immer stärkeren Polizeieinheiten. Die Bauernguerillas schlügen jedoch zurück und überfielen am 13. Juli das Polizei- und Militärlager bei Kharibari. Am 19. Juli nahmen die Aufständischen am Wald von Tukuria die reaktionäre Polizei unter Beschuß und zogen sich sofort wieder zurück.

Inzwischen hatte der bewaffnete revolutionäre Kampf der Bauern von Dardjeeling Nachahmung in anderen Teilen des Landes gefunden. In der Hauptstadt des Staates West-Bengalen, Kalkutta, demonstrierten beispielsweise am 27. Juni die revolutionären Massen zur Unterstützung von Naxalbari. Die Demonstration wurde angeführt von den Revolutionären innerhalb der Kommunistischen Partei Indiens. In den Straßen der Metropole hallten die Sprechchöre der Demonstranten wider: "Rote Grüße dem Dorf Naxalbari", "Nieder mit den Revisionisten!", "Die Lehre Mao Tse-tungs weist uns den Weg".

Westliche Nachrichtenagenturen und Korrespondenten der bürgerlichen Presse berichteten währenddessen, daß die bewaffneten Aktionen der Bauern in West-Bengalen "immer schwunghafter" würden und "in immer mehr Gebieten zeichnet sich eine Entwicklung ab", die zu "Bezirken des Typs von Naxalbari führt". Auch der "Spiegel" mußte zugeben; "Indische Maoisten mobilisieren Hunderttausende zum aktiven oder passiven Widerstand gegen die Regierungen von Staat und Union". (11.12.67)

Zwangsläufig mußten sich selbst die reaktionären indischen Regierungskreise mit dem Volksaufstand in Naxalbari befassen. Der Vorsitzende der Kongreßpartei, Kamaraj, reiste eigens aus Madras an, um am 8. Juni in Neu-Delhi mit Ministerpräsident Indira Gandhi die Lage in West-Bengalen zu erörtern. Am 13. Juni gab der Innenminister des Regimes, Chavan, dem Parlament seinen Bericht zum Thema Naxalbari und forderte den Sturz des Ministerpräsidenten von West-Bengalen, Mukherjee, worauf es zu hitzigen Debatten innerhalb der Kongreßpartei kam. Schließlich wurde Mukherjee im Herbst 1967 doch abgesetzt; ihm folgte am 21. November 1967 Prafulla Tschandra Ghosch.

Der entschlossene Kampf der Bauern von Naxalbari war verständlicherweise auch für den Revisionismus, oder gerade für ihn, ein Schlag ins Gesicht. Das indische Volk erkennt immer mehr, wer die Unterdrucker sind und wo die Freunde stehen. Konnten die Verräter in der KPI noch den Telengana-Aufstand verraten, heutzutage würden sie dafür die gebührende Rechnung erhalten. Das indische Volk wappnet sich mehr und mehr mit dem Marxismus-Leninismus, den Ideen Mao Tse-tungs, und erringt immer neue große Siege.

VORWÄRTS AUF DEM WEG VON NAXALBARI

Der revolutionäre Krieg ist ein Krieg der Volksmassen; man kann ihn nur führen, indem man die Volksmassen mobilisiert, indem man sich auf die Volksmassen stützt.

Mao Tse-tung

Seit dem Ausbruch des Volkskrieges in Naxalbari hat sich dieser Funke in den letzten zwei Jahren zu einem Steppenbrand entwickelt. Hier nun eine kurze und unvollständige Übersicht über die Aufstände und Kämpfe, zu denen es seit dem Sommer 1967 in Indien gekommen ist:

SOMMER 1967

West-Bengalen

Die Bauern von Dhanmatia, Kreis Cooch Behar, besetzten unter der Führung der Revolutionäre der KPI das Land der Großgrundbesitzer.

In Sitalkuchi im selben Kreis und in Nagrakata im Norden von West-Bengalen erhob sich ebenfalls die arme Landbevölkerung.

Auch in Tiljala (20 Meilen östlich von Kalkutta) besetzten die Bauern das Land und hißten die rote Fahne.

In Kalkutta selbst demonstrierten viele Arbeiter und Studenten für Naxalbari. Südlich von Kalkutta kam es zu ähnlichen Aktionen wie in den anderen Teilen von West-Bengalen, so bei Sonarpur und in den Kreisen Hoeghly, Midnapore und Birbbum.

Andhra Pradesh

In diesem Bundesstaat erhoben sich unter der Führung von Revolutionären der KPI die Bauern im Kreis Nalgonda, wo 1946 der große Telengana-Aufstand begonnen hatte.

Kerala

In Südindien kam es in Kalathoar ebenfalls zu Volkserhebungen.

Tripura

Rund 1000 Stammesangehörige erhoben sich im Süden von Tripura, Ostindien, und zerstörten das Forstbüro des reaktionären Regimes.

Assam

Hier tauchten vielerorts Plakate auf mit dem Text: "Der Weg von Naxalbari ist auch der unsere".

HERBST 1967

Uttar Pradesh

Die revolutionären Bauernmassen von Bahraich, Uttar Pradesh, erhoben sich und nahmen den Unterdrückern und Ausbeutern mehrere Tausend Morgen Land weg, einige Gutsbesitzer flohen.

West-Bengalen

In der Gegend um Canning-Town, südöstlich von Kalkutta, ernteten die armen Bauern und Landarbeiter die Felder der Gutsherren ab und verteilten das Getreide. Rund vierzig Bauern wurden von der Polizei verhaftet, aber die reaktionäre Presse mußte einräumen, daß dies "kaum eine Wirkung" auf die Bauern ausübe.

Bei einem Generalstreik in Kalkutta erschienen nur sieben von 15 000 Regierungsbeamten zum Dienst. Wiederholt kam es in der Stadt zu Straßenschlachten zwischen der brutalen Polizei und streikenden Arbeitern und Studenten.

Kerala

Der Revisionist E.M.S. Namboodirapad aus der KPI bildete währenddessen in Kerala ein "Freiwilligen Korps", welches schon bald bei der Unterdrückung von Aufständen, Demonstrationen und Streiks in Erscheinung trat.

ENDE 1967

Neu-Delhi

Tausende von Studenten veranstalteten Protestdemonstrationen dagegen, daß Hindi immer noch nicht anstelle von Englisch als Verwaltungssprache eingeführt worden ist. Englischsprachige Schilder wurden zertrümmert und durch

solche in Hindi ersetzt. Trotz heftiger Unterdrückung seitens der Reaktionäre breiteten sich die Demonstrationen schnell aus.

Assam

Die Zeitung "Hindusthan Standard" berichtet, daß dort Bauern sich mit revolutionärer Gewalt Hunderttausende Morgen Land wiedernahmen, welches teilweise von der reaktionären Bundesregierung für Teepflanzungen und Plantagen beschlagnahmt worden war.

Uttar Pradesh

5000 landlose Bauern besetzten 21000 Morgen Land in der Gegend von Bahraich in den Distrikten Deoria und Gorakhpur. In mehr als 2000 Fällen nahmen sie sich so ihr Land zurück. Die Regierung des Staates befürchtet ein neues Naxalbari.

Andhra Pradesh

Der Widerstandskampf der in den Bergen beheimateten Stämme der Jatapus und Shavaras nimmt ständig an Umfang zu.

FRÜHJAHR 1968

Assam

Weite Teile dieses abgelegenen Unionsstaates wurden von einer schweren Hungersnot heimgesucht. Über eine Million Menschen hungern allein in diesem Staat.

Das Volk der Bodos in Niederassam rebellierte gegen seine brutale Unterdrückung. Schon lange forderten sie die Errichtung eines autonomen Gebiets für ihren Siedlungsraum. Während der Nachwahlen für das indische Parlament boykottierten sie am 19. Mai die Wahllokale in der Stadt Kokrajhar und errichteten Straßensperren. Am Tag darauf wurde die Polizeistation Sidlinahe Kokrajhar von Tausenden von Bodos gestürmt und es konnten 72 Inhaftierte befreit und 15 Polizisten verwundet werden. Auf die nur mit Stöcken bewaffneten Aufständischen eröffnete die Polizei das Feuer, aktivierte aber dadurch nur den Widerstand der Volksmassen. Vom Wahltag an kam es zu immer umfangreicheren bewaffneten Auseinandersetzungen. Etwa 500 in Sidli widerrechtlich inhaftierte Kameraden wollten die Bodos am 22. Mai befreien und erschienen mit mehr als 5000 Mann vor dem Gefängnis. Wieder eröffnete die Polizei das Feuer, verwundete mehr als 50 Personen und verhaftete weitere 750. Rund 4000 Bodos forderten am 24. Mai die Freilassung ihrer Gefangenen und stürmten den Kerker.

Andhra Pradesh

Mehr als eine Million besitzloser Landarbeiter und armer Bauern hat in Andhra keinen Lebensunterhalt.

Reaktionäre Polizei errichtete im Siedlungsgebiet der aufständischen Bergstämme mehrere Sonderlager. Im März überfiel die Polizei 100 Dörfer, verhaftete 1.500 Bauern und beging viele Verbrechen.

Kerala

Die Arbeiter einer Kunstseidenfabrik in Mavor, die vom Großkapitalisten Birla ausgebeutet werden, erhoben sich Ende März zum Streik. Die revisionistische Regierung dieses Staates unter E.M.S. Namboodirapad (KPI) unterdrückte den Streik sofort durch Polizei und wurde von Birla und Konsorten dafür gelobt.

Die Bauarbeiter am Elektrowerk in Iddiki, die brutal ausgebeutet werden, erhoben sich am 21. Mai zum Ausstand. Sofort griffen die Arbeiterverräter der KPI mit ihrem "Freiwilligen Korps" ein und verhafteten innerhalb von drei Wochen 94 Arbeiter.

Orissa

In Nordosten von Orissa wütete ebenfalls eine Hungersnot, von der rund acht Millionen Menschen betroffen waren. Viele Personen aus der armen Bevölkerung gingen schon daran zugrunde. Die indischen Reaktionäre begründeten die umfangreiche Hungersnot mit einer "großen Dürre".

SOMMER 1968

Mysore

Auch Südwestindien wurde von einer schweren Hungersnot heimgesucht, von der hier über 2,1 Millionen Menschen betroffen waren. In den meisten Dörfern des Staates herrschte Hunger.

Uttar Pradesh

Rund 85 Quadratkilometer Land wurden von 5000 revolutionären landlosen Bau-

ern im Bezirk Nanpara, Kreis Bahraich, besetzt. Außerdem ernteten sie die Felder der Großgrundbesitzer ab.

Im Bezirk Puranpur, Kreis Philibhit, nahmen sich die armen Bauern rund fünf Quadratkilometer Land zurück.

In der Nähe von Lucknow, im Kreis Unao, brachten sich die Bauern wieder in den Besitz von zwei Quadratkilometern Land, das die Gutsbesitzer sich widerrechtlich angeeignet hatten.

Unter der Leitung von Marxisten-Leninisten der KPI schlugen die revolutionären Bauern von Terai (Bezirk Lakhimpur) den Weg von Naxalbari ein. Die Grundbesitzer entsandten eine konterrevolutionäre Bande, welche mit hundert Gewehren bewaffnet, die aufständischen Bauern einkreiste. Die Bauern zerschlugen den Ring und töteten einen der Banditen und verwundeten fünfzehn von ihnen, ohne selbst irgendwelche Verluste zu erleiden. Einige Zeit später entsandten die Reaktionäre 3000 bewaffnete Polizisten in das Aufstandsgebiet und erließen Haftbefehle gegen 75 der Bauern. Diese zerschlugen jedoch das Komplott.

Bihar

Viele der armen Bewohner dieses Staates fielen schon dem Hungertod zum Opfer bzw. verdursteten.

Rajasthan

Neben der Knappheit an Lebensmitteln ist auch die Bevölkerung von Rajasthan von ernsten Sorgen um das Wasser geplagt. Viele Menschen sind auch hier schon verhungert und verdurstet.

Assam

Der Reispreis wurde von der Regierung auf 23 Rupien festgesetzt, tatsächlich kostet dieses Grundnahrungsmittel aber 80 bis 90 Rupien - unerschwinglich für die arme Bevölkerung.

HERBST 1968

Nagaland

Schon seit langem kämpft das kleine Volk der Nagas in Ostindien für seine Rechte. Über 6000 von ihnen stehen bereits unter Waffen und kämpfen gegen eine Infanterie-Division, welche die indischen Reaktionäre in ihrem Gebiet stationiert haben. Die Nagas überfallen Patrouillen und greifen Vorposten an.

Kerala

Mehr als 400 Kämpfer aus den Reihen der armen Bauern und Landarbeiter griffen am 22. November das Polizeibüro in Tellicherry an. Sie zerstörten die Einrichtung der Station, einen Polizeiwagen und verteilten revolutionäre Flugblätter. Organisiert zogen sie sich zurück.

Ein weiteres Angriffsziel der Aufständischen von Kerala war am Morgen des 24. November die Radiostation Pulpalli, Kreis Calicut. Mit 400 Mann kreisten sie den Schlupfwinkel der Reaktionäre ein und griffen ihn an, wobei sechs Offiziere und Polizisten getötet wurden.

Am 25. November überfielen 200 revolutionäre Bauern und Landarbeiter den Gutshof eines berüchtigten Großgrundbesitzers. Sie nahmen Getreide, Nahrungsmittel und Waffen der Konterrevolutionäre an sich. Erschrocken floh der Sohn des Gutsherren mit seinen Schergen.

Madras

Die Bevölkerung des Dorfes Kilvenmani kämpfte im Rahmen einer eigenen Gewerkschaft der Landarbeiter für bessere Lebensbedingungen und höhere Löhne. Darauf überfiel eine Bande von 300 Konterrevolutionären das Dorf und ließ es in Flammen aufgehen. 43 Angehörige der untersten Bevölkerungsschichten, hauptsächlich Frauen und Kinder, kamen durch das Feuer um.

ANFANG 1969

Uttar Pradesh

Die Straßenfeger in der Stadt Agra, die hauptsächlich der untersten indischen Kaste, Parias (auch Haridschans) angehören, begannen am 26. Februar 1969 ihren Kampf gegen die reaktionäre Stadtverwaltung. Sie griffen auch öffentlich den Bürgermeister an und zerrissen seine Kleidung.

Andhra Pradesh

In den Berggebieten dieses Staates befinden sich noch immer die Stämme der Jatapus und Shavaras im Aufstand. Am 13. Februar überfielen 300 von ihnen

mit Gewehren und selbstgebauten Granaten bewaffnet eine Gruppe der reaktionären Polizei. Unangefochten zogen sie sich nach der siegreichen Operation in die Berge zurück. Über 100 Aufständische griffen am 16. Februar im Dorf Domada, Bezirk Srikakulam, eine Polizeikolonne an, welche die Führer der Bauern beseitigen sollte.

DIE BEDEUTUNG DER INDISCHEN REVOLUTION

Waffen sind im Krieg ein wichtiger Faktor, jedoch nicht der entscheidende; der entscheidende Faktor sind die Menschen, nicht die Dinge. Das Kräfteverhältnis ist nicht nur nur durch das Verhältnis der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte gegeben, sondern auch durch das Verhältnis der Menschenreserven und der moralischen Kräfte der Menschen. Die militärischen und wirtschaftlichen Kräfte müssen von Menschen gehandhabt werden.

Mao Tse-tung

Die indische Revolution hat einen für Indien unvergleichlichen Aufschwung genommen. In fast allen Landesteilen entfaltet sich der Kampf. Dieser Freiheitskampf der Völker Indiens ist von schwerwiegender Bedeutung für die ganze Welt, denn Indien ist heutzutage die Hauptbasis von US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus im südlichen Teil des Einkreisungsringes gegen die Volksrepublik China.

Trotz immenser wirtschaftlicher und anderer Schwierigkeiten im eigenen Land baute sich Indien mit großer Hilfe und Unterstützung der Reaktionäre aller Länder eine moderne Armee auf. Die Luftwaffe verfügt über moderne britische Jagdkampfbomber vom Typ "Hawker", aber auch über sowjetische MIG-Kampfbomber. 1967 umfaßte die indische Luftwaffe schon 45 Geschwader auf zahlreichen Luftstützpunkten. Seit 1962 errichteten die Sowjetrevisionisten mehrere Rüstungswerke in der indischen Union, so zum Beispiel Werke für MIG-Kampfbomber in den Staaten Orissa, Maharashtra und Andhra Pradesh. Anfang 1968 begann der Sowjetrevisionismus damit, 175 Überschall-Düsenkampfbomber vom Typ SU-7 an die indischen Reaktionäre zu liefern. Außerdem wurden in letzter Zeit Gespräche geführt über die Lieferung von TU-16-Bombern, welche auch Atombomben tragen können. Ansonsten lieferte Moskau an das reaktionäre Gandhi-Regime mindestens 25 MIG-21-Düsenbomber, Artilleriemunition für 130-mm-Kanonen sowie Unterwasserbomben.

Nach dem Fehlschlag des massiven Angriffs indischer Truppen auf die VR China im Jahr 1962 errichteten die indischen Reaktionäre mit Hilfe des US-Imperialismus ein "Radarnetz" an der chinesisch-indischen Grenze. Dieses dient offenkundig dazu, aggressive Operationen der indischen Luftwaffe gegen das Territorium der Volksrepublik China zu erleichtern.

Die indische Marine wurde ebenfalls zur, wie es heißt, "Stärkung der nationalen Verteidigung" mit sowjetischen U-Booten ausgerüstet. Am 6. Juli 1968 traf im Hafen von Visakhapatnam das U-Boot "Kalvari" ein, das erste einer sowjetischen Lieferung von vier Schiffen dieser Art. Die Lieferung wurde Anfang des Jahres vereinbart. Auch indisches Marinepersonal war in der Sowjetunion für diese Kriegsschiffe ausgebildet worden.

Seit 1962, dem Jahr des Einfalls indischer Truppen in die Volksrepublik China, gewähren die US-Imperialisten der reaktionären Regierung umfangreiche Militärhilfe. 1965 erreichte diese Militärhilfe bereits 230 Millionen Dollar. Dieses Geld ermöglichte es den Amerikanern, in Indien militärisch Fuß zu fassen. Sie errichteten im indisch besetzten Teil von Kashmir ein Siesmographisches Institut, um Chinas Atomversuche zu erfassen und Funk- und Telegraphennachrichten auszuspicnieren. Auf der Inselgruppe der Andamanen wurde mit amerikanischer Hilfe der Flottenstützpunkt errichtet und im Februar 1964

offiziell für die amerikanische Benutzung freigegeben. Auf der Inselgruppe der Nikobaren begannen die US- und britischen Imperialisten 1965, Truppen zu stationieren. Dank ihrer Geldmittel kontrolliert "Uncle Sam" heutzutage offen Indiens Land-, Luft- und Seegebiet. Der US-Imperialismus ist heute tatsächlich der Boss der indischen Innenpolitik.

Bis August 1967 hatten die US-Imperialisten die indischen Reaktionäre schon mit 7,8 Milliarden Dollar "geholfen". Von diesem Geld müssen die Inder jedoch 80 bis 90 Prozent ausgeben, um amerikanische Waren zu kaufen, welche die Amerikaner mit 30 bis 50 Prozent über dem Weltmarktpreis an ihre indischen Marionetten verschleudern. Innerhalb der letzten zehn Jahre erhöhten die USA ihren Handel mit Indien um 270 Prozent und heimsten ungeheure Profite ein, während das indische Volk bitteren Hunger leiden muß.

Die indische Regierung erhöhte ihren Wehretat von 9,51 Milliarden Rupien (1,4 Milliarden US-Dollar; Rechnungsjahr 1968/69) auf 11,1 Milliarden Rupien (1969/70). Das macht rund ein Drittel des Gesamtetats aus. 1947/48 betrug das Wehrbudget noch 900 Millionen Rupien und stieg 1962 auf über 4,5 Milliarden Rupien. Seitdem bewegt es sich immer um die 10 Milliarden Rupien.

Wozu die indische Rüstung wirklich dient, machen die oftmaligen Grenzprovokationen deutlich, welche die indischen Reaktionäre oftmals an den Grenzen der Volksrepublik China und zur islamischen Republik Pakistan vollführen. Aber diese Grenzüberschreitungen zeigen nur eines: die Hohlheit des reaktionären indischen Regimes!

Aus den vorhergehenden Ausführungen ergibt sich, daß das indische Militär zwei Aufgaben hat: Verstärkung der Machtposition der indischen Reaktionäre im Mittleren Osten und innerpolitisches Machtinstrument. -

Mit dem Beginn des bewaffneten Freiheitskampfes in Indien vor nunmehr zwei Jahren wurde ein weiteres wichtiges Land in der Einkreisungskette gegen China, vielleicht das wichtigste von allen, in den Strom des Volkskrieges getaucht. In nahezu allen amerikanischen Satellitenstaaten in Asien kämpft das Volk gegen seine in- und ausländischen Unterdrücker, jeweils auf die spzielle Art des einzelnen Landes. Seien es die Studenten-, Arbeiter- und Bauernstreiks in Japan, die Hungerrevolten auf Taiwan (dem Gebiet der Volksrepublik China, das die US-Imperialisten widerrechtlich besetzt hatten), die Guerilla-Kämpfe in "Malaysia", Indonesien, den Philippinen, Südvietnam, Laos, Thailand oder Birma; die außenpolitischen Schwierigkeiten des washingtoner Regimes übersteigen bei weitem die Machtmittel des US-Imperialismus. So ist dieser froh, zur Unterdrückung des indischen Freiheitskampfes einen treuen und bewährten Kumpanen noch zur Verfügung zu haben: den Sowjetrevisionismus. Und dieser erfüllt die in ihn von den US-Imperialisten gesetzten Erwartungen voll und ganz.

Welche konkreten Möglichkeiten zeigen sich für den Kampf der indischen Völker? Zunächst einmal muß gesagt werden, daß die bisherigen Aufstände und Volkskriegsaktionen mehr oder weniger spontan waren; erst der Kampf in Naxalbari brach nach einer fast zweijährigen Schulung der Massen durch die Marxisten-Leninisten der KPI aus. Die meisten Kämpfe und Rebellionen waren direkte Antworten von seiten der unterdrückten Massen gegen die Unterdrücker, wie die Hungerrevolten in allen Landesteilen und verschiedenen anderen Aktionen beweisen. Daraus läßt sich erkennen, daß man vorerst nicht vorhersagen kann,wo morgen das Sturmzentrum der Revolution liegt.

Für die Zukunft gilt folgendes: die unterdrückten Massen der Völker Indiens benötigen dringend eine revolutionäre Partei, die mit dem Marxismus-Leninismus unserer Ära, dem Ideengut des Genossen Mao Tse-tung, gewappnet ist. Zur Zeit gibt es in Indien zwar zwei sich "kommunistisch" nennende Parteien, die eine (von Dange geführt; 55 000 Mitglieder) ist schon fast traditionell revisionistisch, verbürgerlicht bis auf die Knochen, während sich die andere (75.000 Mitglieder) als neorevisionistisch offenbart hat. Dennoch: das Volk stürmt ununterbrochen vorwärts!

Vor rund vierzig Jahren schrieb Genosse Mao Tse-tung:

"Der gegenwärtige Aufschwung der Bauernbewegung ist ein gewaltiges Ereignis. Es dauert nur noch eine sehr kurze Zeit, und in allen Provinzen Mittel-, Süd- und Nordchinas werden sich Hunderte Millionen von Bauern erheben; sie werden ungestüm und unbändig wie ein Orkan sein, und keine noch so große Macht wird sie aufhalten können. Sie werden alle ihnen angelegten Fesseln sprengen und auf den Weg zur Befreiung vorwärtsstürmen. Sie werden allen Imperialisten, Militärmachthabern, korrupten Beamten, allen örtlichen Machthabern und üblen "Vornehmen" das Grab schaufeln. Sie werden alle revolutionären Parteien, alle revolutionären Genossen überprüfen, um sie entweder zu akzeptieren oder abzulehnen. Soll man sich an ihre Spitze stellen, um sie zu führen? Soll man hinter ihnen hertrotten, um sie wild gestikulierend zu kritisieren? Oder soll man ihnen in den Weg treten, um gegen sie zu kämpfen? Es steht jedem Chinesen frei, einen dieser drei Wege zu wählen, aber der Lauf der Ereignisse wird dich zwingen, rasch deine Wahl zu treffen".

Vorwärts auf dem Weg des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tse-tungs! Das indische Volk wird siegen!



MAO TSE-TUNG

(Aus einer Rede auf einer Konferenz im Jahre 1962 mit 7000 Teilnehmern)

Von jetzt an gerechnet sind die nächsten rund 50 bis 100 Jahre ein grosses Zeitalter der radikalen Veränderung des Gesellschaftssystems in der Welt, ein weltumstürzendes Zeitalter, ein Zeitalter, mit dem sich keine der vergangenen Geschichtsepochen vergleichen kann. Da wir uns in einem solchen Zeitalter befinden, müssen wir uns darauf vorbereiten, grosse Kämpfe zu führen, die sich durch viele Merkmale in der Form von den Kämpfen in den vergangenen Epochen unterscheiden.

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, Marxisten -Leninisten

3Jg. Juni 1969 40 Pfg.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch !

AKTIVER WAHLBOYKOTT

Zerschlagt das betrügerische Wahlkomplott der Monopolbourgeoisie und ihre Lakaien !

Der Bundestagswahlkampf wird vorbereitet. Der allvierjährliche Akt des bürgerlich-parlamentarischen Affentheaters beginnt über die Bühne zu rollen. Im Parlament werden die letzten Gesetze erlassen und in den Büros bereiten sich die von den Parteien angeheuerten Werbeprofis auf die Wahlschlacht vor. Werbeetat der drei großen Parteien rund 90 Millionen D-Mark. Dagegen nehmen sich die 10 Millionen der NPD diesmal noch bescheiden aus.

Die Show kann beginnen. Badedas-Eggert und Dr. Hegemann (Palmolive und Mr. L), der schon den Adenauer-Slogan "Keine Experimente" kreierte, werben für die CDU diesmal in rot auf weiß, da die SPD in ihrem Horror, vor allem was rot ist, sich auf ein sattes Orange verlegte. Die SPD steigt mit der Werbeagentur ARE auf die Bühne. Ihr erster Clou: Bundesdeutschlands Fernsehliebling Kuli wirbt für die Partei. Die FDP schließlich läßt die Team-Werber (Audi, Königs Pilsener etc.) für sich arbeiten. Daß darüber hinaus täglich, stündlich, pausenlos die Massenmedien wie Presse, Fernsehen, Rundfunk direkt oder indirekt im Sinne der herrschenden Klasse auf die Volksmassen einwirken, rundet nur das Bild der absoluten, totalen Manipulation ab.

Wählen? Was heißt hier schon wählen. Wählen heißt doch, sich zwischen grundsätzlich verschiedenen Möglichkeiten entscheiden zu können. Was aber, wenn jemanden, der Durst auf ein kühles Helles hat, nur fünf verschiedene Sorten Wein vorgesetzt werden? Kann er dann noch wählen? Nein, wenigstens nicht zwischen dem, was er mag, und was er ablehnt.

So und nicht anders stellt sich die Situation zur diesjährigen Bundestagswahl dar. Der Bundesbürger wählt - wohin er sein Kreuz auf dem Wahlzettel auch setzt - immer nur die ausführenden oder ihrer Herrschaft sichernden Organe der Monopolbourgeoisie.

Die CDU/CSU ist zur Zeit die Hauptstütze der Monopolbourgeoisie. Die klassische Unternehmerpartei.

Die SPD unterscheidet sich nur noch in Detailfragen von den vorgenannten. Sie dient den Herrschenden - Große Koalition - als Stütze ihrer Macht in Krisenzeiten und wird, wenn nicht benötigt, fallengelassen.

Die FDP ist die sich liberal gebende Variante der Bourgeoisie.

Die NPD dient als Auffangbecken für die unzufrieden werdenden Massen des Kleinbürgertums, als Eingreifreserve, falls sich die Lage für die Monopole entscheidend verschlechtern sollte.

Die AdF spielt auf der "linken" die Rol-

le, die die NPD auf der rechten Seite spielt. Die ihr von den Herrschenden zugedachte Aufgabe ist es, die zu einer konsequent gesellschaftsverändernden Politik drängenden Teile des Volkes auf dem Kurs der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung zu halten bzw. zurückzuführen.

So sehr sich die vorgenannten Parteien in Detailfragen: Anerkennung der DDR, Atomwaffensperrvertrag, Notstandsgesetze, Grenzen von 1937, mehr oder weniger soziale Rechte für das Volk etc. auch unterscheiden mögen, keine von ihnen stellt die Klassenfrage, fordert die Beseitigung der Diktatur der Monopolbourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Trotz des Aufgebots an verschiedenen Parteien haben wir es in der Hauptsache nur mit einem Gegner zu tun. Diese verschiedenen Parteien sind lediglich verschiedene Brigaden einer imperialistischen Armee. Das ist das typische Bild einer bürgerlichen Demokratie, in der das Parlament, wenn überhaupt, von der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, lediglich dazu benutzt werden kann, diesen Betrug am Volk zu entlarven.

Sollen und können wir uns unter diesen Umständen an der Bundestagswahl 1969 beteiligen? Hier müssen wir zwei Dinge unterscheiden. Natürlich werden wir uns am Wahl<u>kampf</u> beteiligen, und das nicht zu knapp. Das heißt, wir werden die Situation vor der Bundestagswahl, in der große Teile der Bevölkerung für politische Dinge aufgeschlossener sind, ausnutzen, um ihnen die Politik unserer Partei zu erläutern. Keinesfalls aber werden wir uns durch Aufstellung eigener Kandidaten am diesjährigen bürgerlich-parlamentarischen Wahlrummel beteiligen.

Wem sollte das unter den gegebenen Umständen nützen? Niemanden. Noch befindet sich unsere junge marxistisch-leninistische Partei im Aufbau. Noch wurde nicht in aller Breite und Tiefe die absolut notwendige Klassenanalyse erstellt und daraus die einzuschlagende Strategie und Taktik entwickelt. Natürlich haben wir als Richtschnur für unser Handeln den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen. Ihre konkrete Anwendung auf die Situation in der Bundesrepublik muß aber noch erarbeitet werden. Und es wäre unverantwortlich, wollten wir in dieser für die Zukunft unseres Volkes entscheidenden Frage übereilt oder leichtfertig handeln.

Bleibt jedoch noch die Frage, wenn all diese notwendigen Dinge vollzogen wären, wäre es dann zweckmässig, sich durch die Aufstellung eigener Kandidaten an der Wahl zu beteiligen? Auch hier muß man fragen, wem nützt das? Uns oder dem Klassengegner? Wir wissen um die Allmächtigkeit des Apparates der öffentlichen Meinungsbildung, der der Monopolbourgeoisie zur Verfügung steht. Andererseits aber kennen wir auch die Unbesiegbarkeit des Marxismus-Leninismus, der Maotsetungideen, und wissen, wenn diese vom Volk, von der Arbeiterklasse in ihren Grundzügen und ihrem Wesen begriffen, verstanden und angewendet werden, daß das Schicksal der Bourgeoisie, der Ausbeuterklasse trotz Werbeprofis, Presse, Fernsehen, Rundfunk besiegelt ist.

Würden wir uns jetzt, wo der Marxismus-Leninismus, die Maotsetungideen noch nicht im breiteren Maße die Massen erfaßt haben, wo es noch keine völlig gefestigte Avantgarde des Proletariats, kein fest umrissenes marxistisch-leninistisches Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes gibt, uns mit Kandidaten an den Wahlen beteiligen, gäben wir dem Klassengegner die Möglichkeit, erstens hämisch auf das zu erwartende prozentual niedrige Wahlergebnis hinzuweisen "da seht ihr ..." und zweitens würden wir jetzt damit - wenn auch ungewollt - die von den Revisionisten der DKP/AdF genährte Illusion unterstützen, es ließe sich auf friedlich-parlamentarischem Wege eine Änderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse erreichen.

Jeder Marxist-Leninist weiß, daß der Sturz der Monopolbourgeoisie nur herbeigeführt werden kann, durch einen breiten, außerparlamentarischen Kampf mit allen Mitteln bis hin zum bewaffneten Aufstand. Jeder Streik, der das Klassenbewußtsein der Arbeiter fördert, jede Demonstration, die die herrschende Klasse entlarvt, jede erfolgreiche Aktion, die das Selbstvertrauen der Massen hebt, sind wesentlich wertvoller als heute einige wenige Abgeordnete im Parlament, deren Tätigkeit ja nur darin bestehen könnte, von der Tribüne des Parlaments aus den bürgerlich-parlamentarischen Schwindel

zu entlarven. Diese Möglichkeit würde den wenigen durch Abschalten im Fernsehen oder Verschweigen in der Presse schon bald genommen.

Bliebe zu fragen, was zur Bundestagswahl empfehlen wir den "Wählern" zu tun? Ihr Kreuzchen neben eine der auf dem Wahlzettel stehenden Parteien zu setzen? Ihnen empfehlen, von mehreren Übeln das kleinste zu wählen und damit der Bourgeoisie erlauben, sich weiter vom "Volkswillen" getragen zu fühlen? Nein! Für uns gibt es nur eine Möglichkeit: Die Menschen zum Protest, zum Widerstand gegen diesen bürgerlich-parlamentarischen Wahlschwindel aufzurufen, der ihnen nicht einmal die Chance einer echten Wahl läßt, geschweige denn, ihnen die Möglichkeit gibt, irgendetwas in der Politik dieses Staates zu bestimmen.

Das wird auch in zunehmendem Maße von immer breiteren Schichten unseres Volkes erkannt und drückt sich aus in dem Satz: "Was können wir tun, die da oben machen doch, was sie wollen." Die Menschen, die der Wahl fernbleiben, sind beileibe nicht immer nur unpolitisch, sondern viele von ihnen haben ganz einfach "die Schnauze voll", weil sie instinktiv fühlen, daß sich für sie als Ausgebeutete, als Unterdrückte durch bürgerlich-parlamentarische Wahlen einfach nichts ändern läßt. Hinzu kommt, daß fast die gesamte APO, die Außerparlamentarische Opposition, die revolutionären Jungarbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten, eine Beteiligung am Wahlschwindel der Monopolbourgeoisie entschieden ablehnt.

Können wir es als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse aber bei einer einfachen, passiven Wahlenthaltung bewenden lassen? Nein! Wenn schon, dann müssen wir die Volksmassen zum aktiven Boykott der Wahlen zum Bundestag 1969 aufrufen. Lesen wir dazu, was Lenin zum Boykott der Bulyginschen Duma schrieb (Lenin, Band 9, S. 175):

"Ferner müssen wir, zweitens, alles daransetzen, damit der Boykott realen Nutzen im Sinne der Erweiterung und Vertiefung der Agitation bringt und nicht auf eine einfache, passive Wahlenthaltung beschränkt bleibt. Dieser Gedanke ist, wenn wir nicht irren, unter den in Rußland wirkenden Genossen schon ziemlich verbreitet und wird von ihnen in die Worte gefaßt: aktiver Boykott. Im Gegensatz zur passiven Enthaltung muß der aktive Boykott eine verzehnfachte Agitation bedeuten, die Abhaltung von Versammlungen überall und allerorts, die Ausnutzung der Wahlversammlungen, sei es auch dadurch, daß man gewaltsam in sie eindringt, die Veranstaltung von Demonstrationen, politischen Streiks usw. usf."

"Aktiver Boykott" ist also: "Agitation, Werbung, Organisation der revolutionären Kräfte in größerem Maßstab, mit verdoppelter Energie, unter dreifachem Druck," wie Lenin sagt. Natürlich wird die Organisierung politischer Streiks, wie Lenin sie fordert, angesichts des Bewußtseinsstandes der westdeutschen Arbeiterklasse heute nur schwer möglich sein. Aber es gibt neben den angeführten ja auch zahlreiche andere Möglichkeiten, dem "aktiven Boykott" konkreten Ausdruck zu verleihen. Dem Einfallsreichtum der Genossen sind hier keine Grenzen gesetzt.

Lenin fährt fort: "Aber eine solche Arbeit ist undenkbar ohne klare, genaue und direkte Losung." Die Losung für Lenin und die Bolschewiki war damals im Jahre 1905 angesichts einer revolutionären Situation der bewaffnete Aufstand. Wir, die wir nicht unmittelbar vor einer revolutionären Situation stehen, müssen neben dem Aufruf zum "aktiven Wahlboykott" anhand der gegebenen Situation und ausgehend vom Bewußtseinsstand unseres Volkes die derzeit richtigen, klaren und verständlichen Losungen entwickeln. Ein diesbezüglicher Vorschlag geht in Form eines geplanten zentralen Flugblattes den Leitungen und Gruppen unserer Partei zur Diskussion und Beratung zu.

STUDIENHINWEIS

Mehrere Parteigruppen haben sofort nach Erscheinen mit dem Studium des überaus wichtigen international bedeutsamen Berichts des Genossen Lin Biao, den dieser auf dem IX. Parteitag der KP Chinas gegeben hat, begonnen. Die Partei bittet alle Genossen, das Studium dieses marxistisch-leninistischen Dokuments in breitestem Rahmen zu organisieren.

In diesem Zusammenhang weisen wir noch einmal auf den unbedingt notwendigen Bezug der 'Peking-Rundschau' durch alle Genossen hin.

Kriegserklärung an die „Partner"

In der April-Nummer dieser Zeitung wurde ein Lagebild der westdeutschen Binnenkonjunktur gegeben, so wie es sich damals abzeichnete. Inzwischen ereignete sich (mit der Entscheidung vom 9. Mai, die Mark nicht aufzuwerten) auch eine internationale Krise ersten Grades. Diese beiden Aspekte (nationale und internationale Konjunktur) müssen aus Gründen der Präzision getrennt werden, trotz ihrer engen dialektischen Wechselwirkung. Folgendes Bild vermag den Zusammenhang einigermaßen zu erklären: bei ruhiger See wäre der Weg eines Motorboots nur von der eigenen Geschwindigkeit, Kurs usw. abhängig (das entspräche der nationalen Konjunktur); in Wirklichkeit wirken dauernd auch äußere Einflüsse wie Strömungen, Wind usw. auf das Boot ein (internationale Konjunktur).

Schon vor der neuen Währungskrise war die nationale Konjunktur ins Stadium der Überhitzung eingetreten, schon vor dieser Krise waren also für den Sommer erhebliche Preissteigerungen vorauszusehen gewesen. Nun behaupteten aber Schiller und "Genossen" im Mai plötzlich, eine Aufwertung hätte Preissteigerungen verhindert und die kommende Inflation werde eine "importierte" Inflation sein. Das ist falsch und erfüllt für die Bourgeoisie den Zweck, eine falsche Alternative Strauß - Schiller aufzubauen, um für die nächste Rezession das "Auffangreservoir" SPD wieder funktionsfähig zu machen. Schillers Behauptung gleicht der des Motorbootkapitäns, der den Motor auf vollen Touren laufen läßt und verkündet, seine Geschwindigkeit käme vom Rückenwind.

Was bedeutete also die Entscheidung vom 9. Mai in Wahrheit? Das marxistische Gesetz von der ungleichen Entwicklung der Produktion im Kapitalismus (da die Länder bzw. Sektoren mit höherer Produktivität unweigerlich noch mehr Kapital anziehen und ihr "Vorsprung" also immer größer statt kleiner wird) tritt in der heutigen, "keynesianischen" Phase des Kapitalismus als Gesetz der ungleichen Inflationsraten hervor. In der Tat hat seit der großen Krise von 1929 kein kapitalistisches Land mehr den Mut aufgebracht, den Zyklus "natürlich" verlaufen zu lassen: schon bei Beginn der Rezession griff der Staat ein, um mittels inflationärer "Spritzen" die "Talsohle" auf einem erträglichen Niveau zu halten. Dabei mußten jedoch die Länder mit geringerer Produktivität (England und Frankreich) öfter und tiefer in den Inflationssäckel greifen als die mit höherer (vor allem die BR). Die USA bilden einen Sonderfall: trotz der hohen Produktivität lief die Inflationsmaschine dort auf Hochtouren, um die gigantischen Kosten der imperialistischen "Weltpolizei"-Streitmacht zu bezahlen. So bildete sich schließlich ein genereller Wertunterschied zwischen der Mark auf der einen und den wichtigsten westlichen Währungen auf der anderen Seite heraus, der wahrscheinlich mindestens 10 Prozent ausmacht. Konsequenz: die deutsche Exportindustrie wurde unwiderstehlich und die westlichen "Partner" wurden zu chronischen Defizit-Ländern.

Theoretisch gibt es zwei Möglichkeiten einer Lösung: entweder man behält den Freihandel bei oder man behält die Währungskurse bei. Wenn man den Freihandel beibehalten will, muß die Mark aufgewertet oder die westlichen Währungen abgewertet werden. Wenn man die Währungskurse beibehalten will, müssen die westlichen "Partner" zu Importbeschränkungen greifen. Strauß (hinter ihm steht Abs) hat den "Partnern" am 9. Mai den Krieg erklärt. Er stellte sie vor die Alternative: Wenn ihr den Freihandel beibehalten wollt, müßt ihr abwerten, denn wir werten nicht auf - oder ihr müßt das Risiko eingehen, den Freihandel zu zerstören.

Für uns Marxisten-Leninisten ist es von ganz entscheidender Wichtigkeit, den Sinn dieser Kriegserklärung richtig zu interpretieren. War es nur Wahltaktik? Geschah es nur, weil Strauß und Kiesinger "nichts von Wirtschaft verstehen"? Es gehört schon ein nettes Maß an Naivität dazu, das anzunehmen. Als ob die Bourgeoisie Entscheidungen akzeptieren würde, die eindeutiger Wahnsinn für sie wären! Als ob diese Entscheidung von den Charaktermasken Strauß und Kiesinger gefällt worden wäre, und nicht von Abs und dem hinter ihm stehenden aggressiven Flügel des westdeutschen Imperialismus! Selbstverständlich stellt diese

Entscheidung auch für die westdeutsche Bourgeoisie ein Risiko dar: durch Importkontingente der westlichen "Partner" würde ihr Export schwer leiden. Aber offenbar fühlt man sich in einer Position der Stärke. Offenbar hat man noch einen Trumpf in der Rückhand.

Dieser Trumpf in der Rückhand heißt - "Genosse" Patolitschev! Man hat den riesigen Markt der revisionistischen Länder als Erpressungsinstrument gegen die eigenen "Partner" bereits in Aussicht! Man bekommt eine Pipeline mit russischem Erdgas. Man darf bei Moskau Röhrenfabriken bauen. Man bietet in Moskau "Automation 1969" zum Verkauf an, und man sieht mit größtem Vergnügen, wie die Revisionisten bettelnd auf dem Bauch kriechen ...

Fassen wir zusammen: Die Entscheidung vom 9. Mai bedeutet, daß der westdeutsche Imperialismus wieder auf eigene Faust, und sogar offen im Widerspruch zu den Interessen des US-Imperialismus zu handeln wagt. Sie bedeutet, daß er die westlichen "Partner" einseitig zur Abwertung zwingen will. Sie bedeutet weiter, daß er dabei das Risiko einer Zerstörung des Freihandels und seiner eigenen westlichen Märkte eingeht. Und sie bedeutet, daß er dieses Risiko niemals ohne die objektive Rückendeckung der UdSSR hätte eingehen können. Denn sollte der Westen nicht kapitulieren, so würde die nächste deutsche Rezession (Anfang der 70er Jahre) zur Krise auswachsen (mit schwerer Arbeitslosigkeit). Die Bourgeoisie geht dieses Risiko ein, weil sie weiß, daß sie die Revisionisten im Kampf gegen revolutionäre Strömungen auf ihrer Seite haben wird.

Konsequenzen für unsere Agitation: den Arbeitern erklären, daß Schiller und die SPD von der Bourgeoisie am 9. Mai wie ein Zigarettenstummel weggeworfen worden sind - daß sie aber im übrigen keinerlei Alternative mehr darstellen; erklären, was der neue "Rückversicherungsvertrag" mit den neuen Zaren für die westdeutsche Bourgeoisie bedeutet.

Merkmale sowjetischer Außenpolitik:

Drohung mit Atombomben

Abenteurertum und bewaffnete Aggression

"Der Sowjetrevisionismus und der USA-Imperialismus, die unter einer Decke stecken, haben so viel üble und berüchtigte Taten begangen, daß die revolutionären Völker der ganzen Welt sie nicht unbestraft entkommen lassen werden."

Mao Tsetung

Während sie im Georgssaal des Kreml - dort wo die alten Zaren ihre Banketts und festlichen Empfänge gaben - tagten, während ihr Obergangster Breschnew sich in Hass-Tiraden gegen die Volksrepublik China erging und dem chinesischen Volk und dem Genossen Mao Tsetung Kriegslüsternheit vorwarf, mordeten sowjetische Grenztruppen mitten im Frieden chinesische Bauern und Fischer und drangen in chinesisches Territorium ein.

Kaum noch zu zählen sind die bewaffneten Provokationen, die die Sowjetrevisionisten begingen und noch täglich begehen. Seit dem 15. März beschiessen sowjetische Truppen die chinesische Insel Dschenbao und das Hinterland mit schweren Geschützen. Über 10 000 Schuss wurden bisher dabei verfeuert. Ungeachtet chinesischer Proteste dringen Sowjettruppen in chinesisches Territorium ein, legen dort Schützengräben an, beschiessen Patrouillen, verprügeln, verschleppen, morden chinesische Zivilisten, die ihrer friedlichen Arbeit als Bauern und Fischer nachgehen und dringen mit Flugzeugen weit in chinesisches Hoheitsgebiet vor.

Während sie all diese Schandtaten begehen, versuchen sie nach dem Motto 'Haltet den Dieb' in Noten, Erklärun-

gen etc. sich als die Friedfertigkeit selbst darzustellen, und scheuen sich nicht, selbst bei so reaktionären Regierungen wie in Bonn um schön Wetter und Verständnis für ihre "schwierige Lage" zu werben. Nichts zeigt deutlicher die doppelzüngige Taktik dieser Ganoven: Einerseits bezichtigen sie die Bundesregierung und die Regierung der USA des Imperialismus, andererseits sind sie bereit, mit diesen erklärten Feinden der Völker gemeinsame Sache gegen die Volksrepublik China zu machen.

Seitdem die modernen Revisionisten im Kreml den Marxismus-Leninismus verrieten und den Kapitalismus in ihrem Land in immer schnellerem Maße restaurieren, ändert sich auch rapide ihre Aussenpolitik und nimmt faschistische Züge an. Die Tour, die die neuen Zaren im Kreml heute reisen, kennt das deutsche Volk nur zu genau. Auch Hitler beteuerte in Worten seine Friedensliebe und ließ gleichzeitig Greuelmeldungen über Polen verbreiten, bevor er in dies Land einfiel. Nicht anders handeln die Sowjetrevisionisten. Man braucht sich nur einmal ihre Kriegsvorbereitungen gegen die Volksrepublik China zu betrachten:

Um mindestens 200 000 Mann haben die Sowjetrevisionisten seit März dieses Jahres ihre Truppen im Fernen Osten verstärkt. Gegenwärtig sind ca. 1,5 Millionen Mann allein östlich von Irkutsk zusammengezogen. Raketeneinheiten mit über 300 Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen sind in Süd- und Ostsibirien wie in der Mongolei stationiert und bedrohen die chinesischen Industriegebiete in der Mandschurei, in Lantschou und Paotou. Gleichzeitig werden sowjetische Jugendliche in Sondereinheiten an der chinesischen Grenze zusammengezogen und zum Krieg gegen Volkschina gedrillt. Die Fernost-Flotte der Sowjetunion wurde verstärkt und umorganisiert. Wie die "Komsomolzkaja Prawda" berichtet, wurden im Raum von Dschenbao verstärkt Panzer und Flugzeuge stationiert. Über ganz Ostsibirien wurde - von Moskau amtlich bestätigt - eine Reisesperre für alle Ausländer erlassen.

Währenddessen droht der sowjetische Rundfunk in für China bestimmten Sendungen - massiv mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen die Volksrepublik. Wörtlich: "Die ganze Welt weiß, daß die wichtigsten Waffen der sowjetischen Streitkräfte ihre mit atomaren Sprengköpfen versehenen Raketen sind, die eine unbegrenzte Zerstörungskraft haben. Können seine (Genossen Mao Tsetungs) Raketen atomare Sprengköpfe tragen? Wie wir wissen, haben die chinesischen Streitkräfte keine derartigen Waffen".

In hektischer Eile versuchen die neuen Zaren im Kreml ein sogenanntes "kollektives Sicherheitssystem asiatischer Nationen" zu zimmern, das der Einkreisung Volkschinas dienen soll. Zu diesem Zweck haben sie eilig ihre diplomatischen Vertreter aus Indien, Pakistan, Afghanistan, Singapur, Kambodscha und Birma sowie den US-Botschafter Dobrynin zu einer Konferenz nach Moskau zitiert. Während sie einerseits - sozusagen für den Hausgebrauch - mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen die Volksrepublik China drohen, versuchen sie andererseits der Weltöffentlichkeit gegenüber so zu tun, als ob sie zu sachlichen Grenzverhandlungen mit der VR China bereit seien. In ihrer von TASS am 10.5.69 veröffentlichten Note werden jedoch die heutigen Grenzen der UdSSR an den Flüssen Helung und Wusuli (Amur und Ussuri) sowie im Pamir und Tinschau als "heute ebenso wie gestern unantastbar" bezeichnet. Man fragt sich, warum sie dann noch verhandeln wollen, wenn das Ergebnis für Verhandlungen bereits für sie feststeht.

Wie begründen die Sowjetrevisionisten diese provokatorische Haltung? Sie behaupten frech, es gäbe gar keine zwischen der Volksrepublik China und der UdSSR bestehenden Grenzfragen sowie es keine ungleichen Verträge zwischen dem zaristisch-imperialistischen Russland und dem halbkolonialen China Mitte des 19. Jahrhunderts gegeben habe. Sie bezeichnen die damals China aufgezwungenen Verträge als "Streitigkeiten" zwischen den "chinesischen Kaisern und den Zaren", wobei keine Rede davon sein könnte, wer der Aggressor und wer das Opfer der Aggression war - ebensowenig davon, ob die zwischen diesen abgeschlossenen Verträge gleiche Verträge waren oder nicht.

Mit dieser Gangsterlogik versuchen sie ihre sozial-imperialistische Politik zu bemänteln, wobei sie noch schamlos von der "Treue zu Lenins Vermächtnis"

daherreden (in ihrer Note vom 29.3.). Was sagen die großen Lehrer des Weltproletariats, Marx, Engels und Lenin zu dieser Frage. Lesen wir, was darüber in der Erklärung der Regierung der Volksrepublik vom 24.5.1969 steht:

In einem Kommentar über den „chinesisch-russischen Vertrag von Aigun" erklärte Marx im Jahre 1858, daß „er (John Bull) Rußland durch seinen zweiten Opiumkrieg zu dem kostbaren Landstrich zwischen dem Tatar-Golf und dem Baikal-See verholfen hat, einem Gebiet, das Rußland von jeher glühend begehrt und dessen es sich seit den Zeiten Zar Alexej Michailowitschs bis zu Nikolaus immer zu bemächtigen versucht hatte"

Und Engels wies im selben Jahr ebenfalls darauf hin, daß Rußland „China eines Gebietes, so groß wie Frankreich und Deutschland zusammengenommen, und eines Stromes von der Länge der Donau beraubte" und: „nicht zufrieden damit, hat es erreicht, daß eine russisch-chinesische Kommission zur Festlegung der Grenzen gebildet worden ist. Nun, wir alle wissen, was solch eine Kommission in den Händen Rußlands ist. Wir haben solche Kommissionen an den asiatischen Grenzen der Türkei arbeiten sehen, wo sie mehr als zwanzig Jahre lang von diesem Lande ständig Stück für Stück abgeschnitten hatten, ...". Alles ereignete sich genauso, wie es Engels so weise vorausgesehen hatte. Von 1858 an hatte das zaristische Rußland mit der Unterzeichnung jeden Vertrags und mit jeder Vermessung der Grenze vom chinesischen Territorium „Stück für Stück abgeschnitten". Auch Lenin verurteilte nicht nur einmal das zaristische Rußland aufs schärfste wegen dessen Aggressionsverbrechen gegen China. Lenin stellte fest, daß „die europäischen Regierungen (und die russische ist dabei so ziemlich eine der ersten) mit der Aufteilung Chinas bereits begonnen haben. Aber sie haben mit der Aufteilung nicht offen begonnen, sondern heimlich, wie Diebe." Und ferner: „Die Politik der Zarenregierung in China ist eine verbrecherische Politik".

Der große Lenin unterstützte zu seiner Zeit China und alle anderen unterdrückten Länder aufs wärmste in deren Widerstand gegen die Aggression seitens des zaristisch-russischen Imperialismus und aller anderen Imperialisten. Er erklärte dazu: „Wenn ... morgen Marokko an Frankreich, Indien an England, Persien oder China an Rußland usw. den Krieg erklärten, so wären das gerechte Kriege, 'Verteidigungs'kriege, unabhängig davon, wer als erster angegriffen hat, und jeder Sozialist würde mit dem Sieg der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Staaten über die Unterdrücker, die Sklavenhalter, die Räuber – über die 'Groß'-mächte – sympathisieren". Heute, wenn man sich diese Lehren Lenins wieder vornimmt, kann man nur zu der einen Schlußfolgerung kommen: daß die Sowjetregierung so eifrig die imperialistische Gangsterlogik propagiert, ist nicht nur „der Leninschen Politik fremd" sondern auch der schamloseste Verrat am Leninismus.

In Bezug auf die ungleichen Verträge, die das zaristische Rußland China aufgezwungen hatte, trat der große Lenin immer für deren Annullierung ein.

Am 27. September 1920 verkündete die von Lenin geführte Regierung der Sowjets feierlich, daß sie „alle Verträge, die von den früheren Regierungen Rußlands mit China geschlossen wurden, für außer Kraft gesetzt erklärt, auf alle eroberten Gebiete des chinesischen Territoriums, auf alle russischen Konzessionen in China verzichtet und China alles unentgeltlich und für immer zurückgibt, was ihm von der zaristischen Regierung und der russischen Bourgeoisie räuberisch entrissen wurde".

Außerdem legt das am 31. Mai 1924 unterzeichnete „Abkommen über die allgemeinen Prinzipien für die Lösung der zwischen China und der Sowjetunion schwebenden Fragen" fest, auf einer von beiden Seiten vereinbarten Konferenz „alle Konventionen, Verträge, Abkommen, Protokolle, Kontrakte usw., die zwischen der Regierung von China und der zaristischen Regierung abgeschlossen wurden, zu annullieren und durch neue Verträge, Abkommen usw. auf der Grundlage der Gleichberechtigung, Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit wie auch im Geist der Deklarationen der Sowjetregierung von 1919 und 1920 zu ersetzen" und „ihre Staatsgrenze von neuem festzulegen und, bis zu einer solchen Festlegung die gegenwärtigen Grenzen beizubehalten".

Es ist begreiflich, daß die Grenzfrage zwischen China und der Sowjetunion nicht beigelegt werden konnte, solange China einer reaktionären Herrschaft unterstand. Die Gründung der Volksrepublik China schuf alle notwendigen Bedingungen für eine vernünftige Lösung der chinesisch-sowjetischen Grenzfrage. Aus verschiedenen Gründen wurde seinerzeit diese Frage nicht angeschnitten; an der chinesisch-sowjetischen Grenze blieb nichtdestoweniger alles ruhig. Erst seit 1960, als sich die Sowjetregierung immer weiter vom Weg des Marxismus-Leninismus entfernte, die Diktatur des Proletariats durch die Herrschaft einer neuen bourgeoisen Klasse ersetzte, sich mit dem US-Imperialismus verbündete und nach außen hin eine sozial-imperialistische Politik zu verfolgen begann, begann sie auch die Grenze zum sozialistischen China in Frage zu stellen und chinesisches Territorium an sich zu reissen. Vom 15. Oktober 1964 bis zum 15. März dieses Jahres erreichten die von sowjetischer Seite provozierten Grenzzwischenfälle die Zahl 4189, zweieinhalb mal soviel wie die von 1960 bis 1964 von ihr provozierten. Dabei wandte sie immer bösartige Methoden an. Nicht nur, daß sie in chinesisches Territorium eindrangen; sie stifteten Brände, erschlugen wehrlose chinesische Bauern und Fischer, überfuhren sie mit Panzern oder ertränkten sie in Flüssen.

Lenin verurteilte empört die russische Regierung wegen ihrer Greueltaten, die sie mit dem Massaker friedlicher chinesischer Einwohner beging, mit den Worten: "Wie wilde Tiere fielen sie über (China) her, indem sie ganze Dörfer niederbrandten, wehrlose Einwohner, Frauen und Kinder im Amur ertränkten,

niederschossen und auf die Bajonette spießten". Welcher Unterschied besteht denn heute zwischen den von der Sowjetregierung auf den Flüssen Wusuli und Helung gegen die chinesischen Einwohner begangenen Greueltaten und denen der zaristisch russischen Regierung, die Lenin zu seiner Zeit so scharf verurteilte?!

Wenn heute die Sowjetregierung meint, die Volksrepublik China nuklear erpressen zu können, so hat sie sich gewaltig geirrt. Das China Mao Tsetungs ist nicht die CSSR. Und das 700-Millionen-Volk Chinas, gewappnet mit dem Marxismus-Leninismus, den Maotsetungideen und in der Großen Proletarischen Kulturrevolution gestählt, wird jedem Aggressor eine Abfuhr erteilen, die nur mit dessen Niederlage enden kann. Die Sowjetrevisionisten, sollten sie diesen Krieg entfesseln, werden sich nicht nur der Volksrepublik China gegenübersehen, sondern auch der Einheitsfront aller Marxisten-Leninisten der Welt.

Albanische Wirtschaft im Vormarsch

Produktionserfolge zum Jubiläumsjahr

In diesem Jahr begeht das albanische Volk den 25. Jahrestag seiner Befreiung. Aus primitivsten Anfängen hat sich die Volksrepublik Albanien vom einstmals rückständigsten Land Europas zu einem modernen sozialistischen Industrieland entwickelt. Die natürlichen Reichtümer des Landes, die großen Vorkommen an Erdöl, Eisennickelerz, Kohle, Phosphat, Chrom usw. dienen der albanischen Wirtschaft als Grundlage.

Im Jahre 1968 war die industrielle Produktion 44 mal größer als 1938, die Chromerzförderung 52 mal und die Kohlegewinnung 136 mal. Allein in den ersten drei Jahren des vierten Fünfjahrplans (1966 bis 1968) war die Produktion in der VRA größer als während des ganzen dritten Fünfjahrplans 1961-65. Vieles von dem, was bereits 1968 an neuen Maschinen produziert war, lag höher als das Planziel von 1970!

1968 lag bereits nach neun Monaten die Industrieproduktion des Landes um 51 Prozent über dem Stand von 1960. 1967 war das Industrievolumen um 76% größer als 1960 und um 26 Prozent größer als 1965. 1968 war gegenüber 1965 ein Wachstum von 47 Prozent festzustellen. Folgende Produktionssteigerungen wurden 1968 gegenüber 1960 erreicht: Rohöl 51%; Raffinerie-Öl 120%; Rohkupfer 430%; Elektrizität 250%; Kohle 73%;, Woll- und Baumwolltextilien 57%; Schuhwerk 250%; Makkaroni 100%; Fischkonserven 70%.

Große Erfolge erzielte das albanische Volk auch auf anderen Gebieten. Die Elektrifizierung des Landes stieg 1965 bis 67 um 250%. In den ersten acht Monaten 1968 wurde hier der Plan um 3,4 % übererfüllt. Als neues Wasserkraftwerk wurde in letzter Zeit Nav i Dejes errichtet. Bedeutend ist das Wärmekraftwerk Fieri, welches vor einiger Zeit fertiggestellt wurde.

Neue wichtige Eisenbahnen und Straßen wurden in letzter Zeit gebaut, so die wichtige Malesia-Landstraße im Norden des Landes. Ein wichtiges Ziel des vierten Planjahrfünfts ist die Trockenlegung des großen Hoxhava-Sumpfgebietes, welches 22 000 ha umfaßt und an der Küste der Adria liegt. Auch hier wurden schon bedeutende Erfolge verbucht.

Auch die Landwirtschaft der VRA erringt immer neue große Siege. Der Pro-Hektar-Ertrag von Reis stieg von 1,55 t (1960) auf 2,8 t (1967). Einigen Genossenschaften gelang es sogar 7 bis 8 t/ha zu ernten. In der Region Berat, wo erst seit wenigen Jahren Reis angebaut wird, wurde im letzten Jahr der Plan um 0,6 t/ha übererfüllt.

Ein anderer wirtschaftlicher Reichtum Albaniens sind seine Wälder. Während die Nachbarländer Jugoslawien und Griechenland durch Bodenerosion vieles an landwirtschaftlichen Gütern einbüßten, gelang es dem albanischen Volk durch groß angelegte Aufforstungskampagnen dieser dauernden Gefahr Herr zu werden. Die Bodenerosion wurde in den früheren Jahrhunderten durch Raubbau ausgelöst; die Kolonialmächte holzten weite Teile des Landes ab. Heutzutage liefern die Wälder Albaniens jedes Jahr Hunderttausende Kubikmeter Bau- und Brennholz.

Wie gelang es Albanien, diesem kleinen Staat in Südeuropa, das jüngst gerade

die Zweimillionengrenze der Einwohner überstieg, innerhalb eines knappen Vierteljahrhunderts, die Entwicklung von einem rückständigen Agrarland zu einem modernen Industriestaat? Dieser Aufschwung ist das glänzende Ergebnis der Politik des Selbstvertrauens, die das albanische Volk, geführt vom Genossen Enver Hoxha, befolgt. Durch die internationalistische Hilfe der Volksrepublik China wurde dem albanischen Volk beim Aufbau seines Landes wesentliche Hilfe zuteil. Gegenwärtig sind rund 30 wichtige Industrieobjekte im Bau bzw. in der Planung, die mit chinesischer Hilfe errichtet werden.

Genosse Mao Tsetung sagte:"Wir treten für das Vertrauen auf die eigene Kraft ein. Wir hoffen auf Hilfe von auswärts, können uns aber nicht von ihr abhängig machen; wir verlassen uns auf die eigenen Anstrengungen, auf die schöpferischen Kräfte der ganzen Armee und des gesamten Volkes." Sich auf dieses fundamentale Prinzip der Maotsetungideen stützend, hat das albanische Volk seine Erfolge erreicht. Es ist eine unumstößliche Wahrheit: "Den Volksmassen wohnt eine unbegrenzte Schöpferkraft inne."

China ist schuldenfrei

Genosse Lin Biao sagte in seinem politischen Bericht auf dem IX. Parteitag der KPCh: "Bis Ende 1968 wurden von uns alle Staatsanleihen zurückgezahlt. Unser Land ist zu einem sozialistischen Staat geworden, der sowohl von inländischen als auch von ausländischen Schulden frei ist." Praktisch alle Staaten der Erde sind irgendwie verschuldet - durch Staatsanleihen vom Volk und durch ausländische Darlehen. In den kapitalistischen Ländern steigt die Verschuldung unaufhörlich. Die Inlandschulden der USA betrugen 1966 z.B. 351,7 Mrd. Dollar (mehr als das Doppelte der Staatseinnahmen von 1968). Großbritannien hatte Anfang 1968 33,5 Mrd. Pfund Inlandschulden (das Dreifache des Staatshaushalts). Ähnliche Schulden hat auch die Sowjetunion. 1964-66 wurden von den kapitalistischen Ländern rund 1 Mrd. Rubel geliehen. - Erst wenn man diese enormen Verschuldungen kennt, weiß man, was es bedeutet, wenn China keinerlei Schulden mehr hat.

Vor 20 Jahren, bevor die VR China gegründet wurde, war China restlos verschuldet. Die amerikanischen Finanzbosse spekulierten: "Die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Chinas sind unüberwindlich". Sie hatten sich verrechnet, das chinesische Volk überwand alle Schwierigkeiten gestützt auf die Maotsetungideen und baute seine sozialistische Wirtschaft auf, die heute Weltgeltung besitzt und laufend neue Spitzenerzeugnisse produziert. Selbst unsere bürgerliche Presse konnte den Tatbestand, daß China jetzt schuldenfrei ist, nicht verbergen. So schrieb beispielsweise am 29.5. die "Frankfurter Rundschau": 'China ist vielleicht das einzige Land der Welt, das weder Schulden im Inland noch im Ausland hat.'

WELCHE?

Unter BISMARCK
wurden unsere Großväter eingesperrt
Aber
wir hatten Demokratie
(die Bismarcksche)
Sie brachte uns Ludendorff -

und den ersten Weltkrieg!

Unter HINDENBURG
wurden unsere Väter verhaftet
Aber
wir hatten Demokratie
(die Hindenburgsche)
Sie brachte uns Hitler -

und den zweiten Weltkrieg!

Unter ADENAUER
saßen wir selbst im Knast
Aber
wir hatten Demokratie
(die Adenauersche)
Sie brachte uns Notstand -

und die Vorbereitung
des dritten Weltkrieges!

NEULICH las ich
die DKP wolle
die Demokratie erneuern

Die Bismarcksche?
Die Hindenburgische?
Die Adenauersche?

hula

Revisionistisches:

Tiflis, Georgische SSR, die Heimat Stalins. Der Stalin-Berg über der Stadt wurde vor einiger Zeit umbenannt und erhielt wieder seinen alten Namen "Berg des Heiligen David". - Genosse Mao Tsetung sagt: "Mit Idealismus und Metaphysik kommt man in der Welt am leichtesten durch ... Materialismus und Dialektik erfordern hingegen Anstrengungen".

+

Neue Erfolge der revisionistischen Landwirtschaft der SU: Auf dem Moskauer Zentralmarkt kostet jetzt (umgerechnet) ein Kilo Tomaten 45,-- DM, ein Kilo Gurken 22,50 DM, ein Bündel Petersilie DM 2,50. Das neue, noch bürgerlichere Kolchosstatut wird sicherlich noch ganz andere Preise möglich machen. Zur Zeit wird in der SU schon privat erwirtschaftet: 63 Prozent der Kartoffeln, 11 Prozent Gemüse, 38 Prozent Fleisch bzw. Milch, 63 Prozent Eier, 30 Prozent Wolle.

+

Starke Polizeieinheiten, berittene Miliz und Hilfspolizei sicherten die diesjährigen Osterprozessionen und Gottesdienste in der Sowjetunion. Jugendliche, die ihren Unmut über die kirchliche Verblödung des Volkes Luft machten, wurden im Polizeigriff abgeführt. Dafür wurden in den staatlichen Läden Kulitsch, das russische Osterbrot, und Osterkerzen angeboten.

Kommentar: Näher mein Gott mit dir zum modernen sowjetischen 'Kommunismus'.

+

Nachdem auf der Hannover-Messe eine westdeutsche Delegation unter Leitung von Bundeswirtschaftsminister Schiller und eine sowjetische Delegation unter Leitung von UdSSR-Außenhandelsminister Patolitschew und Botschafter Zarapkin in "freundschaftlicher Atmosphäre" zusammentraten, wurde bekannt, daß die "Thyssen-Röhrenwerke-AG einen ersten sowjetischen Auftrag" von 20 Millionen Mark erhielten. Thyssen wird in der Ukraine ein Walzwerk zur Produktion von Großröhren in kooperativer Weise errichten und billige russische Arbeitskräfte profitsteigernd einsetzen.

Bereits in 19 Städten der UdSSR kann jetzt schon die US-Autovermittlungsgesellschaft "Hertz" Wagen vermieten.

+

Nachdem nordkoreanische Soldaten ein US-Spionageflugzeug abgeschossen hatten, das in provokatorischer Weise in Nordkoreanisches Hoheitsgebiet eingedrungen war, beteiligten sich eilfertig ein sowjetischer Zerstörer gemeinsam mit Marineeinheiten der USA an der Suche nach Wrackteilen und Überlebenden der Aggressionsmaschine. Ein sowjetischer Vertreter in Tokio erklärte gegenüber einem Korrespondenten der westdeutschen Nachrichtenagentur dpa: 'Der Abschuß des Flugzeuges sei für die UdSSR "recht unangenehm".'

Kommentar: Es lebe die sowjet-revisionistische US-imperialistische Waffenbrüderschaft gegen die sozialistischen Staaten.

+

In Karlovy Vary, dem einst weltberühmten Modebad der Bourgeoisie Karlsbad, soll in Kürze in der ehemaligen Lützow-Villa das erste Spielkasino der CSSR eröffnet werden. Sicher wird es schon bald zum zugkräftigen Treffpunkt der alten und neuen Bourgeoisie in der CSSR werden.

+

Der Alkoholismus, von Friedrich Engels einmal als "kapitalistisches Übel" gebrandmarkt, nimmt in der Sowjetunion beständig zu. Nach einem Bericht der "Prawda" werden 98 % aller Morde in der Sowjetunion unter Alkoholeinfluß begangen. Die "Komsomolzkaja Prawda" meint, daß die Hauptursache für den Alkoholmißbrauch einfach darin liege, daß er so leicht zu bekommen sei. Uns scheinen die täglichen Sorgen der Sowjetbürger eher die Hauptursache zu sein.

+

Im Zuge der geplanten, den Kapitalismus restaurierenden Wirtschaftsreformen der CSSR ist ein seit 20 Jahren bestehendes Verbot aufgehoben worden. Ab sofort ist es einigen Zeitungen und Zeitschriften wieder erlaubt, Anzeigen kapitalistischer Betriebe des westlichen Auslandes zu veröffentlichen. 17

staatseigene CSSR-Unternehmen dürfen künftig direkt Handelsverträge mit westlichen Firmen abschließen.

+

Nach einem Bericht des "Neuen Deutschland" vom 10. Mai hat der volkseigene Betrieb Kleinmetallwarenwerke Heiligenstadt es fertig gebracht, durch Preismanipulationen innerhalb von 16 Monaten über 1 Millionen Mark ungerechtfertigter Gewinne auf seinen Konten zu verbuchen. Die volkseigene Brandenburger Kammgarnspinnerei hatte durch Manipulation am Prämienfond den Arbeitern Jahresendprämien zwischen 20 und 150 Mark gutgeschrieben, während sich die Direktoren mindestens 1000,-- Mark bewilligten. Einen guten Verdienst steckte auch die Leitung des Prominentenlokals "Lindencorso" in Ostberlin ein, die ihren Profit durch halbgefüllte Schnapsgläser und dünnen Kaffee erhöhte.

+

Die "Prawda" (Wahrheit), sowjetisches Zentralorgan der KPdSU, bezieht ihre Informationen aus "trüben Quellen". Dies jedenfalls behauptete der Generalsekretär der revisionistischen KP Kanadas, William Kashtan. Er beschuldigte in einer Pressekonferenz in Moskau Westjournalisten, gelogen zu haben, als sie berichteten, die ostpakistanische Delegation habe auf dem Gipfeltreffen der revisionistischen Parteien eine Verurteilung Chinas vorgeschlagen. Einem Westjournalisten, der daraufhin die "Prawda" vom 11. Juni aus der Tasche zog und den betreffenden Artikel wörtlich verlas, antwortete er: Trotzdem sage ich, es stimmt nicht. Wer log hier? Die "Prawda" oder Kashtan?

+

Was den Sowjetrevisionisten recht, ist ihren westdeutschen Ablegern schon lange billig. So veröffentlichte das schwindsüchtige Revisionistenblättchen UZ (Unsere Zeit) eine ganzseitige Anzeige der "American Machine & Foundry Company", New York, die Bowling-Bahnen für Ungarn, Polen, die CSSR und DDR liefert.

Der Staat in dem wir leben:

Nach der alle drei Jahre aufgestellten Vermögenssteuer-Statistik hat die Zahl der Vermögensmillionäre in der Bundesrepublik in den letzten drei Jahren um etwa 30% zugenommen. In der gleichen Zeit hat sich der Wert ihres Vermögens um die gleiche Rate erhöht. Zur Zeit gibt es bei uns 15400 Millionäre mit einem Vermögen von 49,9 Milliarden Mark. Davon sind 6 Multimillionäre mit einem steuerpflichtigen Vermögen von 200 Millionen Mark und mehr. 16 nennen ein Vermögen zwischen 100 und 200 Millionen ihr eigen, 28 zwischen 50 und 100 Millionen. Über 10 800 Millionäre begnügen sich indes mit einem von "nur" 1 bis 2,5 Millionen Mark.

+

Immer noch grassiert in der Bundesrepublik die Kinderarbeit. Allein in Bayern mußten die Gewerbeaufsichtsämter in den letzten 2 1/2 Jahren 250 mal eingreifen, weil Kinder beschäftigt wurden. Insgesamt haben die Ämter in dieser Zeit 21 186 mal beanstandet, daß die gesetzlichen Vorschriften nicht beachtet wurden. Trotz ärztlichen Verbots arbeiten 7 081 Jugendliche. Tätigkeiten am Sonntag oder anderen arbeitsfreien Zeiten wurden 3 400 mal festgestellt. Die für die Kinderarbeit zutreffenden Dunkelziffern liegen jedoch noch weitaus höher. Dagegen sind die Behörden in der strafrechtlichen Verfolgung der die Kinder ausbeutenden Unternehmer äusserst human. Nur in 830 Fällen wurde verfolgt und dabei geradezu lächerliche Geldstrafen von 10,-- bis 300,-- Mark erlassen, die die Unternehmer auf Grund ihrer enormen Profite aus der Kinderarbeit mit der linken Hand bezahlen können.

+

Die Reichen werden in unserem Staat bevorzugt behandelt. Wer 800,-- Mark im Monat verdient, bekommt durch Steuerfreibeträge für das 1. Kind 19,-- Mark. Bei einem Gehalt von 2.000,-- Mark erhält er schon 23,40 Mark. Bei 5 Kindern gibt es bei einem Gehalt von 800,-- Mark für jedes Kind 55,02 Mark, bei einem 2.000,-- Mark-Einkommen hilft der Staat jedoch mit 69,64.

Auch auf anderen Gebieten werden die sozial Schwachen geschröpft. Während die Erwerbsunfähigkeits- und Altersrentner durch den Krankenversicherungsbeitrag um 2% gerupft werden, können die Industrie-Aktiengesellschaften für das letzte Krisenjahr 8,1% höhere Gewinne ausschütten und die Jahresgehälter der Vorstandsmitglieder von [illegible]renhauskonzernen stiegen um 25% auf 543.650 Mark oder 45.304 Mark monatlich.

Dagegen müssen 12,7% der Rheinland/Pfälzer über 65 Jahren mit unter 200 Mark im Monat auskommen. 32% mit weniger als 300 Mark, 20% zwischen 300 und 500 Mark und nur 25% über 500 Mark. Das ist für die Hälfte der Alten zum Sterben zuviel, zum Leben zu wenig.

+

In den Stadtwerken von Ludwigshafen/Rhein wurden im Mai in der städtischen Verbrennungsanlage 300 Kilogramm des Waschpulvers "Cascade" des in der Nähe Worms ansässigen US-Waschmittelkonzerns Procter & Gamble verbrannt. Gegenwert rund 1,2 Millionen Mark. Grund: Im harten Kampf um den Markt will der US-Konzern nur noch Dash groß herausstellen. Andere Produkte des Konzerns: Ariel, Sanso, Rei, Lenor, Spüli, Kei, Meister Propper, Fairy.

+

Im Zuge der vergangenen Wirtschaftskrise hat sich die Ausbeutung in den Betrieben beträchtlich erhöht. 1968 gab es in der Wirtschaft der Bundesrepublik im Jahresdurchschnitt 770 000 Erwerbstätige weniger als 1966. Dennoch stieg die Produktion (Bruttoinlandsprodukt) um fast 7%. Das bedeutet eine enorm gestiegene Ausbeutung der Werktätigen, da nur ein Teil der Erhöhung durch Automation zustande kam. Am stärksten waren vom Abbau der Arbeitsplätze die Arbeiter betroffen, aber auch die Angestellten können sich keineswegs sicher fühlen.

+

Immer salonfähiger wird die neonazistische NPD. Während man offiziell noch so tut, als gelte es, sie zu bekämpfen, führten Bundesminister Heck und CSU-Vorsitzender Strauß anläßlich der Präsidentenwahl in Westberlin Gespräche mit ihrem Partner von morgen, Adolf von Thadden. Heck distanzierte sich ausdrücklich von Praktiken, die auf eine Herabsetzung der NPD abzielten.

Terrorjustiz

Es wird immer deutlicher, daß die Monopolbourgeoisie zur Zeit für die Bekämpfung der außerparlamentarischen Opposition hauptsächlich die Klassenjustiz und ihre ausführenden Organe einsetzt. Dies hat sich erst kürzlich wieder in Hamburg an zwei Beispielen gezeigt.

Am 20.6. wurde von der Polizei der persische Arbeiter Pourimani festgenommen, um am anderen Morgen nach Persien abgeschoben zu werden. Was ihn dort erwartet - er ist dem persischen Geheimdienst 'Savak' wegen seiner oppositionellen Haltung gegenüber dem faschistischen Schahregime bekannt - kann man sich leicht vorstellen. Vor kurzem wurden 8 persische Studenten hingerichtet.

Dem beinamputierten Arbeiter, der dringend operiert werden muß, wurde die Aufenthaltsgenehmigung entzogen - die deutsche Justiz wurde zum Erfüllungsgehilfen des Mörderschah. Nur durch den entschlossenen Widerstand Hamburger Marxisten-Leninisten und anderer fortschrittlicher Organisationen konnte vorläufig die Abschiebung verhindert werden.

Bei einer der dazu unternommenen Aktionen wurde ein Genosse der KPD/ML, Erhard Dressel, widerrechtlich festgenommen, als er mit einer Gruppe von Demonstranten aus dem Gebäude der Ausländerpolizei kam. Obwohl er einen festen Wohnsitz und einen festen Arbeitsplatz hat, wurde er im Untersuchungsgefängnis eingekerkert. Dafür verantwortlich ist der berüchtigte Richter Vogt, der auch für die meisten Terrorurteile in Hamburg verantwortlich ist. Dieser 'Richter' hat soviele Schandtaten begangen, daß heute eine Wache der Polizei vor seinem Haus steht, um ihn zu schützen.

Wie schon vor einem Monat, als ein Genosse der Roten Garde Hamburg von politischer Polizei in einem Personenwagen zusammengeschlagen wurde, zeigt sich auch hier, daß die Klassenjustiz ihre Maske fallengelassen hat und zum offenen Terror übergeht.

Kampf der Klassenjustiz - Freiheit für Erhard Dressel.

BILD's Demokraten - Ben Nathan's Gorillas

Nichts trifft die Imperialisten mehr, als wenn man ihre schmutzigen Machenschaften entlarvt, wenn Arbeiter und fortschrittliche Intelligenz der kapitalistischen Lander sich mit dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker solidarisieren. So konnte es auch nicht ausbleiben, daß, als Asher Ben Nathan, Reisender in Zionismus, sich an den Universitäten Frankfurt und Hamburg die gebührende Abfuhr holte, die Reaktionäre aller Schattierungen wie wild über die fortschrittlichen, den Befreiungskampf des palästinischen Volkes unterstützenden deutschen und arabischen Studenten herfielen:

CSU-Boss Strauß: "Skandalöse Vorgänge". Bundesminister Stoltenberg: "Für alle Deutschen beschämend". Schriftsteller Grass: "Faschistisch". Allen voran marschierte natürlich wieder der Springer-Konzern, der in seinen Zeitungen erneut zum Pogrom gegen die "neuen Juden", die "linksradikalen Studenten" hetzte. BILD vom 11.6.69: "Jetzt reicht es!" "Wir können nur hoffen, daß jetzt alle Demokraten zusammenstehen, damit die akademischen Linksfaschisten nicht noch mehr Schaden anrichten können."

Die "Demokraten" standen denn auch zusammen. In Frankfurt wurde bei einem Vortrag Eli Loebls, der die imperialistische Politik des Zionismus kritisierte, er selbst und mehrere Studenten von bewaffneten Israelis brutal zusammengeschlagen. Mehrere von ihnen mußten mit Rippenbrüchen, schweren Verletzungen und Mißhandlungen ins Krankenhaus gebracht werden. In Hamburg traten Ben Nathans Gorillas in Aktion. Moshe Katz, der Besitzer des Night-Clubs "Revolution" auf der Reeperbahn, die Geschäftsleute Pemper und Golinski organisierten Schlägerbanden, die sich fast ausschließlich aus St.-Pauli-Kellnern und Zuhältern rekrutierten, die mit Totschlägern, Bleikabeln, Schlagringen und Stöcken über unbewaffnete palästinische Kommilitonen herfielen. Ein palästinischer Student wurde ohnmächtig mit einer Gehirnerschütterung in die Ambulanz getragen. Noch zwei Stunden nach Beendigung der Veranstaltung im Hamburger Audimax verfolgten starke Trupps israelischer Geheimpolizei und zionistischer Schläger deutsche und arabische Studenten und drohten ihnen an, sie "fertig zu machen und umzulegen". BILD's Demokraten.

Es ist schon eine Perfidie sondergleichen, daß ausgerechnet die, die während der NS-Zeit mithalfen, die Voraussetzungen für den millionenfachen Judenmord zu schaffen und heute die Redaktionen der bürgerlichen Presse bevölkern, sich zu Fürsprechern der 'Juden' machen. Bewußt nutzen sie das Schuldbewußtsein des deutschen Volkes gegenüber "den Juden" aus und münzen es um in ein Bekenntnis zum Zionismus, zur imperialistischen Politik Israels.

Für uns Marxisten-Leninisten ist die Sache klar. Für uns gibt es keine Rassenprobleme, sondern nur Klassenprobleme. Wir fragen niemanden danach, ob er Weißer, Jude, Neger, Asiate oder sonstwas ist. Für uns sind die jüdischen, wie die arabischen, wie allen farbigen Werktätigen Klassenbrüder, mit denen wir gemeinsam den Klassenfeind, die Unternehmer und Ausbeuter, die Monopolisten und Imperialisten bekämpfen, egal ob sie weißer, gelber oder schwarzer Hautfarbe sind. Immer gilt unsere Unterstützung und Solidarität dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker gegen ihre imperialistischen Unterdrücker. So werden wir dann auch weiter den Befreiungskampf des palästinischen Volkes gegen seine zionistisch-imperialistischen Unterdrücker unterstützen, werden wir weiter - wie schon zum Ostermarsch - gemeinsam mit den zur Zeit in der Bundesrepublik weilenden Angehörigen der Al Fatah demonstrieren.

Aspekte zum Trotzkismus

Bei der täglichen Agitationsarbeit geschieht es immer wieder, daß das Problem "Trotzki" erörtert wird. Das wäre an sich schon Grund genug, dem Trotzkismus einige Gedanken zu widmen. Nicht so sehr von seiner historischen Perspektive, als von seiner aktuellen Problematik her. Trotzkismus muß u.a. als Begleiterscheinung des Aufbaus und der Festigung einer marxistisch-leninisti-

schen Organisation erkannt werden, die völlig unabhängig von einem bewußten Bekenntnis zu den Ideen L. Trotzkis auftreten kann. Eben darin besteht auch die Gefahr dieser Abweichung. Sie tritt häufig in Form von "linken" Phrasen auf, die aber schnell gegen rechte Parolen ausgetauscht werden können.

Diese scheinbar unvereinbaren Widersprüche in den Erscheinungsformen des Trotzkismus, hier "linker" Radikalismus dort Rechtsopportunismus, lösen sich erst auf, wenn man seine klassenmässige Herkunft kennt. Das Schwanken in den Positionen weist auf die Herkunft auf jenen Teil der Gesellschaft hin, der infolge seiner Zwischenstellung zum wechselnden Paktieren mit dem jeweils Stärkeren neigt: Dem Kleinbürgertum (so gibt es Untersuchungen, nach denen zur Zeit der größten Machtentfaltung der französischen Arbeiterklasse im Mai 68 sich ca. 70 % des Kleinbürgertums von de Gaulle abgewandt hatten. Als aber infolge des Verrats durch die KPF der Kampf der Arbeiter und Studenten abflaute, strömte es dem wieder die Zügel fest in der Hand haltenden de Gaulle zu).

Infolge seiner von zwei Seiten bedrohten Stellung ist die ständige Wankelmütigkeit geradezu die Verhaltensweise, die dem Kleinbürgertum sein Überleben garantieren soll: Scheint ihm das Großbürgertum stärker als die Arbeiterklasse, neigt es zu rechten Parolen, hält es die Arbeiterklasse für mächtiger, zu linken. In jedem Fall fühlt es sich allein nicht stark genug und ist weitgehend demoralisiert. Typisch ist sein ständiges Schielen nach rechts und links. Jede zeitweilige Änderung der Verhältnisse im Klassenkampf führt zu einer Umorientierung.

Hier kann Trotzkis Verhalten Anfang der 20ziger Jahre als Beispiel gelten: Auf dem Höhepunkt des Siegesbewußtseins der jungen Sowjetunion befürwortete er eine abenteuerliche, den Bestand des Staates aufs Spiel setzende Außenpolitik. Nachdem aber die Kämpfe der Arbeiter Westeuropas nicht zum Sieg geführt hatten, verfiel er in genau das andere Extrem: Jetzt wollte er die sowjetische Wirtschaft durch das ausländische Großkapital aufbauen und abhängig machen lassen und gefährdete hiermit ebenfalls den Bestand des ersten sozialistischen Staates. Interessant ist auch sein Verhalten nach der niedergeschlagenen Revolution von 1905. Jetzt, wo es darum ging, die Erfahrungen der Kämpfe auszuwerten und eine kampftüchtige Partei aufzubauen, zog Trotzki sich fast völlig ins Privatleben zurück, ein Anzeichen dafür, daß er die objektive Natur des Klassenkampfes nicht sah oder nicht sehen wollte. Nur wenn dieser sich in seinem allerhöchsten, dem bewaffneten Kampf, befand, konnte Trotzki die Stärke und Kampfkraft des Proletariats erkennen.

Dieses Verhalten braucht natürlich seine ideologische Rechtfertigung. Sie ist identisch mit der menschewistischen Linie, die ja auf dem Parteikongreß im Jahre 1903 auch von Trotzki vertreten wurde. Dazu gehören liberale Auffassungen über die Anforderungen an Parteimitglieder. Spontanitätstheorie und Ökonomismus. Der Spontanitätsgedanken gesteht in letzter Konsequenz nur dem gänzlich ungeschulten Proletarier das Recht zur Initiative zu, denn wer die Schulung im Marxismus-Leninismus erfahren hat, handelt ja bereits nicht mehr spontan, sondern plant bewußt voraus und sieht über die unmittelbaren Bedürfnisse hinaus. (Das heißt über die Probleme am Arbeitsplatz und mit dem Hauswirt). Denn planen, das widerspräche ja der kleinbürgerlichen Zaghaftigkeit, die darauf angewiesen ist, daß andere für sie die revolutionäre Initiative ergreifen. Wenn erst die Proletarier ohne entwickeltes Bewußtsein "spontan" den Kampf beginnen, dann ist es ja wohl auch günstiger für den Kleinbürger, sich auf die Seite des Proletariats zu stellen, denn dann hat man ja wohl die Gewähr, daß auch jeder Proletarier zum Kampf bereit ist. Und damit es auch ganz sicher ist, soll sich jeder Sympathisierende und Mit-Demonstrant als Mitglied der Partei bezeichnen dürfen, denn sonst bestünde sie ja aus geschulten Mitgliedern und die sind ja nicht in der Lage, ungeplant "spontan" zu handeln, weil sie sich etwas bei ihren Handlungen denken.

Damit ist dieser Aspekt des Trotzkismus als Schmarotzer an der marxistisch-leninistischen Bewegung entlarvt. Wichtig ist es, denjenigen Genossen, die noch Elemente des Trotzkismus in sich tragen, seine Herkunft und damit seinen Klassencharakter klarzumachen, der auf Grund seiner schillernden Erscheinungsform leicht verborgen bleibt.

Kritik und Selbstkritik

Der Artikel "Ein revisionistisches Trauerspiel" in der Aprilausgabe "Roter Morgen" Seite 10 enthält zwei Formulierungen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen:

1. "Nur zu Marx bekennen sie sich (d.h. die Revisionisten der DKP) und das ist verständlich, ihn können sie leichter revisionistisch verdrehen als Lenin."

Das ist eine unverantwortliche Unterschätzung Marx (und Engels) im Kampf gegen den Revisionismus. Lenin beruft sich in seinem Kampf gegen den Revisionismus immer wieder auf Marx und Engels. Wenn dem Verfasser des Artikels die wichtigsten Schriften Marx und Engels über den Revisionismus nicht bekannt sind, ist das Redaktionskollektiv unseres theoretischen Organs gerne bereit, ihm beim Studium behilflich zu sein. Im übrigen verweisen wir auf den Schulungsplan der KPD/ML. Die obige Formulierung läuft auch auf eine Trennung des Marxismus und Leninismus hinaus. Da der Leninismus die Weiterentwicklung des Marxismus in der Epoche des Imperialismus ist, kann der Marxismus-Leninismus nur eine einheitliche Theorie und eine einheitliche Anwendung in der Praxis bedeuten. Die Revisionisten bekennen sich weder zu Lenin noch zu Marx, mögen sie aus taktischen Erwägungen auch ein Lippenbekenntnis abgeben. Marxismus-Leninismus und Revisionismus sind unvereinbar wie Feuer und Wasser.

2. "Ich sah viele Genossen aus den Kreisen, die mir als aufrechte Marxisten/Leninisten bekannt sind, aber auch sie merkten nicht, wie sie hier verschaukelt wurden."

Wenn der Verfasser geschrieben hätte: "die mir als aufrechte Genossen bekannt sind", wäre nichts einzuwenden. Wenn Genossen der DKP nicht merken, wie sie revisionistisch "verschaukelt" werden, dann kann man nicht sagen, daß sie Marxisten-Leninisten sind, mögen sie noch so ehrlich und aufrichtig sein. Die Verwandlung einer ehemals revolutionären Partei in eine revisionistische ist jedoch nur zu begreifen, weil eine jahrelange Vernachlässigung der ideologischen Arbeit, eine Mißachtung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus stattgefunden hat, wodurch das theoretische Niveau der Partei äußerst niedrig gehalten wurde. Denn wer die Grundbegriffe des Marxismus-Leninismus erfaßt hat, für den ist es nicht schwer, die revisionistische Linie, wie sie z.B. in den letzten Programmen der KPD/DKP zum Ausdruck kommt, zu erkennen. Ein Marxist-Leninist läßt sich nicht revisionistisch "verschaukeln", er kämpft gegen den Revisionismus in und außerhalb der revisionistischen Partei.

Die Kritik an den Verfasser des oben genannten Artikels trifft im gewissen Sinne auch das Redaktionskollektiv "Roter Morgen", das solche unmarxistischen Formulierungen unwidersprochen abdruckt.

widi

Leserbriefe

'Liebe Genossen!

Mit großer Freude las ich in der 'Peking Rundschau' Ihren Protest gegen die sowjet-revisionistische Provokation am Wussuli-Fluß und Ihren Glückwunsch an den 9. Parteitag der KPCh.

Inliegend schicke ich Ihnen "Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volk" und Gorkis "Sturmvogel". Vielleicht können Sie meine Nachdichtung verwenden. Wäre Gorki noch am Leben, er kämpfte gewiß gegen die neuen Zaren mit ebenso großer Leidenschaft wie einst gegen die alten Zaren.

Große Siege im Kampf gegen Imperialismus, Revisionismus und Reaktion wünscht Ihnen

Ihre Dshu Bai-lan, Canton, China'

+

'Am 29. März 1969 bin ich in Köln mit den Genossen S. und F. zusammengetroffen, die mir über die KPD/ML berichtet haben. Nach all dem, was ich an Halbwahrheit, erfundenen Gerüchten und schlichten Ausgeburten einer manchmal hysterischen Phantasie über die von Euch in Hamburg gegründete Partei gehört habe, war ich von dem, was mir die oben genannten Genossen erzählt haben, tief beeindruckt. Diese kleinliche Cliquenwirtschaft und ständige Stänkerei, die von manchen Gruppen be-

trieben wird, kotzt mich schon lange an, vor allem deshalb, weil jeder meint, er bzw. seine engeren Freunde seien die wahren MLs und die anderen Revisionisten oder offene Agenten des Klassenfeindes. Dies tut mir insofern leid, als unter diesen sich auch Genossen befinden, von deren Redlichkeit und revolutionärer Gesinnung ich durch jahrelange gemeinsame Erfahrung überzeugt bin. Dennoch meine ich, daß sich jeder einzelne Genosse endlich mal entscheiden muß, wie er zur KPD/ML steht, und warum und wieso er die einzige wirklich organisierte Gruppe ablehnt. Was mich angeht, so bin ich der Ansicht, daß wir alle die Einheit wollen müssen, allen unausgegorenen Stunk, alle persönlichen Eitelkeiten restlos ausschalten müssen. Ich bin der verdammten Wurstelei müde, des Schmorens im eigenen Saft und habe daher mit Genossen S. Verbindung aufgenommen.'

S.A., Bonn

Immer wieder verschwindet der ROTE MORGEN auf seinem Weg zum Bezieher. Postsendungen des ROTEN MORGEN und der KPD/ML ins Ausland kommen nur in seltenen Fällen an. Wir bitten jeden, der den ROTEN MORGEN nicht erhält, dies uns mitzuteilen.

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

2000 Hamburg 71, Postfach 464

Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis 40 Pfennig. Jahresbezugspreis: 7,40 DM (einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Nr. 2627 67

PSchA Hamburg

Radio Peking

Täglich auf Kurzwelle
19,00 - 20,00 Uhr 43,7 - 42,8
40,8 und 25,6 m
21,00 - 22,00 Uhr 43,7 - 42,8
und 31,7 m

Radio Tirana

Zeit	Kurzwelle	Mittelwelle
6- 6,30 h	41,50 Meter	215 Meter
13-13,30 h	32,41 Meter	
14,30-15 h	32,41 Meter	
16-16,30 h	32,41 Meter	
18-18,30 h	32,41 Meter	
19-19,30 h	41,50 Meter	
21,30-22 h	41,50 Meter	
23-23,30 h	41,50 Meter	215 Meter

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

3. Jahrgang | Doppelnummer Juli/August 1969 | Preis 60 Pfg.

Die Angst der Herrschenden

Schlagt den Faschismus, wo Ihr ihn trefft !

"Wir Deutsche, die wir als einzige auf der Welt eine anständige Haltung zum Tier haben, werden auch zu diesen Menschentieren anständig sein."

(Reichsführer SS Heinrich Himmler 1944 über die Behandlung von Fremdarbeiter und Juden)

"Die APO-Leute benehmen sich wie Tiere, für welche die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist."

(Bundesfinanzminister Franz-Josef Strauß 1969 in einem Fernschreiben an den bayrischen Ministerpräsidenten)

1933 im Hamburger UG: Die Gefangenen, vorwiegend Kommunisten, aber auch Reichsbanner-Leute und linke Gewerkschafter werden von den Wachen aus den Zellen geholt. An Händen und Füßen gefesselt müssen sie sich auf den Boden der Gänge legen. Dann kommt die SS. Mit schwerbenagelten Stiefeln stampft sie über die wehrlos am Boden Liegenden. Minuten, Stunden. Bald sind die Rippen gebrochen, die Nieren zertreten und die Gesichter eine blutige Masse. Als die Aktion beendet ist, schleifen die Wärter die Leichen vom Gang. Die, die die Marter überstanden, werden zurück in die Zellen geschleift.

1969 in Frankfurt im Innenhof vor dem städtischen Cantate-Saal: Wieder geht das Tor auf. Ein rothaariger junger Mann wird hereingerissen und in der dunklen Toreinfahrt fürchterlich zusammengeschlagen. Er scheint bewußtlos zu sein. Der geöffnete Mund ist nur noch ein roter blutiger Brei. Man sieht keine Zähne. Ausgeschlagen? Ausgetreten? Zwei Prügler schleifen ihn an beiden Armen zum Innenhof. Ein "Ordner" springt von der Seite dazu und reagiert sich an dem Bewegungslosen ab, Lynchatmosphäre, Sadismus. Ein NPD-Mann, der sich das zusammengeschlagene Bündel ansieht, drückt seine Genugtuung über die "saubere Arbeit" aus. (Bericht der 'Frankfurter Rundschau' vom 28.7.69)

Faschismus in Aktion. Wer war und ist für diese Untaten verantwortlich? Die, die da prügelten, traten, mordeten? Auch, aber die Hauptschuldigen sitzen im Hintergrund. 1933 wie 1969. Es ist die Monopolbourgeoisie, die Herren der Industriekonzerne und Banken und ihre gekauften Lakaien. 1933 Hitler, Göring, Goebbels - 1969 Strauß, Kiesinger, von Thadden. Hieß es damals Kampf den jüdisch-bolschewistischen Untermenschen - heißt es heute Kampf den 'Tieren der APO', den 'Rüpeln' der Außerparlamentarischen Opposition, denen man, wie Kiesinger unter dem Beifall von mehreren hundert

Industriellen in Bonn erklärte, in dieser Bürgerkriegssituation richtig begegnen müsse.

Man sollte den Herren der CDU/CSU direkt dankbar sein, daß sie die Dinge so offen beim Namen nennen. Wissen wir doch so, was uns erwartet und können entsprechend darauf reagieren. Wer einen Teil des Volkes außerhalb der "Gesetze" stellt, darf sich nicht wundern, wenn sich dieser Teil des Volkes auch als außerhalb der "Gesetze" stehend betrachtet und sich entsprechend verhält.

Was aber veranlaßte die Herrschenden so vorzeitig - ehe noch die Notstandsgesetze zur Anwendung kamen - die Maske fallen zu lassen? Ist es allein der Wahlkampf, in dem sie durch Pogromhetze gegen die Außerparlamentarische Opposition Stimmen zu erhaschen hoffen? Nein, es ist ihre Antwort vor den Dingen, die nach der Wahl im Herbst 1969 auf sie zukommen. Sie wissen, daß auf die derzeitige Konjunktur die Krise so sicher folgen wird wie das Amen in der Kirche, und daß sie diesmal nicht mit einem leicht blauen Auge davonkommen werden wie 1966/67. Deshalb ist es auch unlogisch, wenn jetzt einige Zeitungen, Liberale und Sozialdemokraten über von Hassel und Kiesinger herfallen, nur weil sie sagten, die NPD sei keine neonazistische Partei und der "Demokratie" drohe von der APO mehr Gefahr als von rechts.

Natürlich haben von Hassel und Kiesinger subjektiv recht. Für Faschisten von altem Schrot und Korn ist die NPD keine neonazistische Partei. Es wäre ja auch geradezu komisch, wenn Nazis Nazis vorwerfen, Nazis zu sein. Wenn von Hassel und Kiesinger heute die NPD "entlasten", so zeigt das nur, daß die Monopolbourgeoisie die Zeit für gekommen hält, die NPD aus ihrer Rolle als Prügelknabe, auf den man hinweisen konnte, "seht, was sind w i r doch für gute Demokraten" zu entlassen, um sie koalitionsfähig zu machen.

Auch was die Bedrohung der "Demokratie" betrifft, so haben sie zweifellos recht. Denn was von Hassel und Kiesinger unter "Demokratie" verstehen, ist die Diktatur der Monopolbourgeoisie, das Recht auf schrankenlose Ausbeutung der Werktätigen. Diese "Demokratie" wird von der NPD zweifellos nicht bedroht. Deshalb ist es auch unsinnig und heißt geradezu der herrschenden Klasse die Hasen in die Küche treiben, wenn SPD und DKP/AdF von einer Bedrohung der "Demokratie" durch die NPD sprechen, zu ihrer Verteidigung aufrufen, anstatt den werktätigen Massen klipp und klar zu erklären, daß dort wo die Monopolbourgeoisie herrscht, es keine "Demokratie" für das Volk geben kann und daß es notwendig ist, um ein höheres Maß an Demokratie zu erreichen, die Diktatur des Proletariats zu errichten. Dadurch, daß sie dies nicht tun, erweisen sich die Führung der SPD und DKP als Filialen der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse. Bewiesen ist auch, daß in sozialdemokratischen Ländern die Knüppelgarde der Reaktion, die Polizei, mit ebensolcher - wenn nicht noch größerer - Brutalität gegen demonstrierende Arbeiter und Studenten vorgeht, als in den CDU/CSU-regierten Ländern.

Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus den vorgenannten Fakten für uns. Einmal müssen wir uns im klaren darüber sein, daß die herrschende Klasse vor ihrem unausweichlichen Sturz sämtliche Minen springen lassen wird, die ihr zur Verfügung stehen, daß sie selbst vor der Errichtung der totalen faschistischen Diktatur nicht zurückschreckt. Ob sie jedoch in der Lage dazu sein wird, liegt an uns. 1969 ist nicht 1933. Die Volksmassen der gesamten nichtsozialistischen Welt beginnen sich in zunehmendem Maße ihrer Unterdrücker zu erwehren. Auch unser Land wird keine Oase der Ruhe bleiben. Doch nur wenn es uns gelingt, ausgehend von den bestehenden Verhältnissen, eine richtige marxistisch-leninistische Strategie und Taktik zu entwickeln, uns eng mit den Volksmassen zu verbünden und dem bis ins kleinste durchorganisierten Unterdrückungsapparat der Herrschenden, die disziplinierte, organisierte Kraft der revolutionären Kräfte unseres Volkes entgegenzustellen, wird es uns gelingen, den Feind zu besiegen.

ZU GAST BEI TITO

Zur gleichen Zeit haben am 3. August sowjetische und amerikanische Kriegsschiffe in jugoslawischen Häfen festgemacht. Ein sowjetischer Flottenverband besuchte Kotor, während nur etwa 100 km entfernt der US-Zerstörer "Dewey" vor Anker ging.

Kapitalismus am Abgrund

Während die Wahlplakate der bürgerlichen Parteien in allen Regenbogenfarben das kapitalistische Paradies an die Wände malen, sieht es hinter den Wänden ganz anders aus: der Kapitalismus - das ist nicht länger zu verheimlichen - ist in seine schwerste Krise seit 1929 eingetreten. Damals rettete er sich nur durch Faschismus und Weltkrieg, und auch dadurch nur zum Teil. Daß es jedoch überhaupt so weit kam, lag nicht zuletzt am Versagen der Arbeiterklasse und ihrer Parteien, auch der kommunistischen. Die Fehler der Vergangenheit dürfen sich in der kommenden Krisenperiode nicht wiederholen. Es ist daher notwendig, daß die Avantgarde der Arbeiterklasse mit Vorrang eine mittelfristige Prognose der Wirtschafts- und sozialen Entwicklung ausarbeitet. Dazu soll dieser Artikel als Anregung dienen.

Die Unterdrückung des Weltproletariats und der unterjochten Nationen geschieht heute durch ein kompliziertes interimperialistisches Herrschaftssystem, das von außen einem stabilen Stahlgerüst gleicht, in Wirklichkeit jedoch ein Kartenhaus ist. Die Spitze dieses Kartenhauses bilden die beiden imperialistischen Supermächte USA und UdSSR. Sie sind, bei fortdauerndem Konkurrenzkampf um kleinere Neuaufteilungen der Einflußsphären, durch ein stabiles Bündnis verbunden (Zone A). Von Zone A sind mittlere imperialistische Mächte abhängig, die einerseits untereinander um Neuaufteilung des Einflusses kämpfen und die andererseits auch ihre Abhängigkeit von Zone A zu vermindern trachten (Zone B). Die Bundesrepublik und die DDR gehören beide zur Zone B, die eine im Westen, die andere im Osten. Der Klassenkampf in Zone A und B schien seit längerer Zeit erloschen zu sein, so daß man schon davon redete, der Kapitalismus habe sein Wesen völlig geändert. Eine marxistisch-leninistische Analyse hätte jedoch schon immer erklären können, welches die Bedingungen und die Gründe für die relative "Ruhe" an der Front des Klassenkampfes in Zone A und B waren. Der erste Grund war ein relativ erträglicher Lebensstandard des größeren Teils des Proletariats: eine der notwendigen Bedingungen dafür waren die imperialistische Ausbeutung der südlichen Hemisphäre, die in ein System von Kolonien, Halbkolonien und Neokolonien verwandelt wurde (Zone C). Eine zweite Bedingung lag in der Vermeidung von Massenarbeitslosigkeit durch staatliche Manipulierung des kapitalistischen Zyklus. Beide Bedingungen ließen sich nur erfüllen, indem wachsende Widersprüche neuer Art produziert wurden, die zunächst quantitativ anwuchsen und die nun qualitativ zum Ausbruch kommen.

Die imperialistische Ausbeutung der Zone C führte dort zu absoluter Verelendung und millionenfachem Hungertod. Das Beispiel der befreiten Länder auf dem Wege zum Sozialismus (VR China, VR Albanien, DR Vietnam, bis zu einem gewissen Grade Cuba und Nordkorea) führte die Völker der Zone C zum bewaffneten Widerstand. Die USA versuchten, in Vietnam diesen Widerstand als abschreckendes Beispiel für die ganze Zone C niederzuschlagen. Dabei stellte sich jedoch heraus, daß heute alle Widersprüche des Systems eng miteinander verknüpft sind: Der Lebensstandard des Proletariats von A und B hängt u.a. von der Herrschaft über C ab: Deshalb mußte der Krieg in Vietnam geführt werden. Der Krieg in Vietnam brachte durch die Inflation jedoch das Funktionieren der antizyklischen Konjunkturplanung durcheinander.

Plötzlich sah sich das System zwischen zwei Gefahren: zu der Krise in Zone C drohte jetzt auch noch eine Krise in den Zonen A und B zu kommen. Deshalb beschlossen die USA den Rückzug aus Vietnam. Dieser Rückzug kann für sie allerdings nur als kontrollierter Rückzug vor sich gehen: es soll eine Karte aus der unteren Reihe des Kartenhauses herausgezogen werden, ohne daß das ganze Gebäude zusammenbricht. Die USA können sich also keinesfalls überstürzt und in einer Situation eklatanter Niederlagen auf dem Schlachtfeld zurückziehen: das wäre das Signal zum massiven Aufstand der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. In einem solchen Falle werden sie lieber eine Wirtschaftskrise in Zone A und B in Kauf nehmen, in der Hoffnung, sie mildern und auf die "Partner" abwälzen zu können.

Was bedeutet diese Lage nun für die Zone B, und besonders für die Bundesrepublik?

Der materielle Zusammenhalt zwischen Zone A und Zone B wird durch die internationalen Kapitalströme gewährleistet. Dieser Zusammenhalt ist also vom Weltwährungssystem abhängig. Es beruht im Westen auf dem Dollar, im Osten auf dem Rubel, wobei auch im Osten der Dollar eine wachsende Rolle spielt. Der Widerspruch zwischen dem Dollar als Pfeiler des Weltwährungssystems und dem Dollar als antizyklischem Manipulationsinstrument darf daher nicht über eine gewisse Größe anwachsen. Konkret: der Dollar darf eine Inflationsrate von 2 Prozent nicht langfristig überschreiten. Seit Ausbruch des Vietnamkrieges hat er diese Schwelle jedoch bei weitem überschritten. Das Vertrauen in den Dollar, auf dem der gesamte kapitalistische Austausch beruht, kann also nur durch ein Ende der galoppierenden Inflation in den USA wiederhergestellt werden. Ein rascher Abzug aus Vietnam wäre eine Möglichkeit - sie hängt nicht von Nixon, sondern vom FNL ab. Die zweite Möglichkeit ist eine Deflation auf dem Binnenmarkt der USA. Sie wird immer wahrscheinlicher, je schwindelerregender die Inflation und damit die Zinsen weiter steigen. Deflation hieße Protektionismus (Importstopp und träfe hauptsächlich Zone B.

Damit gewinnt eine schwere Krise in Zone B an Wahrscheinlichkeit. Auch in Zone B stehen nämlich die Karten sehr wacklig: während früher die Konjunkturzyklen der westeuropäischen Länder phasenverschoben liefen, so daß das jeweilige Land, das sich in Rezession befand, seine "Talsohle" durch Exporte zum Teil ausfüllen konnte (Italien 1963/64; BRD 1966/67), laufen sie jetzt (aufgrund außergewöhnlicher Ereignisse) parallel. 1968 trat Frankreich in die Rezession ein: das französische Proletariat ließ die Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung jedoch nicht wie ein Gewitter einfach über sich ergehen, es antwortete mit verschärftem Klassenkampf. Das zwang die französischen Kapitalisten dazu, mit Hilfe des Staates einen "ungesunden" Boom hervorzurufen, um das Proletariat zu "beruhigen". Ebenso wurde der italienische Boom im Herbst 1968, als er natürliche Tendenzen zum "Kippen" zeigte, künstlich verlängert. Der westdeutsche Boom dürfte nach einer verstärkt inflationären Periode, die bereits begonnen hat, im Herbst 1970 natürliche Tendenzen zum "Kippen" zeigen.

1970 (genaue Daten lassen sich natürlich nicht angeben, es kann sich auch über längere Zeit hinziehen) könnte also sehr wohl ein "schwarzes Jahr" für den Weltkapitalismus werden: in den USA droht Deflation und Protektionismus; Großbritannien scheint bereits jetzt in eine verschärfte Rezession einzutreten; der französische Boom, der auf einer Inflationsrate von nahezu 10 Prozent beruht, wird sicher "kippen"; schließlich geht auch die westdeutsche Konjunktur einer erneuten Tendenzwende (Vorzeichen gibt es möglicherweise bereits an der Börse) entgegen. Sollten all diese Rezessionen sich addieren, so würde daraus eine allgemeine, äußerst schwere Krise des westlichen Kapitalismus entstehen. Auch die von den Revisionisten angebotenen Sicherheitsventile könnten daran dann nichts Entscheidendes mehr ändern.

Marxisten-Leninisten machen nicht deshalb Analysen und Prognosen der Wirtschaftsentwicklung, um dann die Hände in den Schoß zu legen und auf den "Kladderadatsch" zu warten wie die Helden der II. Internationale und die heutigen Revisionisten. Die wichtigsten Erkenntnisse unserer Analyse bedeuten gerade das Gegenteil: ohne den langandauernden, heldenhaften Kampf des Volkes im südlichen Teil Vietnams, ohne den großen Streik des französischen Proletariats stände die Uhr des Kapitalismus heute nicht auf 5 Minuten vor zwölf. Zu den wichtigsten Karten im Gebäude des Kapitals gehören die Arbeiterklassen aller Länder und die übrigen ausgebeuteten Klassen. Diese "Karten" können sich ihrer Rolle bewußt werden und sich weigern, noch länger im Gebäude des Kapitals zu stecken.

Auch das deutsche Proletariat darf diesmal nicht wieder versagen! Arbeiten wir daran, daß es sich seiner Lage und Verantwortung bewußt wird!

WELTRAUMZIRKUS

Zwei Bürger der USA, die Astronauten Armstrong und Aldrin, landeten mit einer Fähre am 20. Juli, 21.17 h mitteleuropäischer Zeit, auf dem Mond. Für Tage waren Vietnam, der Nahost-Konflikt, ja selbst die unruhigen Studenten von den Titelseiten der Zeitungen verschwun-

den Presse, Rundfunk, Fernsehen, arbeiteten rund um die Uhr, um die Menschheit an diesem historischen "Jahrhundert-Ereignis" teilnehmen zu lassen. Endlich, so jubelte man, sei der uralte Menschheitstraum der Eroberung des Mondes verwirklicht worden und BILD verkündete emphatisch, daß jetzt der Mond ein Ami sei.

Nur, daß sich die "Amis", die amerikanischen Bürger dafür absolut nichts kaufen können. Denn im selben Augenblick, da der sensationelle Funkspruch von der erfolgreichen Landung auf dem Mond die Erde umlief, starben in den USA Menschen an Hunger, schrien Kinder nach Milch und Essen, nagte dumpfe Verzweiflung an den Herzen von Millionen Menschen, dieses angeblich "reichsten Landes der Welt".

Hundert Milliarden Dollar für ein technisches Zirkusunternehmen. Weitere hundert Milliarden Dollar für den Aggressionskrieg in Vietnam, während 10 Millionen im eigenen Land unter dem Existenzminimum leben, Millionen in Wellblechhütten und von Ratten verseuchten Mietskasernen hausen, sich 10jährige Kinder prostituieren, um das Nötigste zum Leben herbeizuschaffen, Menschen zu Mördern und Dieben werden, nur um überleben zu können. Ein getreues Abbild des USA-Imperialismus.

Man komme uns nicht mit dem Argument, immerhin habe das Weltraumprojekt 400 000 US-Bürgern Arbeit und Brot verschafft. Hitlers Autobahnen brachten auch 100 000 Deutschen Arbeit und Brot. Aber was war denn der Hauptzweck der Autobahnen? Die deutschen Imperialisten brauchten sie im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg, um ihre Truppen beweglich zu machen. Wozu brauchen die USA-Imperialisten ihre Mondraketen?

Neben seinen kriegsvorbereitenden Aspekten dient das Weltraumprojekt des US-Imperialismus vor allem dazu, sein schwer angeschlagenes Prestige wieder aufzumöbeln. Im eigenen Land hat das völlige Versagen der US-imperialistischen Aggressions- und Expansionspolitik die Entwicklung der Widersprüche und Krisen beschleunigt und dem revolutionären Volkskampf in allen Bereichen neuen Auftrieb gegeben. Der Kampf der farbigen Amerikaner, die sich ständig verschärfenden Streikkämpfe, der Widerstand der Studenten und breiten Volksmassen gegen den Aggressionskrieg in Vietnam, all das zeigt die Brüchigkeit der Herrschaft der amerikanischen Monopolbourgeoisie und bestätigt das Wort des Führers des Weltproletariats, des Genossen Mao Tsetung: "Unversöhnliche innere und äußere Widersprüche aller Art bedrohen den USA-Imperialismus täglich wie ein Vulkan; die USA-Imperialisten sitzen auf diesem Vulkan".

Was das "historische Jahrhundertereignis" betrifft, bliebe zu fragen 'wem nützt es'? Wem nützte die Entdeckung Amerikas durch Kolumbus? Den Bewohnern dieses Erdteils? Sie wurden grausam unterdrückt und hingemetzelt. Den europäischen Werktätigen? Sie hatten keinen Anteil daran. Die Reichtümer des neuen Erdteils flossen in die Taschen der spanischen Herrscher. Wem nützt das Betreten des Mondes? Den amerikanischen Werktätigen? Sie mußten mit ihren Steuergroschen die 100 Milliarden aufbringen. Den Nutzen zogen allein die Industriebosse und Manager, die riesige Summen an diesem Projekt verdienten.

Für uns gibt es in diesem Jahrhundert bisher nur zwei wirklich historische Ereignisse: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution, die Beseitigung der Herrschaft des Kapitalismus im ersten Land dieser Erde und die Große Proletarische Kulturrevolution, die Verhinderung der Restaurierung des Kapitalismus und die Eröffnung des Weges der Menschheit in die kommunistische Zukunft.

Vor 25 Jahren, am 18. August 1944, wurde Ernst Thälmann, der revolutionäre Vorsitzende der KPD vor 1933, im KZ Buchenwald von den Nazis ermordet. Aus diesem Anlaß bringen wir in der September-Ausgabe des ROTEN MORGEN den Artikel Ernst Thälmanns "Die Lehren des Hamburger Aufstandes".

Wichtige Nachricht

Soeben eingetroffen: LIN BIAO: "Bericht auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas". Broschiert, 120 Seiten im Taschenformat. Preis: 0,55 DM. Wir weisen noch einmal darauf hin, daß diese aktuelle überaus wichtige marxistisch-leninistische Schrift in allen Grundeinheiten der Partei studiert werden sollte.

Unser Verhæltnis zur DKP

"In der Maiausgabe ROTER MORGEN ist der NPD-Boss Adolf von Thadden mit dem DKP-Vorsitzenden Kurt Bachmann verglichen worden. Ich halte das für einen groben Fehler!

Natürlich ist Kurt Bachmann als Vorsitzender der revisionistischen DKP ein Arzt am Krankenbett des Kapitalismus, natürlich sind die Revisionisten eine Agentur des Klassengegners in der Arbeiterklasse, aber deshalb gleich den Boss der neuen Nazis, von Thadden, mit Kurt Bachmann zu vergleichen muß jeder, auch der KPD/ML wohlgesonnene DKP-Genosse,als Beleidigung empfinden. Was man auch über den Revisionisten Bachmann Negatives zu berichten weiß, eines aber sicher nicht: daß er mit den Faschisten paktierte oder paktiert. Er war immerhin jahrelang in faschistischen Konzentrationslagern und hat deshalb unter der Herrschaft der Faschisten enormes persönliches Leid erfahren und schon allein deshalb damals Gutes im Sinne der deutschen Arbeiterbewegung geleistet. Natürlich wiegt das nicht seinen heutigen Verrat auf. Der muß ganz klar analysiert und verurteilt werden, aber auf gar keinen Fall in dieser falschen Form. Wenn wir die guten Genossen der DKP für die KPD/ML gewinnen wollen, müssen wir uns vor solchen Fehlern hüten, denn das kann unsere gesamte Überzeugungsarbeit innerhalb der DKP zunichte machen. Ich bitte Euch deshalb das zu berichtigen und es in Zukunft zu vermeiden."

Vorstehende Kritik übersandte uns ein Kölner Genosse unserer Partei.Benutzen wir sie, um unser Verhältnis zur DKP/KPD - was in Wirklichkeit eins ist - zu untersuchen. Um welchen Satz im ROTEN MORGEN handelt es sich. Zitieren wir wörtlich: "Zwar unterscheidet Bachmann & Co. nichts von von Thadden, Strauß, Kiesinger usw., mit denen sie gemeinsam auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, aber alles von Marx, Engels und Lenin, auf die sie sich heuchlerisch berufen."

Der Vergleich Bachmanns mit von Thadden ist es also, der den Kölner Genossen stört. Er selbst unterscheidet, indem er vom NPD-Boss und sachlich vom DKP-Vorsitzenden spricht. Vorsitzender also. Wir können es uns leicht machen und Lenin oder auch Stalin zitieren, die sich nicht scheuten, von ähnlichen Figuren wie Bachmann von Lakaien, parlamentarischen Kretins und Schuften (in Bezug auf Kautsky) zu sprechen. Oder will der Genosse den chinesischen Genossen den Vorwurf machen, daß sie Breshnew und Kossigin mit den alten imperialistischen Zaren vergleichen? Was würde er sagen, wenn morgen die neuen Zaren im Kreml einen Aggressionskrieg gegen die Volksrepublik China entfachen und "Vorsitzender" Bachmann ihnen jubelnd Beifall zollt?

Natürlich muß man differenzieren und kann nicht alles in einen Topf werfen. Insofern hat auch der Kölner Genosse recht. Zu kritisieren bezüglich des Satzes im ROTEN MORGEN ist auf jeden Fall das Wort "nichts". Natürlich gibt es Unterschiede zwischen Bachmann einerseits und von Thadden, Strauß und Kiesinger andererseits. Zum Beispiel von den Letztgenannten weiß ein groß Teil der deutschen Arbeiterklasse, daß sie die Vertreter der Interessen der Monopolbourgeoisie sind. Vom Erstgenannten weiß sie das nicht. Das aber macht das Wirken solcher Personen wie Bachmann so gefährlich, daß sie mit ihrer proletarischen Vergangenheit, ihrer Inhaftierung hausieren gehen, um ihre Verräterrolle zu verschleiern. Auch Kautsky und Trotzki hatten, bevor sie zu Verrätern an der Sache des Proletariats wurden, Beträchtliches im Sinne des Sozialismus geleistet - und auch der Renegat Wehner war in Emigration und einstmals Politbüro-Mitglied der KPD.

Der Kölner Genosse behauptet, daß Bachmann nicht mit den Faschisten paktierte oder paktiert. Daß er mit ihnen früher nicht paktierte ist anzunehmen, seine Vergangenheit beweist es. Ob er heute mit ihnen paktiert, bliebe zu untersuchen.

Bachmann & Co. werden natürlich energisch von sich und auf ihren Kampf gegen die NPD hinweisen, wenn man sagen würde, sie paktierten mit Faschisten. Aber wer sagt denn, daß die offen auftretenden NPDler die einzigen Faschi-

sten in der Bundesrepublik sind. Wer sagt denn, daß die offene Faschisierung der Bundesrepublik, die Umwandlung in einen faschistischen Staat über die NPD kommen muß. Viel eher ist anzunehmen und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es die derzeit herrschenden Kräfte in der CDU/CSU sein werden, die ihren Ausweg aus der Krise in der Errichtung einer faschistischen Diktatur suchen werden. Mit ihnen aber paktieren Bachmann & Co. in dem Sinne, daß sie es unterlassen, die Arbeiterklasse, die breiten Volksmassen zum revolutionären Sturz dieser Kräfte aufzurufen und zu organisieren. Stattdessen faseln sie vom friedlichen Übergang zum Sozialismus auf parlamentarischem Weg, leugnen die Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletaritas und versuchen den Massen einzureden, daß es notwendig sei, die "Demokratie" zu erhalten und zu verbessern. Damit verfolgen sie genau die Linie der modernen Revisionisten in der KPF und KPI.

Nur in etwas unterscheidet sich die DKP/KPD von diesen Parteien. Das ist ihre sklavische Haltung gegenüber den Sowjetrevisionisten. Das zeigte sich wieder einmal deutlich anläßlich des revisionistischen Gipfeltreffens in Moskau. Versuchten andere Parteien im Zusammenhang mit den von den Sowjetrevisionisten geführten wütenden Angriffen gegen das sozialistische China, aus welchen Gründen auch immer, Zurückhaltung zu üben, beeilten sich die deutschen Revisionisten eifrig den Bonzen im Kreml zu applaudieren.

W. Ulbricht, SED:"Wir sind zutiefst betroffen und empört, über die aggressiven militärischen Vorstöße, die von der chinesischen Führung an der sowjetisch-chinesischen Grenze organisiert werden."

G. Danelius, SEW: "Wir sind auch völlig einverstanden mit dem Teil der Rede Leonid Breshnews, in der er die abenteuerliche und Spalterposition der Führung der KP Chinas einer prinzipiellen Kritik unterzieht."

M. Reimann, KPD: "Wer tagaus, tagein die Sowjetunion und die Partei Lenins verleumdet, wer ohne Unterlaß und in immer größerem Ausmaß bewaffnete Grenzprovokationen gegen das stärkste Land des Friedens und des Sozialismus anzettelt, der benutzt das Wort 'Sozialismus' nur dazu, seine nationalistische Großmachtpolitik zu tarnen."

Nationalistische Großmachtpolitik? Daß wir nicht lachen. Wer hat denn seine Truppen in anderen Ländern stationiert?

Den Revisionisten hinter den Spiegel

"Wir", die revolutionären Marxisten, haben vor dem Volk nie solche Reden gehalten, wie es die Kautskyaner aller Nationalitäten zu tun pflegen, die vor der Bourgeoisie liebedienern, sich dem bürgerlichen Parlamentarismus anpassen, den bürgerlichen Charakter der heutigen Demokratie verschweigen und nur ihre Erweiterung, ihre restlose Durchführung fordern.

"Wir" haben der Bourgeoisie gesagt: Ihr Ausbeuter und Heuchler sprecht von Demokratie, aber zugleich legt ihr der Teilnahme der unterdrückten Massen an der Politik auf Schritt und Tritt tausend Hindernisse in den Weg. Wir nehmen euch beim Wort und fordern im Interesse dieser Massen die Erweiterung eurer bürgerlichen Demokratie, um die Massen zur Revolution vorzubereiten, um euch Ausbeuter zu stürzen. Und wenn ihr Ausbeuter versuchen solltet, unserer proletarischen Revolution Widerstand zu leisten, so werden wir euch erbarmungslos niederschlagen, werden euch entrechten, mehr noch: wir werden euch kein Brot geben, denn in unserer proletarischen Republik werden die Ausbeuter rechtlos sein, Feuer und Wasser wird ihnen entzogen werden, denn wir sind im Ernst Sozialisten und nicht im Scheidemannschen oder Kautskyschen Sinne.

So haben "wir" gesprochen und so werden "wir" revolutionären Marxisten sprechen, und eben darum werden die unterdrückten Massen für uns und mit uns sein, die Scheidemann und Kautsky dagegen werden auf dem Misthaufen des Renegatentums enden.

(Lenin, Bd. 28, S. 280)

China oder die Sowjetunion? Wer fiel mit seinen Truppen in die CSSR ein? China oder die Sowjetunion? Wer haut die "Bruderländer" und Völker der Dritten Welt im Handel - Verkauf von Industrieprodukten weit über, Einkauf von deren Erzeugnissen unter dem Weltmarktpreis - übers Ohr? China oder die Sowjetunion? Wer liefert dem blutbesudelten indonesischen Regime die Waffen zur Verfolgung indonesischer Freiheitskämpfer und Kommunisten? China oder die Sowjetunion? Rüstet China die imperialistische Bundesrepublik zum Angriff auf die Sowjetunion mit Kampfflugzeugen aus oder die Sowjetunion das reaktionäre Regime Indiens zum Angriff auf die Volksrepublik China?

Die Sowjetrevisionisten sind es, die, während sie mit dem US-Imperialismus liebäugeln, Abkommen und Absprachen treffen, ihren Hauptfeind in der Volksrepublik China sehen. Ulbricht, Danelius, Reimann und Bachmann aber sind ihre sklavischen Nachbeter, die bedenkenlos alle Prinzipien des Marxismus-Leninismus über Bord werfen, wann immer der große Bruder im Kreml es ihnen befiehlt.

Sie behaupten gegen das Widererstehen des Faschismus in der Bundesrepublik zu kämpfen und haben durch ihre revisionistische Politik, die es ihnen nicht erlaubte, der westdeutschen Bevölkerung ein echtes marxistisch-leninistisches Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes vorzulegen, das Widererstarken der faschistischen Kräfte erst ermöglicht. Statt die Wiederzulassung der Partei zu erkämpfen, haben sie sie in lakaienhafter Untertänigkeit beim Klassengegner erbettelt. Das ist das erstemal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, daß eine Partei, die sich kommunistisch nennt, ihre Gründung der Absprache und Zusammenarbeit mit dem reaktionären bürgerlichen System verdankt.

Ebenso werden sie nicht müde, wieder und wieder bei der westdeutschen Bourgeoisie vorstellig zu werden, sie möge doch endlich die DDR, den ersten "Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden", anerkennen. Wäre die DDR heute noch ein Arbeiter- und Bauernstaat, hätte er es nicht nötig, bei der Bourgeoisie immer wieder um seine Anerkennung zu betteln. Was schert es einen Arbeiter und Bauern, ob ihn der Klassengegner anerkennt oder nicht. Wären sie noch Marxisten-Leninisten, hätten sie wie wir die Errichtung eines einigen sozialistischen Deutschland auf ihre Fahnen geschrieben. So aber kämpfen sie für die Aufrechterhaltung des Status Quo, der Teilung Deutschlands. Natürlich, sie dürfen nicht. Denn vor nichts in der Welt haben ihre revisionistischen Auftraggeber im Kreml mehr Angst, als vor einer einigen, unabhängigen, sozialistischen Volksrepublik Deutschland. Somit haben die Führer der DKP/KPD nicht nur den Marxismus-Leninismus verraten, indem sie die Lehre ihres revolutionären Geistes beraubte, sie verriet auch schamlos auf Weisung ihrer sowjet-revisionistischen Bosse die Interessen des deutschen Volkes.

So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß die Bachmann, Erlebach, Polikeit, Mies, Ahrens und Konsorten wutschäumend das Auftreten der Marxisten-Leninisten in der Bundesrepublik verfolgen, auf die sich ihr ganzer Haß konzentriert. Auch damit folgen sie getreu ihren Vorgängern, den Verrätern der II. Internationale, die ihren Hauptfeind in der Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns sahen. Während sie verbal, also in Worten, den Klassenfeind, die NPD, CDU/CSU bekämpfen und der völlig verbürgerlichten SPD am liebsten in den Hintern kröchen, wenden sie gegenüber den Marxisten-Leninisten in der Bundesrepublik und Anhängern der Außerparlamentarischen Opposition Methoden des Terrors an und verbünden sich zu diesem Zweck selbst mit der Polizei - wie der Vorfall in Mannheim beweist, als sie mit der Polizei eine Kette bildeten, um das Vordringen der Demonstranten in das Amerikaviertel zu verhindern. Besonders krass zeigte sich ihr reaktionär-terroristisches Verhalten anläßlich des diesjährigen Ostermarsches. Durch das Auftreten der KPD/ML und der Roten Garden in mehreren Städten Westdeutschlands in Panik versetzt, wandten sie, anstatt sachlich mit uns über die verschiedenen Ansichten zu diskutieren, Methoden an, die man sonst nur von NPD-Ordnern erwartet. Überall wo nur ein Plakat mit dem Bild des Genossen Mao Tsetung auftauchte oder die Genossen durch Abzeichen als Anti-Revisionisten zu erkennen waren, wurden sie

beschimpft und tätlich angegriffen. Das Revisionistenblättchen "UZ" giftete im BILD-Zeitungsstil und rief zum Terror gegen die "Maoisten" auf.

Die gleichen Leute, die Bachmann & Co., die ihre SA-Schläger auf uns hetzen, beschuldigten uns anschließend der Spalterei und des Sektierertums. Wir erklären eindeutig, daß wir mit allen fortschrittlich und revolutionär gesinnten Kräften zusammenarbeiten wollen, und daß wir über eventuell bestehende Differenzen diskutieren wollen und uns dagegen aussprechen, dem Gegner eine Möglichkeit zu geben, unsere Bewegung zu spalten. Wir stehen nach wie vor zu dieser Haltung. Die Erfahrung hat allerdings gezeigt, daß die Revisionisten nicht bereit sind, über Meinungsverschiedenheiten zu diskutieren. Sie benutzen ihre Fäuste, um Ansichten, die nicht den ihren gleichen, zu unterdrücken. Diese Haltung zeigt, daß sie selbst nicht an das glauben, was sie sagen. Ihre Handlungen beweisen, daß sie Angst haben, entlarvt zu werden.

Während der Demonstration am 30. März zeigte es sich deutlich, daß die Revisionisten keine Chance haben, die APO zu manipulieren. So wurden zum Beispiel eine große Anzahl Bilder des Genossen Mao Tse-tung getragen. Verschiedene Demonstranten schwenkten das "Rote Buch". Durch die Provokationen der Revisionisten empört, riefen sie Sprechchöre wie "Was sind DKPisten - weder deutsch noch Kommunisten", "Wer hat uns verraten - DKP-Renegaten", "Revisionismus führt zum Faschismus" - Revisionismus muß weg, "Mit DKP-Etablishment wird der Klassenkampf verpennt" und "Mao, Mao Mao Tsetung".

Doch zurück zum Ausgangspunkt unserer Betrachtung, zum Brief des Kölner Genossen. Natürlich müssen wir differenzieren. Es fragt sich nur zwischen wen und wen. Natürlich werden wir die Werktätigen in der DKP/KPD, die kleinen und mittleren Funktionäre nicht als unsere Feinde behandeln. Sie sind unsere Klassenbrüder, mit denen wir uns sachlich auseinandersetzen müssen, denen wir geduldig und beharrlich wieder und wieder aufzeigen müssen, worin der Verrat ihrer Führung besteht. Keinesfalls aber werden wir Typen wie Bachmann, Erlebach und Konsorten, die die Arbeiterklasse und Außerparlamentarische Bewegung vom revolutionären Kampf abzuhalten trachten, schonen - und mögen sie eine noch so "gute" Vergangenheit haben. Das sind wir den Genossen unserer Partei, die lange Jahre im KZ saßen und der Sache des Marxismus-Leninismus treu blieben, schuldig. Zur Kritik des Kölner Genossen müssen wir jedoch sagen, daß sie Elemente des Opportunismus enthält. Was bedeutet das? Der Genosse Stalin sagte dazu: "Das bedeutet, daß es außer dem offenen Opportunismus noch einen verhüllten Opportunismus gibt, der sich scheut, sein wahres Gesicht zu zeigen. Das ist eben der Opportunismus, der im Versöhnlertum gegenüber der rechten Abweichung besteht."

(Stalin, Bd. 11 S.263)

Fassen wir noch einmal zusammen: Wir haben kein Interesse daran, die Außerparlamentarische Bewegung zu spalten. Wir werden jedoch konsequent gegen alle Bestrebungen ankämpfen, diese Bewegung durch sozialdemokratische Phrasen zu zersetzen. Es ist unbedingt notwendig, daß sich alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte fest zusammenschliessen zu einer antifaschistischen, anti-imperialistischen, anti-revisionistischen revolutionären Einheitsfront.

Der Terror wächst

Wann immer in der Bundesrepublik etwas passiert, zum Beispiel der Überfall auf das Bundeswehrdepot bei Lebach, das Explosionsunglück in Hannover-Linden, sofort wird es der Außerparlamentarischen Opposition in die Schuhe geschoben. Bewußt soll hier eine Pogromstimmung gegen die gesellschaftskritischen Kräfte erzeugt werden. Die Folgen bleiben nicht aus. In zunehmendem Maße steigert sich die Brutalität der Polizei in ihrem Vorgehen gegen jene, die das Recht auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit in Anspruch nehmen. Die unausbleibliche gerechtfertigte Reaktion: Die Unterdrückten antworten in zunehmendem Maße auf die konterrevolutionäre mit revolutionärer Gewalt. So wurden in Nürnberg anläßlich einer Kundgebung mit Altnazi Kiesinger und Franz-Josef Strauß 9 Polizisten außer Gefecht

gesetzt. Als es anläßlich des Abtransportes von Kriegsdienstverweigerern aus Westberlin nach Westdeutschland zu einer Straßenschlacht zwischen Demonstranten und Polizei auf dem Kuhdamm kam, antworteten die Protestierenden auf den Terror der Polizei, die 25 Demonstranten verletzte, darunter ein 17jähriges Mädchen, das einen Schädelbruch erlitt, mit dem Bau von Barrikaden. 32 Polizeifahrzeuge wurden beschädigt und im Gegenangriff 96 Polizisten außer Gefecht gesetzt.

Der Staat in dem wir leben

Die Grünthal-Chemie, die durch ihr Arznei-Präparat Contergan, das zur Verkrüppelung zahlreicher Kinder führte, immense Gewinne einheimste, ließ durch ein Detektivbüro einen Arzt überwachen, der als erster auf Nervenschäden nach Contergan hingewiesen hatte. Um Gewinn zu erzielen, geht der Kapitalismus nicht nur über verkrüppelte Kinder, sondern auch über Leichen.

*

Was es mit der Förderung des Eigenheimes auf sich hat, ließ der frühere Wohnungsbauminister Paul Lücke erkennen, als er auf einem CSU-Wohnungskongreß in München erklärte, daß die Eigenheimbesitzer als Besitzende in besonderem Maße staatsbewußte Bürger geworden seien, während die Mieter von Wohnungen eben noch besitzlose Proletarier seien. Im übrigen erhöhte sich die Durchschnittsmiete von 1960 bis 1968 um 140 %.

*

Als "eine große Schule der Nation" bezeichnete Altnazi Kiesinger die Bundeswehr. Das taten andere schon vor ihm. Der eine starb im Exil, der andere vergiftete sich mit Zyankali.

*

Nach den Vorfällen in Japan, als in Okinava Anfang Juli ein Behälter der US-Truppen mit Nervengas undicht und über 20 Menschen schwer verletzt wurden, wurde bekannt, daß auch in Westdeutschland Artilleriegeschosse und Bomben mit tödlichem Nervengas lagern. Man sollte "japanisch" reagieren.

*

Die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik haben sich im ersten Halbjahr 1969 um 1,7 % verteuert. Für Rentner und kinderreiche Familien liegt die Verteuerung zwischen 2,7 und 4,1 %. Zum Herbst, nach den Bundestagswahlen, ist mit einer Preislawine zu rechnen, die alles bisher dagewesene in den Schatten stellt.

*

Nach dem Mansholt-Plan sollen bis 1974 in der EWG der Bestand an Milchkühen um 3 Millionen verringert werden, 5 von 10 Millionen Bauern die Höfe verlassen, 5 Millionen Hektar Acker- und Weideland stillgelegt werden.

Für die Bundesrepublik bedeutet das, daß die gegenwärtige Zahl von 1 Million landwirtschaftlicher Betriebe (Nebenerwerbsbetriebe eingeschlossen) mit 3 Millionen Beschäftigten auf 50.000 Betriebe mit 250.000 Beschäftigten verringert wird.

*

Von 124.300 Arbeitslosen, die Mitte Mai dieses Jahres registriert waren, sind 77.000 oder 62 % 45 Jahre und älter. Für sie besteht kaum noch Aussicht, je wieder Arbeit zu bekommen.

*

Während 1.030 Rossenray Bergleute 1968 insgesamt ein Weihnachtsgeld von 700.000 DM erhielten, kassierte Arndt von Bohlen und Halbach eine Förderrente von nicht weniger als 1,8 Millionen DM, obwohl er für das Unternehmen nie einen Finger krümmte.

...und schon geht Springer an die Front

Die Preiswelle beginnt: am 1. Juni machte die Erfrischungsgetränkeindustrie (COCA-COLA und Konsorten) frisch und fröhlich den Anfang mit "fruuuchtigeren" Preisen. So etwas wirkt natürlich auf die Massen: "Wenn die einen erstmal anfangen, dann kommen die anderen bald hinterher", sagt sehr richtig die Hausfrau im Laden. Es wirkt nicht gut für die Bourgeoisie.

Also schickt sie BILD AM SONNTAG an die Front. WER DURST HAT, SOLL BETROGEN WERDEN! schreit die erste Seite. Das

ist fast richtig, aber auch nur fast: "Wer Durst hat" (und wer Hunger hat, und wer eine Wohnung braucht, und wer Kleidung braucht usw.), der ist im Kapitalismus immer schon betrogen. Springer tut dagegen so, als ginge es auch anders, als wären bestimmte, bösartige Individuen daran schuld. "Zwar erhöhen die großen Getränkefirmen von heute an im Laufe des Monats Juni die Preise für Mineralwasser und Erfrischungsgetränke. Aber nur - nach Flaschengröße - von eins bis vier Pfennig! Der Verbraucher müßte also nur vier bis sechs Pfennig mehr zahlen. Doch was machen gewinnsüchtige Gastwirte? Sie drehen an der Preisschraube für den Durst."

So BILD AM SONNTAG. Also: daß die grossen Getränkeproduzenten, die MONOPOLE, die Preise erhöhen, das ist normal, das wird gar nicht erst diskutiert (wie sollte es auch: Springers Monopol hackt den anderen Monopolen kein Auge aus: man braucht ja ihre Anzeigen!) - schuld sind die kleinen "gewinnsüchtigen" Gastwirte (Monopole sind nie "gewinnsüchtig", sie können nur "gestiegene Lohnkosten durch Rationalisierung nicht mehr auffangen"). Gegen diese Gastwirte sucht BILD AM SONNTAG die Wut der Massen zu richten: BEKÄMPFT DIE PREISTREIBER! fordert es seine Leser auf und meint damit - die Gastwirte!

Die Arbeiter haben aber keine Zeit und kein Geld dazu, sämtliche Wirtshäuser zu besuchen, um die "Preistreiber" zu finden. Sie wissen schon, wo die stekken. Und sie verwenden deshalb ihre kostbare Zeit, dort zu kämpfen, wo es sich lohnt: in den Betrieben, in denen sie arbeiten, gegen ihre eigenen kapitalistischen Bosse, die alle samt unter einer Decke stecken!

SOWJETREVISIONISTEN AUF KRIEGSKURS

Unablässig setzt die sowjet-revisionistische Renegaten-Clique ihre bewaffneten Provokationen an der chinesischen Grenze fort. So drangen am 8. Juli 1969 in der Zeit von 8.30 Uhr bis 16.20 Uhr fünf sowjetische Schiffe und Kanonenboote nacheinander in das Gebiet der Pacha-Insel in chinesisches Territorium ein. Ohne den geringsten Grund wurden von den Schiffen auf die chinesischen Einwohner und Volksmilizsoldaten geschossen, die diese Insel bestellen. Außerdem drangen sowjetische Flugzeuge im Laufe von sechs Einsätzen in den Luftraum über der Pacha-Insel und dem Dorf Pacha ein und bedrohten dieses Gebiet.

Die chinesischen Volksmilizsoldaten haben in legitimer Selbstverteidigung das Feuer gegen die sowjetischen Truppen erwidert, die mit dem Ziel der Provokation eingedrungen waren.

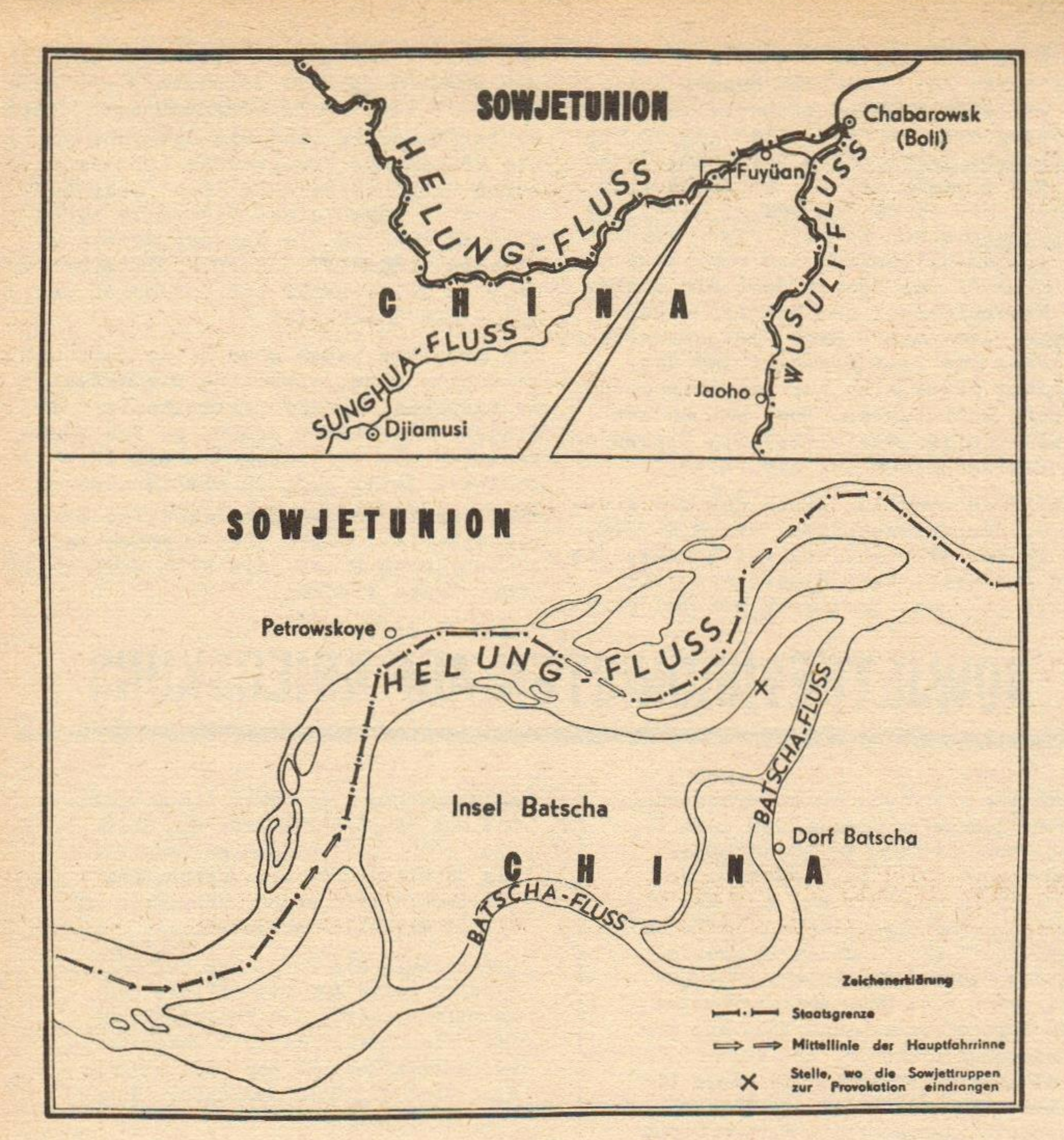
Im "chinesisch-russischen Vertrag von Aigun" und im "chinesisch-russischen Vertrag von Peking", zwei ungleichen Verträgen, die China vom russisch-zaristischen Imperialismus aufgezwungen wurden, wird festgesetzt, daß die chinesisch-russische Grenzlinie dem Fluß Heilung folgt. Nach den Grundsätzen des allgemein anerkannten internationalen Rechts gilt immer die Mittellinie des Hauptfahrwassers als Grenzlinie, wenn ein schiffbarer Wasserlauf als Grenze dient. Die Zugehörigkeit von Inseln wird gemäß ihrer Lage zu dieser Mittellinie festgelegt.

Die Pacha-Insel liegt auf der chinesischen Seite der Mittellinie des Hauptfahrwassers des Heilung-Flusses. Sie untersteht seit jeher der Gerichtsbarkeit Chinas und ist unbestreitbar ein Teil des chinesischen Territoriums.

Immer wieder ist es die gleiche Methode, mit der die Sowjetrevisionisten vorgehen. Welchen Zweck verfolgen sie mit ihren bewaffneten Provokationen an der Grenze zur Volksrepublik China, welche Absichten sind damit verbunden?

Einmal versuchen sie durch solche Provokationen in der Weltöffentlichkeit - indem sie schamlos die Tatsachen verdrehen - Stimmung gegen das sozialistische China zu machen.

Zweitens versuchen sie sich dadurch beim US-Imperialismus als treue Komplizen zur Unterdrückung des revolutionären Kampfes der Völker,



der von der Volksrepublik China die stärksten Impulse erhält, anzubieten.

Drittens versuchen sie die Volksrepublik China zu einem Gegenschlag zu provozieren, um einen Grund für einen massiven Überfall, einen Blitzkrieg gegen China zu haben.

Sie wandeln, wie soll man es anders sagen, auf Hitlers Spuren. Auch dieser versuchte, bevor er seinen Blitzkrieg in Polen startete, die Weltöffentlichkeit und das eigene Volk psychologisch auf den Krieg vorzubereiten. Monatelang wurde über angebliche Greueltaten von Polen berichtet, bis man mit dem Überfall auf den Sender Gleiwitz, von Deutschen in polnischer Uniform selbst ausgeführt, den äußeren Vorwand für den Angriff auf Polen schuf. Sicher wird den neuen Zaren im Kreml auch in dieser Hinsicht noch einiges einfallen.

Vorläufig aber haben sie Pech mit ihrer Berichterstattung über die angeblichen chinesischen Provokationen. Schon nach ihrem Überfall am 2. März auf die chinesische Insel Dschenbao konnten sie sich über die Art der Berichterstattung nicht einig werden, was dazu führte, daß sie auf einer Pressekonferenz am 7.3. den staunenden Journalisten mehrere Versionen des Überfalls anboten. Das gleiche Schicksal ereilte sie wieder anläßlich

ihres Überfalls auf Batscha. Wieder einmal wußte die Rechte nicht, was die Linke tat.

In ihrer Protestnote vom 8.Juli behaupteten die Sowjetrevisionisten "eine Gruppe von bewaffneten Chinesen" hätte die "Staatsgrenze der UdSSR verletzt" und sei "auf den sowjetischen Teil" der Insel Batscha vorgestoßen.

Wenn das stimmen sollte, müßte die Hauptschiffahrtslinie, die nach internationalem Recht die Grenze auf Grenzflüssen bildet, mitten durch Batscha gehen, so daß es einen sowjetischen und einen chinesischen Teil gäbe. Dieser Fauxpas muß aber den Sowjetrevisionisten selbst schon aufgestoßen sein, so daß sie einen Tag später, am 9. Juli, durch TASS die neue Meldung verbreiten ließen, nach der sie die chinesische Insel Batscha kurzerhand völlig zu sowjetisches Eigentum erklärten. Wieso aber chinesische Bauern auf der "russischen Insel" die Felder bestellten, erklärte man damit, das wäre ihnen durch eine zweiseitige Vereinbarung erlaubt. Kurz darauf präzisierte man, daß es ihnen im russischen Teil der Insel erlaubt sei. Soviel Worte, soviel Lügen.

Was die revisionistische Renegaten-Clique im Kreml auch sagen mag, Fakt ist, daß sie einen Krieg gegen die Volksrepublik China vorbereiten. Zu diesem Zweck wurden bisher an der chinesischen Grenze in Kasachstan und Zentral-Asien riesige Mengen Kriegsmaterial bereitgestellt und rund 1 Million Mann stationiert. Die Mongolei wurde in ein einziges Heerlager verwandelt, strategische Straßen gebaut, Raketenabschussrampen errichtet. Immer offener wird seitens der sowjetrevisionistischen Militärs mit einem atomaren Präventivschlag gedroht.

Immer offener zeigt sich hier das von Lenin kritisierte Verhalten der Sozialimperialisten. Sozialisten in Worten, Imperialisten in der Tat. Die Sowjetrevisionisten sehen sich von so vielen inneren und äußeren Widersprüchen bedroht, daß sie in der klassischen Manier der Imperialisten ihr einziges Heil in der Entfesselung eines Angriffs- und Eroberungskrieges sehen. Nur ist das sozialistische China nicht die CSSR, der Brocken ist für sie zu groß. Sollten sie versuchen, ihn zu schlucken, werden sie mit Sicherheit daran ersticken.

Russische Offerte an Washington

"Scharfe Attacken Moskaus auf Peking. Milde Töne gegenüber Washington und Bonn", so und so ähnlich lauteten die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse am 11. Juli 1969 anläßlich des "Politischen Grundsatzreferats", das Außenminister Gromyko am Vortag vor dem "Obersten Sowjet" gehalten hatte.

Nur wenige Wochen waren vergangen, als die Breshnew & Co. den auf dem revisionistischen Gipfeltreffen beschworenen "Kampf gegen den Imperialismus", zu dem sie alle einen wollten, über Bord warfen. Ihr offenes Angebot zur sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit und Freundschaft, ihr Liebäugeln mit den Bonner Revanchisten und die Kriegsdrohungen gegen das revolutionäre China, enthüllten wieder einmal ihren verräterischen Charakter.

Nicht einmal vier Wochen hatte die Moskauer Führung gebraucht, die Maske ihrer "anti-imperialistischen" Maskerade der Moskauer Revisionistenkonferenz fallen zu lassen. Treffend schrieb die "Süddeutsche Zeitung" am 15.7.69 in einem Kommentar: "Jene Moskauer Konferenz war für die sowjetische Führung auch eine Probe auf die Verläßlichkeit des sogenannten sozialistischen Lagers; sie wollte wissen, wie weit die Bruderparteien mitgehen würden, und was ihnen noch zuzumuten sei."

Jetzt haben sie den Salat. Mitgehangen - mitgefangen. Ob es jemand paßt oder nicht, die Breshnew und Konsorten proklamieren nun ganz offen ihre konter-

Waffen sind im Krieg ein wichtiger Faktor, jedoch nicht der entscheidende; der entscheidende Faktor sind die Menschen, nicht die Dinge. Das Kräfteverhältnis ist nicht nur durch das Verhältnis der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte gegeben, sondern auch durch das Verhältnis der Menschenreserven und der moralischen Kräfte der Menschen. Die militärischen und wirtschaftlichen Kräfte müssen von Menschen gehandhabt werden.

Mao Tse-tung

revolutionäre Globalstrategie und bedienen sich dabei auch der gewollten oder ungewollten Rückendeckung durch jene, die an der Moskauer Konferenz als Delegierte oder "Beobachter" mitwirkten. Werden sich diese "autonomen" Revisionisten nun öffentlich distanzieren und Selbstkritik üben, werden sie sich gegen den Mißbrauch ihres Namens, gegen die Entstellung ihrer Ziele und Absichten wehren? K a u m - denn wenn auch von unterschiedlicher Schattierung, sind sie eben doch R e v i s i o n i s t e n, Feinde der Revolution und des Marxismus-Leninismus.

Dennoch werden die Bäume der Moskauer Führer nicht in den Himmel wachsen. Keine auch noch so innige Zusammenarbeit der sowjetischen Revisionisten mit dem USA-Imperialismus kann die Wellen der in allen Kontinenten ansteigenden Flut der nationalen und sozialen Befreiungsbewegung brechen, nichts die proletarische Weltrevolution verhindern.

Revisionistisches:

Den Sowjetrevisionisten zur Hilfe eilte das USA-Außenministerium in Washington, als es entschieden einen Bericht der Juli-Ausgabe des "Readers' Digest" dementierte, nach dem die Sowjetregierung an der Aufbringung des US-Spionageschiffes "Pueblo" vor der Küste Nordkoreas beteiligt gewesen sein soll.

+

In Ostberliner Antiquariaten wird offen reaktionäre, ja selbst faschistische Literatur aus den 30iger Jahren angeboten. Beispiel: "Das Jahr 1913", ein wilhelminischen Teutonenstolz versprühendes Jahrbuch vom Vorabend des I. Weltkriegs; "Das Ehrenmal der gefallenen Dichter", Erscheinungsjahr 1935; Bindings "Keuschheitslegende"; "Die neue Stadt", 1935, eine Verherrlichung hitlerischen Baustils, Vorwort: Alfred Hugenberg; Josef Nadlers "Das stammhafte Gefüge des deutschen Volkes", München 1934 usw. usf.

+

Wie das Parteiblatt "Nepszabadsag" berichtet, blüht in Ungarn der Menschenhandel. Landwirtschaftliche Genossenschaften verleihen Arbeitskräfte an die Industrie und heimsen dafür Übergewinne ein. Der Betriebsrat der Ikarus-Autowerke: "Nachdem ich den Vertrag (mit der Genossenschaft) unterschrieben hatte, bemerkte ich dazu, daß wir damit nicht nur einen, sondern mehrere Schritte rückwärts getan haben; vom Sozialismus zum Menschenhandel."

+

In der CSSR bei Brünn ist in Verbindung mit dem US-Konzern der Bau einer Coca-Cola-Fabrik begonnen worden, die noch in diesem Sommer ihren Betrieb aufnehmen soll.

+

Dem Repräsentanten der imperialistischen Bundesrepublik, Bundespräsident Heinemann, wurde durch Sowjetbotschafter Zarapkin im Auftrag des sowjetischen Staatschefs Podgorny zu seinem 70. Geburtstag ein Geschenkkorb mit 50 dunkelroten Rosen, Kaviar, Krim-Sekt und Wodka überreicht.

+

Aus dem westdeutschen Revisionistenblättchen "UZ": "Der Hamburger Jugendring wendet sich mit einem Aufruf zur Bundestagswahl an die Jungwähler unserer Stadt und fordert sie auf, die demokratischen Parteien zu stärken und der NPD nicht ihre Stimme zu geben." - Also auch der "demokratischen" CDU/CSU.

+

900 Tonnen des auf dem Weltmarkt sehr begehrten kriegswichtigen Titan-Erz, das zum Bau von Flugzeugen und Raketen dringend benötigt wird, hat vor kurzem ein sowjetischer Frachter im US-Hafen Seattle gelöscht.

+

Um das Nachdruckrecht für den Bonner Sex-Atlas bemühen sich nach Mitteilung des Bundesgesundheitsministeriums u.a. die Sowjetunion, die CSSR, Rumänien und Ungarn.

+

Die sogenannten UFOS, Unbekannte Flugobjekte oder auch 'Fliegende Untertassen', die wie in früheren Jahren das

Seeungeheuer von Loch Neß der Bourgeoisie und ihrer Presse dazu dienen, die Werktätigen von Zeit zu Zeit von ihren täglichen Sorgen und ihrem Kampf gegen die herrschende Klasse abzulenken, haben jetzt auch Einzug in die Sowjetunion gehalten. Es wurde eine Studienkommission gebildet, die sich "wissenschaftlich" mit dem Quatsch der fliegenden Untertassen auseinandersetzen soll. Zwar lehnt man Meldungen, nach denen - wie von der "Prawda" berichtet, ein Mann in Usbekistan von einer Raumschiffsbesatzung der Venus nach den nächsten Bonbonladen gefragt worden sein soll, noch ab, ansonsten aber ist man bereit, die außerirdischen von 18 fest angestellten und 200 freiwilligen Kräften beobachten zu lassen.

"LYRIK" À LA BRESHNEW

Immer wieder gibt es naive Menschen, die den Marxisten-Leninisten vorwerfen, in ihren Anklagen gegen die heute in der Sowjetunion herrschende Clique zu "übertreiben". Aber was sagen sie zu dem, was nun unter Breshnew und Kossygin als "Lyrik" und "Literatur" ins russische Volk geschleudert wird? Was ist chauvinistische Kriegshetze, was ist Faschismus, wenn nicht das?! Aus welcher Geisteswelt stammen denn all diese Begriffe und Vorstellungen, mit denen hier ununterbrochen operiert wird? Wer kann leugnen, daß es die Begriffe und Vorstellungen des wildesten Rassismus und Faschismus sind?

Schon anläßlich des sowjetisch-revisionistischen Überfalls auf die chinesische Insel Dschenbao hatte der im Westen so stark hofierte russische "Dichter" Jewtuschenko in einem kriegshetzerischen "Gedicht", um 'die gelbe Gefahr' zu beschwören, von den "neuen Khans der Mongolei" gesprochen, die "mit Bomben in den Händen" die "Erde Russlands" erobern wollten. Dabei ignorierte er völlig die Tatsache, daß die Chinesen keine Mongolen sind, und daß sie selbst Hauptopfer der mongolischen Khans (etwa des Dshingis Khan) waren und daß der heutige Staat der Mongolen,die "Mongolische Volksrepublik", eine Halbkolonie der revisionistischen Führungsclique im Kreml ist.

Auf seinen Spuren, denen der wüsten rassistischen Pogromhetze, schreitet auch sein "Dichterkollege" Wossenessenski, von dem nebenstehender Eguß

Als dein Wachhund, Epoche, schlag ich Alarm vor dem dösenden GUM
Ich schmecke Kutschum! ...
Ich rieche Urin auf den Tapisserien des Louvre - ...
Leute, wacht auf aus heißgeliebter Jugend,
Ich schmecke Kutschum!
Horch, es fängt an - der Koch mit vorstehenden Backenknochen
schneidet das Hirn aus lebenden, winselnden Hunden ...

Werden Astronauten, die morgen zum Mars starten, übermorgen
in eine Epoche des viehzüchtenden Feudalismus zurückkehren?
Wird Shakespeare zum Geständnis wegen Unkenntnis
irgendwelcher "ismen" gezwungen?

Wird Strawinsky mit einem Mülleimer auf grauem Haupte
durch schreiende Straßen geschleppt? ...
Ich denke - Masse oder Einzahl?
Was dauert länger - Jahrhundert oder Augenblick, den
Michelangelo begriff?
Jahrhunderte vergehen, der Moment bleibt.
Der Unmensch der Epoche rückt mechanisch
über Gebirge, Schritt für Schritt, der Unmensch, ...
sein Schatten schleift über die Erde, wie ein Sklave in Fesseln,
blutig färbt die Rakete den Fernsehschirm, der Unmensch.
An Marx nagen die Hungerratten,
reißen die Bruderpartei nieder, bauen die Unmenschpartei.
Dschingis-Untermenschentum steigt wie Teig,
der Unmensch ...
Kutschumismus macht Lampenschirme aus Kinderhaut.
...
Die heilige Mutter von Susdal leuchtet von weißer Wand
...
Müssen wir wieder einmal den Planeten auf unseren Schultern tragen?
Welch eine Zeit!
Betet für Rußland und sein unglaubliches Schicksal!
Für unsere Selbstlosigkeit, ewig, wie die Gestirne,
alle Geschosse für Rom, für Wien, schlagen in uns!
Rußland als Retter! Welche Batus auch kommen -
Immer Rußland, wieder Rußland, immer Rußland.
Rußland ist die geöffnete Hand, und Nowgorod strahlt zum Himmel
...
Deine fürchterlichen Batus - sie werden winseln wie Mamai.
Meine Mutter, Rußland, gib dich nicht auf, balle die Faust!
...
Durch den peitschenden Regen dieses kosmischen Herbstes,
Geborgen, mit Rußland um die Schultern
eilt dahin die Welt.

stammt. Die hier zitierten Mongolen-Khans Kutschum, Batu und Mamai waren bekanntlich ebenfalls keine Chinesen. Aber was macht das diesem Dichterling schon aus. Wer wie Jewtuschenko in seinem "Gedicht" schreibt: Die "Geschichte zeigt, daß Rotgardisten stets zu Mördern wurden!", der hat alles über seinen Standpunkt gesagt.

Wir identifizieren nicht einfach die ganze gegenwärtige sowjetische Literatur und schon gar nicht das sowjetische Volk mit den ekelerregenden Ergüssen der Wossnessenski, Jewtuschenko und Konsorten - auch wenn diese Ergüsse in den offiziellen sowjetischen Literaturzeitungen erscheinen und in "volkseigenen " Verlagen gedruckt werden. Doch erschaudernd erkennen wir aus diesen Erzeugnissen die schließlichen Konsequenzen des modernen Revisionismus, wohin seine Entwicklung geht!

UNTERSCHWELLIG

Es gibt kaum etwas, das zu abseitig wäre, daß Springers BILD-Schreiber nicht daraus noch eine Story im Sinne der Völkerhetze fabrizieren könnten. So erschien BILD am 26. Juni 196[illegible] mit der fünfspaltigen Schlagzeile "Hilfe! Die Querläufer aus China kommen".

Sicher hat der Schreiber, der im Lexikon entdeckte, daß die Wollhandkrabbe 1910 aus China in europäische Gewässer eingeschleppt wurde, von Axel Cäsar ein Sonderlob erhalten. Wenn nicht, sollte man das nachholen, gab diese "Entdeckung" doch den background für eine unterschwellige Anti-China-Story. Das liest sich dann so:

> **Für die Besatzung des Stauwehrs und das Wasser- und Schiffahrtsamt heißt es wieder: Hilfe, die Querläufer aus China kommen.**

Nanu, denkt der BILD-Leser, die Querläufer aus China, was wollen denn die hier? Was sie wollen, erfährt er sofort:

> **Jedes Jahr ist es der gleiche Ärger: Die Krabbenmassen verstopfen die Pumpen der Wehrsektoren, beißen den Anglern die Köder vom Haken, zerstören die Fischnetze, knabbern die gefangenen Flußfische in den Netzen an. Und: Sie sind eine Gefahr für die Flußvegetation.**

Solch eine Schweinerei, schlußfolgert der Leser, da kann man mal sehen, wozu die "Chinesen" in der Lage sind, sogar die Flußvegetation bedrohen sie. Doch das ist noch nicht alles, der Chef der Geesthachter Schleuse zu

> **BILD: Die Tiere vermehren sich rasend schnell. So einen Ansturm wie in diesem Jahr haben wir noch nicht erlebt.**

Das weiß der Leser: Die Chinesen vermehren sich rasend, werden bald die ganze Erde besetzt haben, wenn wir nicht aufpassen und kämpfen. Das walte Cäsar, denkt BILD und schreibt:

> **Erste Kampfmaßnahme der Fluß-„Ingenieure": Sie bauten eine spiegelglatte Blechblende quer über das Wehrufer und installierten Lichtfallen. Der Erfolg: Die Krabben sterben in Massen. Der Gestank ist gräßlich. Nur ein paar der „Chinesen" erreichen noch über Wiesen und Straßen die Oberelbe.**

Gott sei dank, der Leser ist erleichtert, die Schlacht wurde gewonnen, die "gelbe Gefahr" wurde gebannt. Nur ein paar "Chinesen" entkamen.

Man muß die Massen nur rechtzeitig psychologisch auf den Kampf gegen die Chinesen vorbereiten. Schließlich weiß man bei BILD doch seit neustem, was man den Freunden im Kreml schuldig ist.



Mittel sowjetrevisionistischer Diktatur:

Gefängnisse und Konzentrationslager

Die sowjetische revisionistische Renegatenclique hat das Land einer blanken faschistischen Terrorherrschaft unterworfen, um die breiten Massen des sowjetischen Volkes noch stärker zu unterdrücken und auszubeuten. Sie errichtete überall zahlreiche „Irrenanstalten" und Konzentrationslager, wodurch sie das Land in ein großes Gefängnis verwandelte.

Nach unvollständigen Zahlenangaben existieren in etwas über 40 Gebieten der Sowjetunion mehr als 100 Gefängnisse und Konzentrationslager. Unter anderen sind im Altai-Gebiet acht, im Gebiet Krasnodar sechs und in der Region Witebsk sieben Konzentrationslager eingerichtet. Es wurde aufgedeckt, daß sich in der ukrainischen Region Dnepropetrowsk zehn Gefängnisse mit über 50 000 Insassen befinden. **Diese Zahl ist größer als diejenige unter der Zarenherrschaft.** Die sowjetischen Revisionisten unterhalten ferner zahlreiche Konzentrationslager für unterschiedliche Arten „politischer Gefangener" in Karelien, Murmansk, den nördlichen Grenzgebieten, auf den Inseln im Nördlichen Eismeer, in den nördlichen und östlichen Teilen Sibiriens sowie im Fernen Osten. Viele Konzentrationslager für Häftlinge mit lebenslänglicher Strafe wurden im südöstlichen Teil von Yakui (Sibrien), in Nowaya Zemlya und an anderen Orten eingerichtet. Im ganzen Land gibt es mehr „Irrenanstalten" als Gefängnisse und Konzentrationslager.

Durch Konzentrationslager, Gefängnisse und „Irrenanstalten" übt die sowjetische revisionistische Renegatenclique eine faschistische Diktatur über die breiten Massen der sowjetischen Bevölkerung und über die wahren Revolutionäre aus, die sie barbarisch foltert und mißhandelt. Die Insassen der Konzentrationslager leiden unter Hunger und Kälte; im Krankheitsfalle wird ihnen eine Behandlung verweigert. Darüberhinaus müssen sie körperliche Arbeit leisten, die ihre Kräfte übersteigt. Jeder, der die geringste Unzufriedenheit oder den leisesten Widerstand erkennen läßt, wird von den Spezialagenten, die die Verhöre führen, gewöhnlich grausam durchgeprügelt. Tausende und Abertausende revolutionärer sowjetischer Menschen sind zu Tode gefoltert worden.

Die sowjetische revisionistische Renegatenclique versucht, den Widerstand des sowjetischen Volkes durch Konzentrationslager und andere barbarische Mittel zu ersticken. Das sowjetische Volk, das eine glorreiche revolutionäre Kampftradition besitzt, kann jedoch nicht niedergehalten werden. Letzten Endes kann die Verfolgung das revolutionäre Volk nur umfassender dazu aufrütteln, sich in einem leidenschaftlicheren revolutionären Kampf zu erheben. Die sowjetische Bevölkerung kämpft auf verschiedene Weise gegen die revisionistische Renegatenclique. Ihr Kampf ist gerecht und muß deshalb den Sieg davontragen.

WORTE DES VORSITZENDEN MAO TSE-TUNG

Weil wir dem Volk dienen, fürchten wir nicht, daß man, wenn wir Mängel haben, uns darauf hinweist und kritisiert. Jedermann darf unsere Mängel bloßlegen, wer immer es auch sei. Insofern sein Hinweis richtig ist, sind wir bereit, unsere Mängel zu korrigieren. Wenn sein Vorschlag dem Volk zum Wohle gereicht, werden wir danach handeln.

„Dem Volke dienen!"

Zur Diskussion gestellt

Ein Diskussionsbeitrag aus dem Gefängnis

... der Grund meiner Verhaftung ist Euch bekannt. Während der Befreiungsaktion für den Perser Imani am 20.6.69 wurde ich vor dem Ausländeramt festgenommen. Man wirft mir "Landesfriedensbruch, Aufruhr und Beamtennötigung" vor. Daß der Perser nicht ausgeliefert wurde, ist ein Erfolg der sich an der Aktion beteiligten Genossen. Ich glaube, wir sollten auch in Zukunft die Aktionen der APO/SDS-Gruppen unterstützen, jedoch versuchen, mit unseren begrenzten Kräften zu haushalten, um nicht ständig der Gefahr der Verhaftung ausgesetzt zu sein. - Unser Verhältnis zu den genannten Gruppen sollten wir noch einmal versuchen zu diskutieren und uns mit ihren Vorwürfen der KPD/ML gegenüber auseinanderzusetzen. Es sind vor allem zwei Hauptpunkte, die in den APO/SDS-Gruppen zur Diskussion stehen und auf die wir eingehen sollten:

1. Eine traditionell "bolschewistische Kaderpartei" könne heute den Anforderungen sozialistischer Zielvorstellungen in der sich veränderten und verändernden gesellschaftlichen Strukturen nicht mehr erfüllen.
2. Die Parteigründung erfolgte historisch zu früh, die Basis zu den revolutionären Gruppen sei nicht vorhanden gewesen. Die Parteigründung wurde von Personen einberufen, die wenig oder überhaupt keinen Kontakt zu den bestehenden anti-autoritär-sozialistischen Gruppen besaßen.

Bei der Beantwortung dieser Thesen sollte vorerst die Frage geklärt werden, um welche sozialistischen Zielvorstellungen es sich denn handeln soll. Sind es die Lehren von Bakunin, von Trotzki, von Marcuse oder Mao Tsetung? Solange

in den APO-Gruppen diese Frage nicht geklärt ist, wird es auch schwer sein, eine gemeinsame organisatorische Basis zu finden. Mit Recht werden dann die Gegner der KPD/ML die Behauptung aufstellen, die Parteigründung erfolgte zu früh - für sie jedenfalls zu früh.

Zuvor aber noch ein historischer Rückblick, um auf die genannten Themen näher einzugehen: Ich meine, daß uns die Geschichte spätestens seit den Klassenkämpfen in Frankreich 1848/51 (auch wenn die objektiven Voraussetzungen damals anders waren) bewiesen haben, unter welchen Bedingungen eine kontinuierlich zielgerichtete und erfolgreiche politisch revolutionäre Tätigkeit anzusetzen hätte. Der Aufstand der Pariser Kommune 1871, die revolutionäre Bewegung um die Jahrhundertwende und 1917 in Rußland, die Münchener Räte-Republik 1918 und die Arbeiteraufstände in den mitteldeutschen Industrierevieren in den 20iger Jahren haben uns derartig viel historisches Material überlassen, daß wir eigentlich bestimmte geschichtliche Fehler nicht noch einmal zu wiederholen brauchten. Die Rollen von Ernst Toller in München oder Max Hölz während der mitteldeutschen Aufstände beweisen, daß wir nicht irgendwo, überall und unkoordiniert losschlagen können, ohne daß eine demokratisch-zentralistische Parteiorganisation Aufklärung über das bestehende Kräfteverhältnis und aus dieser Übersicht heraus Anleitung zu revolutionärer Strategie und Taktik gibt. Ohne revolutionär-disziplinierter Arbeitsteiligkeit wurden in der bisherigen historischen Epoche keine Siege errungen. Ende des 19. Jahrhunderts besetzten zwar anarchistische Gruppen zahlreiche Städte in Spanien, die herrschenden Kreise brauchten nur ihre Armeen von Stadt zu Stadt zu schicken, um dort alle Revolutionäre totzuschlagen. Ein Max Hölz konnte zwar in den zwanziger Jahren in den mitteldeutschen Städten die Revolution ausrufen, die Reichswehr aber brauchte nur die Städte einzukesseln, um alles zusammenzuschiessen. Ein Guevara zog zwar aus, um in Bolivien die Revolution durchzuführen, eine Vorbereitung zur Änderung des bestehenden Kräfteverhältnisses wurde jedoch nicht vorgenommen und so wurde auch er und seine besten Revolutionäre ein Opfer der herrschenden Klasse. Diese Gruppen sind teils mitverantwortlich für den Tod der besten Revolutionäre, teils haben sie der kämpfenden Arbeiterklasse durch ihr Fehlen einen unermeßlichen Schaden zugefügt.

Nun, die soeben genannten Beispiele zeigen zwar die Endkonsequenzen einer vorhergehenden politischen Bewegung auf, die vorhergehende politische Bewegung hat aber diese Vorkommnisse produziert und es ist daher wichtig, die Wege zu einem Ziel so zu ebnen, daß derartige Fehlschläge nicht vorkommen sollten.

Derzeitig bestehen innerhalb der APO immer noch starke Tendenzen, die auf Theorien von Bakunin, auf Theorien von anarchistisch-antiautoritären und utopischen Vorstellungen beruhen. Ihre praktische Arbeitsweise zeigt sich in sektiererischen Lebenshaltungen, wie Rauschgift, Subkultur-Kleidung, Protest durch "Auffälligwirken". Ihre politische Tätigkeit ist sehr schlaff. Sie unternehmen etwas, "wenn's Spaß macht", theoretische Reflexionen und Selbstkritik werden selten verwandt. Bei gewissen Bevölkerungsschichten - insbesondere bei zahlreichen durch die Gesellschaft autoritätsgeschädigten Jugendlichen - fanden diese Gruppen Anklang. Die Geschichte der Antiautoritären und der Anarchisten, insbesondere ihre Versuche in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten Ende des vorigen Jahrhunderts und während der 20iger Jahre haben ihr Scheitern auf Grund der falschen Theorie bewiesen. Ihre Unfähigkeit heute, ihre Isolation und ihr sektiererisches Verhalten zeigen, daß sie grundlegende Dinge nicht begriffen haben.

Noch bestimmen die ökonomischen Machtverhältnisse unser Sein und dieses Sein bestimmt unser Bewußtsein. Wollen wir also unser Bewußtsein ändern, so müssen wir zuerst die ökonomischen Verhältnisse ändern. Ziel sollte es sein, eine Freiheit anzustreben, in der die Menschen über die Dinge, die sie täglich produzieren, selbst bestimmen können, wie diese Produkte verwendet werden. Diese Selbstbestimmung erreichen wir erst dann, wenn wir es verstehen, uns mit den Lohnabhängigen zu verbünden, mit dem Ziel, den täglichen Diebstahl des von den Arbeitern geschaffenen Mehrwerts durch die Kapitalisten zu verhindern. Dieses Ziel erreichen

wir jedoch nicht, wenn wir irrationale politische Arbeit betreiben und nicht bereit sind, uns einer demokratisch-zentralisierten revolutionären Organisation anzuschließen.

Wollen wir die Revolution, dann brauchen wir eine Organisation, die nach demokratisch-zentralistischem Prinzip aufgebaut ist, also eine Partei, die auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus beruht. Diese Partei muß konsequent sein und darf keinen revisionistischen Inhalt vertreten. Ich glaube, daß insbesondere die Erkenntnisse von Mao Tsetung bewiesen haben, daß keine starren Formen, daß keine verselbstständigten Apparate den Fortschritt behindern können, wenn diese Erkenntnisse nun richtig angewandt werden. Eine solche Organisation gilt es aufzubauen und zu unterstützen, sie konstituierte sich am 31.12.1968.

Es soll hiermit auf keinen Fall dahingestellt werden, daß die bisherigen APO/SDS-Gruppen ihre Funktion nicht oder nur schlecht erfüllt hätten oder daß diese Gruppen jetzt alle bereit sein sollten, in die Partei einzutreten. Sie wären teils dazu nicht bereit, ihre Zielvorstellungen laufen teilweise denen des Marxismus-Leninismus zuwider, sie können daher auch nicht in eine kommunistische Partei aufgenommen werden.

Für uns gilt weiterhin, alle revolutionären Gruppen zu unterstützen und sich an ihren Aktionen zu beteiligen. Unsere Aufgabe innerhalb der Partei jedoch sollte sein, möglichst viele Gruppen auf der theoretischen Basis des Marxismus-Leninismus zu konstituieren, dort eine kontinuierliche politische Arbeit zu beginnen, die die Theorie und Praxis miteinander zu verbinden versteht. Die Haupttätigkeit für die jüngeren Mitglieder während dieser Phase wird in der Jugendarbeit liegen, der Schwerpunkt wird bei der Jugend der Lohnabhängigen sein. Sie ist die aktivste Kraft in der Gesellschaft und sie ist die Kraft, die für die herrschenden Kreise den größten Mehrwert schafft. Sie wird daher auch am stärksten ausgebeutet.

Es wäre jetzt jedoch falsch, sich von diesen Gruppen zurückzuziehen. Dieser Weg sollte als dialektischer Prozeß angesehen werden und als Kommunist sollte man diesen Entwicklungsgang mit zu vollziehen helfen. Jede prärevolutionäre Ph[illegible] in der Vergangenheit hat sich ähnlich [illegible]twickelt: Mitte des 18.

Am 1. Juli 1969 starb Genosse

Herbert Klinger

der Vorsitzende der Münchner Karl-Marx-Gesellschaft. Genosse Klinger wurde 1925 in einem Münchner Arbeiterviertel geboren. Nachdem sein Vater im [illegible]chau ermordet worden war, zog man den 17jährigen - obwohl er bereits damals krank war - zur Wehrmacht ein. Er desertierte jedoch in der Nähe von Calais, kehrte illegal nach München zurück und tauchte, unterstützt vom fortschrittlichen Münchener Proletariat - unter. Von der Gestapo verhaftet - es drohte ihm die Todesstrafe - konnte er dank seiner Körperkräfte und seiner Entschlossenheit fliehen und erneut untertauchen. Mitte der 50er Jahre gründete er mit Genossen die Karl-Marx-Gesellschaft, um dort die proletarischen Elemente aus der SPD zu sammeln. Bald erklärte die SPD eine Mitgliedschaft in der Karl-Marx-Gesellschaft für SPD-Mitglieder für "unvereinbar", ähnlich wie später beim SDS.

Nachdem er einmal zum Marxismus gefunden hatte, ließ er sich auch durch die modernen Revisionisten nicht davon abbringen. Da er auf einer Tagung in der DDR standhaft den Marxismus-Leninismus und die KP Chinas verteidigte, wurde er aus der DDR ausgewiesen und von Reimann & Co. im "Freien Volk" ect. als 'Agent des Verfassungsschutzes' verleumdet. Doch unbeirrt von den Schweinereien der Staatsbehörden und der Führer der KPD bzw. DKP (noch kurz vor seinem Tode entwendeten Münchner DKP-Führer die Mitgliederkartei der Karl-Marx-Gesellschaft) kämpfte Gen. Klinger weiter. Schon todkrank wurde er noch wegen seiner Beteiligung an einer Anti-Springer-Demonstration zu drei Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt ...

"Der hier liegt, ma[illegible]erte nicht
um ein fremdes La[illegible]erobern,
sondern das seine."

(Brecht)

Jahrhunderts in Frankreich, Ende des 19. Jahrhunderts in Rußland. Von China kennen wir die "Bewegung des 4. Mai" 1919, aus der sich später die Kommunistische Partei konstituierte.

APO und SDS-Gruppen, die den Schritt des Übertritts in die KPD/ML ablehnen, sollten wissen, daß eine gelöste Organisationsfrage sich nur aus der Praxis heraus entwickeln kann. Man kann daher auch nicht behaupten, die Parteigründung erfolgte zu früh, ohne Kontakt zu den bisher bestehenden Gruppen. Die momentan bestehende Organisationsform der SDS/APO-Gruppen ist unausgereift, man kann jedoch nicht warten, bis alle Gruppen den großen Sprung von der Unorganisiertheit in die Organisiertheit vollziehen. Man muß im kleinen beginnen, und zwar unter Einbeziehung der historischen Erfahrungen des internationalen Klassenkampfes.

Jedoch, die Geister werden sich scheiden müssen: Leugnen wir das immer noch bestehende Klassenverhältnis und des sich daraus entwickelnden Klassenkampfes unter Einbeziehung der Lohnabhängigen und werden wir nicht fähig werden, dieses bestehende Verhältnis den Arbeitern in einer angemessenen Form darzulegen, so werden wir das Schicksal erleiden, welches durch die Falschprogrammierung bestimmter Gruppen schon mehrmals hervorgerufen wurde: Zerschlagung der sozialistischen Bewegung unter Mithilfe antiautoritärer, anarchistischer oder sonstiger subjektiven Vereine.

Die bisherigen Erfolge in der Politisierung gewisser Bevölkerungsschichten sollten der APO nicht zu sehr imponieren. Ihre Aktivität beläuft sich immer noch auf bürgerlich-radikaldemokratischer Basis. Der verbrecherische Krieg des US-Imperialismus in Vietnam, die ökonomische Unsicherheit während der Rezessionsphase 1966/67 in der Bundesrepublik, die Notstandsgesetzgebung und anderes mehr leistete einen Beitrag zur politischen Aktivierung bestimmter Bevölkerungsschichten.

Die Restaurationsperiode in der BRD ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Noch werden durch die herrschenden Verhältnisse tagtäglich Typen wie Strauß, Jaeger, von Thadden und Konsorten produziert, die nur auf die Gelegenheit warten, die aufkommende sozialistische Bewegung im Keim zu ersticken. Eine entsprechende revolutionäre Organisation mit allen Konsequenzen, entwickelt auf der Erkenntnis von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung, könnte die bestehende Restaurationsperiode eindämmen.

Die Kommunistische Partei Deutschland/Marxisten-Leninisten hat sich dieses zum Ziel gestellt. Die KPD/ML ist eine junge Partei. Sie ist die einzige revolutionäre Organisation in der BRD, die es bisher geschafft hat, überregional in fast allen größeren Städten Kontaktgruppen mit Lohnabhängigen herzustellen. Es gilt, diese Kontakte weiter auszubauen. Es gilt, ständig aus den neuen Erfahrungen Kenntnisse zu ziehen und keine dem Fortschritt hemmende statische Organisation aufzubauen. Es gilt, sich mit den Gruppen des SDS und der APO zu verbünden, um gemeinsam mit ihnen eine breite Politisierung in der Bevölkerung zu vollziehen. Die Aufgabe der KPD/ML sollte es sein, die bestehenden Klassenverhältnisse zu verdeutlichen, um aus dieser Erkenntnis heraus den notwendig resultierenden Klassenkampf voranzutreiben.

Die von SDS/APO-Gruppen hervorgebrachte These, die Parteigründung erfolgte zu früh, die Basis zu den revolutionären Gruppen sei nicht vorhanden gewesen, muß teils bejaht, teils aber auch verneint werden. Die Partei wurde zu einer Zeit konstituiert, während viele Gruppen jede politische Tätigkeit innerhalb einer Partei ablehnten, sei es mit der Vorstellung, eine Partei sei schon von der Struktur her "autoritär", sie würde daher nie die Verbindung zu den bereits bestehenden Gruppen finden oder sei es die Vorstellung, eine politische Arbeit könne sich nur aus der Spontanität der Massen entwickeln, ein zielgerichtetes Programm brauche nicht vorhanden zu sein.

Nun, die Vorstellungen bei diesen Leuten, die die genannten Thesen hervorbrachten, haben sich gewandelt und scheinen auch weiterhin wandelbar zu sein. Lehnte man noch vor einem Jahr jede verbindliche Arbeit und jede verbindliche Arbeitsteiligkeit ab (solche Formen wurden als "autoritär" abqualifiziert), so hat man zwischenzeitlich doch erkannt, daß es heute nicht mehr anders geht. Und diejenigen, die sich damals besonders "antiautoritär" zeigten, zeigen sich heute besonders auto-

ritär. Sie haben erkannt, daß ihr Schlitten festsitzt und daß es so nicht weitergeht. Noch wird versucht - besonders in Wohnkommunen - die Unfähigkeit der Gruppenarbeit auf die Unfähigkeit bestimmter Personen zu projezieren. Endlose Organisationsdiskussionen, Zerschlagenheitstendenzen in fast allen Kommunen und die sich hieraus ergebenden Arbeitshemmungen, das ist der momentane Stand dieser Gruppen.

Zur Stalin-Frage



Aufgabe dieser Betrachtung soll es sein, eine marxistisch-leninistische Grundlage der Kritik an J.W. Stalin zu zeigen.

Es gibt zwei Standpunkte der Kritik an Stalin. Der eine Standpunkt der Kritik ist der Standpunkt des Klassengegners, der für uns Marxisten-Leninisten der Standpunkt des Feindes ist. Wenn dieser Feind Stalin allseitig verdammt, so zeigt uns dies nur, daß Stalin gute Arbeit geleistet hat. Denn: "Wenn wir vom Feind bekämpft werden, dann ist das gut; denn es ist ein Beweis, daß wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben. Wenn uns der Feind energisch entgegentritt, uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten läßt, dann ist das noch besser; denn es zeugt davon, daß wir nicht nur zwischen uns und dem Feind eine klare Trennungslinie gezogen haben, sondern daß unsere Arbeit auch glänzende Erfolge gezeitigt hat."
Mao Tsetung

So dürfte der Fall klar sein. Denn in der Tat wird Stalin vom Klassenfeind allseitig verdammt. Doch ist uns damit eine Kritik an Stalin untersagt? Keineswegs. Um den Charakter der Kritik an Stalin zu bestimmen, bedarf es eines Nachweises, nämlich dessen, daß Stalin ein großer Marxist-Leninist war.

Eine Kritik an Stalin soll eine Kritik an Stalins Taktik sein, wobei wir immer noch unterscheiden müssen, welche Fehler Stalins historisch vermeidbar und welche unvermeidbar waren. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Stalins Fehler bestanden in reinen taktischen Fehleinschätzungen. Selbstverständlich sollte die Taktik der Strategie dienen, aber aus einzelnen taktischen Fehlern setzt sich noch lange keine falsche Strategie zusammen. Und die richtige Strategie Stalins wurde auf Grund seiner Taten nachgewiesen.

Wir sehen also wie schwierig es ist, eine richtige, eine marxistisch-leninistische Kritik an Stalin anzuwenden. Allein die eben genannten Gesichtspunkte sollten für uns Marxisten-Leninisten in Betracht gezogen werden.

Doch wie steht es mit der Kritik an Stalin, die nach seinem Tod von jenen "Marxisten-Leninisten" bis heute in der Sowjet-Union und ihren Trabanten gehandhabt wird?

Er wurde von diesen Leuten als Bandit beschimpft und unter dem Vorwand des Personenkults allseitig verdammt. Es ist offenkundig, wie sehr diese "Kritik" der des Klassenfeindes gleicht. Deshalb ist es nur umso leichter verständlich, daß diese "Genossen" es erreicht haben, in der ehemals unter Führung von Lenin und Stalin so ruhmreichen Sowjetunion, den Kapitalismus zu restaurieren. Aber das sowjetische Volk hat seine großen Führer Lenin und Stalin nicht vergessen und wird es sicher verstehen, den lästigen Ballast des neuen Zaren-Regimes mutig abzuschütteln.

Für uns sollte gelten: Kritisieren wir Stalin, kritisieren wir ihn jedoch richtig, wie wir jeden Genossen kritisieren. Diese Kritik wird unsere ideologische Einheit um ein vielfaches verbessern.

Betrachten wir also das Leben Stalins: Zu Lenins Lebzeiten hat Stalin gegen das Regime des Zaren und für die Verbreitung des Marxismus gekämpft; nachdem er Mitglied des ZK der Partei der Bolschewiki - mit Lenin an der Spitze - geworden war, kämpfte er für die Vorbereitung der Revolution von 1917; nach der Oktoberrevolution kämpfte er für die Verteidigung der Errungenschaften der proletarischen Revolution.

Die theoretischen Werke Stalins sind unvergängliche Dokumente des Marxismus-Leninismus, die einen unauslöschlichen Beitrag zur internationalen kommunistischen Bewegung bilden.

Nach Lenins Tod führte Stalin die KPdSU und das Sowjetvolk entschlossen im Kampf gegen die inneren und äußeren Feinde und beschützte und festigte so den ersten sozialistischen Staat der Welt.

Stalin führte die KPdSU und das Sowjetvolk entschieden auf der Linie der sozialistischen Industrialisierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft, wodurch große Erfolge bei der sozialistischen Umgestaltung und dem Aufbau des Sozialismus errungen wurden. Stalin hat die KPdSU, das Sowjetvolk und die sowjetische Armee durch schwierige, großartige Kämpfe bis zum Triumph im antifaschistischen Krieg geführt. Stalin hat im Kampf gegen den Opportunismus aller Schattierungen, gegen die Feinde des Leninismus, die Trotzkisten, Bucharinleute und andere Agenten der Bourgeoisie - den Marxismus-Leninismus verteidigt und weiterentwickelt.

Im ganzen haben die KPdSU und die Sowjetregierung unter Führung von Stalin eine dem proletarischen Internationalismus entsprechende Außenpolitik verfolgt und den Völkern aller Länder in ihrem revolutionären Kampf große Hilfe geleistet.

An der Spitze des Stroms der Geschichte leitete Stalin den Kampf und war der unversöhnliche Feind der Imperialisten und aller Reaktionäre (Auszug aus der Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung).

Was zeigt dieser kurze Abriß aus dem Leben Stalins?

Das ganze Leben Stalins war das Leben eines großen Marxisten-Leninisten, eines großen proletarischen Revolutionärs. Dies allein soll die Grundlage sein, aus der unsere Kritik an Stalin erwächst.

Lied von der Moldau

Am Grunde der Moldau wandern die Steine.
Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.
Das Große bleibt groß nicht und klein
nicht das Kleine.
Die Nacht hat zwölf Stunden, dann
kommt schon der Tag.

Es wechseln die Zeiten. Die riesigen Pläne
der Mächtigen kommen am Ende zum Halt!
Und gehn sie einher auch wie blutige Hähne.
Es wechseln die Zeiten, da hilft kein Gewalt.

Am Grunde der Moldau wandern die Steine.
Es liegen drei Kaiser begraben in Prag.
Das Große bleibt groß nicht und klein
nicht das Kleine.
Die Nacht hat zwölf Stunden, dann
kommt schon der Tag.

Bertolt Brecht (1898–1956)

"Tausende und aber Tausende von Helden sind uns vorangegangen und haben mutig ihr Leben für die Interessen des Volkes hingegeben. Laßt uns ihre Fahne hochheben und vorwärtsschreiten auf dem mit ihrem Blut getränkten Weg!"

Mao Tse-tung

Der kleine Partisan

Ein Dorf in den befreiten Gebieten Südvietnams, ein Dorf wie viele andere. Hier lebt der gerade vierzehnjährige Schao Na mit seinen Eltern, Geschwistern, Freunden. Eines Tages kreisen einige amerikanische Piratenflugzeuge - "Johnson", - wie man sie verächtlich nennt - über dem Dorf. Sofort springen die Bewohner in ihre Bunker und die regionalen Guerillas an ihre Flugabwehr-Stellungen. Mehrere Bomben treffen jedoch das Dorf. Als Schao Na wieder aus seinem Bunker herauskriecht, findet er seine Freunde trauernd bei den Leichen seiner Eltern versammelt. Sie sind von den feigen amerikanischen Kriegsverbrechern er-



LITERATURBESTELLISTE

Ausgewählte Werke Mao Tsetung Band I broschiert	DM	5,--
" " " " " Band II "	DM	6,50
" " " " " Band III "	DM	5,--
Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung (Miniaturausgabe)	DM	1,10
Vorsitzender Mao Tsetung über den Volkskrieg	DM	0,30
Mao Tsetung: Gegen die Buchgläubigkeit	DM	0,40
" " : Wenn der Feind uns bekämpft ist das gut und nicht schlecht	DM	0,30
" " : Unsere Schulung umgestalten	DM	0,30
" " : Gegen den Parteischematismus	DM	0,40
" " : Zu einigen Fragen der Führungsmethoden	DM	0,30
" " : Gegen den Liberalismus	DM	0,40
" " : Gespräch mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louise Strong	DM	0,30
" " : Über die demokratische Diktatur des Volkes	DM	0,40
" " : Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk	DM	0,70
" " : Rede auf der Landeskonferenz der KP Chinas über Propagandaarbeit	DM	0,40
" " : Woher kommt das richtige Denken der Menschen	DM	0,30
Die Große Proletarische Kulturrevolution in China Band 7	DM	0,30
Band 8	DM	0,40
Band 9	DM	0,40
Band 10	DM	0,30
Stalin : Über die Grundlagen des Leninismus	DM	1,--
Lenin : Staat und Revolution	DM	1,10
Marx : Lohnarbeit und Kapital	DM	0,70

Bestellungen nimmt entgegen Lit-Vertrieb:

Volker Hermsdorf
2 Hamburg 67
Schemmannstraße 57
Postscheck: Hamburg
Nr. 253 258

Franz Wennig
4 Düsseldorf-Gerresheim
Schönaustraße 29
Postscheck: Essen
Nr. 186 352

mordet worden.

Nachdem seine Eltern bestattet worden sind, verläßt der kleine Schao Na sein Dorf und schließt sich einer Einheit der Armee der Nationalen Befreiungsfront an. Er will seine Eltern rächen.

Eines Tages wird er als Kurier zu einer anderen Einheit der Befreiungsarmee geschickt. Unterwegs, ganz alleine, trifft er sie dann: eine Gruppe

amerikanischer Aggressor-Söldner. Schao Na geht in Stellung, überprüft sein Gewehr und wartet. Die Feinde kommen näher. Als sich der kleine Partisan seines Zieles sicher ist, feuert er mehrere Male und vernichtet die Aggressoren.

Eine weitere Gruppe der Landräuber war jedoch in der Nähe und hörte den Gefechtslärm. Als sie näher kommen, werden auch sie von Schao Na unter Feuer genommen. Aber die Amerikaner feuern zurück und verwunden den kleinen Partisanen schwer. Doch er kämpft weiter und kann den Feinden Verluste beibringen. Selbst im Augenblick des Todes gibt Schao Na nicht auf. Mit letzter Kraft ruft er: "Tod den amerikanischen Imperialisten! Der Sieg gehört dem Volk von Vietnam!" und dann, sterbend "Lang lebe Onkel Ho!"

Wir alle müssen von ihm den Geist der Selbstlosigkeit und Uneigennützigkeit lernen. Davon ausgehend kann man ein Mensch werden, der dem Volke großen Nutzen bringt. Man kann mit größeren oder geringeren Fähigkeiten ausgestattet sein, aber wer nur eine solche Gesinnung besitzt, wird ein edler Mensch mit klarem Charakter und hohen moralischen Qualitäten sein, ein von niedrigen Interessen befreiter Mensch, der dem Volke nützlich ist.

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

3. Jahrgang | September 1969 | Preis 40 Pfg.

Jetzt spricht die Arbeiterklasse

Ein weiterer bürgerlicher Mythos ist zusammengebrochen: der Mythos, daß die westdeutsche Arbeiterklasse angeblich völlig "integriert" sei, kein Klassenbewußtsein mehr habe und nicht mehr kämpfen könne. Die umfassendste Streikbewegung seit 1963 hat diesen bürgerlichen Mythos, der auch in der kleinbürgerlich-revolutionären ApO weit verbreitet ist, innerhalb einer Woche völlig zerfetzt und vom Tisch gefegt.

Was bedeutet die gewerkschaftlich nicht organisierte Streikbewegung vom September 1969?

Hier gilt es, "links"radikale Illusionen und Fehleinschätzungen ebenso zu vermeiden wie Revisionismus und Opportunismus.

Zunächst die objektive Situation: in der stahlschaffenden Industrie wie auch im Bergbau war die Position der Arbeiter während der Rezession von 1966/67 besonders schwach gewesen, da in diesen Branchen zu der Produktionskrise noch eine Strukturkrise gekommen war. Der Drohung, auf die Straße gesetzt zu werden, kann kein Arbeiter auf eigene Faust Widerstand entgegensetzen. Die Organisation der Arbeiter jedoch, die reformistische Gewerkschaft, "konzertierte" sich lieber zu Lasten der Kumpels mit den Kapitalistenbossen als daß sie Kampfmaßnahmen zur Abwehr der Kapitaloffensive traf. So kam es zu einer erheblichen Schrumpfung der Reallöhne durch Streichung von Zulagen, Weihnachtsgratifikationen usw. So kam es, daß die IG Metall noch im Juni 1968, als die Rezession längst überwunden war, ein ausgesprochen mieses Tarifabkommen abschließen konnte, das zwar sehr gut in die "konzertierte Aktion" zur Steigerung der Profite paßte, die Arbeiter jedoch mit läppischen 5 Prozent abspeiste. Sehr bald danach zeigte sich, wie die Kumpels geneppt worden waren: die Stahlkonjunktur überschlug sich wie nie zuvor, es entstand ein schwarzer Markt, auf dem die Richtpreise bis zu 250 Prozent übertroffen wurden - und den Kumpels, die bereits wieder Überstunden in mörderischer Hitze schinden mußten, bekamen noch einmal ganze 2 - sprich zwei Prozent! Daß sie überhaupt weiter stillhielten, liegt nur daran, daß es eben keine völlig "spontanen" Aktionen geben kann, daß wenigstens ein Embryo von Organisation bestehen muß, um einen Arbeitskampf zu beginnen und durchzustehen.

Wie die wirkliche Stimmung bei den Kumpels war, zeigten bereits die von den Gewerkschaften nicht legitimierten Streiks um höheres Weihnachtsgeld in den Krupp-Stahlwerken Essen, Rheinhausen und Bochum zu Allerheiligen 1968. Damals bereits bildete sich jener neue Typ von Streik heraus, der sich nun auf das halbe Bundesgebiet ausgebreitet hat: die Empörung und Kampfbereitschaft der Arbeiter wurde schließlich von einigen, meisten der DKP nahestehenden Vertrauensleuten unterstützt. Daraufhin wurde die Arbeit oh-

ne Einverständnis von Gewerkschaftsbürokratie und Betriebsrat niedergelegt. Bereits damals zeigte sich jedoch auch schon die eigene Dialektik dieser neuen Streikbewegung: die jungen Arbeiter versuchten nämlich, die Büros zu stürmen und zu besetzen (möglicherweise unter dem Einfluß der Fernsehberichte über die Arbeiterkämpfe in Frankreich), was natürlich auch den Revisionisten zu weit ging und von ihnen verhindert wurde.

Die Rolle des Revisionismus in diesen Streiks ist dabei ein wichtiges Element der Analyse: hierbei ist festzuhalten, daß der Revisionismus ein Ganzes ist, bestehend aus revisionistischer Theorie ("friedlicher Weg" usw.), revisionistischer Organisationsstruktur (Bürokratisierung, Trennung von den Massen) und revisionistischer Praxis (Verrat der Arbeiterklasse durch "Konzertierung" mit der Ausbeuterklasse). Nun ist es jedoch durchaus möglich, daß einzelne der DKP angehörende oder ihr nahestehende Vertrauensleute nur eine revisionistische Theorie haben, nicht aber eine revisionistische Organisationsauffassung und Praxis - anders ausgedrückt, daß sie engen Kontakt zu den Kumpels haben und keineswegs bereit sind, sie zu verraten. Bei diesen Vertrauensleuten wird sich entweder die Theorie der Praxis oder aber die Praxis der Theorie anpassen müssen. Dazu läßt sich bereits jetzt folgendes sagen: die Bourgeoisie hat bereits geschaltet und ihre Konsequenzen gezogen. Am 9. September brachte die FAZ als Aufmacher eine Erpressung der Revisionisten. Unter dem Titel "Wilde Streiks von Linksradikalen geplant und geführt" verbreitete sie Greuelmärchen über angebliche Mordanschläge von DKP-Leuten gegen Manager der Hoesch-Werke. Dieses Elaborat erfüllt einen durchsichtigen Zweck: man droht den Revisionisten an, sie wieder zu verbieten und ihnen damit ihre ganze schöne Wahlkampfmühe zuschanden zu machen, wenn sie nicht ihre Vertrauensleute härter an die Kandarre nehmen. Als Marxisten-Leninisten können wir voraussagen, daß die DKP-Bürokratie diesen Wink mit dem Zaunpfahl verstehen und entsprechend handeln wird. Wir können also ebenfalls voraussagen, daß auf die entsprechenden Vertrauensleute eine Zerreißprobe zukommen wird.

In den jetzigen Streiks hat die DKP noch Aktionen in die Hand genommen, die "ein wenig außerhalb der (bürgerlichen) Legalität" waren: sie tat das -nur in der sicheren Annahme, daß diese Streiks sehr rasch zum Erfolg führen würden. Das war bei der jetzigen Lage auf dem Arbeitsmarkt und bei den ungeheuren Sonderprofiten der Stahlbosse nicht schwer vorauszusehen. Die DKP erhoffte sich davon einen Prestigegewinn vor den Wahlen sowie eine Stärkung ihrer Position gegenüber der DGB-Bürokratie.

Doch erstens kam es wieder einmal anders, und zweitens als die Herren Revisionisten dachten: Sicherlich hatten sie nicht mit einem "Mai-Effekt" ihrer Aktionen gerechnet. Sicherlich hatten sie nicht damit gerechnet, daß die Bewegung in wenigen Tagen auf Bremen, Niedersachsen, das Saarland, Baden-Württemberg und Bayern übergreifen würde. Sie hatten den Monopolen einen Nadelstich versetzen wollen, aber sie konnten nicht wissen, daß es einen so lauten Knall gab. Eine Lawine war ins Rollen gekommen: durch den Streik in Geislingen (Baden-Württemberg), wo bereits seit dem 1. September die 8-Prozent-Tariferhöhung offiziell galt, geriet das ganze "konzertierte" Tarifsystem, das ständig steigende Unternehmerprofite sichern soll, durcheinander. Außerdem griffen die Kumpels zu Kampfformen, die den Revisionisten höchst unheimlich vorkommen müssen: Besetzung strategisch wichtiger Punkte im Werk (Telefonzentrale, Verwaltung) nach dem Vorbild der französischen Klassenbrüder. Die Revisionisten gleichen dem Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nämlich die Geister des Klassenkampfes, nun nicht mehr beherrscht.

Was folgt nun daraus für die KPD/ML?

Zunächst einmal bewundern wir uneingeschränkt den hervorragenden Kampfgeist der Kumpels in der Stahlindustrie und im Bergbau. Wie oft hatten wir doch im letzten Jahr gehört, "so etwas wie in Frankreich wäre bei uns nie möglich, weil unsere Arbeiter lahm wären". All diese nicht marxistisch-leninistischen Einschätzungen sind nun endgültig widerlegt. Man kann sagen, daß die streikenden Kumpels Marcuse, Habermas usw. ideologisch getötet haben. Die hysterische Propaganda der Bourgeoisie gegen "wilde" Streiks (so nennen sie die berechtigte Selbstverteidigung der Arbei-

ter gegen die wilde Ausbeutung) zeigt, daß man beim Klassengegner durchaus verstanden hat, daß diese Streiks trotz der rein ökonomischen Forderungen einen bedeutenden Aufschwung des Klassenkampfes in der Bundesrepublik bedeuten. Wir verurteilen daher "links"radikale Besserwisserei (etwa, wenn bemängelt wird, daß die Hoesch-Arbeiter "So ein Tag, so wunderschön wie heute" sangen) und Phrasendrescherei (wenn abstrakt getadelt wird, der Streik sei "nicht politisiert" gewesen usw.). Wir wissen natürlich auch, daß solche Streiks solange keine weitergehende Perspektive haben können, als sie letztlich von Reformisten und Revisionisten noch, wenn auch nur mit Mühe, kanalisiert werden können.

Daraus folgt für uns die absolute Notwendigkeit, alles, aber auch alles zu tun, damit in absehbarer Zeit in allen wichtigen Fabriken Marxisten-Leninisten jene Rolle des Organisations-Embryos erfüllen können, die augenblicklich - mangels Alternative - noch die DKP spielt.

Wir müssen also begreifen, daß die Streikbewegung vom September 1969 uns schwerwiegende organisatorische Probleme stellt: Die Arbeiterklasse muß in allem die Führung innehaben!

M i t t e i l u n g

Leider war es uns infolge Platzmangels nicht möglich, den für diese Ausgabe angekündigten Artikel: Ernst Thälmann "Die Lehren des Hamburger Aufstandes" erscheinen zu lassen. Wir werden ihn sowie eine Reportage über die Volksrepublik Albanien im nächsten ROTEN MORGEN bringen.

„Ruhig einen totschießen"

Die sadistisch menschenfeindliche Einstellung der herrschenden Klasse gegenüber den werktätigen Massen wurde wieder einmal deutlich in einer Äusserung des Präsidenten des Bundes der deutschen Industrie, Fritz Berg. Angeblich war aufgrund einer Lügenmeldung der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wie auch der BILD die Frau des Hoesch-Direktors Harders von streikenden Arbeitern bedroht worden. Sie hätte die Arbeiter nur mit der Pistole in Schach halten können.

Berg dazu: "Die hätte doch ruhig schiessen sollen, einen totschießen, dann herrschte wenigstens wieder Ordnung."

Die "Ordnung" kennen wir. Sie wurde uns von 1933 bis 1945 vorpraktiziert. Doch 1969 ist nicht 1937. Wir werden uns auf diese "Ordnung" einzurichten wissen und die Fehler von 1933 und davor nicht wiederholen.

SELBST MIT DEM TEUFEL

Kurz nachdem der australische Außenminister Gorden Freeth in einer außenpolitischen Grundsatzerklärung wissen ließ, daß die australische Regierung sehr an dem von den Sowjetrevisionisten vorgeschlagenen sogenannten kollektiven Sicherheitssystem der asiatischen Länder zur Einkreisung Chinas interessiert sei, gab die Sowjet-Botschaft in Canberra eine Pressekonferenz, auf der man sich in Lob für die australischen Imperialisten "wir begrüssen den zunehmenden Realismus und die Unabhängigkeit der australischen Außenpolitik ..." fast überschlug.

In der von der Sowjetbotschaft herausgegebenen Erklärung heißt es wörtlich: "Wir teilen die Besorgnisse von Außenminister Freeth über die abenteuerliche Politik der Führer in Peking. Die territorialen Ansprüche der Machthaber in Peking an ihre Nachbarländer und ihre chauvinistische Ausrichtung des chinesischen Volkes zum Haß gegen andere Nationen, zeigen ihre weitgehenden Absichten ..."

Was interessiert es die neuen Zaren im Kreml, daß die australischen Reaktionäre direkte Verbündete der US-Imperialisten sind, daß ihre Truppen genau wie die amerikanischen GI's mordend in Vietnam einfielen. In ihrem Haß gegen das sozialistische China sind sie bereit, sich selbst mit dem Teufel zu verbünden, wie sie es mit den Tschiangkaischeck-Banditen auf Taiwan bereits tun. Es ist absolut sicher, daß früher oder später das sowjetische Volk sie selbst zum Teufel jagen wird, daß sie so enden werden wie Hitler und seine Kumpane, auf deren Spuren sie wandeln.

Neue Ausfälle der Klassenjustiz

Am 11. Juli 69 wurde Genosse Gernot Schubert in erster Instanz wegen "schweren Landfriedensbruch" zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Er war bei den Demonstrationen gegen den Terror der Springerpresse aus den Demonstranten heraus verhaftet worden, da er schon früher seit langer Zeit aktiv im SDS und im Vietnam-Komitee gearbeitet hatte. Man wollte offenbar "ein Exempel an ihm statuieren". Die ach so "liberale" 'Süddeutsche Zeitung' lobte in einem speziellen Kommentar das Urteil als "ausgewogen" und stellte das "zu weit gehende" Urteil gegen den Rechtsreferendar und Mitarbeiter der Apo-Rechtshilfe Pohle (15 Monate) gegenüber. Den "Liberalen" ist also der Justizterror durchaus recht, solange er sich "in Grenzen hält". Dabei war es gerade der Zweck der ungeheuerlichen Strafen gegen Pohle usw., den Strafrahmen von vornherein in die Höhe zu schrauben. Wer gegen den Terror der Springerpresse demonstrierte, wurde ebenso hoch bestraft wie jemand, der tausende von Menschen umgebracht hat. Unsere einzig richtige Antwort auf den Terror gegen einzelne wichtige Genossen ist die massenhafte Heranbildung von neuen Kadern.

Das Kannibalengesicht der Klassenjustiz wurde auch in dem Prozeß gegen den in Katholischen Laienorganisationen tätigen Friedensfreund Steinbrecher überdeutlich sichtbar. Weil er im Münchner Dom die Kirchenbesucher aufforderte, den Massenmord der US-Truppen in Vietnam nicht tatenlos hinzunehmen, zeigte ihn die Domverwaltung bei der Polizei an. Vor dem Amtsgericht wurde er deshalb wegen "Störung des Gottesdienstes" angeklagt. Der Staatsanwalt meinte, wer gegen den Massenmord protestiere, könne wohl nicht "normal" sein, ließ deshalb das Verfahren aussetzen und den Angeklagten, der sich - für jeden wirklichen Menschen verständlich - frei von jeder Schuld wähnte, "auf seinen Geisteszustand" untersuchen.

Der Staatsanwalt dachte wohl so: Wenn in München ein vielfacher Totschläger ganz normal Bischof werden kann, so ist jemand, der gegen den Massenmord protestiert, eben "nicht normal". Der Prozeß ist also ein Eingeständnis der Justiz der Monopolkapitalisten, daß in der kapitalistischen Gesellschaft Westdeutschlands der Massenmörder das normale, jemand der gegen den Massenmord protestiert aber "unnormal" ist.

In Hamburg wurde der 28 Jahre alte kaufmännische Angestellte und SDS-Genosse Günther Schmiedel in einem Schauprozeß nach nach siebenmonatiger Untersuchungshaft wegen seiner aktiven Teilnahme an Demonstrationen zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und neun Monaten verurteilt. Daß es zu diesem Terrorurteil kommen würde, stand von Anfang an fest. Hatte doch Hamburgs Innensenator Ruhnau gegenüber Journalisten schon früher erklärt, daß Schmiedel ein Krimineller sei und sein Strafverfahren sich zu einem großen Prozeß ausweiten werde.

Schon Tage bevor das Urteil verkündet wurde, hatten sich - laut eidesstattlicher Aussage - der Gerichtsvorsitzende sowie die beiden Staatsanwälte im Prozeß zu Saufabenden getroffen, bei denen das Urteil ausgekunkelt wurde. Einer der Saufbrüder sagte dabei: "die APO erledigt man am besten mit Maschinengewehren".

Kommentar überflüssig.

Aus den Landesverbänden

Zunehmende Aktivität war das Kennzeichen der politischen Arbeit der Landesverbände und Ortsgruppen der KPD/ML während der letzten Wochen und Monate vor der Wahl. Erstmalig fand am 21. August aus Protest gegen den "sozial"-imperialistischen Überfall durch die Truppen des Warschauer Paktes auf die CSSR in Westberlin eine Demonstration statt, die allein auf Initiative und unter Leitung der Roten Garden zustande kam und an der sich über 300 Genossen und Rotgardisten beteiligten. In Hamburg ehrten am 18. August, dem 25. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns, Genossen und Rotgardisten das Leben und Wirken dieses großen deutschen Arbeiterführers. Dabei kam es vor der Gedenkta-

fel Ernst Thälmanns zu einem Überfall "sozial"-faschistischer Schläger der DKP auf unsere Genossen. Diese Typen scheuten sich nicht, wutschäumend eine von den Genossen mitgeführte rote Fahne mit Hammer und Sichel zu zerreißen, dem Symbol, unter dem Ernst Thälmann so mutig gekämpft hatte.

Zahlreich waren die Flugblätter, die im Zusammenhang mit der Parteilosung "Aktiver Wahlboykott" zur Bundestagswahl erschienen. In einem Flugblatt des Landesverbandes Nordrheinwestfalen unter dem Titel "Schlagt das Bonner Wahlkomplott" wird die Rolle der sich an den Wahlen beteiligenden Parteien erläutert und festgestellt "Alle diese Parteien wollen die Ausbeutung der werktätigen Massen aufrechterhalten". In einem Flugblatt der Ortsgruppe Köln wird auf die Wahl "zwischen mehreren Übeln" eingegangen und festgestellt, daß die Alternative allein in der gewaltsamen Beseitigung des jetzigen kapitalistischen Systems liegt, zu dessen Sturz sich die Arbeiterklasse organisieren muß. In Hamburg wurde der Aufruf zum Wahlboykott mit der Rolle des sozialen und nationalen Verrats verbunden, den beide "deutsche" Regierungen, die Ulbricht-Clique im Osten, Kiesinger, Brandt und Konsorten im Westen verüben. Während in Köln Plakate mit der Aufforderung "Boykottiert die Wahl, schreibt KPD/ML auf den Wahlzettel" erschienen, war das Stadtbild von Hamburg mit Aufklebern übersät, die neben der Boykottlosung zum 'Wahlstreik' aufforderten. Diese Kleber wurden auch in Mannheim, Karlsruhe, Celle und Hannover geklebt.

Doch nicht nur zur Wahl wurde von den Parteigruppen Stellung genommen, sondern auch zur Streikwelle, die die Betriebe erfaßte. In einem Flugblatt der Ortsgruppe München wurde neben dem Aufruf zur Solidarität mit den Streikenden die reaktionäre Rolle der Unternehmer und der Gewerkschaftsbürokratie entlarvt und der Streik als "die richtige Antwort auf die Scheingefechte der Wahlkampfparteien" herausgestellt. In einem Hamburger Flugblatt zum Streik unter der Überschrift "Schluß mit der Herrschaft der Millionäre und ihrer Lakaien, in Staat, Regierung, Gewerkschaft, Parteien" wird gesagt, daß die deutschen Arbeiter die Behauptung jener, die meinten, die deutschen Arbeiter seien lahm, voller Angst und verstünden nicht mehr zu kämpfen, wie eine Seifenblase zerplatzen ließen. In einem in Kiel erschienenen Flugblatt wird gesagt, daß man einer den Arbeitern feindlich gesinnten Politik von seiten der SPD und der SPD-Gewerkschafter nur begegnen kann, indem sich die Arbeiter organisieren und handeln.

In weiteren Flugblättern der Partei und Roten Garden in München und Köln wandte man sich gegen den drohenden Faschismus, Streben des westdeutschen Monopolkapitals nach Atomwaffen und die "sozial"-imperialistischen Überfälle der Sowjetrevisionisten auf die CSSR und die Volksrepublik China.

Wichtige Nachricht

Noch ist es nicht zur Regel geworden, daß alle Ortsgruppen der Partei über ihre Tätigkeit in Aktionen, kurz, sachlich und analytisch berichten. Dadurch ist es dem Redaktionskollektiv des ROTEN MORGEN nicht möglich, umfassend und vollständig aus der Arbeit der Landesverbände zu berichten. Genossen, denkt daran, daß Eure Erfolge und Erfahrungen wichtig sind für die gesamte Partei.

+

Des weiteren wurde von Genossen berechtigte Kritik an den im ROTEN MORGEN in der Spalte "Zur Diskussion gestellt" veröffentlichten Artikeln geäußert. Was aber nützt es, wenn diese Genossen nur mündlich die Kritik vorbringen, anstatt durch ihren schriftlichen Beitrag zu helfen, ideologische Fragen zu klären beziehungsweise den Arbeitsstil unserer Partei zu verbessern. Die Spalte "Zur Diskussion gestellt" soll uns helfen, vorhandene Widersprüche in der Partei offen zu diskutieren mit dem Ziel: Verbesserung unserer politischen, ideologischen und organisatorischen Arbeit. Natürlich werden wir in ihr nicht Revisionisten, Trotzkisten und Anarchisten das Wort erteilen.

+

Die neue Adresse unserer Org.-Abteilung lautet: Klaus-Uwe Pohlmann, 3 Hannover-Linden, Postfach 20 862. Wir bitten alle Genossen, sich in Organisations-Angelegenheiten an diese Anschrift zu wenden.

USA-GIFTGAS in Mannheim und Westdeutschland

Die von der KPD/ML Mannheim geforderte Aktionseinheit für die totale Vernichtung des im Mannheimer Trinkwasserschutzgebietes sowie im übrigen westdeutschen Raum gelagerten US-Nerven- und Giftgases wurde von den Vertretern der revisionistischen Renegatenclique abgelehnt!

MANNHEIM. Zur Bildung eines "Bürgerkomitees gegen Giftgas" hatten die beiden revisionistischen ADF(DKP)-Bundestagskandidaten aufgerufen. Erschienen waren alle von den revisionistischen Spaltern der KPD gesteuerten Organisationen und Parteien wie DKP, ADF, DL, DFU, VVN, SDAJ, die in Zusammenarbeit mit der faschistischen Unabhängigen Arbeiterpartei (UAP) das allgemeine Unbehagen und die Empörung der Mannheimer und westdeutschen Bevölkerung über das illegale, verbrecherische Lagern von chemischen Massenvernichtungsgiften durch die US-Imperialisten auf westdeutschem Boden auszunutzen versuchen, um so mit den Stimmen der Arbeiterklasse in den bürgerlich-kapitalistischen Bundestag zu gelangen. Der Altrevisionist, bürgerlich-parlamentarische Funktionär und Stadtrat A. Locherer, der die Versammlung leitete, polemisierte schmähend gegen die nicht eingeladenen revolutionären Vertreter der KPD/ML: "Wo sind sie denn, die Revolutionäre, die ständig das Wort 'Revolution' im Munde führen? Wo sind sie denn, wenn es darauf ankommt?" Als bei diesen Worten eine starke Vertretung der Mannheimer Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten mit erhobenen Fäusten den Saal betrat, blieb dem revisionistischen Renegaten das Wort im Halse stecken. Alle revisionistischen und auch der faschistische UAP-Vertreter wollten vorerst nicht die Bevölkerung zur direkten Aktion führen, sondern die Giftgaslagerung durch Flugblatt-Aktionen für die Parlamentswahlen nutzbar machen.

Als der Sprecher der revolutionären KPD/ML die DKP, die Mitglieder der revisionistischen KP und die anwesenden 'Marxisten' zur aktiven Aktionseinheit in Form einer militanten Demonstration gegen die US-Imperialisten und deren Bonner Lakaien forderte, lehnten die Revisionisten mit fadenscheinigen Gründen ab. Sie schwätzten von 'langwieriger Vorbereitung', von der 'Unabhängigkeit' der DKP, die sich 'von außen keine Demonstration aufzwingen lasse' etc.

Die revolutionären Genossen der KPD/ML ließen sich jedoch nicht beirren und führten am nächsten Morgen (9.August) zusammen mit revolutionären Einzelkämpfern eine vielbeachtete und von der Bevölkerung positiv aufgenommene Plakatdemonstration durch die Mannheimer Innenstadt durch.

Die Forderungen und Losungen, die in kollektiver Arbeit erstellt wurden, lauteten:

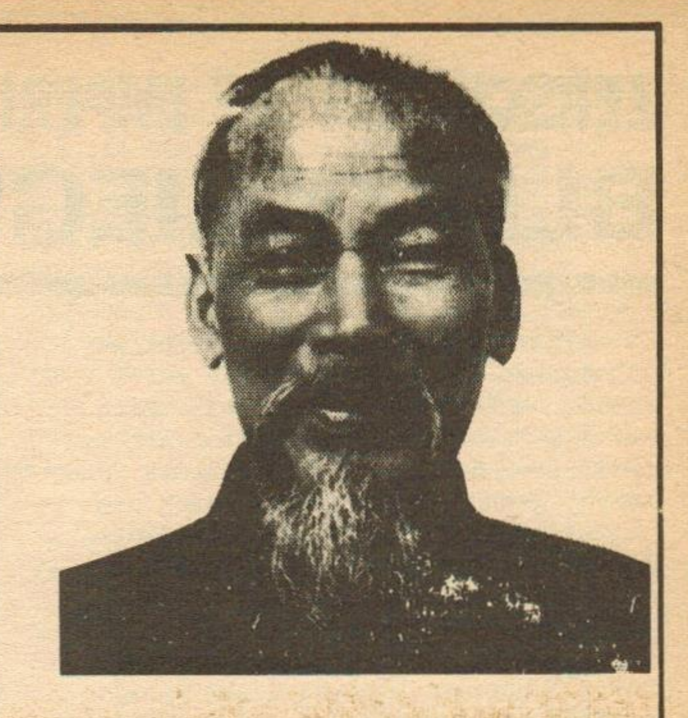
"Vorsicht! USA-Giftgas!" - "Weil der Mannheimer DGB-Vorstand schweigt, müssen wir handeln!" - "Dem Volke dienen!" Mao Tsetung" - "Giftgas bedroht alle - Protest!" - "Mannheimer! Fordert die totale Vernichtung des Giftgases!"

In der belebten Innenstadt diskutierten die Demonstranten stundenlang mit den Passanten und verurteilten aufs schärfste die Maschenschaften der US-Imperialisten und ihrer westdeutschen Handlanger. Sie erklärten geduldig die Weisung des Vorsitzenden Mao Tsetung: 'Dem Volke dienen!'

Es ist typisch für die revisionistische Clique, daß sie hinterher der Presse und dem westdeutschen Fernsehen gegenüber diese gelungene Aktion, die sie vorher abgelehnt hatten, als die ihre ausgaben!

KPD/ML Mannheim

ZUM ABLEBEN
DES PRÄSIDENT HO CHI MINH



An die
Partei der Werktätigen Vietnams

Liebe Genossen!

Im Namen der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten übersenden wir Euch anläßlich des Todes des Genossen Ho Chi-minh, des von uns hochgeschätzten Führers Eures tapferen Volkes, die herzlichste Anteilnahme.

Genosse Ho Chi-minh war und ist uns und allen revolutionären Kräften der Welt das Symbol des revolutionären Kampfes, eines kleinen, aber durch seinen unbeugsamen Freiheitswillen gestählten Volkes. Genosse Ho Chi-minhs Tod hinterläßt eine Lücke, die unauffüllbar scheint. Wir alle, die deutschen Marxisten-Leninisten und mit uns alle revolutionären Kräfte unseres Volkes, verneigen uns vor Eurem großen Führer.

Wir wissen jedoch, daß der Geist Ho Chi-minhs nicht gestorben ist. In seinem Namen und in seinem Sinne wird das Volk Vietnams kämpfen, bis der letzte Aggressor aus Eurem Vaterland vertrieben ist - es wird kämpfen, bis die faschistische Theiu/Ky-Bande besiegt ist. Genosse Ho Chi-minh hinterläßt aber auch uns ein Vermächtnis. Das Vermächtnis, unbeugsam den Klassenkampf zu führen, alle Volksfeinde zu verjagen, damit das deutsche Volk in einer einheitlichen Volksrepublik Deutschland einer sozialistischen Zukunft entgegengeht. So wie er sein Leben lang in vorderster Front des Kampfes um die Befreiung seiner vietnamesischen Heimat stand, wollen wir kämpfen gegen Lakaien des räuberischen USA-Imperialismus, die Bonner Bundesregierung, die die verbrecherische Aggression des USA-Imperialismus gegen Euer Volk unterstützt.

Der sowjetische Dichter Nicolai Ostrowski schrieb, als der große Lenin starb:

> "Der Tod Lenins machte hunderttausende Arbeiter zu Bolschewisten. Durch das Hinscheiden des Führers war keine Verwirrung in den Reihen der Partei entstanden. Ein Baum, dessen mächtige Wurzeln tief in die Erde eingedrungen sind, geht nicht zugrunde, auch wenn ihm die Spitze abgesägt wird."

Auch der Tod des Genossen Ho Chi-minh wird uns zu neuer Aktivität anspornen. In seinem Geiste und nach seinem Vorbild werden wir kämpfen.

Kommunistische Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten

Zentralkomitee

ZERSCHLAGT DIE IMPERIALISTISCHEN BLITZKRIEGSPLÄNE

Der Blitzkrieg hat nach der imperialistischen Überfällen Israels auf 5 arabische Länder und der Sowjetunion auf die Tschechoslowakei unter den reaktionären Kräften der Welt neues "Ansehen" gewonnen, nachdem er nach den katastrophalen Niederlagen der deutschen und japanischen faschistischen Blitzkriegs-Führer für mehr als 20 Jahre weitgehend von der Bildfläche verschwunden war. Der Blitzkrieg will durch schnelles Erobern neuer Gebiete mittels der technischen und materiellen Überlegenheit der Imperialisten der Bevölkerung keine Möglichkeit lassen, sich gegen den faschistischen Krieg zu wehren.

Bei der derzeitigen Weltlage kann man die Imperialisten und "Sozial"-Imperialisten ebensowenig an der Auslösung eines Blitzkrieges hindern, wie man etwa Hitler daran hindern konnte. Aber die fortschrittlichen Volksmassen haben derzeit bereits die Möglichkeit, die Wahrscheinlichkeit der Anzettelung eines Blitzkrieges durch die Imperialisten zu verringern. Dazu ist es notwendig, die Volksmassen in aller Welt auf den Volkskrieg vorzubereiten. Je mehr die Volksmassen auf einen imperialistischen Blitzkrieg vorbereitet sind, um so geringer ist der Überraschungseffekt und um so geringer sind die Aussichten der Imperialisten, im Blitzkrieg wenigstens Anfangserfolge zu erzielen 1). So etwa haben die US-Imperialisten durch ihre schweren Niederlagen in Vietnam, Laos und Thailand schon in wenn auch klitzekleinen Ansätzen begriffen, daß sie trotz ihrer materiellen Überlegenheit nicht allmächtig sind, sondern selbst von kleinen Völkern schwer angeschlagen werden können (was uns jedoch keinesfalls dazu verleiten darf, unsere Wachsamkeit gegenüber dem US-Imperialismus zu vernachlässigen!) Die Invasion Nord-Vietnams unterblieb vor allem deshalb, weil man wußte, daß dem US-Imperialismus dort noch größere Niederlagen erwarteten als in Südvietnam, da im Norden die gesamte Bevölkerung sich intensiv auf einen Volkskrieg vorbereitet hatte.

Ein großartiges Beispiel für die Mobilisierung der Volksmassen ist die proletarische Kulturrevolution in China, die Hunderte von Millionen Menschen mobilisierte und so einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung eines imperialistischen Weltkrieges darstellte 2). In den sozialistischen Ländern, wie China oder Albanien, ist es notwendig, eine starke Volksarmee zu schaffen. Eine wirkliche Volksarmee besteht auf die Dauer nur dann, wenn sie wirklich mit dem Volk verbunden ist und nicht isoliert vom Volk einen "Staat im Staate" bildet. In der VR China wird diese enge Verbindung durch die Teilnahme der Armee an Industrie, Landwirtschaft und politischer Massenbewegung hergestellt. Diese Teilnahme der Armee an der Produktion und am politischen Leben ist zur Vorbereitung eines Volkskrieges unerläßlich, denn auch im Volkskrieg muß die Armee oft zur Selbstversorgung und zur Hilfe für die Volksmassen Industrie und Landwirtschaft betreiben und die Volksmassen bei der politischen Organisierung unterstützen. Eine weitere wichtige Form der Verbindung von Armee und Volk ist die Einheit von Offizieren und Mannschaften. Zu ihrer Stär-

---

1)
Das uralte Sprichwort "Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor", das oft genug zur Vorbereitung eines Angriffskrieges verwandt wurde, ist in unserem Fall jedoch durchaus richtig, denn es ist offensichtlich, daß die Vorbereitung eines Volkskrieges zur Durchführung eines Aggressionskrieges total ungeeignet ist.

2)
Darüber ist sich auch die Bourgeoisie in einem gewissen Ausmaß klar. So schreibt die bürgerliche Wochenzeitung "Die Zeit" Nr. 36/1969: "Der Vormarsch der Sowjet-Truppen auf Peking) könnte sich im Meer einer feindseligen, fanatischen und auf den Partisanenkrieg vorbereiteten Bevölkerung verheddern und Moskau ein Supervietnam bescheren".

kung diente auch die Abschaffung der Rangabzeichen in der chinesischen Volksarmee 3). Die Soldaten müssen im Geist des proletarischen Internationalismus erzogen werden. Die ausländischen Gefangenen und die Zivilbevölkerung auch der feindlichen Länder müssen in ihrer Mehrheit als für den Sozialismus gewinnbare Volksmassen betrachtet werden. Im Falle eines Blitzkrieges ist zuerst zwar der Hauptkampfschauplatz - ähnlich wie unter Hitler - das Gebiet der sozialistischen Länder. Später aber werden die Truppen des Fortschritts unvermeidlich das Übergewicht erhalten und so immer mehr auf das Gebiet der imperialistischen oder "sozial"imperialistischen Angriffsländer oder ins übrige Ausland gelangen, ähnlich wie im zweiten Weltkrieg Stalins Truppen nach Mitteleuropa oder die Albanische Volksarmee in das von Hitler besetzte Jugoslawien. Unabhängig vom Ausmaß des revolutionären Bewußtseins der betreffenden Bevölkerung müssen die Volkstruppen unbedingt eine freundschaftliche Haltung gegen die Volksmassen einnehmen, um so die imperialistische Führung zu isolieren 4). Eine solche Haltung der Volksarmee führt keineswegs zu Nachteilen, sondern wirkt sich sowohl militärisch als auch politisch sehr vorteilhaft für den Volkskrieg aus. Es ist selbstverständlich, daß die Volksarmee die bestmöglichen Waffen haben muß, deshalb wurde die chinesische Volksbefreiungsarmee auch mit modernen Kern- und Raketenwaffen ausgerüstet 5). Der Vietnamkrieg hat uns aber allen noch einmal eindringlich gezeigt, daß die Theorie Mao Tsetungs, daß der menschliche Faktor im Krieg wichtiger ist als die Qualität der Waffen, vollkommen richtig ist. Deshalb ist auf die ideologische und politische Erziehung der Volksarmee das Hauptgewicht zu legen. Die Armeeangehörigen müssen erkennen, daß Furchtlosigkeit und Tapferkeit im Kampf gegen den Imperialismus die Verluste im Kampf verringern und den Krieg verkürzen. Sie müssen ebenso wie die übrigen Volksmassen wissen, daß "wer im Stich läßt seinesgleichen, läßt ja nur sich selbst im Stich" (Solidaritätslied von Brecht).

Neben der Volksarmee muß in den sozialistischen Ländern auch die gesamte übrige Bevölkerung mobilisiert werden. Ein wichtiges Mittel dazu ist die Volksmiliz, die bereits in Friedenszeiten aufgestellt und ausgebildet werden muß. Die Miliz hat den großen Vorteil, daß sie das örtliche Gelände genau kennt und mit den örtlichen Massen besonders eng verbunden ist. Aufgabe der Miliz ist es, dem imperialistischen Feind keinen einzigen Fleck im Lande zu lassen, auf dem er sich sicher bewegen könnte. Die Macht der Miliz muß so stark sein, daß es nicht einmal ehemalige Kapitalisten und Gutsbesitzer wagen, mit den Imperialisten zusammenzu-

3) In der chinesischen Roten Armee und in der Volksbefreiungsarmee existierten früher keine Rangabzeichen; sie wurden zu Beginn der 50er Jahre nach osteuropäischen Vorbildern eingeführt, später aber unter Verteidigungsminister Lin Biao abgeschafft.

4) Diese Linie wurde auch im 2. Weltkrieg von Stalin vertreten; andere Leute - z.B. Ehrenburg - versuchten jedoch eine chauvinistische Linie in die Rote Armee zu bringen. Obwohl Stalins Linie damals den Sieg davontrug, stiftete die nationalistische Haltung von Ilja Ehrenburg und Co. großen Schaden, stärkte den Faschismus und schwächte verschiedentlich den proletarischen Internationalismus. Vgl. dazu das im Schreiben der KPdSU an die KPJ vom 4. Mai 1948 zitierte Telegramm Stalins an Tito; Stalin führt dort aus, in der Roten Armee habe es 1945 "mißratene Glieder" gegeben; solche Erscheinungen dürfe man aber nicht verallgemeinern. Vgl. auch Kuby "Die Russen in Berlin", wo der linksbürgerliche Autor versucht, das Problem von einem "neutralen" Standpunkt aus zu betrachten. Es hätte sich für die Rote Armee sicher von Anfang an sowohl politisch als auch militärisch positiv ausgewirkt, wäre die chauvinistische Linie Ehrenburgs noch stärker bekämpft und ganz eliminiert worden.

5) Die VR China hat jedoch als einzige Atomwaffenmacht der Erde eine Erklärung abgegeben, niemals - ganz gleich unter welchen Umständen - als erste Atomwaffen einzusetzen. Die Sowjetunion hat sich bisher dagegen strinkt geweigert, eine solche Erklärung abzugeben, will also u.U. auch von sich aus mit einem Atomkrieg beginnen. Ebenso ist es mit den USA, Großbritannien und Frankreich.

arbeiten. Für desertierte Soldaten der Imperialisten muß die Miliz Verstecke und Verpflegung organisieren. Sie hat die beste Möglichkeit durch Agitation und Propaganda die imperialistischen Truppen zu zersetzen. Sie muß verstehen mit Hilfe der örtlichen Bevölkerung ihren eigenen Bedarf an Waffen und Munition herzustellen. Sie muß an Waffen aller Art ausgebildet sein, um alle von den Imperialisten erbeuteten Waffen benutzen zu können. An einem Volksmiliz-Wettbewerb der chinesischen Provinz Schantung beteiligten sich im Oktober 1964 etwa 1300 Milizionäre, von Beruf Arbeiter, Bauern, Fischer, Funktionäre, Studenten, Schüler, Künstler. Man probte sowohl Infanterie als auch Artillerie, Panzer, Pionierarbeiten, Kavallerie 6), Fallschirmspringen, Aufklärungs- und Nachrichtendienst. Zahlreiche Teilnehmer waren Frauen und Mädchen. Ein Teil war noch in sehr jugendlichem Alter 7). Die Erziehung der Jugend dient gleichzeitig für die Heranbildung von Nachwuchs für die Volksarmee. Gleichzeitig ist die Volksmiliz ein wichtiges Instrument des Volkes zur Stärkung der Volksmacht. Wenn das Volk bewaffnet ist, steht es auch, falls im Staat eine reaktionäre Clique mit Hilfe des Auslandes an die Macht kommt, nicht hilflos da, sondern kann sich jederzeit bewaffnet wehren. Die Volksmiliz kann alle diese Aufgaben nur erfüllen, wenn sie ideologisch gefestigt ist. Deshalb ist die politische Schulung auch eine wichtige Aufgabe der Miliz. Jede Festigung der ideologischen Einheit der fortschrittlichen Volksmassen im Marxismus-Leninismus und seinem heutigen Ausdruck, den Lehren Mao Tsetungs, bringt den Sieg näher und verkürzt den imperialistischen Krieg. Daneben müssen auch die militärischen Theorien der Arbeiterbewegung - wichtig sind auch hier vor allem die Ideen Mao Tsetungs - studiert und angewendet werden.

In den vom Imperialismus und "Sozial"-Imperialismus 8) ausgebeuteten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ist die Vorbereitung und Durchführung des antiimperialistischen Befreiungskampfes die beste Möglichkeit, einen Weltkrieg zu verhindern. Wenn die Imperialisten in vielen Ländern durch einen langwierigen Volkskrieg verschlissen werden, wird das ihre materiellen Möglichkeiten verkleinern und sowohl in ihren Armeen (Befehlsverweigerungen sind heute in der US-Aggressionsarmee in Vietnam alltägliche Erscheinungen) als auch in ihren Bevölkerungen Widerstand gegen den imperialistischen Krieg wachrufen. Heute gibt es den antiimperialistischen Befreiungskampf außer in Vietnam schon in vielen Ländern: Laos, Thailand, Burma, Malaya, Indien, Palästina, Nord-Guinea, Angola, Mozambique, Kolumbien und in manch anderen Gebieten. Auch hier sollte stets neben einer Volksbefreiungsarmee auch eine örtliche Miliz geschaffen werden. Diese Befreiungskämpfe haben eine unmittelbare Wirkung zur Mobilisierung der Volksmassen in den industriell entwickelten Gebieten Europas, Nordamerikas und Ozeaniens. In unserm eigenen Interesse ist es daher, wenn wir den dreikontinentalen Befreiungskampf tatkräftig unterstützen. Wichtig dabei ist, daß wir in den imperialistischen

---

6)
Die Kavallerie ist im Volkskrieg im Gegensatz zum imperialistischen Blitzkrieg auch heute durchaus brauchbar.

7)
Hier ist ein Ansatzpunkt für die Entrüstung von Heuchlern und Scheinheiligen. Es ist auch für Kinder besser, sich zu wehren,als sich von den Imperialisten hilflos mit Napalm verbrennen zu lassen.

8)
Die "Sozial"-Imperialisten haben zwar außer in der Mongolei bisher noch kaum Truppen in der "Dritten Welt" stationiert, liefern aber fleißig Waffen an einheimische Reaktionäre. So benützen z.B. die Reaktionäre in Indien und Burma schon seit langem sowjetische Waffen bei ihrem Kampf gegen die Kräfte der antiimperialistischen Befreiungsbewegung. Teilweise gibt es aber schon sowjetische "Touristen" (ähnlich wie früher US-"Touristen" im Kongo) und sowjetische "Berater" (wie früher US-"Berater" in Vietnam), die militärische Aufgaben erfüllen. Dies wurde teilweise bekannt, da sich im Frühjahr 1969 ein sowjetischer "Berater " - trotz Anweisung durch die indischen Reaktionäre - zeitweise weigerte, mit seinem Hubschrauber von Indien aus auf chinesisches Gebiet zu fliegen, um dort provokatorische Akte auszuführen.

bewaffneten Kräften so wirken, daß diese unfähig werden, Angriffskriege zu führen oder zur Herstellung einer faschistischen Terrorherrschaft zu dienen. Dieses Ziel kann nur durch eine breite Massenbasis mit klarer ideologischer Zielsetzung erreicht werden. Die Organisierung einer marxistisch-leninistischen Partei und Jugendorganisation, die ihrerseits dann auf die übrigen Volksamssen einwirken und sich mit ihnen verbünden, ist also weit mehr Arbeit für den Frieden als jedes pazifistische Geschwätz 9) und jede Petition an den Bundestag 10).

Wenn jeder von uns seine revolutionäre Pflicht erfüllt, so haben wir gute Aussicht, von Blitz- und Weltkriegen weitgehend verschont zu bleiben. Wir Marxisten-Leninisten lieben den Weltkrieg ebensowenig wie Pest und Cholera. Aber wir wissen auch, daß die Volksmassen derzeit die Reaktionäre an der Anzettelung eines Welt- oder Blitzkrieges nicht gänzlich hindern können. Deshalb müssen wir stets auf das Schlimmste gefaßt sein, um auch in den Stunden, in denen den Völkern aller Länder größte Gefahr droht, die Volksmassen mutig und furchtlos zum Sieg führen zu können 11).

Huang Yung-scheng, der Generalstabschef der chinesischen Volksbefreiungsarmee sagte am 1. August 1969 (zum 42. Jahrestag der Gründung der VBA): "Wir haben ausreichende Vorbereitungen getroffen, wir müssen darauf gefaßt sein, daß sie (der US-Imperialismus und der Sozialimperialismus) einen Krieg in großem Ausmaß und s e h r b a l d vom Zaune brechen. Wir müssen darauf vorbereitet sein, daß sie einen Krieg mit konventionellen Waffen entfesseln, als auch darauf, daß sie einen großen nuklearen Krieg entfachen."

Unsere Hauptaufgaben sind dann alle Maßnahmen der herrschenden Klasse, die den imperialistischen Krieg unterstützen, zu unterbinden und die vom Imperialismus oder "Sozial"-Imperialismus angegriffenen Völker zu unterstützen. Alle imperialistischen oder "sozial"-imperialistischen Organisationen, die den imperialistischen Krieg unterstützen, müssen energisch bekämpft und zerschlagen werden. Wir müssen die breiten Volksmassen und alle sonstigen Kreise, die einem Weltkrieg wirklich ablehnend gegenüberstehen, zu einer einheitlichen Fronstellung gegen den imperialistischen Krieg, zur Hilfe für die Angegriffenen und zur Abwehr des dann - noch mehr als heute - drohenden Faschismus vereinigen.

Die Imperialisten begannen den 1. Weltkrieg; an seinem Ende stand die Sozialistische Oktoberrevolution.

Die Imperialisten begannen den 2. Weltkrieg; an seinem Ende stand die Chinesische Revolution.

Wenn die Imperialisten oder "Sozial"-Imperialisten einen 3. Weltkrieg vom Zaun brechen, werden sie unvermeidlich noch größere Niederlagen erleiden.

ES LEBE DER SIEG IM VOLKSKRIEG

---

9)
Hierbei ist der linksbürgerliche Pazifismus, der in gewissen Zeiten unser Verbündeter sein kann, streng von dem imperialistischen "Pazifismus" zu unterscheiden. Wenn Strauß, Kennedy oder Hitler vom Frieden reden, so gilt voll und ganz Stalins folgende Bemerkung: "Die Imperialisten verfolgen mit dem Pazifismus nur ein Ziel: die Massen mit tönenden Redensarten über den Frieden zu betrügen, um einen neuen Krieg vorzubereiten." "Ohne diesen Pazifismus ... ist die Vorbereitung von Kriegen unter den heutigen Verhältnissen unmöglich."

10)
Wichtig zu erkennen ist vor allem die janusköpfige Aktivität von ADF, DFU und DKP. Während ihre Aktionen einerseits manchen unpolitischen Bürger zum Denken anregen kann, muß doch gesehen werden, daß jede Stärkung dieser Parteien eine Erhöhung der Kriegsgefahr darstellt. Die drei obigen Parteien müssen als Verbündete des "Sozial"-Imperialismus angesehen werden. Jede Stärkung dieser Parteien steigert also die Kriegsgefahr.
Bei unserer politischen Arbeit müssen wir aber auch davon ausgehen, daß ein großer Teil der Mitglieder dieser Organisation subjektiv durchaus fortschrittlich eingestellt sind.

11)
Gerade uns deutschen Marxisten-Leninisten sollte die Unvorbereitetheit des revolutionären Flügels der SPD bei Kriegsausbruch 1914 eine ernste Warnung sein.

Die Führer der DDR betreiben Geschichtsfälschung

Bertolt Brecht nannte auf die Frage, welches Buch auf ihn 1954 den stärksten Eindruck gemacht hätte: "Über den Widerspruch" von Mao Tsetung (vgl. Brecht, Gesamtausgabe Band 20 S. 343). Solange die DDR noch ein sozialistisches Land war, erschienen dort eine ganze Anzahl Schriften von Mao Tsetung, darunter auch die vierbändigen Ausgewählten Werke. Heute dagegen wäre Bertolt Brecht - lebte er noch - gezwungen, sich seine Lieblingslektüre auf "illegale" Weise zu beschaffen. Die Führer der SED haben, um das Volk der DDR besser in Gewalt zu bekommen, jegliche Veröffentlichung der modernen marxistisch-leninistischen Literatur eingestellt. Aber nicht nur das, das Volk der DDR wurde - wie zu Hitlers Zeiten - aufgefordert, solche Literatur - z.B. auch die Werke Stalins - aus seinen Bibliotheken zu entfernen. Jegliche Einfuhr solcher Literatur ist verboten und wird verfolgt.

Ganz anders ist es in der Volksrepublik China. Dort hat die Bevölkerung nicht nur die selbstverständliche Möglichkeit, die gesamte marxistisch-leninistische Literatur zu studieren, sondern kann sich auch aus erster Hand über die "Werke" der modernen Revisionisten unterrichten. So werden etwa in Peking die "Gesammelten Werke" von Chruschtschow herausgegeben. Immer wieder veröffentlicht man ungekürzte Erklärungen der modernen Revisionisten, damit sich jeder selbst eine Meinung bilden kann. Da in China zwischen Volk und Regierung keine antagonistischen Widersprüche - wie etwa in der DDR - bestehen, kann man dem Volk ruhig reinen Wein einschenken.

Die Unterdrückung der neueren marxistisch-leninistischen Literatur genügte den Führern der DDR aber nicht, deshalb gehen sie schon seit längerer Zeit zur offenen Geschichtsfälschung über. Eine der altbekannten reaktionären Methoden ist das Gegenüberstellen eines ("guten") toten Revolutionärs gegen einen ("bösen") lebenden. 1917 etwa konstruierte die Reaktion einen Gegensatz zwischen Marx und Lenin; später dann zwischen Lenin und Stalin.

Die DDR-Führer sind nun eifrige Schüler der Reaktion. Sie konstruieren einen "Widerspruch" zwischen Mao Tsetung und dem 1927 von der Reaktion ermordeten Li Da-dschao. Zu diesem Zweck gaben sie vor kurzem eine Sammlung von Zeitungsartikeln von Li Da-dschao heraus, um im Vorwort ihre geschichtsfälschenden Verdrehungen unterbringen zu können. Der Versuch, Mao und Li gegeneinander auszuspielen, ist jedoch so stümperhaft, daß er außer in DDR-Kindergärten kaum auf Glauben stoßen wird.

Li Da-dschao war einer der 12 Gründungsdelegierten der KP Chinas. Vorsorglich verschweigt die DDR-Broschüre, daß auch Mao Tsetung darunter war und schreibt statt dessen, es sei eine "grobe Verfälschung der historischen Wahrheit", Mao Tsetung als Gründer der KP Chinas zu betrachten. Wie lächerlich die Behauptung der DDR-Führer ist, zeigt ein Blick in die Presse der Komintern aus dieser Zeit. So bezeichnet schon die "Internationale Presse-Korrespondenz"- eine Zeitschrift der Komintern - (1930 Nr. 26 S. 634) Mao Tsetung als "Mitbegründer der Kommunistischen Partei Chinas und Begründer der Partisanentruppen und der Roten Armee". Wer fälschte also Geschichte - die Komintern 1930 oder die DDR-Führer heute?

Die Artikel von Li Da-dschao sollen vor allem zeigen, daß Li Da-dschao ein Freund der Sowjet-Union war. Hier will man offenbar einen Gegensatz zu Mao Tsetung konstruieren. Dies ist natürlich nur auf dem Hintergrund der brutalen Unterdrückung der Werke Mao Tsetungs in der DDR möglich, da sich niemand dort darüber informieren kann, daß Mao Tsetung - solange die Sowjet-Union ein Arbeiter- und Bauernstaat war - stets ein glühender Freund der Sowjet-Union war und auch heute ein aufrichtiger Freund des sowjetischen Volkes ist:

"Die Sowjetunion war der erste sozialistische Staat; die KPdSU wurde von Lenin gegründet. Obwohl nun die Führung in Partei und Staat der Sowjetunion von den Revisionisten usurpiert wurde, möchte ich allen Genossen raten, an der Überzeugung festzuhalten, daß die breiten sowjetischen Volksmassen,

die breiten Massen der sowjetischen Parteimitglieder und Funktionäre gut sind, daß sie für die Revolution sind und daß die revisionistische Herrschaft nicht lange dauern wird."

REVISIONISTISCHES

Trotz eigener Autoproduktion will die CSSR demnächst 1.500 Volkswagen importieren. Kundendienst-Stationen des VW-Werks wurden bereits in Prag und Bratislava eingerichtet.

+

Infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit hat sich die Zahl der Bettler in der UdSSR sprunghaft erhöht. Nach offiziellen Veröffentlichungen gibt es diese Bettler, die jeder Tourist mit eigenen Augen sehen kann, jedoch nicht. Es handelte sich, so wird erklärt, bei diesen Menschen um "asoziale Elemente". Eigenartig, daß es diese "Elemente" unter Stalin bereits nicht mehr gab. Sicher sind sie eine Erscheinung des sowjetrevisionistischen Übergangs zum Kommunismus.

+

Aus Steuermitteln hat das Bonner Auswärtige Amt dem sowjetrevisionistischen Botschafter Zarapkin verstärkte Schutzbauten im Botschaftsgebäude der UdSSR in Rolandseck anbringen lassen. Grund: Seit dem Überfall auf die CSSR fürchtet Zarapkin den Zorn der Demonstranten.

+

Die sich als "links" und "demokratisch" bezeichnende "Aktion Demokratischer Fortschritt" (ADF) hat im gesamten Bundesgebiet unter ihren Spitzenkandidaten der Länder zur Bundestagswahl nur einen Arbeiter. Der Rest setzt sich aus Hochschullehrern, Pfarrern, Redakteuren und ähnlichem zusammen.

+

Die im Westen brandende "Sex-Welle", die die Aufgabe hat, die Volksmassen vom Kampf um ihre Befreiung abzulenken, hat jetzt auch in Ungarn Einzug gehalten. Die Titelbilder der Illustrierten wetteifern darin, junge Mädchen soweit ausgezogen als irgendmöglich zu zeigen. Im Fernsehen, Kino, Theater, regieren Kitsch und Schund. Längst abservierte bürgerliche Autoren feiern ihr comeback. Gruppensex, bei dem Mädchen in Banden unter den männlichen Mitgliedern nicht wählen dürfen, sind die Regel. Die Zahl der Geschlechtskrankheiten hat sich gegenüber 1959 verdreifacht.

ARBEITSLOSENIMPORT AUS DEM OSTEN

Schon lange kann man Jugoslawien nicht mehr als sozialistisches Land bezeichnen. Nachdem dort der Kapitalismus im weitesten Umfang restauriert worden war, trat als Folge die ständig wachsende Zahl der Arbeitslosen in Erscheinung. 700'000 jugoslawische Arbeiter in Westdeutschland sprechen für sich.

Daß diese Entwicklung mit zunehmender Rekapitalisierung in den revisionistischen Ländern in Erscheinung treten würde, war vorauszusehen. Wie bekannt wurde, liegt in Westberlin ein Angebot der CSSR vor, für die Westberliner Bauwirtschaft Arbeiter und Maschinen zur Verfügung zu stellen. Die revisionistische Führungsclique der CSSR hofft durch diesen Menschenhandel zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Einmal erhofft man sich eine zusätzliche Devisen-Einnahme, zum anderen die im Zuge der Massenentlassungen in volkseigenen Betrieben frei werdenden Arbeitskräfte unterzubringen.

NA-ZIONISMUS

Auf einer von arabischen Studenten, die El Fatah nahestehen, veranstalteten Podiumsdiskussion am 2. August 1969 im Münchener Klub Eugen Leviné erklärte der westdeutsche Zionist Herbert Liebmann, daß man den linksliberalen israelischen Abgeordneten Uri Avnery, der vor einiger Zeit im SPIEGEL einen Fortsetzungsbericht über Israels Expansionspolitik veröffentlichte, für diesen Artikel "nur am nächsten Baum aufknüpfen könne".

Auch mehreren anderen nichtzionistischen Juden wollte der Zionist diese "Sonderbehandlung" angedeihen lassen. Allen jenen, die bisher noch Illusionen über den Zionismus hatten, waren die faschistischen Mordwünsche Liebmanns eine heilsame Lehre.

Die Revisionisten und Stalin

In den letzten Monaten konnte man oftmals in der bürgerlichen Presse lesen, daß die Sowjetführer sich bei verschiedenen Gelegenheiten auf Stalin berufen hätten. Für diese Zeitungen schien es wohl so, als ob die jetzigen Revisionistenbosse die verräterische Linie nach dem XX. Parteitag über Bord geworfen hätten. "Stalin-Renaissance geht weiter" (Frankfurter Rundschau, 25.2.69), "Stalins Rehabilitierung ist jetzt vollständig" (Daily Telegraf, zitiert in Bild, 6.2.69), "Die Sowjetunion kehrt zum Stalisnismus zurück!" (Bild, 6.2.69), "Der Abbau liberaler Errungenschaften aus der Chruschtschow-Ära geht weiter" (Frankfurter Rundschau, 12.2.69) - so hieß es in den Zeitungen. Wie steht es in der SU nun wirklich um Stalin? Wird er, der große Revolutionär und Marxist-Leninist,der Held im Großen Vaterländischen Krieg, der Befreier Osteuropas vom Hitlerfaschismus, der Erbe Lenins, von den Revisionisten als Marxist-Leninist verehrt oder warum loben sie ihn sonst?

Auf dem XX. Parteitag 1956 warf Chruschtschow endgültig die marxistisch-leninistische Linie Stalins über Bord. Stalin hatte nach Lenins Tod fast 30 Jahre lang die KPdSU und die Sowjetunion gegen alle Gefahren entschlossen verteidigt und in der SU den Sozialismus aufgebaut. Natürlich hatte Stalin auch Fehler, aber seine Verdienste sind weit höher zu bewerten. Chruschtschow ersetzte die ideologische Auseinandersetzung mit Stalin durch Schimpfwörter. Er bezeichnete ihn als "Mörder", "Verbrecher", "Bandit", "Hasardeur", "Despot á la Iwan der Schreckliche", "der größte Diktator in der Geschichte Rußlands", "Schuft", "Idiot" usw. (siehe 'Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung' Peking 1965, Seite 141). Anfang dieses Jahres hieß es im theoretischen Organ der KPdSU "Kommunist": "Nicht ein Krümel bleibt von den Fälschungen (Chruschtschows) zurück."

Es mag für einige scheinen, als wären die Revisionisten der SU zu Stalin zurückgekehrt und hätten den Revisionismus über Bord geworfen. In Wirklichkeit benutzen sie aber Stalin genau wie Lenin, Marx und Engels dazu, ihre revisionistischen Verbrechen mit einem Schein von Marxismus-Leninismus zu verschleiern. Das Organ unserer albanischen Bruderpartei, die Zeitschrift 'Zeri i Popullit' schrieb: "Die Analyse der Tatsachen zeigt, daß von einer Überprüfung der revisionistischen Position seitens der Führung der Sowjetrenegaten keine Rede sein kann. Alle ihre Anstrengungen, um den Eindruck zu erwecken, daß sie angeblich zu der alten stalinschen Position zurückkehren, sind ein großer Bluff." (9.1.69)

Die Sowjetrevisionisten sehen sich immer größeren Schwierigkeiten gegenüber. Der ganze Staatsapparat ist korrupt, die Wirtschaft teilweise kaum noch in der Lage, die Versorgung des Sowjetvolkes mit den lebensnotwendigsten sicherzustellen. Chruschtschow lobte seinerzeit Lenin und verdammte Stalin (obwohl ihn von Lenin Welten trennten), Breshnew und Konsorten berufen sich jetzt wieder auf Stalin (obwohl ebenfalls beide entgegengesetzte Weltanschauungen vertreten). So greifen sie zwecks Volksverdummung auf Stalin zurück und beschimpfen andere Revisionistencliquen, die nicht länger Lakaien des Kreml sein wollen als "Revisionisten" (z.B. Dubcek). Sie schieben das, was sie selbst getan haben und tun, den anderen in die Schuhe. Als bürgerliche ideologische, antimarxistische und konterrevolutionäre Strömung ist der Revisionismus so stark diskreditiert, daß auch die Häupter des Revisionismus selbst, vor allem jene der SU, den Ausdruck "Revisionist" gebrauchen, um ihre ungemäßigteren und liberaleren Alliierten zu kritisieren. Manchmal entfällt ihnen sogar irgend ein Wort, dass der Revisionismus heute die Hauptgefahr bildet und der Kampf gegen ihn - die Hauptaufgabe sei.

Um ihre revisionistischen Parteiencliquen als Lakaien zu behalten, versuchen die Sowjetrevisionisten Stalins Rote Fahne zu erheben. Aber auch dieses schändliche Manöver wird ihnen nicht weiter helfen. Stalins Banner weht weiter, aber nicht im revisionistischen

Kreml, sondern in China und Albanien, es weht überall dort, wo Revolution gemacht wird. Die ganze Demagogie der angeblichen Bekämpfung des Revisionismus und der angeblichen Rückkehr zu den leninistisch-stalinistischen Stellungen, braucht die revisionistische Sowjetführung, um ihre vollständige Umwandlung in eine sozialfaschistische Clique zu tarnen. Stalin gehört der Proletarischen Revolution! Stalin gehört uns!

Weite Verbreitung von Rauschgift in den USA

Der Gebrauch von Rauschgift ist in den USA weit verbreitet. Dies ist ein zusätzliches Anzeichen, daß der US-Monopolkapitalismus durch und durch verfault ist. Wegen der ständigen Verschärfung der Klassenwidersprüche versucht das US-Monopolkapital mit verdoppelter Energie das Volk zu entmutigen und zum Gebrauch von Rauschgift zu verleiten, um sie von der Realität des Klassenkampfes fortzulocken. Die US-Monopolistenklasse gibt Berichten über den Gebrauch von Rauschgiften große Verbreitung, vor allem in Zeitungen, Zeitschriften, Filmen und im Fernsehen. Rauschgift wird in vielen Teilen der USA angebaut bzw. hergestellt. Die Banden der Rauschgifthändler arbeiten eng mit der Polizei beim Rauschgiftverkauf zusammen. An einem einzigen Tag Ende Juni 69 starben allein in New York City 24 Personen am Rauschgift.

Die US-Monopolkapitalisten verbreiten den Rauschgiftverbrauch auch unter den US-Aggressionstruppen in Vietnam, um die amerikanischen Soldaten im Rauschzustand zu lebensgefährlichen Einsätzen zu verleiten. "Newsweek" enthüllte vor kurzem, daß mindestens 15 % der US-Aggressions-Truppen in Vietnam Rauschgift gebrauchen und daß es besondere Transporte in Armee-Lastwagen und Hubschraubern für Rauschgiftzufuhr zu den US-Soldaten gibt.

Die US-Monopolistenklasse greift auf Rauschgift zurück, um ihre Herrschaft zu behaupten. Dies zeigt deutlich, daß sie am Ende ist und daß das amerikanische Gesellschaftssystem durch und durch verfault ist. In nicht zu ferner Zeit wird sich das amerikanische Volk erheben und die US-Monopolistenklasse samt dem Rauschgift, das sie verkauft, auf den Misthaufen der Geschichte werfen.

SKANDAL IN ATHEN

Nicht den Fall des Sportlers Jürgen May meinen wir. May, der vor zwei Jahren aus der DDR in die Bundesrepublik überwechselte und gegen den man aus diesem Grunde anläßlich der Europäischen Leichtathletik-Meisterschaften in Athen ein Startverbot erließ. Das sind Intrigen am Rande eines Ereignisses, das peinliche Erinnerungen an das Jahr 1936 wach werden läßt.

1936 fanden die Olympischen Spiele in Berlin statt. Diese Spiele dienten dem Hitler-Regime dazu, sein faschistisches System von Blut und Terror zu kaschieren und der Weltöffentlichkeit ein Bild der Eintracht aller Deutschen und ihres Strebens nach Frieden und Völkerfreundschaft vorzugaukeln. Während die 100-Meter-Läufer, voran der USA-Sportler Jesse Owens, ihrem Sieg auf der Aschenbahn zueilten, waren in den Kerkern der Gestapo, in den KZs hunderttausende Deutsche grausamsten Mißhandlungen und Foltern ausgesetzt. Fast alle großen Nationen beteiligten sich an dieser Aufwertung der Nazi-Diktatur durch ihre Teilnahme an den Olympischen Spielen. Nur die Sowjetunion unter Stalin blieb dieser faschistischen Monster-Schau fern.

Wie anders die heutigen Machthaber im Kreml und ihre revisionistischen Satelliten in Osteuropa. Was stört es sie, daß in Griechenland eine blutige faschistische Militär-Diktatur herrscht und tausende Patrioten und Kommunisten in den Gefängnissen grausamste Folter erleiden. Von den kapitalistischen Westmächten war es nicht anders zu erwarten. Und Lob gebührt den norwegischen Leichtathleten, die zum Boykott der Europameisterschaften aufriefen. Wie widerlich dagegen das Verhalten der DDR. In seiner sklavischen Sucht nach Prestige und Anerkennung durch die kapitalistischen Staaten, ist das Ulbricht-Regime bereit, auch den letzten Funken eines Gedankens im Sinne des proletarischen Internationalismus im Keim zu ersticken. Ist es bereit, die

Herrschaft der grausamsten Faschisten anzuerkennen.

Allein die Volksrepublik Albanien lehnte es als sozialistisches Land konsequent ab, sich durch eine Teilnahme an den Leichtathletik-Meisterschaften in Athen, an der Aufwertung des faschistischen Militärregiems zu beteiligen.

Wer schoß wirklich?

Mit Vehemenz und Feuereifer knüppelt Westdeutschlands Polizei auf NPD-Gegner ein. Nur wenige Beispiele: In Flensburg gingen mehrere Hundertschaften der Polizei mit Tränengas, Wasserwerfern und Gummiknüppeln gegen rund 5000 NPD-Gegner vor. In Recklinghausen setzte man gegen 3000, die gegen eine Thadden-Kundgebung protestierten, neben Wasserwerfern auch Reiterstaffeln ein. In Bielefeld verbündete sich die Polizei mit NPD-Ordnern, die mit Stangen auf Demonstranten einschlugen und nahm 18 Demonstranten fest. Zahlreiche Anti-NPD-Demonstranten wurden verletzt.

In Kassel kam es anläßlich einer Anti-NPD-Kundgebung zu einem Überfall, bei dem 2 Demonstranten von einem bisher unbekannten Mann, der sich als Polizist ausgab, angeschossen wurden. Nach offizieller Version soll es sich bei dem Täter um einen NPD-Angehörigen handeln. Verschiedene Anzeichen: die Tatwaffe, eine 7,65-mm-Mauser-Pistole, der Mann gab sich gegenüber einem Kraftfahrer schon vorher als Zivilpolizist aus, deuten jedoch darauf hin, daß es sich bei dem Schützen um einen Polizisten handelt. Sollte das der Fall sein, wird man des Täters wohl kaum habhaft werden.

Radio Tirana

Zeit	Kurzwelle	Mittelwelle
6- 6,30 h	41,50 Meter	215 Meter
13-13,30 h	32,41 "	
14,30-15 h	32,41 "	
16-16,30 h	32,41 "	
18-18,30 h	32,41 "	
19-19,30 h	41,50 "	
21,30-22 h	41,50 "	
23-23,30 h	41,50 "	215 Meter

Radio Peking

Täglich auf Kurzwelle

19,00 - 20,00 Uhr 43,7 - 42,8

40,8 und 25,6 m

21,00 - 22,00 Uhr 43,7 - 42,8

und 31,7 m

Zeitschriften aus China

Peking Rundschau

(Wochenschrift)

China im Bild

(Monatsschrift)

Zu beziehen durch:

Guozi Shudian

Vertriebszentrum Chinesischer Publikationen, Postfach 399, Peking, Volksrepublik China.

China

HSINHUA-Nachrichten

2000 Hamburg 13, Mittelweg 22 b

Rote Fahne

Zentral-Organ der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs. Erscheint monatlich. Herausgeber: Franz Strobl, 1150 WIEN XV, Goldschlagstraße 64/5

Revolutionärer Weg

Theoretisches Organ der KPD/ML zu beziehen durch: Franz Wennig, 4 Düsseldorf-Gerresheim, Schönaustraße 29.

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten - Leninisten

2000 Hamburg 71, Postfach 464

Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis 40 Pfennig. Jahresbezugspreis: 7,40 DM (einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Nr. 2627 67

PSchA Hamburg

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

3. Jahrgang | Oktober 1969 | Preis 40 Pfg.

Vorwärts im Geist des Oktober 1923

Am 23. Oktober 1923, vor 46 Jahren, stand der revolutionäre Vortrupp der Hamburger Arbeiterklasse auf den Barrikaden, griff der beste Teil der Arbeiterschaft zum Gewehr und nahm den Kampf gegen die kapitalistischen Unterdrücker auf. Der Hamburger Aufstand entsprang der revolutionären Situation vom Herbst 1923. Bereits im Frühjahr 1923 begannen riesenhafte Streikbewegungen im Ruhrgebiet und Oberschlesien. Noch kämpften die Arbeiter nicht um die Macht, sondern nur um die Beseitigung der brennendsten Not. Doch die Lage verschlechterte sich zusehends. Die Markwährung, die bei Regierungsantritt Reichskanzlers Cuno auf 8000 stand, stieg auf eine Billion. Die Arbeiter konnten für ihre Löhne nichts mehr kaufen. Sogar "die treusten Diener des Staates", die Beamten, begannen zu rebellieren. Der Mittelstand war ruiniert. Das Gespenst des Hungers schritt durch Deutschland. Da wurde im August 1923 durch die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterklasse die Regierung Cuno gestürzt. Von diesem Moment an sprang der Funke des Bürgerkriegs durch Deutschland. Bereits vorher war an der Ruhr, in Hannover, in Oberschlesien, in Bayern geschossen worden, jetzt wurde es immer klarer, daß eine friedliche Entscheidung nicht mehr möglich war. Der erbarmungslose, gewaltsame Kampf zwischen Klasse und Klasse wurde unvermeidlich. Aus Streiks wurden Zusammenstöße, aus Kundgebungen blutige Kleinkämpfe zwischen Arbeitern und Polizei in Dutzenden deutschen Städten.

So war im Oktober 1923 eine unmittelbare, revolutionäre Situation vorhanden. Alle Bedingungen für den Sieg der Arbeiterklasse waren da, außer einer einzigen, doch davon später.

In Hamburg kam es am 20. Oktober 1923 zu zahlreichen Zusammenstössen zwischen Polizei und Arbeitern. Dabei zeigte sich, daß auch viele Kleinbürger und in einigen Fällen sogar die Polizei mit den demonstrierenden Arbeitern sympathisierten. Als am 22. Oktober die Nachricht eintraf, daß die Reichswehr in Sachsen einrückte, legten die Hafen- und Werftarbeiter sofort die Arbeit nieder. In der Nacht vom 22. zum 23. Oktober wurde der Aufruf des Reichsbetriebsräte-Ausschusses der Hamburger Parteiorganisation der KPD von der Zentrale zugestellt und verteilt. Der Ausschuss forderte die Arbeiterklasse Deutschlands zum Generalstreik, zum Aufstand gegen die Offensive der Reaktion und gegen die Militärdiktatur auf. Die Hamburger Parteiorganisation, von Ernst Thälmann im Geiste des Marxismus-Leninismus geschult, stand zum Kampf bereit. Sie hatte einen sogenannten Ordnerdienst (OD) geschaffen, der den militärischen Kern der proletarischen Hundertschaften bildete. Seine Mitglieder waren im Umgang mit Waffen vertraut und kannten die Grundregeln des Straßenkampfes. Am 22.10. nachts beschloss die Bezirksleitung der KPD Wasserkante den Aufstand für den 23. Oktober 5.00 Uhr früh. Der Aufstandsplan sah nach Schilderung eines Teilnehmers vor:

> **„a) der Aufstand beginnt durch ein plötzliches Losschlagen der bewaffneten Arbeiterabteilungen in Arbeitervierteln der Stadt, wobei in erster Linie die Waffenlager zu besetzen sind;**
> **b) Entwaffnung der Polizei und Faschisten in den Arbeitervororten;**
> **c) gleichzeitige Zusammenziehung der bereits bewaffneten Arbeiterabteilungen, die durch Massendemonstrationen aus den Vororten nach der Innenstadt zu decken sind, und Zurückdrängung des Gegners (Polizei und Faschisten im Stadtzentrum) nach Süden (an den Fluß, dessen Brückenübergänge schon vorher von den Arbeitern zu besetzen sind) und hier endgültige Entwaffnung des Gegners;**
> **d) Besetzung des Post- und Telegrafenamtes, der wichtigsten Bahnhöfe des Stadt- und Fernverkehrs, des Flugplatzes und der anderen wichtigsten Objekte, noch bevor die Abteilungen aus den Vorstädten nach dem Stadtinnern ziehen, durch die in diesen Vorstädten befindlichen Kräfte der Partei;**
> **e) um die Heranziehung von auswärtigen Verstärkungen durch den Gegner zu unterbinden, ist vorgesehen, ihn auf den Hauptstraßen, die voraussichtlich für ihren Nachschub in Frage kommen würden, in einen Hinterhalt zu locken. Mit der Organisierung des Angriffs aus dem Hinterhalt und der Vernichtung der Wege im Umkreis von 25 Kilometern werden die Kräfte der Ortsorganisationen der nächstliegenden Arbeiterstädtchen und -siedlungen beauftragt. Die Organisationen von Harburg, Wilhelmsburg, Ütersen und Stade sollen den Schiffsverkehr auf der Elbe sperren.“**

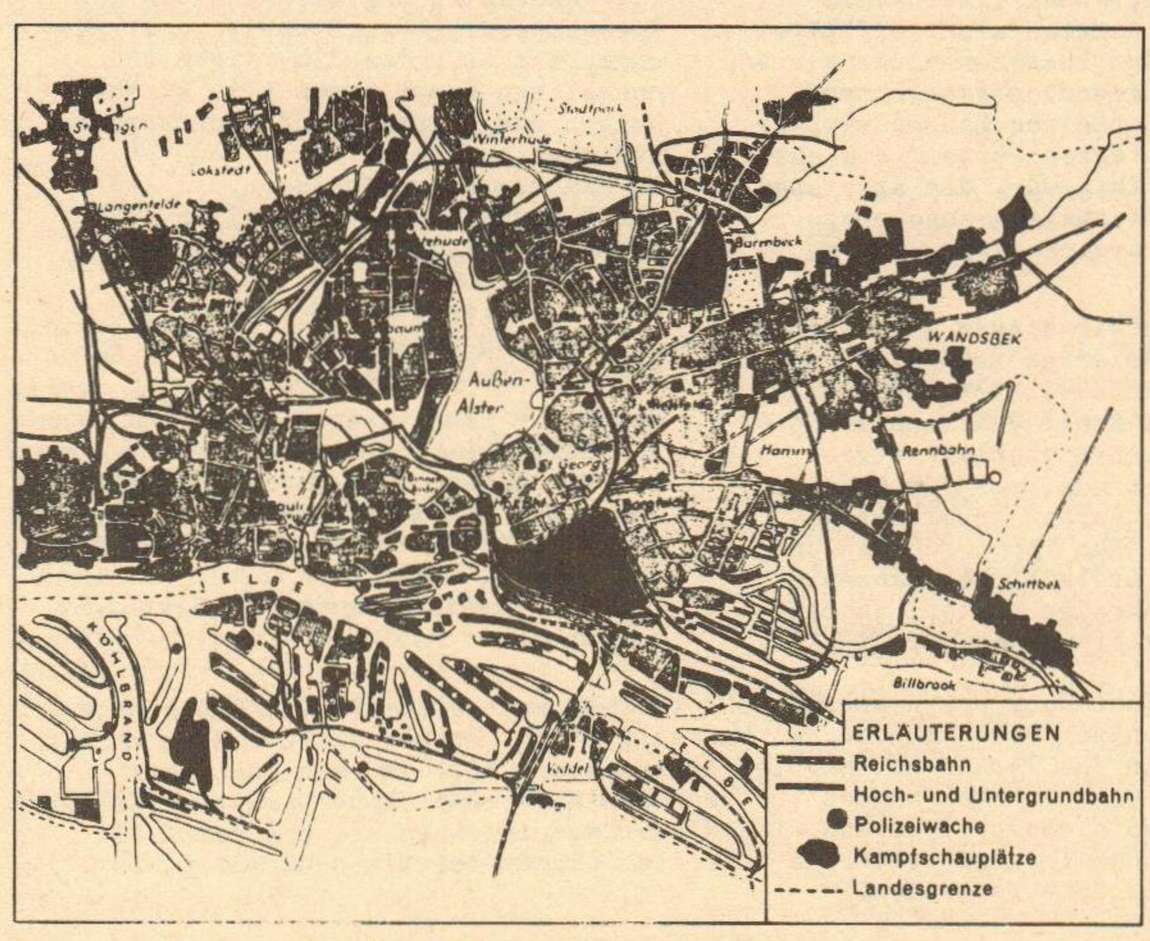
Im Verlauf des Aufstandes spielten die Kämpfe im damaligen Arbeitervorort und heutigen Stadtteil Barmbek eine entscheidende Rolle. Da die Arbeiter hier nur 19 Gewehre und 27 Pistolen besaßen, war die Frage der Bewaffnung von äußerster Wichtigkeit. Man beschloss, 20 Polizeiwachsen zu stürmen, um sich Waffen

zu beschaffen. Mit einem Gewehr und Pistolen ausgerüstet, begaben sich die einzelnen Kampfgruppen zu ihren Objekten. Um 5.30 Uhr hatten die Kampfgruppen 17 Polizeiwachen entwaffnet. Rund 170 Gewehre und eine Menge Munition waren das Ergebnis des überraschenden Angriffs der Arbeiter. Leider kam es nicht zum Sturm auf die Wandsbeker Kaserne, da diese durch den mißglückten Überfall auf drei Wachen - infolge undisziplinierten Verhaltens einiger Kampfgruppenführer - benachrichtigt worden war.

Genossen, die nicht bei der Entwaffnung der Polizei eingesetzt waren, gingen in die Stadtbahnhöfe, Betriebe und Werften, um den Generalstreik auszurufen und die Arbeiter für den Kampf zu gewinnen. Diese Aktion gelang. Alle Verkehrsmittel standen still. Viele Arbeiter zogen geschlossen durch Hamburg, um ihre kämpfenden Klassenbrüder zu unterstützen. Um 7.00 Uhr kam der Befehl zum Barrikadenbau. Er wurde sofort befolgt. Große Teile der arbeitenden Bevölkerung, besonders Arbeiterfrauen und Jugendliche, beteiligten sich daran. Sie waren Verbindungsleute zwischen den Barrikaden und versorgten die Kämpfer mit Munition. Die Kampfgruppen postierten sich auf Häuserdächern und in Wohnungen. So waren sie in der Lage, die ganze Strassenbreite mit wenigen Waffen zu beherrschen. Die Polizei richtete ihr Hauptaugenmerk auf die Barrikaden, wo sie die Masse der Verteidiger vermutete, während dort in Wirklichkeit nur einzelne Scharfschützen standen. Die Kampfgruppen führten unerwartete Angriffe aus.

In der Nacht vom 23. zum 24. Oktober fanden keine größeren Kampfhandlungen statt. Die Polizisten waren trotz mehrmaliger Befehle ihrer Offiziere nicht

Der bewaffnete Aufstand der revolutionären Arbeiter Hamburgs im Oktober 1923



Stadtskizze von Hamburg mit den Hauptkampfgebieten

zum Angriff zu bewegen, denn die Arbeiter hatten durch ihre Taktik am Tage bewiesen, daß die Polizei auch mit Panzerautos nicht in der Lage war, die Barrikaden zu stürmen.

Am zweiten Tage des Kampfes erhielt die Polizei Verstärkung. Lübecker Polizisten, der Kreuzer "Hamburg" und zwei Torpedoboote wurden entsandt. Zur Unterstützung der reaktionären Horden kreisten Flugzeuge über Barmbek. Rund 6000 Mann Polizei und Militär mit schweren Waffen ausgerüstet, versuchten Barmbek zu stürmen. 300 entschlossene Arbeiter mit wenig Munition leisteten ihnen hartnäckigen Widerstand. Als Genosse Thälmann feststellen mußte, daß er isoliert mit den Hamburger Arbeitern kämpfte, gab er Befehl zum Rückzug. Diszipliniert, wie der Aufstand begonnen hatte, wurde er auch beendet, so daß die Verluste der eigenen Kämpfer verhältnismässig gering blieben.

Warum scheiterte der Hamburger Aufstand? Er scheiterte, weil er isoliert blieb. Warum blieb er isoliert? Damit sind wir bei dem Satz: "Alle Bedingungen für den Sieg der Arbeiterklasse waren da, außer einer einzigen ..." diese einzige nicht erfüllte Bedingung war das Bestehen einer klaren, eisern zusammengeschlossenen, unauflöslich mit den breiten Massen verbundenen kommunistischen Partei, die entschlossen und fähig war, den spontanen Kampf der Arbeitermassen zusammenzufassen, ihn zu organisieren, ihn zu leiten.

Warum schreiben wir diesen Artikel? Um uns eines historischen Datums der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse zu erinnern? Um Ernst Thälmann zu ehren? Das auch. Aber wichtiger, viel wichtiger ist es uns, aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu lernen. Aus ihren Fehlern und Siegen. Das unverbindliche Kränzeniederlegen, Gedenkreden halten, überlassen wir den Revisionisten der DKP/KPD. Wir ehren Ernst Thälmann, indem wir seine Erkenntnisse und Erfahrungen beachten und danach handeln.

Die Hauptursache des Scheiterns des Hamburger Aufstandes war das Fehlen einer einheitlich handelnden Partei. Während die Hamburger Genossen entsprechend der vorhandenen revolutionären Situation den bewaffneten Kampf begannen, begingen Brandler und Thalheimer Verrat. Die Brandler-Gruppe, obwohl sie im Zentralkomitee keine Mehrheit hatte, trat in Sachsen gemeinsam mit linken Sozialdemokraten in die Regierung ein und machte auf 'friedlichen Übergang'. Anstatt die Revolution zu organisieren, gab sie die Losung aus, die bestehenden Streikkämpfe abzubrechen.

Hier zeigt sich, und das gilt gerade für uns, daß wir eine eiserne, völlig geschlossene, restlos verschmolzene, unbedingt disziplinierte Partei brauchen. Es geht doch nicht an, daß im Falle einer revolutionären Situation der eine Landesverband, die eine Gruppe im Zentralkomitee den bewaffneten Aufstand beschließt, während eine andere sagt, wir treten erst einmal in eine Koalition mit linken Sozialdemokraten und DKPisten ein. Um diese unabdingbare Einheit zu erreichen, ist es notwendig, einen schonungslosen Kampf gegen alle Erscheinungen des "Links"- und Rechtsopportunismus zu führen. Erst dadurch, daß in Hamburg Ernst Thälmann die Kader der Kommunistischen Partei in unversöhnlichem Kampf gegen alle Abweichungen erzogen hatte, wurde eine Kampforganisation geschaffen, die politisch und militärisch auf den Aufstand vorbereitet war.

Neben der Hauptursache des Scheiterns des Hamburger Aufstandes gibt es noch mehrere Nebenursachen. Die Lehren aus ihnen zog Ernst Thälmann in einem Artikel am 23. Oktober 1925 in der "Roten Fahne". Unter dem Titel "Was sind die wichtigsten Lehren des Hamburger Aufstandes?" heißt es u.a.

Der unvergängliche Ruhm der Hamburger Oktoberkämpfer besteht darin, daß sie in einer revolutionären Situation zu den Waffen griffen, obwohl sie den Sieg nicht zu 99 Prozent in der Tasche hatten. Der Leninismus lehrt, daß man den Kampf aufnehmen muß, wenn ernste Chancen für den Sieg vorliegen. Eine Garantie für den Sieg gibt es niemals im voraus. Die Niederlage in einem solchen Kampf ist tausendmal fruchtbarer und wertvoller für die Zukunft des Klassenkampfes als ein Rückzug ohne Schwertstreich.

Der Aufstand führte zur Niederlage, weil er isoliert blieb, weil er nicht in

Sachsen und im ganzen Reiche sofort unterstützt wurde. Mögen die Arbeiter in einem einzelnen Ort mit dem größten Heldenmut, getragen von der stärksten Massenbewegung, den Kampf aufnehmen: Sie werden geschlagen, wenn nicht das Proletariat im ganzen Lande mit ihnen geht. Gerade darin, in der Organisierung und Zusammenfassung der gesamten Arbeiterklasse in allen Industriezentren und Großstädten, im ganzen Lande besteht die Rolle der Kommunistischen Partei als Vortrupp des Proletariats.

Um bei der unvermeidlich kommenden Wiederkehr des Hamburger Kampfes in viel größerem Maßstabe siegen zu können, müssen wir wie ein Keil in die Massen eindringen, sie durch tausend Klammern mit uns vereinigen, eine wirkliche proletarische Einheitsfront mit Millionen Arbeitern bilden. In den Gewerkschaften, in allen parteilosen Organisationen der Arbeiterklasse muß ein großer revolutionärer Flügel heranwachsen, der gemeinsam mit den Kommunisten zum Träger der kommenden Kämpfe wird.

Als besonderer Mangel wurde in den Hamburger Oktobertagen das Fehlen einer starken Rätebewegung empfunden. Diese Tatsache ist noch nicht genügend in der Partei verstanden worden. Die Räte sind die Organe, die in einer revolutionären Situation die Millionenmassen des Proletariats zusammenfassen, die das Rückgrat des Kampfes bilden. Diese Lehre dürfen wir auch in der jetzigen Periode zwischen zwei Revolutionen nicht vergessen.

Der Aufstand war ein Musterbeispiel für die glänzende, reibungslos arbeitende Organisation des revolutionären Kampfes. Aber er offenbarte zugleich den größten organisatorischen Fehler unserer Partei. Die Hamburger Kämpfer besaßen die volle Sympathie der Arbeiter in den Betrieben, aber sie hatten organisatorisch keine Verbindung mit ihnen. Es zeigte sich die ganze Unbrauchbarkeit, die verhängnisvolle Rückständigkeit unserer alten sozialdemokratischen Wohnorganisation. Die Wahlmaschine taugt nicht für die Barrikaden! Die schwerste Lücke in der Hamburger Kampffront war das Fehlen kommunistischer Betriebszellen. Eine Kämpferschar wie die Hamburger, die sich auf festverwurzelte Zellen in allen Betrieben und auf die Vereinigung der breitesten Arbeitermassen stützt, wird künftig in einer ähnlichen Situation unbesiegbar sein.

Die größte, wertvollste Lehre des Hamburger Aufstandes ist die großartige Erfüllung der Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Die Kommunisten waren nicht in Worten, sondern in der Tat der Vortrupp, die Führung, der Wegweiser der Arbeiterklasse. Sie gaben der Bewegung ein klar umrissenes Ziel, ein genau formuliertes Programm: die Diktatur des Proletariats.

Einige Leser und sicher die Revisionisten werden sagen, warum habt ihr in dieser Ausführlichkeit über den Hamburger Aufstand geschrieben, das ist doch gar nicht aktuell. Nicht aktuell? Brandaktuell! Nicht, daß wir im Augenblick in Westdeutschland eine revolutionäre Situation haben. Ernst Thälmann zog die Lehren aus dem Hamburger Aufstand auch in einer nichtrevolutionären Periode und wies 1927 noch einmal darauf hin, daß die "Machtergreifung" des Proletariats kein einmaliger "Akt" ist, und weiter: "Die Machtergreifung besteht nicht nur in militärischen Kämpfen gegen die Truppen der Bourgeoisie, sondern sie muss durch jahrelange, ausdauernde Arbeit der Kommunistischen Partei und des ganzen Proletariats vorbereitet werden. Die kommenden Sieger über die Bourgeoisie müssen durch unzählige Teilkämpfe erzogen, vorbereitet und organisiert werden. Dieses ist unsere Hauptaufgabe in der jetzigen Periode".

Und es ist auch die Hauptaufgabe unserer Partei in der jetzigen Periode. Machen wir uns nichts vor. Viel Zeit haben wir nicht, die Versäumnisse, der Verrat der KPD/DKP-Revisionisten haben viel Schaden in der deutschen Arbeiterklasse angerichtet. Ihn müssen wir gutmachen und das deutsche Proletariat auf die anstehenden, auf uns zukommenden Kämpfe vorbereiten. Denn eines ist sicher, auch unter der Brandt-Regierung werden sich die Klassenauseinandersetzungen verschärfen. Der um den Erdball wehende revolutionäre Sturm wird

nicht an den Grenzen Deutschland halt machen. Sorgen wir dafür, daß uns der kommende Kampf gewappnet findet. Lernen wir aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, aus ihren Erfolgen und Fehlern.

Jeder Kommunist muß diese Wahrheit begreifen: "Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen".

Mao Tsetung

ERKLÄRUNG

Die unterzeichneten ehemaligen Funktionäre und Mitglieder der DKP Ortsgruppe Alsdorf/Landkreis Aachen, erklären hiermit ihren Übertritt zur Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten.

Seit der Gründung der DKP führten wir innerhalb dieser Partei einen erfolglosen Kampf um die innerparteiliche Demokratie. Die Führungspraktiken in der DKP - nach außen hin als demokratische Prinzipien' (§ 3 Abs. 2 des DKP-Statuts) getarnt - bestehen in harter Unterdrückung und Manipulierung der Willensäußerung der unteren Mitglieder und kleinen Funktionäre. Geltung in der DKP hat nur, was bezahlte Revisionisten größeren und kleineren Kalibers bestimmen.

Eine von der Ortsgruppe Alsdorf der DKP angefochtene, weil nicht ordnungsgemäß durchgeführte Gebietsvorstandswahl, auf der es zu haarsträubenden Wahlmanipulationen und -schiebungen gekommen war, sollte auf Antrag der Ortsgruppe Alsdorf auf einer Gebietsmitgliederversammlung satzungsgemäß wiederholt werden, da eine Delegiertenkonferenz keine Gewähr für einen demokratischen Verlauf bot.

Dem Antrag wurde nicht stattgegeben. Statt dessen wurde noch verletzender manipuliert als vorher, und selbst auf dem DKP-Bundesparteitag in Essen im April dieses Jahres erhielten nicht ordnungsgemäß gewählte Delegierte Stimmrecht und machten schon allein dadurch den Parteitag zu einer Farce.

"Der Hobel", eine in Gemeinschaftsarbeit zwischen der Betriebsgruppe der Schachtanlage 'Anna' und revolutionären Studenten hergestellte Betriebszeitung, wurde auf Anweisung des Bezirksvorstandes zurückgehalten und eingestampft:

a) weil darin die Kumpel aufgefordert wurden: "Schließt Euch endlich unter wahrhaft marxistisch-leninistischer Führung zusammen und werdet stark!" (wohl weil dies das Schlimmste wäre, was den Revisionisten der DKP passieren kann),

b) weil darin der indonesische Staatspräsident Suharto anläßlich seines Besuchs in der Bundesrepublik als Massenmörder bezeichnet wurde (er hat mehrere Hunderttausend ehrlicher Kommunisten ermorden lassen) und in Verbindung mit diesem Besuch Heinrich Lübke erwähnt wurde,

c) weil darin das Bündnis der revolutionären Arbeiter und Studenten propagiert wurde und

d) weil darin eine Karikatur "Wieso macht BILD blöd?" (BILD-Zeitung)

gebracht wurde (vielleicht wegen der Ähnlichkeit der BILD-Zeitung mit der UZ).

Das Mitglied der DKP-Betriebsgruppe 'Anna', Wolfgang Schott, wurde auf Betreiben des ADF-Bundestagskandidaten Bas Keller aus der Mitgliederversammlung der DKP-Ortsgruppe Alsdorf vom 13.7.69 verwiesen, worauf die Versammlung vom Ortsgruppenvorsitzenden Karl Pas rechtsmässig geschlossen wurde.

Die Einladung zu einer Mitgliederversammlung am 24.8.69, die auch zu diesem Vorfall Stellung nehmen sollte, wurde unterbunden und gegen zwei Mitglieder des Ortsgruppenvorstandes sowie ein weiteres Mitglied der Ortsgruppe auf Beschluß des Bezirksvorstandes der DKP Rheinland-Westfalen ein in höchstem Maße diskriminierendes Parteiordnungsverfahren gemäß § 6 der Schiedsordnung der DKP eingeleitet (Dies ist kein normales Parteiordnungsverfahren, sondern das schwerste Geschütz, das die DKP-Revisionisten auffahren können!).

SO WIRD GEGEN DIE VERTEIDIGER DER INNERPARTEILICHEN DEMOKRATIE VORGEGANGEN!

Eine Partei wie die DKP, die den Marxismus-Leninismus über Bord geworfen hat, die eine revisionistische, reformistische Linie vertritt, die die Rolle der SPD der 20er Jahre und deren innerparteiliche Methoden übernommen hat, ist unfähig, die grundsätzlichen Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, weil sie die kommunistischen Prinzipien verleugnet. Wenn es dazu noch eines Beweises bedurft hätte, so sei die Äußerung des Vorsitzenden der DKP-Bezirks-Schiedskommission Rheinland-Westfalen, Heinz Thelen, während der Schiedsverhandlung am 4.10.69 gegenüber Helmut Kaschek im Düsseldorfer Parteibüro zitiert, als Thelen feststellte: "Die DKP ist keine marxistisch-leninistische Partei!" Worauf Kaschek hingegen folgerichtig klarstellte, daß er ein Marxist-Leninist sei und darauf kurzerhand die Schiedsverhandlung beendete, indem er sie verließ.

Ist es da verwunderlich, daß anläßlich der Bundestagswahl die unter Kommando der DKP stehende ADF eine katastrophale Niederlage erlitt? Die DKP-Führung wird allerdings nicht zugeben, daß ihre grundsätzlich falsche Politik die wirkliche Ursache dafür ist.

Wir fordern darum alle Mitglieder der DKP auf, sich zu überlegen, ob sie den revisionistischen, reformistischen Kurs der DKP-Führung noch länger mitmachen können oder ob sie mit der KPD/ML für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus und damit für die Interessen der deutschen Arbeiterklasse kämpfen wollen.

Es lebe der Marxismus-Leninismus und die Ideen Mao Tsetungs!

Es lebe die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterklasse!

Es lebe die innerparteiliche Demokratie auf der Grundlage des echten demokratischen Zentralismus!

Alsdorf, den 5.10.69

Karl	P a s	ehemaliger	1. Ortsgruppenvorsitzender
Helmut	K a s c h e k	"	1. Schriftführer
Otto	G l e i c h	"	Mitglied

Schwerpunkt in den Betrieben

Erläuternde und korrigierende Mitteilung des ZK

In den Organisations-Mitteilungen unserer Partei vom 13. September 69 heißt es: "Die allgemeine politische Linie der KPD/ML wurde vom ZK mit den folgenden Beschlüssen festgelegt", dazu unter Punkt 3 "Die systematische Werbung von Arbeitern und Betriebsangestellten ist die derzeitige Hauptaufgabe der Partei."

Kurz, knapp, ohne Begründung. Die Genossen an der Basis werden schon irgendetwas damit anfangen. Aber was? Schon der Begriff "Werbung", was heißt hier Werbung? Sind wir ein Werbeinstitut? Kommt es darauf an, möglichst viele Arbeiter und Angestellte zu umwerben, damit sie in die KPD/ML eintreten? Um was für Arbeiter handelt es sich dabei?

Es gab eine Zeit, zu Anfang der 50iger Jahre und später, da wurden von der damaligen KPD ähnliche Werbekampagnen durchgeführt. Zu irgendeinem Anlaß (Thälmann-Aufgebot etc.) wurde beschlossen, verstärkt Mitglieder in die Reihen der KPD aufzunehmen. Die Landesverbände, Kreise, Gruppen, erhielten ein Soll und am besten stand schließlich die Gruppe, der Kreis, der Landesverband da, die die meisten Mitglieder "geworben" hatten.

In der Praxis sah das dann in etwa so aus: Der Genosse A sprach im Betrieb die Kollegen B und C an und lud sie zu einem gemütlichen Abend ein. Bei Bier und Korn kam man sich näher. Die Sache endete schließlich damit, daß in gehobener Stimmung B und C sagten: Na, wenn du meinst, daß das gut ist, dann treten wir in die KPD ein. Der Genosse A bürgte, das Soll war erfüllt, die Kandidatenzeit blieb ein formaler Akt.

Wohin eine solche Praxis in der Folge mit führte, konnten wir miterleben: Geradewegs in den Sumpf des Revisionismus, der rapiden Aufgabe marxistisch-leninistischer Grundsätze, zu einem ideologischen Tiefstand in der Partei. Wenn heute die DKPisten bereits per Post (Aufnahmeantrag beiliegend) Mitglieder für ihren Verein "werben", so zeigt das nur die völlige Aufgabe der Kaderprinzipien einer marxistisch-leninistischen Partei.

Durch solche Werbeaktionen werden wir nicht die Avantgarde des Proletariats aus dem Proletariat heranbilden. Das letzte arbeiteraristokratische Pack wird sich "anwerben" lassen, um in der Partei mit kleinbürgerlichen Elementen gemeinsame Sache zu machen.

Also, "Werbung" geht nicht. Nun werden die verantwortlichen Genossen für diesen Beschluß sagen: "So war das ja auch gar nicht gemeint. Gemeint war, daß die Partei es sich zur Hauptaufgabe machen solle, einmal die strukturelle Zusammensetzung der Partei im Hinblick auf eine Verstärkung des Anteils der Arbeiter und Angestellten-Genossen zu verbessern, zum anderen, daß der Schwerpunkt unserer politischen Arbeit in den Betrieben zu liegen hat."

Nun denn, warum schreiben wir das nicht? Warum erlassen wir allgemeine Aufrufe, ohne sie zu begründen, ohne konkret zu sagen, wie sie zu verwirklichen sind. Zu verwirklichen sind, um sie dann anhand der Praxis zu überprüfen, Erfahrungen zu sammeln, die wiederum zu neuen Direktiven führen.

Den Klassenkampf organisieren

Versuchen wir an dieser Stelle die Begründung für diesen Beschluß nachzuholen. Was ist unser Ziel, das Ziel jeder marxistisch-leninistischen Partei? Es ist die Organisierung des proletarischen Klassenkampfes mit dem Ziel, die politische Macht zu erobern alle Produktionsmittel in die Hände der ganzen Gesellschaft zu übergeben, die kapitalistische Wirtschaft durch die sozialistische zu ersetzen, die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Hier taucht schon die erste Frage auf. Was ist Klassenkampf? Wir haben in den letzten Wochen erlebt, daß zigtausende Arbeiter die Brocken hinwarfen, spontan zu streiken begannen, den Kampf gegen ihren Unternehmer oder gegen ihre Unternehmer aufnahmen. Ist das schon Klassenkampf? Nein, das sind erst schwache Ansätze dazu.

Wie Lenin sagt: wird der Kampf der Arbeiter erst dann zum Klassenkampf, wenn alle fortschrittlichen Vertreter der gesamten Arbeiterklasse des ganzen Landes sich bewußt werden, eine einheitliche Arbeiterklasse zu sein, und den Kampf nicht gegen einzelne Unternehmer, sondern gegen die g a n z e K l a s s e der Kapitalisten und gegen die diese Klasse unterstützende Regierung aufnehmen. Erst dann, wenn der einzelne Arbeiter sich bewußt ist, ein Teil der ganzen Arbeiterklasse zu sein, wenn er in seinem tagtäglichen Kleinkampf gegen einzelne Unternehmer und einzelne Beamte den Kampf gegen die ganze Bourgeoisie und gegen die ganze Regierung sieht, erst dann wird sein Kampf zum Klassenkampf (Lenin Bd. 4, S. 209)

Geht man von dieser Einschätzung Lenins aus, dann ist die Einschätzung im letzten ROTEN MORGEN, die angesichts der Streiks der letzten Wochen von einem "bedeutenden Aufschwung des Klassenkampfes in der Bundesrepublik" sprach, falsch. Richtiger hätte man von einem bedeutsamen Anfang oder Ansatz im Klassenkampf sprechen können. Daß es zu solchen Fehleinschätzungen kommen kann, liegt daran, daß wir in der Bundesrepublik in dieser Hinsicht nicht verwöhnt sind, daß das, was in anderen Ländern wie Italien und Frankreich gang und gäbe ist, nämlich Massenstreiks, bei uns als ein grosses Ereignis betrachtet werden. Wir sollten bei jeder Analyse hübsch fein auf dem Teppich bleiben und uns nicht im Überschwang der Gefühle zu Fehleinschätzungen hinreissen lassen.

Diese Fehleinschätzung ändert allerdings nichts an der Feststellung im ROTEN MORGEN: Daß der Mythos, daß die westdeutsche Arbeiterklasse völlig "integriert" sei und nicht mehr kämpfen könne, zusammengebrochen ist, daß der Kampfgeist der Kumpels in der Stahlindustrie und im Bergbau Typen wie Habermas und Marcuse ideologisch getötet haben. Nach wie vor steht fest, daß es nur, einzig und allein, natürlich im Bündnis mit anderen Schichten unseres Volkes, die Arbeiterklasse sein kann, die die Gesellschaft verändert. Unsere Aufgabe ist es, wenn wir den Namen Avantgarde des Proletariats zu recht tragen wollen, den Arbeitern, den Kollegen zu helfen, sich zu organisieren zur gesamten deutschen Arbeiterklasse, den ökonomischen Kampf der Arbeiter in einen bewußt geführten Klassenkampf zu verwandeln.

Die reaktionäre Rolle des DGB

Dabei kommen wir um eine Einschätzung der Rolle der Gewerkschaften nicht herum. Wie steht es damit? Sind die Gewerkschaften, ist der DGB noch eine Vertretung der Klasseninteressen der Arbeiter? Er ist es schon lange nicht mehr. Sein Hauptzweck ist es, die Arbeiter vom politischen Kampf abzuhalten, um sie einzig und allein auf ihre ökonomischen Interessen zu fixieren. Und auch das tut er nur in Absprache mit der herrschenden Klasse, wie sich in der "konzertierten Aktion" klar bewies. Die Bürokratie des DGB mit ihren Aufsichtsräten und gut dotierten Funktionärsposten, ihren gewerkschaftseigenen Großunternehmen ist durch und durch reaktionär und eine Agentur der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse. Deshalb war die in einem Flugblatt der Partei zum 1. Mai aufgestellte Losung: "Macht die Gewerkschaften wieder zur Kampforganisation der Arbeiterklasse" auch falsch und zeigt Tendenzen des Revisionismus. Genauso wenig wie man die durch und durch verbürgerlichte reformistische SPD und die revisionistische DKP wieder zu revolutionären Parteien der Arbeiterklasse wird machen können, kann es gelingen, den DGB in eine Klassenvertretung der Arbeiter zu verwandeln.

Auch die Behauptung, in den Gewerkschaften seien die klassenbewußtesten, revolutionärsten Kolle-

gen organisiert, stimmt heute nur noch zum Teil und ist örtlich und von Gewerkschaft zu Gewerkschaft verschieden. Unterhält man sich mit gewerkschaftlich organisierten Kollegen und fragt, warum sie denn eigentlich in der Gewerkschaft seien, erhält man Antworten wie: Nun, weil hier im Betrieb alle drin sind; weil ich dadurch eine zusätzliche Altersversorgung erhalte; weil, wenn ich mal rausfliege, die mir einen Rechtsanwalt stellen; weil die ja die Lohnverhandlungen mit den Unternehmern führen usw. Kaum jemand, der - und sei es auch nur im Trade Unionistischen Sinne - von Kampforganisationen der Arbeiterklasse spricht. Zur Entwicklung dieser Ansichten haben die Gewerkschaften selbst beigetragen, indem sie beispielsweise seit über einem Jahrzehnt Lohnverhandlungen mit Unternehmern nach den Methoden des Kuhhandels pflegen: Ich fordere 12 %, du bietest 6 %, einigen wir uns auf die Mitte. Indem sie Lohnkämpfe durch Tarifverträge ersetzten, um die Arbeiter während der Laufzeit der Tarifverträge daran zu hindern, für ihre Interessen zu kämpfen. Indem sie in Zusammenarbeit mit dem Staat der Monopole Lohnleitlinien (Konzertierte Aktion) aushandeln, die einzig und allein den Unternehmern nützen. Indem sie durch ihr Mitbestimmungsgeschwätz den Arbeitern vorgaukeln, sie hätten und könnten in einem monopolkapitalistischen Staat irgendetwas zu bestimmen. Indem sie beispielsweise den 1. Mai, den traditionellen Kampftag der Arbeiterklasse, in ein Volksfest verwandeln. Sie selbst haben den schädlichen Gedanken der "Sozialpartnerschaft" durch ihre reaktionäre Praxis propagiert und damit ihre Agentenrolle entlarvt.

Die Unzufriedenheit wächst

Das hat dazu geführt, daß die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften schon seit geraumer Zeit eine fallende Tendenz zeigen, daß viele Kollegen - und es sind nicht die schlechtesten - ihre Gewerkschaftsbücher hinknallten. Zum anderen daß in den Reihen der in der Gewerkschaft organisierten Kollegen selbst die Unzufriedenheit wächst. Das zeigte sich deutlich, als - nachdem am 1. Mai in Hamburg Marxisten-Leninisten in Absprache mit anderen Gruppen der APO die Zirkusveranstaltung auf dem Rathausmarkt platzen ließen - die Gewerkschaftsbürokratie in heller Aufregung rund 1000 gewerkschaftlich organisierte Kollegen zu einer Versammlung einberief, um die "Vorgänge" zu kritisieren. Kritisiert wurden weniger die Vorgänge - nur von ein paar DKP-Revisionisten -, sondern zur Hauptsache das Verhalten und die Versäumnisse der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie.

Ein noch besseres Beispiel aber wären die Massenstreiks vor der Wahl. Bei ihnen zeigte sich deutlich, daß sie nicht nur ohne, sondern gegen die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie geführt wurden. Zum Beispiel bestanden die jungen Arbeiter der Westfälischen Union Thyssen darauf, den Streik selbst angefangen zu haben. Die Gewerkschaft habe da keine Rolle gespielt, der Vertrauenskörper sei gar nicht aktiv, der Betriebsrat habe nachziehen müssen. Über die Gewerkschaftsbürokratie wurde nur mit großer Verachtung gesprochen. Andererseits gab es aber auch Beispiele dafür, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensleute sich aktiv auf die Seite ihrer streikenden Kollegen stellten.

Arbeiterverräter

Eine geradezu widerliche Rolle spielte der IGBE-Vorsitzende Arendt, der demonstrierende Arbeiter im Fernsehen als Querulanten bezeichnete und fälschlich behauptete, daß die Bergleute 8,-- DM die Stunde verdienten und der Streik demzufolge unberechtigt sei. Oder die Gewerkschaftsfunktionäre, die durch gezielte Falschinformationen versuchten, die Kollegen zum Abbruch des Streiks zu bringen. Als auf einer Versammlung ein Bergarbeiter in der Diskussion für Arendt sprach, wurde er beinahe verprügelt. Entlarvend war auch die Rolle des Vorstandsmitglieds der IGM (Aufsichtsratsmitglied der Hoesch AG), W. Michels. Dieser Arbeiterverräter erklärte: "Die Ruhr hätte gebrannt, wenn nicht die Träger der Mitbestimmung durch Vereinbarungen vieles aufgefangen hätten". Diese Äußerungen,

die sich beliebig ergänzen ließen, zeigen klar, daß die Gewerkschaftsbürokratie das ihr von der Bourgeoisie verliehene Werkzeug zur Errichtung und Festigung deren Herrschaft und Kontrolle über die Arbeiterklasse gebraucht.

Was wir im DGB haben, ist nicht nur ein antisozialistischer, ein reaktionärer, sondern auch ein arbeiterfeindlicher Gewerkschaftsverband. Heißt das nun, daß - wie uns von gewisser Seite unterstellt wurde - wir die Genossen und Kollegen auffordern, aus der Gewerkschaft auszutreten? Wir wären schlechte Marxisten-Leninisten, wenn wir nicht Lenins Ratschlag befolgten, selbst in den reaktionärsten Organisationen zu arbeiten. Zumal in diesen Organisationen Arbeiter, Kollegen sind. Nur wie arbeiten? Sollen wir uns darauf beschränken, den ökonomischen Kampf des Proletariats zu fördern? Nein, unsere Aufgabe muß es sein, dafür zu sorgen, daß der ökonomische Kampf die sozialistische Bewegung fördert, die Erfolge der revolutionären Arbeiterpartei mehrt. Unsere Aufgabe muß es sein, den Arbeitern helfen, sich zu organisieren, den ökonomischen Kampf der Arbeiter in einen bewußt geführten Klassenkampf zu verwandeln.

Wie organisieren?

Doch wie organisieren? In der Partei? Hier sind wir wieder am Ausgangspunkt unserer Betrachtung und dem undifferenzierten Satz: "Die systematische Werbung von Arbeitern und Betriebsangestellten ist die derzeitige Hauptaufgabe der Partei." Sprechen wir von der Partei, müssen wir unbedingt die vier vom Genossen Georgi Dimitroff aufgezählten Kriterien der Kaderpolitik anwenden: Vollkommene Hingabe, engste Fühlung mit den Massen, die Fähigkeit, sich selbständig in jeder Situation zu orientieren, Disziplin. Gehen wir von diesen Forderungen aus, ergibt sich von selbst, daß es unmöglich ist, die Masse der Arbeiter und Betriebsangestellten in der Partei zu organisieren. Für den Eintritt in die Partei gilt für jeden, ob Arbeiter, Angestellter, Lehrling, Schüler, Student, daß er erfüllt ist vom revolutionären Bewußtsein, daß er die Ausbeuter, die Monopolkapitalisten haßt und jederzeit bereit ist, alles zu tun, um ihren revolutionären Sturz herbeizuführen. Das heißt, daß nur solche Genossen in die Partei aufgenommen werden können, deren bisherige politische Praxis erwarten läßt, daß sie bei richtiger Anleitung durch die Kader der Partei eine marxistisch-leninistische Massenlinie entwickeln werden.

Wo aber dann die Arbeiter, diejenigen, die jetzt im Zuge des Bekanntwerdens unserer Partei zu uns kommen, die mit uns sympathisieren, aber noch nicht den Anforderungen, die eine marxistisch-leninistische Partei stellt, genügen, organisieren? In einer Arbeitermassenorganisation. Wie in der Jugendmassenorganisation der Partei, der Roten Garde, müssen wir jetzt vordinglich die Werktätigen in Arbeiterzirkeln, in Roten Betriebs- und Stadtteilgruppen in einer Arbeitermassenorganisation auf Bundesebene organisieren.

Aufgabe dieser Arbeitermassenorganisation muß es sein, als Bindeglied zwischen der Partei und der breiten Masse der Werktätigen zu wirken. Muß es sein, in Zirkeln, Flugschriften, Broschüren, die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus zu verbreiten. Muß es sein, an allen spontanen Kampfaktionen der Arbeiterklasse teilzunehmen. Muß es sein, eine breite Agitation auf politischem Gebiet zu entfalten: Gegen den Neofaschismus, Polizeiterror und Klassenjustiz, Klarheit über das Wesen des Parlamentarismus, des Reformismus, des Revisionismus und so weiter zu schaffen. Denn die ökonomische wie die politische Agitation sind für die Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats gleichermassen notwendig, sind die zwei Seiten einer Medaille.

Das heißt, wie in der Jugendmassenorganisation der Partei die jungen Genossen in der Lage sein sollen, Kollektive selbständig anzuleiten, müssen ältere Genossen, Arbeiter und Angestellte, ideologisch in die Lage versetzt werden, in den Betrieben die mit ihnen Sympathisierenden nach und nach zu organisieren und anzuleiten. Jeder Genosse sollte sich darüber klar sein, daß

es keinesfalls genügt, allwöchentlich an einer Zellensitzung teilzunehmen, sondern daß es für jeden Genossen schon nach dem Statut unserer Partei Pflicht ist:

a) mit den parteilosen Massen eine enge Verbindung zu schaffen, sie von der Richtigkeit der Politik zu überzeugen, ihre Vorschläge und Forderungen zu berücksichtigen;

b) seine Arbeit in den Massenorganisationen sowie in geeigneten Institutionen entsprechend den Beschlüssen der Partei im Interesse der Werktätigen durchzuführen.

Bei der Schaffung der Arbeitermassenorganisation sollten wir unbedingt von der objektiven Wirklichkeit ausgehen und uns nicht von subjektiven Wünschen leiten lassen. Daß es zur Gründung der Jugendmassenorganisation, der "Roten Garde" kam, lag nicht nur an der Initiative der Partei, es lag u.a. daran, daß bei der Jugend in zunehmendem Maße die Bereitschaft wuchs, sich auf revolutionärer Basis zu organisieren.

Ist diese Bereitschaft in gleichem Maße in der Arbeiterklasse vorhanden? Sie ist es noch nicht. Noch wissen die Kollegen in den Betrieben nicht, wohin sie sich orientieren sollen. Machen wir uns nichts vor, noch kennt nicht einmal jeder Hundertste unsere Partei, geschweige denn, daß er mit unseren Ansichten und Zielen vertraut ist. So hat sich im Verlauf des Wahlkampfes gezeigt, daß die Kollegen in den Betrieben, hören sie den Namen KPD/ML, uns mit den Revisionisten verwechseln. Andererseits aber zeigt sich auch, daß dort, wo wir mit Flugblättern in die Betriebe hineinwirkten, es zu fruchtbaren Diskussionen mit den dort arbeitenden Genossen kam.

Wenn wir konkrete Erfolge beim Aufbau der Arbeitermassenorganisation erzielen wollen, müssen wir dort ansetzen, wo das relativ höchste Bewußtsein in der Arbeiterschaft zu finden ist. Das ist zweifellos, wie die Streiks vor der Wahl bewiesen, beim Industrieproletariat der Fall. Aber auch das kann örtlich verschieden sein. Wichtig ist, daß die Genossen der Ortsverbände die diesbezüglichen Verhältnisse an ihrem Ort, in ihrer Stadt genau analysieren, um den Ansatzpunkt für eine erfolgreiche Arbeit zu finden. Nehmen wir an, auf Grund unserer Analyse kämen wir zu dem Ergebnis, der Metallbetrieb X wäre ein erfolgversprechender Ansatzpunkt für unsere Agitation. Ist dort bereits ein Kollege Mitglied unserer Partei, kann er durch mündliche Agitation Kollegen um sich sammeln und eine Rote Betriebsgruppe aufbauen und anleiten. Ist kein Genosse dort beschäftigt, müssen wir durch Flugblätter in den Betrieb hineinwirken und die Kollegen zu einer Versammlung einladen. Auch wenn nur wenige kommen, kann dies ein guter Anfang sein. Neben der notwendigen Schulung, die einfach, verständlich, interessant und betriebsbezogen erfolgen sollte, sind den Kollegen Aufgaben zu stellen. Vielleicht die Herausgabe von Flugblättern oder einer Betriebszeitung. Wichtig ist, zu beginnen, Erfahrungen zu sammeln, die sich in 2 oder 3 Monaten auf Bundesebene auswerten lassen. Solange es aber noch nicht möglich ist, die mit uns Sympathisierenden auf betrieblicher Ebene zu organisieren, muß diese Organisierung auf örtlicher, auf Stadtteilbasis erfolgen. Keinesfalls aber darf es geschehen, wie das verschiedentlich der Fall war, mit Sympathisanten unter dem Vorwand, sie genügten nicht den Anforderungen der Partei, nicht regelmässig zu arbeiten. Wo sollen die Kader für unsere Partei denn wachsen und sich bewähren, wenn nicht in den Massenorganisationen?

Überdenken wir noch einmal genau folgenden Satz des Genossen Mao Tsetung und versuchen wir, ihn bei uns anzuwenden:

"Man muß jeden Genossen lehren, die Volksmassen zu lieben, ihrer Stimme aufmerksam zu lauschen; jeder Genosse soll, wohin er auch immer geht, mit den Volksmassen an dem betreffenden Ort verschmelzen, sich nicht über sie stellen, sondern in ihnen untertauchen; ausgehend vom gegebenen Bewußtseinsgrad der Massen, soll er sie aufklären, und ihr Bewußtsein heben, ihnen helfen, sich nach dem Prinzip der tiefempfundenen Freiwilligkeit schritt-

weise zu organisieren und nach und nach alle notwendigen Kämpfe zu entfalten, welche die inneren und äußeren Umstände zu gegebener Zeit und am gegebenen Ort erlauben."

Aus den Landesverbänden

WORMS, September 1969

Die ADF veranstaltet eine Bürgerversammlung, kritische Jugendliche und Marxisten-Leninisten nehmen daran teil. Geduldig und sachlich setzen sich die Kritiker mit Janecek und Büscher (ADF-Kandidaten und DKP-Mitglieder) auseinander. Die ADF-Redner werden unsachlich, polemische Attacken und überhebliche Antworten ("Lernt ihr doch erstmal von uns Alten!") ersetzen Argumente, entlarven völlig die Widersprüche der revisionistischen Ideologie. Später heißt es, "ihr habt die Wahlversammlung zur Grundsatzdiskussion umfunktioniert." Es paßt den Herren also nicht, wenn das Volk etwas über die Grundsätze der proletarischen Bewegung erfährt. Was nun die "kleinen und mittleren Funktionäre" der DKP Worms, "unsere Klassenbrüder", unternehmen, um die "sachliche Diskussion" mit uns weiterzuführen, wird wohl bei den immer noch gutwilligen DKP-Mitgliedern und -sympathisanten Empörung auslösen und ihnen hoffentlich die Augen öffnen.

Um einen Exponenten der Wormser Marxisten-Leninisten zu diffamieren, um ihn indiskutabel (!) zu machen, scheuen die Wormser Funktionäre nicht davor zurück, Verleumdungen zu verbreiten und mit körperlicher Gewalt zu drohen.

Aus Wut darüber, daß es ihnen auf ihrer Wahlveranstaltung nicht gelungen ist, das Volk zu verdummen und ihm das parlamentarische System zu verkaufen, scheuen sie sich nicht, zu behaupten, der Genosse B.F. habe:

1. Ein von ihm unterzeichnetes Flugblatt verbreitet, in dem die DKP verleumdet werde.

2. den ADF-Kandidaten als Schwein bezeichnet und

3. als Höhepunkt der Verleumdungskampagne, Plakatständer der ADF beschädigt.

Zu Punkt 3 haben die Revisionisten bereits die Klassenjustiz mobilisiert und Strafantrag gestellt. Sie haben B.F. angedroht, falls sich der Punkt 3 bewahrheite, ihn zu verprügeln.

Der Haß und die Borniertheit, die einem da entgegenschlagen, läßt uns fragen, ob man Feinde nicht doch wie Feinde behandeln soll. Ob es richtig ist, diesen "geduldig und beharrlich wieder und wieder" etwas "aufzuzeigen" und sie sonst zu schonen.

Keinesfalls ist es richtig, pauschal von den "kleinen und mittleren" Klassenbrüdern zu reden, wie das im letzten ROTEN MORGEN geschehen ist. Eine Analyse zur richtigen Behandlung der Widersprüche im Volk darf keine derartigen groben Verallgemeinerungen beinhalten.

Es bleibt nur eines übrig: Jeder Genosse muß an seinem Ort gewissenhaft analysieren, wen er von den kleinen und mittleren DKP-Funktionären wie einen Feind und wen er wie einen Freund behandelt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß nicht nur in Worms fanatische Revisionisten die lokale Parteiführung der DKP besetzen, sondern das ist fast überall in der BRD so. Wie anders kämen Leute wie Bachmann und Kapluck an die Spitze einer "kommunistischen" Partei, wenn nicht durch blinden Gehorsam der lokalen Fanatiker.

Genau wie deren große Vorbilder, die sowjetrevisionistische Renegatenclique, die, um die großen Gedanken Mao Tsetungs von den Sowjetvölkern fernzuhalten, sich nicht scheuen, einen Bruderkrieg vom Zaun zu brechen, scheuen sich weder die großen noch kleinen Handlanger der Führung der KPdSU Verleumdungen zu verbreiten, um Marxisten-Leninisten bei ihrer Aufklärungsarbeit in den Reihen der DKP zu behindern.

Es ist dies tatsächlich der gemeinste und schäbigste Trick,politische Gegner auszuschalten. Nicht nur die Spitzenfunktionäre, auch die "kleinen und mittleren" haben von Strauß, Kiesinger, Thadden & Co. gelernt. Worin nun der Unterschied zwischen der Reaktion und einer gewissen Sorte von DKPlern besteht, liegt auf der Hand: Von Strauß und Co. weiß das Proletariat, daß diese auf der Seite des Kapitals stehen, von den "Kommunisten" im Dienst der Herrschenden weiß es noch wenig.

20 JAHRE VOLKSREPUBLIK CHINA

An das
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

An den
Staatsrat der Volksrepublik China

Liebe Genossen!

Zum 20. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China senden wir Euch brüderliche Kampfesgrüße und unseren herzlichsten Glückwunsch.

Schon seit langem besteht eine feste Kampffreundschaft zwischen der deutschen Arbeiterklasse und dem chinesischen Volk. Als die Hitlerfaschisten ihre "Berater" der reaktionären Tschiangkaischek-Bande zur Verfügung stellten, sandte das Zentralkomitee Eurer Partei im November 1930 einen Aufruf an die deutschen Werktätigen. Darin hieß es:

> "In China zeigen die deutschen Nationalsozialisten ihr wahres Gesicht. Es gibt keine Schandtat der Kuomintang und der Imperialisten gegen die um ihr Leben kämpfenden chinesischen Arbeiter und Bauern, die nicht von den Hitleranhängern unterstützt wird ...
> 'Deutscher Nationalsozialist' - das ist in China das verächtlichste Schimpfwort, denn es heißt: ein bezahlter Landsknecht im Dienste der Reaktion, im Dienste des Kampfes gegen die nationale und soziale Befreiung des chinesischen Volkes sein".

Diesen Aufruf Eurer Partei beantwortete das Zentralkomitee der revolutionären KPD unter Ernst Thälmann mit seiner Grußbotschaft an den Ersten Kongreß der Sowjetrepubliken Chinas. Die Grußbotschaft betonte:

> "Die Arbeiter und Bauern Chinas sind unter der Führung der Sowjets die einzige Kraft, die imstande ist, die nationale Freiheit des chinesischen Volkes zu gewährleisten, die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung der Massen zu beseitigen, den blutigen Militarismus der Kuomintang unter der verräterischen Führung Tschiang Kai-scheks und der anderen Generalcliquen zu liquidieren, den kulturellen und materiellen Aufstieg des chinesischen Volkes durch den Aufbau des sozialistischen Systems einzuleiten und zu sichern ...
>
> Im Kampf gegen Sowjetchina kommen Tschiang-Kai-schek die Imperialisten der ganzen Welt zu Hilfe. Die deutsche Bourgeoisie liefert im Bunde mit den anderen Imperialisten Waffen zu Eurer Niederwerfung. Sie stellt Dutzende nationalsozialistische faschistische Offiziere als Instrukteure den Armeen der Konterrevolution, die Euch schlagen sollen."

Gestützt auf den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen, gelang es Eurer Partei und der von ihr geführten Volksbefreiungsarmee, das konterrevolutionäre Komplott der internationalen Reaktion zu zerschlagen und die Volksrepublik China zu errichten.

Der 1. Oktober 1949 ist neben der Oktoberrevolution das ruhmvollste Datum der gesamten Weltgeschichte.

Aber nachdem die bewaffneten Feinde vernichtet waren, traten die unbewaffneten konterrevolutionären Elemente um den Arbeiterverräter Liu Schao-tschi hervor und versuchten, die Diktatur des Proletariats zu stürzen, um ihr reaktionäres Regime zu errichten. In dieser schweren Stunde ergriff Vorsitzender Mao Tsetung persönlich die Initiative und rief Partei und Volk zur Großen Proletarischen Kulturrevolution auf. Der Triumph des chinesischen Volkes über alle revisionistischen und sozialimperialistischen Intrigen der Reaktion ist beispielhaft für die gesamte marxistisch-leninistische Weltbewegung.

Während Ihr dem Revisionismus eine Abfuhr erteiltet, versank die sklavisch dem Kurs der Sowjetrevisionisten folgende westdeutsche KPD/DKP immer tiefer im Sumpf des Verrats. So waren die deutschen Revolutionäre gezwungen - wie 1918 schon einmal - eine neue revolutionäre Partei zu gründen: die Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten, die KPD/ML.

Während sich überall auf der Welt die wahren Revolutionäre unter dem Banner der Maotsetungideen vereinigen, schließt sich die sowjetrevisionistische Renegatenclique offen dem internationalen Bündnissystem des US-Imperialismus an und wird sein treuester Lakai.

Während die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten nach außen hin heuchlerisch erklären, den westdeutschen Imperialismus bekämpfen zu wollen, intensivieren sie ihr geheimes Einverständnis und ihre Verhandlungen mit der reaktionären westdeutschen Monopolbourgeoisie.

Wie 1930 die chinesischen Sowjetgebiete von den Tschiang-Banditen eingekreist wurden, versuchen heute die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten einen Einkreisungsring um die Volksrepublik China zu legen und scheuen selbst vor wildesten Aggressionsdrohungen nicht zurück. Als seinerzeit die Sowjetunion unter Lenin und Stalin von den imperialistischen Mächten eingekreist war, erließ Ernst Thälmann den Aufruf: Jeder Kommunist muß die Sowjetunion schützen. Heute kann es für jeden Kommunisten nur heißen:

Jeder Kommunist muß die Volksrepublik China schützen!

Nach dem Verrat der Tschiangkai-schek-Bande von 1927 demonstrierten Deutschlands Arbeiter unter der Parole: "Hände weg von China!" Heute steht Deutschlands revolutionäre Vorhut, die KPD/ML und ihre Jugendorganisation "Rote Garde" wieder im Kampf gegen die Reaktionäre aller Schattierungen. Und wieder lautet ihre Parole:

"Hände weg von China"!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten ruft die Arbeiterklasse und alle Werktätigen Deutschlands auf zum Kampf für die Verteidigung des Zentrums der Weltrevolution, der Volksrepublik China, zum Kampf gegen die Kriegspläne der sozialimperialistischen und imperialistischen Räuber, gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie, den geheimen Verbündeten der neuen Zaren im Kreml.

Nieder mit allen Feinden des chinesischen Volkes!
Nieder mit allen imperialistischen Kriegsverbrechern!
Es lebe die revolutionäre Solidarität der KPCh und KPD/ML!
Es lebe die Volksrepublik China!
Es lebe der Führer des Weltproletariats, Genosse Mao Tsetung!

Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten

Vorstehende Grußbotschaft wurde am 8. Oktober von der Pekinger "Volkszeitung" in vollem Wortlaut veröffentlicht. Radio Peking und die Nachrichtenagentur Hsinhua verbreiteten sie in mehreren Sprachen fürs Ausland.

Zum 25. Jahrestag der Volksrepublik Albanien erscheint im nächsten Monat eine Sonderausgabe des ROTEN MORGEN.

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten - Leninisten

2000 Hamburg 71, Postfach 464

Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis 40 Pfennig. Jahresbezugspreis: 7,40 DM (einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Nr. 2627 67

PSchA Hamburg

Radio Tirana

Zeit	Kurzwelle	Mittelwelle
6- 6,30 h	41,50 Meter	215 Meter
13-13,30 h	32,41 "	
14,30-15 h	32,41 "	
16-16,30 h	32,41 "	
18-18,30 h	32,41 "	
19-19,30 h	41,50 "	
21,30-22 h	41,50 "	
23-23,30 h	41,50 "	215 Meter

Radio Peking

Täglich auf Kurzwelle

19,00 - 20,00 Uhr 43,7 - 42,8

40,8 und 25,6 m

21,00 - 22,00 Uhr 43,7 - 42,8

und 31,7 m

Zeitschriften aus China

Peking Rundschau

(Wochenschrift)

China im Bild

(Monatsschrift)

Zu beziehen durch:

Guozi Shudian

Vertriebszentrum Chinesischer Publikationen, Postfach 399, Peking, Volksrepublik China.

China

HSINHUA-Nachrichten

2000 Hamburg 13, Mittelweg 22 b

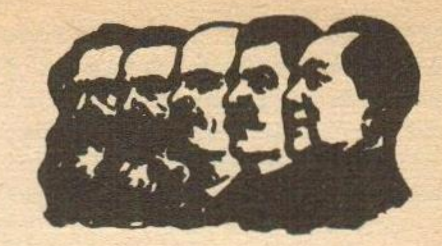
Rote Fahne

Zentral-Organ der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs. Erscheint monatlich. Herausgeber: Franz Strobl, 1150 WIEN XV, Goldschlagstraße 64/5

Revolutionärer Weg

Theoretisches Organ der KPD/ML zu beziehen durch: Franz Wennig, 4 Düsseldorf-Gerresheim, Schönaustraße 29.

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

3. Jahrgang November/1. Dezember-Ausgabe 1969 Preis 50 Pfg.

Den Klassenkampf organisieren

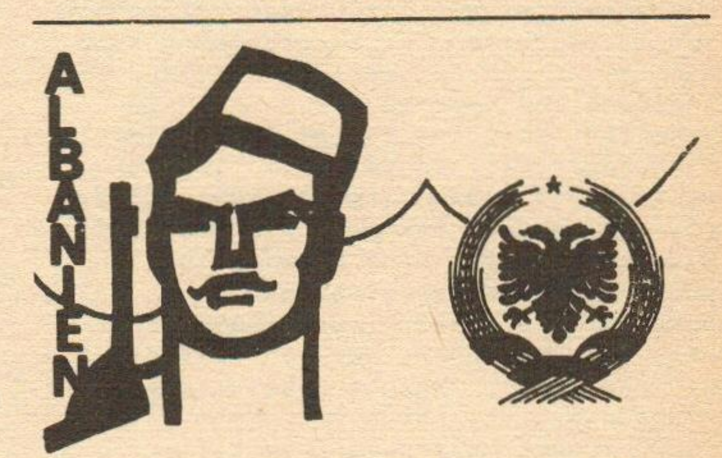
Hysterische Reaktion der Bosse von Electrola

Getreu den Richtlinien der Partei, durch die Schaffung 'Roter Betriebsgruppen' verstärkt den Klassenkampf in den Betrieben zu organisieren, arbeiten die Genossen der Kölner Ortsgruppe der KPD/ML. Nachdem in Köln schon seit längerer Zeit die Betriebszeitschrift 'Der Rote Fordarbeiter' erscheint, wurden durch die Herausgabe der Betriebszeitung "Unsere Stimme" bei der Firma Electrola/Lindström neue Erfolge erzielt und Erfahrungen gesammelt. Hierzu der Bericht der Kölner Genossen:

Konzernleitung konnte trotz massivem Terror den Widerstand der Arbeiter nicht brechen.

In der Kölner Schallplattenfirma Electrola/Lindström, die zum britischen E.M.I.-Konzern gehört, erlebten die Bosse einige schlaflose Nächte. Am 21. Oktober erschien in dieser Firma die erste Ausgabe einer Betriebszeitung unserer Partei mit Namen "Unsere Stimme". Der Titel lehnt an an das Markenzeichen von E.M.I. "His Masters Voice" (die Stimme seines Herrn). Doch "Unsere Stimme" war nicht die Stimme der Herren, sondern eine echte Stimme der Arbeiter und unteren Angestellten. Sie deckte schreiende Mißstände in diesem Werk auf, wie z.B. die unterschiedliche Entlohnung von Männern und Frauen, sie entlarvte einige Betriebsfunktionäre als faschistische Antreibertypen - kurzum, "Unsere Stimme" traf ins Schwarze.

Wie aber reagierten die Kollegen des Werkes auf ihre Betriebszeitung? Haben die von einigen Ultra"linken" als verbürgerlicht beschimpften Arbeiter eine Betriebszeitung, auf deren Titelblatt die Köpfe von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung abgebildet sind, und aus der klar hervorging, daß eine "Rote Betriebsgruppe" und die KPD/ML die Herausgeber waren, positiv eingeschätzt?



In dieser Nummer: ALBANIEN HEUTE

Zunächst etwas zur Struktur dieses Betriebes: In diesem Betrieb sind ca. 80 % Frauen beschäftigt, der Betriebsrat ist vollkommen der Geschäftsleitung hörig und schon so schlecht, daß er selbst bei der schlechten Gewerkschaftsbürokratie in Mißkredit steht. So hat der Be-

triebsratsvorsitzende einmal einen in diesem Werk beschäftigten Genossen unserer Partei gesagt, daß es keine Mißstände in diesem Werk gäbe, obwohl sie offen zutage treten. Es werden in diesem Werk willkürlich Personalverschiebungen getätigt, die mit enormen Lohneinbußen verbunden sind, ohne Befragung der Arbeiter müssen diese Überstunden machen und in einigen Abteilungen werden oftmals nicht einmal die Mittagspausen oder der Feierabend eingehalten. Gewerkschaftswerbung wurde dort mit der Drohung der fristlosen Entlassung zu verhindern versucht, und von vier im Betriebsverfassungsgesetz vorgeschriebenen Betriebsversammlungen findet höchstens eine statt. Die Direktion versucht dort die Kolleginnen und Kollegen gegeneinander auszuspielen und Zwietracht zu säen, und zumeist ist ihr das auch gelungen.

Man sollte also meinen, daß hier die denkbar ungünstigsten Voraussetzungen sind, um wirkungsvoll als Kommunist zu arbeiten. Aber weit gefehlt. Die Betriebszeitung schlug wie eine Bombe ein! Der Genosse unserer Partei, der allen als Marxist-Leninist bekannt war, und von dem man sofort annahm, daß er der Verfasser der Zeitung sei, konnte sich selbst überzeugen, was es für eine dankbare und großartige Aufgabe es ist, als Kommunist die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Er konnte schon kurz nach Verteilen der Zeitung erleben, daß Kollegen ihm spontan ihren Dank ausdrückten. Hier nur einige Beispiele: Ein Elektriker: "Eure Partei ist auf Zack", eine untere Angestellte: "Klasse, endlich mal bekommen die Herren die Meinung gesagt", eine Arbeiterin: "Es wurde Zeit, daß so eine Zeitung in unserem Werk erscheint, damit die nicht mehr machen können, was sie wollen", ein Schlosser: "Wann erscheint die nächste Nummer, ihr dürft nicht aufgeben und müßt morgen auch verteilen, denn viele haben noch keine Zeitung" usw. Unsere Genossen im Werk hörten keine negative Stimme unter den Arbeitern und unteren Angestellten. Die Nachfrage nach dieser ersten Ausgabe steigerte sich so sehr, daß am Nachmittag die Zeitung, die kostenlos verteilt worden war, für DM 1,-- gehandelt wurde.

Die Bosse reagierten zuerst verblüfft. Dann zogen sie alle erreichbaren Exemplare ein. Die Direktion beriet fast den ganzen Tag und am Nachmittag mußte unser Genosse zur Direktion. Dort wollte man zuerst auf die leutselig-dumme Tour von ihm wissen, ob er der Verfasser sei. Aber sie bekamen nichts heraus. Dann appellierte man an seinen Mut und an seine Ehrlichkeit und sagte, daß er doch zu seinen "Taten" stehen solle. Alles, was sie zu hören bekamen war, daß unser Genosse sagte, daß er den Inhalt für gut und richtig halte, weil alles stimme.

Am anderen Morgen mußte unser Genosse, noch ehe er sich umgezogen hatte, zum Abteilungsleiter, und dort bekam er ein Schreiben, daß er fristlos entlassen sei. Wie ein Verbrecher wurde er im Beisein eines Meisters in den Umkleideraum geführt und mußte sofort seine Sachen packen und das Werk verlassen.

Am Mittag des selben Tages standen er und noch zwei andere Genossen am Tor und verteilten die Zeitung wieder und außerdem einen "Offenen Brief" an seine Kolleginnen und Kollegen. Und jetzt ereignete sich etwas Unvorhergesehenes: Wie ein Lauffeuer ging die Nachricht durchs Werk: Kollege A. steht am Tor und verteilt die Zeitung und einen Offenen Brief. Die Kollegen kamen in hellen Scharen zum Tor und es ereigneten sich eindrucksvolle Szenen: Eine ältere Kollegin kam mindestens fünfmal und nahm jedesmal ca. 20 Exemplare ins Werk und verteilte sie auf den Werkshof an die Kollegen, ein älterer Kollege - den man im Werk allgemein als brummig und unnahbar ansah - kam aus der in der Nähe des Tores befindlichen Kantine. Als er unseren Genossen sah, hellte sich seine Miene auf. Freudestrahlend kam er ans Tor und nahm mehrere Exemplare ins Werk und bedankte sich bei unseren Genossen. Diese Szene, das erklärte der verteilende Genosse unserer Partei, beschämte ihn. Er hat hier einen großen Fehler gemacht: er war der gleichen Meinung wie alle im Werk über diesen Kollegen.

Zur gleichen Zeit konnte man in der Kantine folgendes erleben: Die Kolleginnen und Kollegen diskutierten diese Zeitung, und nach Beendigung der Mittagspause war der Werkshof noch voller Kollegen. In der Abteilung, in der die Schallplatten gepreßt werden, ruhte fast 30 Minuten die Arbeit. Die Kolleginnen diskutierten über die Zeitung und den offenen Brief. Der Meister versuchte vergeblich, die Arbeiterinnen an die Maschinen zu bringen.

Nun begann der Terror der Bosse sich zu verstärken: Alle Arbeiterinnen und

Arbeiter, die irgendwann mal freundschaftlich mit unserem Genossen gesprochen hatten, wurden unter Druck gesetzt. Man sagte ihnen, daß sie mit diesem unter einer Decke steckten, und daß sie auch solche "Kommunistenschweine" seien; man werde aufräumen und alle Roten rausfeuern. Jeder, der bei einer Gelegenheit widersprach, wurde als Kontaktmann verdächtigt usw.

Als am anderen Morgen wieder verteilt wurde, ereigneten sich spontane Solidaritätsbekundungen: Kommentare wie "Die Kapitalisten sind Schweine", "Laß' dich nicht unterkriegen" oder "Mach' weiter so, Junge" waren in der Überzahl. Eine ältere Kollegin kramte in der Tasche herum und suchte Bonbons heraus, die sie an die Genossen, die verteilten, ausgab und sich für die Zeitung bedankte.

Trotzdem, daß jeder als verdächtig eingestuft wurde, der sich mit den Verteilern unterhielt, kamen Kollegen aus dem Werk und sprachen mit unseren Genossen. Einige fast 10 Minuten lang. Auf die Warnung unserer Genossen hin, vorsichtig zu sein, sagten sie: "Die Direktion kann mich doch am Arsch lekken".

In dieser Zeitung "Unsere Stimme" wurde zu einer Betriebsversammlung in einer Gaststätte aufgerufen. Die Bosse gaben die Parole heraus, daß jeder, der daran teilnimmt, von Spitzeln aufgeschrieben und entlassen wird, und als das nicht die erhoffte Wirkung hatte, schmierte man den Wirt der Gaststätte, der dann den Saal schloß.
Sie, denen man nachsagt, sie seien verdummt und obrigkeitshörig, zeigten hier, daß es immer noch die alte deutsche Arbeiterklasse gibt. Nur ist sie desorganisiert, ihr Klassenbewußtsein verschüttet. Uns Marxisten-Leninisten obliegt die Aufgabe, anknüpfend an ihre ökonomischen, betrieblichen Forderungen, ihr Klassenbewußtsein zu heben, sie in die Lage zu versetzen, sich bewußt zu werden, daß es notwendig ist, nicht nur den Kampf gegen einzelne Unternehmer, sondern gegen die ganze Klasse der Kapitalisten zu führen. Es ist eine dankbare, großartige Aufgabe, die zu erfüllen es sich lohnt.
Aber: Trennen wir uns von dem Vorurteil, der deutsche Arbeiter sei nicht fähig, ein Klassenbewußtsein zu entwickeln. Die spontanen Streiks im Ruhrgebiet und das o.a. Beispiel sprechen eine andere Sprache.

LOB DES REVOLUTIONARS

Wenn die Unterdrückung zunimmt,
Werden viele entmutigt.
Aber sein Mut wächst.

Er organisiert seinen Kampf
Um den Lohngroschen, um das Teewasser
Und um die Macht im Staat.
Er fragt das Eigentum:
Woher kommst du?
Er fragt die Ansichten:
Wem nützt ihr?

Wo immer geschwiegen wird,
Dort wird er sprechen.
Und wo Unterdrückung herrscht und von Schicksal die Rede ist,
Wird er die Namen nennen.

Wo er sich zu Tisch setzt,
Setzt sich die Unzufriedenheit zu Tisch,
Das Essen wird schlecht,
Und als eng wird erkannt die Kammer.

Wohin sie ihn jagen, dorthin
Geht der Aufruhr, und wo er verjagt ist,
Bleibt die Unruhe doch.

Soweit der Bericht unserer Kölner Genossen. Was können wir daraus lernen? Daß, wie wir schon im letzten ROTEN MORGEN schrieben, ein ausgezeichnetes Mittel zur Agitation und Propaganda im Betrieb die Herausgabe marxistisch-leninistischer Betriebszeitungen ist. Dieses Mittel gilt es nach den gegebenen Möglichkeiten in vollem Umfang zu nutzen. Doch nicht nur als Agitator und Propagandist sind solche Zeitungen wertvoll, sondern auch als Organisator. Als Organisator Roter Betriebsgruppen, als Organisator von Streiks und Arbeitskämpfen.

Worauf ist bei der Herausgabe marxistisch-leninistischer Betriebszeitungen

unbedingt zu achten? Daß sie ausgehen, beziehungsweise anknüpfen an betriebliche Dinge. An das, was die Kollegen tagtäglich vor Augen haben, was sie sehen, was sie kritisieren, womit sie nicht einverstanden sind. Das können verschiedene Dinge sein: Der faschistische Ton eines Vorgesetzten, Rationalisierungsmaßnahmen, fehlende Sozialeinrichtungen, Unfälle durch Vernachlässigung der Sicherheitsvorschriften, das Nichtabhalten von Betriebsversammlungen, das Versagen von Betriebsräten und Gewerkschaftsbürokraten, Unternehmergewinne, Lohnforderungen usw. Wir müssen wie Lenin bei der Herausgabe von Flugblättern in unseren Betriebszeitungen die Drangsalierung der Arbeiter durch die Fabrikherren geißeln, die Forderungen der Arbeiter veröffentlichen, erläutern, wie die Arbeiter für ihre Interessen kämpfen sollen.

Das aber setzt voraus, daß wir gut unterrichtet sind. Beim Schreiben von Betriebszeitungen müssen wir uns unbedingt mit den Genossen beraten, die in den Betrieben beschäftigt sind - oder wenn keine Genossen dort arbeiten, mit sympathisierenden und interessierten Kollegen. Ohne eine solche Beratung, ohne genaue Kenntnis der speziellen betrieblichen Dinge werden wir nichts Vernünftiges zustande bringen und keinen Erfolg bei unserer politischen Arbeit erzielen.

Was den Stil, die Sprache unserer Betriebszeitungen betrifft, sollten wir unbedingt berücksichtigen, was der Genosse Georgi Dimitroff auf dem VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale sagte:

"Man muß es lernen, mit den Massen nicht in Bücherformeln zu sprechen, sondern in der Sprache von Kämpfern für die Sache der Massen; von Kämpfern, bei denen jedes Wort, jeder Gedanke das Denken und Fühlen der Millionen widerspiegelt. ...daß es den breiten Massen unmöglich ist, sich unsere Beschlüsse anzueignen, wenn wir es nicht lernen werden, in einer den Massen verständlichen Sprache zu sprechen. Wir verstehen es bei weitem nicht immer, schlicht, konkret, in Bildern zu reden, die den Massen naheliegen und begreiflich sind. Wir können immer noch nicht auf auswendig gelernte und abstrakte Formeln verzichten. In der Tat, seht euch unsere Flugblätter, Zeitungen, Resolutionen und Thesen an, und ihr werdet sehen, daß sie oft in einer Sprache abgefaßt, so schwerfällig geschrieben sind, daß sie sogar für Funktionäre unserer Partei schwer verständlich sind, ganz zu schweigen von den einfachen Arbeitern."

Trifft das nicht haargenau auf uns zu, besteht nicht die Gefahr, daß wir uns in unseren Resolutionen, Zeitschriften und Flugblättern für die Arbeiter unverständlich ausdrücken und somit nicht verstanden werden? Wer kennt nicht jene Genossen, die, obwohl sie es subjektiv ehrlich meinen, in Gesprächen mit Arbeitern und Lehrlingen so geschwollen daherreden, daß sich diese mit einem Achselzucken abwenden? Beachten wir unbedingt die Weisung des Genossen Dimitroff, der sagte:

"Jeder von uns muß sich folgende elementare Regel wie ein Gesetz, wie ein bolschewistisches Gesetz gründlich zu eigen machen: Wenn du schreibst und sprichst, so mußt du stets an den einfachen Arbeiter denken, der dich verstehen, deinem Rufe glauben und dir mit Bereitschaft folgen soll. Du mußt daran denken, für wen du schreibst und zu wem du sprichst."

Was beim ROTEN MORGEN noch durchgehen mag, weil er sich vorwiegend an Genossen und mit unserer Partei Sympathisierende wendet, bei denen man ein marxistisch-leninistische Grundwissen voraussetzen kann, in den Betriebszeitungen, die sich direkt an die Betriebsarbeiter wenden, ist eine solche Sprache und Schreibweise glatt unmöglich. Beste Erfahrungen haben wir mit Betriebszeitungen bisher gemacht, wenn wir die Genossen Betriebsarbeiter dazu bewegen konnten, ihre Zeitungen selbst zu schreiben und nur den Inhalt kollektiv beraten.

Und noch etwas gilt es bei der Herausgabe zu beachten. Wie bekannt, geben auch die DKPisten Betriebszeitungen heraus. Sie zeichnen sich dadurch aus, daß sie in reinem Ökonomismus machen. Auch sie knüpfen an Forderungen der Arbeiter an, aber nicht mit dem Ziel, deren Klassenbewußtsein zu heben, sondern um für sich politisches Kapital daraus zu schlagen und dafür zu sorgen, daß die Arbeiter in ihren Kämpfen sich ja im Rahmen der bürgerlichen Gesetze und Spielregeln bewegen.

Wir müssen beim Schreiben unserer Betriebszeitungen immer unser Ziel vor Augen haben: Die Organisierung des pro-

letarischen Klassenkampfes mit dem Ziel, die politische Macht zu erobern, die Produktionsmittel zu vergesellschaften, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen und an seiner Stelle die Diktatur des Proletariats zu errichten. Nicht, daß wir in diesem Sinne an jedem Artikel ein "rotes Schwänzchen" anhängen. Diese Zielsetzung muß sich wie ein roter Faden durch unsere gesamte Agitations- und Propagandaarbeit ziehen. Wichtig ist es vorerst, die Arbeiter erkennen zu lehren, daß ihr tagtäglicher Kampf gegen den einzelnen Unternehmer einmünden muß in den Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie ... Und daß es dazu nötig ist, sich zu organisieren (in Roten Betriebsgruppen). Tun wir das, sagen wir die volle Wahrheit, scheuen wir uns nicht, die Praktiken der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie zu entlarven, helfen wir den Arbeitern, verteidigen wir sie, kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Der Klassengegner hat schon heute erkannt, welche Gefahr ihm vom Erscheinen marxistisch-leninistischer Betriebszeitungen droht. Während die Unternehmer die Betriebszeitungen der DKPisten im allgemeinen ungeschoren lassen, reagieren sie auf das Erscheinen unserer Zeitungen hysterisch. Brutal werfen sie jeden Genossen, jeden Kollegen aus dem Betrieb, von dem sie annehmen, er sei an der Herausgabe der Zeitung beteiligt. Das heißt für uns, wachsam zu sein. Wir haben kein Interesse daran, daß unsere Genossen und die mit uns Sympathisierenden entlassen werden. Darum keine Namen.

Wachsende Ausbeutung

In den letzten zwei Jahren stiegen in der Bundesrepublik die Löhne im Durchschnitt um 4,6 %, während das Produktionsergebnis pro Arbeitsstunde um 18,2 % stieg. Der Anteil der Löhne am Gesamtumsatz ging in der gleichen Zeit von 15,3 % auf 14,0 % zurück.

Seit der "Währungsreform" im Jahre 1948 schufen die Werktätigen in der Bundesrepublik einen Zuwachs an Sachvermögen im Werte von 970 Milliarden DM. Davon gehören den Arbeitern und Angestellten, die diese Werte schufen und die 83 % der Bevölkerung ausmachen, nur Sachwerte im Betrage von etwa 165 Milliarden DM, also nur rund 17 %.

Als Verantwortlicher (nach dem bürgerlichen Pressegesetz nötig) kann ein Genosse zeichnen, der nicht durch Entlassung gefährdet ist. Wir können den Kollegen erklären, warum keiner aus ihrem Betrieb verantwortlich zeichnet, sie werden volles Verständnis dafür haben.

Genossen, gehen wir an die Arbeit. Vervielfältigen wir die Zahl unserer marxistisch-leninistischen Betriebszeitungen. Sammeln wir Erfahrungen, und werten wir sie zur Hilfe der Genossen in anderen Städten aus. Der ROTE MORGEN wird weiter über die Betriebsarbeit unserer Genossen berichten.

Arabische Revisionisten verraten den bewaffneten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes

Der Generalsekretär der revisionistischen Partei Jordaniens, Salfiti, verleumdete, wie die Zeitung der Palästina-Studenten in Westdeutschland berichtete, vor einiger Zeit den bewaffneten Kampf des palästinensischen Volkes und erklärte praktisch, man solle sich mit der zionistischen Aggression abfinden. Sein absurdes Geschwätz wollte er als "kommunistische Politik" verkaufen.

Salfiti hat aber recht, wenn er meint, einige "arabische Führer" denken wie er, wagen es aber nicht zu sagen. Diese "Führer" wagen nicht, ihr konterrevolutionäres Gesicht zu zeigen, weil sie Angst vor den arabischen Volksmassen haben. Salfiti dagegen kann offen sein konterrevolutionäres Gesicht zeigen, weil er nicht auf die Unterstützung der arabischen Volksmassen angewiesen ist. Seine "Hilfsquellen" liegen außerhalb der arabischen Länder, deshalb kann Salfiti offen das Volk

von Palästina verhöhnen und verspotten. Das bringt ihm zwar die Feindschaft der arabischen Volksmassen und der revolutionären Kommunisten in aller Welt ein, dafür erhält er aber den Judaslohn seiner Auftraggeber.

Aber weder die modernen Revisionisten, noch die offenen Opportunisten, noch die heimlichen Verbündeten des Imperialismus werden die palästinensische Revolution aufhalten können.

Es lebe die Volksrepublik Palästina!

Was will AL-FATAH im Libanon?

Die Nationale Befreiungsbewegung für Palästina AL-FATAH verfolgt das Ziel:

Einen unabhängigen, demokratischen und antiimperialistischen Staat in Palästina zu schaffen, in dem Araber, Juden und alle übrigen Teile der Bevölkerung ohne Zionismus und ohne Rassismus gleichberechtigt zusammenleben.

Warum arbeitet Al-FATAH auch im Libanon?

1. Durch die Invasion der Nationalzionisten, die sich in den letzten Jahrzehnten ständig erweiterte, wurden Millionen von Menschen aus Palästina vertrieben. Die meisten davon flüchteten in die Nachbarstaaten, darunter etwa eine Viertel Million in den Libanon.
2. Die Invasion der Nationalzionisten ist nicht allein auf Palästina beschränkt, sondern bedroht alle Nachbarländer. Man will ein Reich vom Nil bis zum Euphrat errichten. Es ist klar, daß die betroffenen Völker diesen Angriff am besten gemeinsam begegnen.

Der Imperialismus und sein Hauptvertreter der US-Imperialismus betrachtet den Nahen Osten (60% der Erdölreserven der Welt) als seine Einflußsphäre. Er versucht daher, den gemeinsamen Kampf der betroffenen Bevölkerung für Unabhängigkeit und Fortschritt zu sabotieren, zu spalten und zu zerschlagen. Hierzu benützte er folgende reaktionäre Kräfte:

1. Unmittelbares Eingreifen der US-Truppen (so landeten US-Marineeinheiten 1958 in dem Libanon)
2. Die israelische Militärmaschine. Durch einzelne Terrorschläge (z.B. Beiruter Flughafen), durch ständige verhüllte und unverhüllte Drohungen, den Libanon zu besetzen, trägt sie dazu bei, den imperialistischen Druck auf den Libanon zu verstärken. Kleinere Widersprüche zwischen US-Imperialismus und Nationalzionismus dürfen uns nicht davon abhalten, die grundsätzliche Interessengemeinschaft zu erkennen.
3. Die einheimischen reaktionären Kräfte im Libanon; ein Teil der Oberschicht der arabischen Länder gibt zwar antiimperialistische Lippenbekenntnisse ab, steckt in Wirklichkeit mit dem Imperialismus unter einer Decke. Im Libanon versuchen diese Kräfte die Einheitsfront zwischen dem libanesischen und dem palästinensischen Volk zu spalten.

Der Kampf des reaktionären Flügels der Armee des Libanons gegen Al-Fatah und die fortschrittlichen libanesischen Volksmassen sind ein Teil der imperialistischen Aggression gegen die Völker des Nahen Ostens.

INTERNATIONALE BRIGADEN?

Viele von uns haben oft darüber nachgedacht, wie man das vietnamesische Volk noch besser unterstützen kann. Es liegt aber auf der Hand, daß Internationale Brigaden dazu im allgemeinen ungeeignet sind. Die Revolution kann nicht exportiert werden. Wir können den Imperialismus am besten dort bekämpfen, wo wir mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sind.

Der Imperialismus und sein Hauptvertreter der US-Imperialismus muß nicht nur in einem Land bekämpft werden, sondern weltweit. Nur so kann ein endgültiger Sieg über diese Massenmörder erreicht werden. Freilich wird ein solcher Kampf in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen annehmen. Unsere So-

lidarität muß jedem antiimperialistischen Kampf gelten, gleichgültig, welche Form er hat.

In den letzten Jahren entstand neben dem antiimperialistischen Kampffeld in Südostasien (Vietnam, Laos, Thailand, Burma, Malaya, Kalimantan usw.) ein zweites Zentrum des Befreiungskampfes im Nahen Osten. Die Bedeutung dieser Kämpfe gegen den Zionismus, einem Werkzeug des US-Imperialismus, wächst von Tag zu Tag. Lassen wir uns das Hirn nicht durch Springer & Co. vernebeln; die Besatzungstruppen Israels sind um kein Haar besser als die US-Truppen in Vietnam. Israel ist ein durch und durch reaktionäres Gebilde. Rassistische Gesetze verbieten - ähnlich wie in Südafrika und im "Dritten Reich" - die Heirat zwischen Juden und Nichtjuden! Die Araber sind genau so rechtlos wie die Schwarzen in Alabama. Die deutsche Monopolbourgeoisie - an deren Händen noch Blut so vieler Opfer der Konzentrationslager klebt - findet heute Tür und Tor offen, wenn sie mit den Spitzen der dortigen Regierung über die Ausplünderung der arabischen Völker verhandelt.

Die Befreiungsbewegung El Fatah setzt dieser rassistischen Ausbeutergesellschaft die einzig mögliche Alternative gegenüber: Ein unabhängiges, demokratisches und antiimperialistisches Palästina ohne Rassismus und ohne Zionismus in dem Araber, Juden und alle übrigen Teile der Bevölkerung gleichberechtigt zusammenleben.

Solidarität mit den Befreiungskämpfen in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Solidarität mit den Völkern von Vietnam und Palästina.

Der Imperialismus in allen seinen offenen und versteckten Formen ist ein permanenter Gewaltakt, den man nur durch den revolutionären Befreiungskampf beseitigen kann. Der Widerspruch zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten Völkern kann nur mit der Methode des national-revolutionären Krieges gelöst werden.

(Mao Tsetung)

DIE NÆCHSTE KRISE KOMMT BESTIMMT !

Als Marx und Engels im Jahre 1850 in ihrem Londoner Exil auf die hinter ihnen liegenden Jahre zurückblickten und die Gründe untersuchten, die zum Erlöschen der Revolution geführt hatten, kamen sie zu dem Schluß: "Bei dieser allgemeinen Prosperität, worin die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft sich so üppig entwickeln, wie dies innerhalb der bürgerlichen Verhältnisse überhaupt möglich ist, kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein ... Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krise. Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese."

Die felsenfeste Überzeugung, daß der Kapitalismus immer neue Krisen hervorbringen muß, die schließlich die Existenz dieses Systems in Frage stellen, diese Überzeugung hatten die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus aus der Analyse dieses Systems, aus der Erkenntnis seiner Widersprüchlichkeit gewonnen. Die Krise, so erkannte Marx, ist das unvermeidliche Ergebnis des Hauptwiderspruchs dieses Systems, des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung.

In der klassischen Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, dem Kommunistischen Manifest, weisen Marx und Engels darauf hin, daß die Bourgeoisie in ihrer kaum hundertjährigen Herrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen hat als alle vergangenen Generationen zusammen. Die von der Gesellschaft geschaffenen Produktivkräfte sind aber zu gewaltig geworden für die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse zu eng, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. Immer wieder kommt es zu "Handelskrisen ... welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen. In den Handelskrisen wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmässig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein

Widersinn erschienen wäre - die Epidemie der Überproduktion." Die Bourgeoisie, so sagen Marx und Engels weiter, hat nur ein Mittel, die Krisen zu überwinden: "Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert."

Die Unvermeidbarkeit der Krisen unterstreicht auch Lenin, der im Jahre 1908 den Revisionisten den Vorwurf macht, sie hätten die marxistische "Krisen- und Zusammenbruchstheorie" nicht verstanden: "Die Formen, die Aufeinanderfolge, das Bild der einzelnen Krisen änderte sich, doch die Krisen blieben ein unvermeidlicher Bestandteil der kapitalistischen Ordnung". In dem Aufkommen der Kartelle und der Riesentrusts, die die Klassengegensätze in einem nie dagewesenen Maße verschärfen, sieht Lenin einen Beweis dafür, "daß der Kapitalismus dem Zusammenbruch entgegengeht - sowohl im Sinne einzelner politischer und ökonomischer Krisen als auch im Sinne des völligen Zusammenbruchs der ganzen kapitalistischen Ordnung."

Nun könnte man sagen, daß der "Zusammenbruch" der kapitalistischen Ordnung ja nicht stattgefunden hat, daß dieses System - bisher wenigstens - immer wieder Auswege fand, seine Krisen zu überwinden. Und verzeichnen wir nicht gerade heute wieder eine "allgemeine Prosperität, worin die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft sich üppig entwickeln?" Es fehlt auch nicht an Propheten, die daraus die These ableiten wollen, der Kapitalismus sei imstande, "Wohlstand für alle" zu schaffen und ein krisenfreies, ständiges Wirtschaftswachstum zu erreichen.

Was zunächst den "Wohlstand für alle" betrifft, so wollen wir nur an einige Tatsachen erinnern: In den 17 Jahren von 1950 bis 1966 haben die westdeutschen Unternehmen aus ihrem laufenden Einkommen ein Sachvermögen von mehr als 600 Milliarden DM akkumuliert (angehäuft). Dieses riesige Vermögen ist das Ergebnis unbezahlter Arbeit von Lohnabhängigen. Die Sachvermögensbildung der Unternehmen übersteigt Jahr für Jahr 55 bis 60 Milliarden DM. Tausend Größtunternehmen akkumulieren jährlich mehr Kapital, als zwanzig Millionen bundesdeutsche Haushalte sich jährlich ersparen können. So kam selbst die FDP in einer Wahlanzeige zu dem Schluß, daß der Arbeitnehmeranteil am Gesamtvermögen laufend sinkt. Er lag nach dieser Quelle im Jahre 1950 noch bei 40,5 % und betrug 1967 nur noch 23,9 %.

Diese Zahlen bestätigen in eindrucksvoller Weise die von Marx vorausgesagte ständig fortschreitende Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen, und nach Schätzungen bürgerlicher Nationalökonomen wird in wenigen Jahren die gesamte westliche Wirtschaft von 300 Großkonzernen beherrscht werden. Diese Entwicklung bekommt in immer stärkerem Maße auch der Mittelstand - Bauern, Handwerk und Einzelhandel - zu spüren. Immer mehr Kleineigentümer fallen dem Vordringen des Großkapitals zum Opfer. Die Kluft zwischen den Besitzern der Produktionsmittel, die den Reichtum der Gesellschaft in ihren Händen konzentrieren, und den Nichtbesitzern von Produktionsmittel wird immer größer.

Der "Zusammenbruch" der kapitalistischen Ordnung vollzieht sich freilich nicht so, wie ihn manche sich vorgestellt haben mögen, und wir sollten dieses Wort, das mißverständliche Deutungen zuläßt, unbedingt vermeiden. Gewiß ist das Ende des Kapitalismus nicht als ein einzelnes, katastrophenartiges Ereignis zu erwarten, es vollzieht sich vielmehr als ein langer und schwieriger Prozeß, bei dem die herrschenden Klassen immer wieder versuchen, auf Kosten der arbeitenden Massen und der ausgebeuteten Völker eine Galgenfrist zu gewinnen, und selbst dort, wo sie gestürzt wurden (Sowjetunion u.a.) ihre Herrschaft zu restaurieren. Jeder Tag aber liefert neue Beweise dafür, daß dieses bürgerliche Wirtschaftssystem nicht in der Lage ist, seine inneren Widersprüche zu überwinden und daß diese Widersprüche letzten Endes immer mehr an Schärfe zunehmen müssen. So zeigt sich, daß trotz des Verrates der sowjetrevisionistischen Führungsclique, die in der Sowjetunion den Kapitalismus restauriert, der revolutionäre Kampf der Volksmassen in aller Welt gegen ihre nationalen und internationalen Ausbeuter unaufhörlich wächst. Nicht nur in Asien, Lateinamerika und Afrika wächst der Kampf, auch

in den kapitalistischen Hochburgen, den USA, in Japan, in Italien und Frankreich in Europa, spitzen sich die Klassenkämpfe zu.

Weltkrieg und Weltwirtschaftskrise

In der Geschichte des Kapitalismus stellen der erste Weltkrieg und die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre entscheidende Wendepunkte dar. Die Bourgeoisie hatte, wie Marx es voraussagte, dem ganzen Erdball ihre Herrschaft aufgedrängt, im Kampf um die Eroberung neuer Märkte aber auch die Grenzen dieser äußeren Expansion erreicht. Die imperialistischen Mächte hatten die Welt in ihre Herrschaftsgebiete aufgeteilt. Der deutsche Imperialismus, der in den Wettlauf um die Beherrschung der Kolonien mit Verspätung eingetreten war, war bei dieser Aufteilung zu kurz gekommen; er drängte auf eine Neuaufteilung der Kolonien; dies um so mehr, als er den weltbeherrschenden britischen Imperialismus nicht nur in bezug auf die Höhe der Industrieproduktion überrundet hatte, sondern ihn auch durch einen höheren Grad der Organisiertheit des Kapitals übertraf. Der erste Weltkrieg stand damit auf der Tagesordnung. Irgendein Anlaß mußte dazu führen, daß sich die Gegensätze zwischen dem deutschen und dem britischen Imperialismus in einem Krieg entluden.

Das Ergebnis dieses Krieges war freilich ganz anders, als es sich die kämpfenden Parteien vorgestellt hatten. Auf der einen Seite bot der Krieg für die USA die Gelegenheit, den ersten Platz in der Reihe der kapitalistischen Mächte weiter auszubauen und den Abstand zu den europäischen Ländern enorm zu vergrößern; auf der anderen Seite kam es in einer Reihe von Ländern zu Revolutionen und zum Sturz der herrschenden Regime. Mit dem Entstehen der Sowjetunion, dem ersten sozialistischen Staat, wurde vor der ganzen Welt eine Alternative zum Kapitalismus, eine Alternative zu diesem System mit seinen unvermeidlichen Krisen und Kriegen, deutlich.

Nachdem der Krieg so viele Produktivkräfte vernichtet und damit die sonst den Krisen zufallende Funktion viel gründlicher erfüllt hatte, als diese es je vermocht hätten, brach zunächst wieder eine Periode der Hochkonjunktur an, und es konnte scheinen, als sei der Kapitalismus endgültig von der Krisenkrankheit geheilt. Der Präsident der USA, Coolidge, versicherte am 4.12. 1928 in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß: "Noch nie hat der Kongreß der Vereinigten Staaten bei der Analyse der Gesamtlage des Landes bessere Aussichten vor sich gehabt, als sie gegenwärtig bestehen ... Wir können die Gegenwart mit Genugtuung betrachten und der Zukunft mit Optimismus entgegensehen." Die Autoritäten der bürgerlichen Nationalökonomie wurden nicht müde, zu versichern, der Konjunkturzyklus habe sich gewandelt, und es sei nunmehr eine ständige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ohne Krisen möglich.

Die Weltwirtschaftskrise, die im Jahre 1929 dann hereinbrach, die in allen Industrieländern einen enormen Rückgang der Produktion, eine Zerrüttung des Welthandels und der Währungen mit sich brachte, zum Aufkommen faschistischer Regime in einer Reihe von Ländern und schließlich zum zweiten Weltkrieg führte, hat diese Illusionen gründlich zerstört. Diese Krise erschütterte die kapitalistische Herrschaft bis in die Grundfesten, sie wurde zur allgemeinen Krise des Kapitalismus. Sie setzte die Ablösung dieses Systems durch den Sozialismus auf die Tagesordnung.

Der Staat muß helfen

Die Antwort, die die herrschenden Klassen auf diese Bedrohung fanden, bestand auf politischem Gebiet in der Förderung und Unterstützung faschistischer Organisationen zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung, in der Wirtschaftspolitik in dem Versuch, die Mittel ihres Staatsapparates für die Wiederankurbelung der Konjunktur zu mobilisieren. Die theoretische Begründung hierfür lieferte der britische Nationalökonom John Maynard Keynes, der das "deficit spending", das heißt das Schuldenmachen zum Zweck der Wirtschaftsbelebung, als Heilmittel anpries. Keine Rede mehr von einer Politik der ausgeglichenen Staatshaushalte, keine Rede mehr davon, daß der Staat sich aus der Wirtschaft herauszuhalten habe und dem freien Spiel der Marktwirtschaft keine Schranken auferlegen solle. Die kapitalistische Wirtschaft hatte sich als unfähig erwiesen, von selbst ihre Krisen zu überwinden.

Rüstungswirtschaft und Inflation

Die große Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre hat den Bestand des kapitalistischen Systems so ernsthaft bedroht, daß die herrschenden Klassen alles tun, um die Wiederholung einer solchen Krise zu verhindern, auch wenn dies eine Politik der fortgesetzten Inflation bedeutet. Zwar finden sich gelegentlich Stimmen, so etwa in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und in Reden des Bundesbankpräsidenten Blessing, die vor einer Überbetonung der "Wachstumspolitik" warnen und demgegenüber der Erhaltung des Geldwertes den Vorrang zuerkennen wollen. Diese Kritiker übersehen freilich, daß es dem kapitalistischen System gar nicht möglich ist, Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität gleichzeitig zu verwirklichen. Und es ist keineswegs zufällig, daß während der Eisenhower-Ära in den USA, der Versuch, zur "Staatshaushaltsorthodoxie" zurückzukehren, prompt zu einem scharfen Konjunkturrückgang führte, so daß die industrielle Erzeugung innerhalb von neun Monaten um 13,1 % zurückging. Bedenkt man, daß der entsprechende Rückgang in den ersten neun Monaten der Weltwirtschaftskrise 1929/1930 in der gleichen Größenordnung lag, nämlich 15,9 % betrug, so wird man zu dem Schluß kommen, daß nur die rasche inflationäre Geldschöpfung - und der bereits ungeheure Umfang der staatlichen, vor allem der Militärausgaben - die USA vor einem neuen 1929 bewahrten.

Zu der gleichen Feststellung kommen auch Autoren wie Baran und Sweezy, die feststellen, "daß der Unterschied zwischen der tiefen Stagnation der dreissiger und der relativen Prosperität der fünfziger Jahre völlig auf die hohen Rüstungsausgaben in den 50er Jahren zurückgeht." ... "Der Prozentsatz an Arbeitskräften, die entweder unbeschäftigt oder von Rüstungsausgaben abhängig sind, war 1961 etwa der gleiche wie 1939. Daraus folgt, daß die Arbeitslosigkeit, würde der Rüstungshaushalt auf den Umfang von 1939 reduziert, ebenfalls wieder die Ausmaße von 1939 annehmen würde." Dies weist auf einen Faktor hin, der für die vom Monopolkapital betriebene Wirtschaftspolitik von immer größerer Bedeutung geworden ist: die hohen und ständig steigenden Rüstungsausgaben, die sich allein in den USA auf jährlich 70 Milliarden Dollar belaufen.

Alle diese Tatsachen lassen erkennen, daß das Monopolkapital die Rüstung, die Vorbereitung des Krieges, wenn nicht sogar den Krieg selbst (Vietnam) unbedingt braucht, um der immer wieder drohenden Gefahr einer neuen Wirtschaftskrise zu entgehen. Das Monopolkapital kann ohne Kriegsvorbereitung und Krieg nicht mehr leben. Daraus folgt aber auch, wie illusionistisch die von Chruschtschow und seinen kritiklosen Nachbetern verkündete Parole der "Abrüstung" ist. Da die Rüstung für die herrschenden monopolkapitalistischen Regime unentbehrlich ist, wird Abrüstung erst dann verwirklicht werden können, wenn die unterdrückten Völker und die arbeitenden Klassen in den entscheidenden Ländern der Welt der Herrschaft des Imperialismus ein Ende gemacht haben werden.

An dem ständig steigenden Umfang der Rüstungsausgaben zeigt sich sehr deutlich, daß der Kapitalismus immer parasitärer wird. Wenn die "Vollbeschäftigung" nur aufrecht erhalten wird, indem Millionen Arbeiter und ein großer Teil der Produktionsanlagen für eine volkswirtschaftlich nutzlose Tätigkeit eingesetzt werden, so zeigt sich damit deutlich der Widersinn und die Widersprüchlichkeit des Kapitalismus, der zwar gigantische Produktivkräfte geschaffen hat (und damit auch die Voraussetzungen dafür, daß alle Menschen ein menschenwürdiges Leben führen könnten), der aber andererseits, um die private Verfügungsmöglichkeit über diese Produktivkräfte zu erhalten, gezwungen ist, einen immer größeren Teil dieser Produktivkräfte für eine sinnlose Produktion einzusetzen und im wörtlichen Sinne zu verpulvern (Vietnam).

Immer wieder Währungskrisen

Wie wenig der Kapitalismus imstande ist, die ihm innewohnenden Widersprüche zu überwinden, zeigt auch die Tatsache, daß es trotz der ständig wachsenden Rüstungsausgaben immer wieder zu Rezessionen, zu Rückgängen der Industrieproduktion, kommt. Es ist dem Kapitalismus auf längere Sicht unmöglich, Wirtschaftsschwankungen zu vermeiden oder gar eine Verschärfung der Rezes-

sionen zu verhindern. Nur durch permanente Inflation ist es ihm zur Zeit noch möglich, drohende schwere Wirtschaftskrisen abzumildern. Gerade diese permanente Inflation ist es aber, die durch die Aushölung der Währungen erhebliche Erschütterungen des kapitalistischen Weltsystems auf uns zukommen läßt. Entsprechend äußerte sich der bürgerliche französische Nationalökonom Jacques Rueff, der kürzlich in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und in "Le Monde" das internationale Währungssystem analysierte und dabei die Feststellung traf: "Der klare Beweis für die Zerrüttung des westlichen Währungssystems ist die stete Wiederkehr großer Währungskrisen, wie sie durch die Kapitalfluchtbewegungen ausgelöst werden."

Am weitesten fortgeschritten auf dem Wege der permanenten Inflation sind die USA. Dort droht die Inflation, selbst nach den Worten ihres Finanzministers David Kennedy, zu einer "galoppierenden" zu werden. In erster Linie ist diese Entwicklung eine Folge des Vietnam-Krieges und der ständig erhöhten Rüstungsausgaben. Die US-Regierung versucht - nicht ohne Erfolg - die dem Dollar drohenden Gefahren auf ihre "Verbündeten" abzuwälzen und diese an der Inflation zu beteiligen. Nichts anderes bedeuten im Grunde die jüngsten Beschlüsse des Weltwährungsfonds.

Wenn die herrschenden Kreise ihre Zuflucht zur Inflation nehmen, um der drohenden Gefahr von Konjunkturrückschlägen zu entgehen, so handeln sie gemäß dem Motto: "Nach uns die Sintflut!" Sie tun dies in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß der Kapitalismus durch eine neue große Krise in seiner Existenz bedroht wäre. Die weltweite permanente Inflation ist somit die Form, in der die Krise des Kapitalismus, seine tiefen und unlösbaren Widersprüche, vorwiegend zum Ausdruck kommen. Das heißt keineswegs, daß die Inflation die einzige Erscheinungsform dieser Krise bleiben muß. Denn erstens vermag auch die Inflationspolitik keineswegs den Ablauf des Konjunkturzyklus und das Aufkommen neuer "Rezessionen" zu verhindern, und zweitens werden die Regierungen, sollte die Entwicklung zur "galoppierenden" Inflation treiben, sich zu scharfen Maßnahmen gezwungen sehen. Diese müßten dann unvermeidlich zu einer Deflation, zu Massenentlassungen und Produktionsrückgängen führen.

Es kann aber auch sein, daß die USA als die führende imperialistische Macht zielbewußt auf die Ausweitung des Indochina-Krieges zusteuern und versuchen - womöglich gemeinschaftlich mit der Sowjetunion - den Krieg nach China zu tragen. Vielleicht hoffen die Vertreter des "militärisch-industriellen Komplexes", welche die tatsächliche Regierung der USA bilden, auf diese Weise einen Ausweg aus ihren immer größer werdenden Schwierigkeiten und aus dem Dilemma in Vietnam finden und dadurch zugleich auch ihre "Verbündeten" wieder fester an sich binden zu können. Wenn diese Hoffnungen auch, wie wir als Marxisten-Leninisten wissen, vergeblich sein werden, und ihren Untergang nur beschleunigen wird, so ist die Verlockung für die Imperialisten, auf diese Weise neuen drohenden Währungs- und Wirtschaftskrisen zu entgehen, doch außerordentlich groß.

Ein Rückblick auf die Geschichte des Kapitalismus zeigt, daß die Widersprüche dieses Wirtschaftssystems keineswegs aus der Welt geschafft, geschweige denn gemildert werden konnten. Gerade das ungeheure Anwachsen der Produktivkräfte, die Konzentration der wachsenden Reichtümer in immer weniger Händen, zeigt, daß der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung immer schärfer wird. Die Produktivkräfte sind zu gewaltig geworden für die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; die Krisenanfälligkeit dieses Systems ist keineswegs beseitigt; seine Ersetzung durch den Sozialismus steht auf der Tagesordnung.

Die Tatsachen zeigen aber auch, daß die Gefahren von den arbeitenden Klassen nur unzureichend erkannt werden. Der Bewußtseinszustand der arbeitenden Bevölkerung in Westdeutschland wurde kürzlich vom "Spiegel" durchaus zutreffend mit der Feststellung charakterisiert: "Es gehört zu den bemerkenswertesten Leistungen der christlich-demokratischen Regierungsmehrheit, den Bundesbürgern, die überwiegend vermögenslos sind, das Gefühl vermittelt zu haben, Besitzbürger zu sein." Wenn die Bevölkerung in so breitem Maße in bürgerlichen Illusionen befangen ist,

so ist dies nicht zuletzt auch eine Folge der von der SED/KPD seit Jahren betriebenen Politik, die durch ihren Verrat an den revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus, die westdeutschen Werktätigen anstatt auf die Führung des Klassenkampfes zum Sturz der Monopolbourgeoisie auf einen systembejahenden unverbindlichen pazifistischen "Friedenskampf" orientierten.

Ist somit die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik so gut wie unvorbereitet gegenüber den drohenden Gefahren, so steht es ganz anders um die herrschende Klasse. Sie weiß genau, was zu erwarten steht und hat nicht zuletzt aus diesem Grunde mit allen Mitteln die Notstandsgesetzgebung durchgesetzt! Und sie wird natürlich versuchen, die kommende Krise auf Kosten der Werktätigen zu'lösen.'

Die kommenden Auseinandersetzungen wird die Arbeiterklasse nur bestehen können, wenn sie über eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Partei verfügt, die eng mit der Arbeiterschaft verbunden ist, die kritisch die Wirklichkeit zu erkennen versteht und in der Lage ist, die Massen zum Bewußtsein ihrer wirklichen Lage zu bringen und ihnen die Einsicht in ihre historische Aufgabe zu vermitteln. Die KPD/ML bemüht sich, eine solche Partei zu werden.

ZERBRECHT DIE KETTEN!

Nachstehend veröffentlichen wir eine Bekanntmachung der Marxistisch-Leninistischen Organisation Griechenlands:

BEKANNTMACHUNG

In den Tagen zwischen dem 5. und 13. September 1969 wurden in Athen und Saloniki von den faschistischen Sicherheitsorganen Marxisten-Leninisten sowie weitere Antifaschisten, Antiimperialisten und Volkskämpfer verhaftet und in die Kerker abtransportiert, wo sie von den Henkern des faschistischen Regimes brutal gefoltert werden.

Unter den Verhafteten gehören: Wangelis Michas, Absolvent der mathematischen Fakultät, Mitglied des SPAK und Funktionär der PPSP vor der Militärdiktatur, Ilias Moutopoulos, Absolvent der architektonischen Fakultät von Saloniki, Mitglied der SPAK, Funktionär der PPSP, Chefredakteur der Zeitschrift "Studentenwelt" vor der Diktatur, Rosa Ikonomou, Chemiker, Funktionärin der SPAK, Jannis Chotzeas, Funktionär der SPAK, Verantwortlicher Redakteur der politischen Zeitschrift ANAGENNISIS und der Wochenzeitung LAIKOS DROMOS auch vor der Errichtung des faschistischen Regimes in Griechenland und viele andere Volkskämpfer.

Die faschistischen Organe des Militärregimes versuchen durch diese Verhaftungen, die eine Folge von früheren Verhaftungen von Marxisten-Leninisten in zweieinhalb Jahren ihrer Macht sind, die ständig und gewaltig wachsende marxistisch-leninistische Bewegung in Griechenland zu verhindern, versuchen die von Tag zu Tag wachsende antiimperialistische, antifaschistische Bewegung unseres Volkes aufzuhalten. Sie versuchen, den antifaschistischen Kampf der Hunderttausenden von Antifaschisten und Demokraten, die sich nie vor dem faschistischen Terror gebeugt haben, zu fesseln.

Es wird ihnen auch dieses Mal nicht gelingen.

Unser Signal: An Stelle jedes verhafteten Kämpfers schließen sich Hunderte den Reihen des antiimperialistischen, antifaschistischen Kampfes an.

Um noch einmal jede Illusion zu zerstreuen, unterstreichen wir: Das Regime der amerikanischen Imperialisten und griechischen Monarchofaschisten, das Regime der Konzentrationslager, der Gefängnisse und des Polizeiapparates, das Regime des Hungers und Elends kann nur durch den kompromißlosen Volkskampf umgestürzt werden.

Die Freiheit, die Unabhängigkeit, die Volksdemokratie, eine Welt befreit von Unterdrückung und Ausbeutung, wird nur durch den unaufhaltsamen, unermüdlichen Kampf jedes Antifaschisten und Demokraten errungen und das nicht immer ohne Opfer. Diese Wahrheit muß von allen Antifaschisten begriffen und zum Bewußtsein werden und täglich von stäh-

lernen Mut, Entschlossenheit und Aufopferungsgeist ausgerüstet werden und sich den Reihen des Widerstandskampfes gegen die Fremdherrschaft und Unterdrückung anschliessen.

Jeder angreifende Schritt des faschistischen Regimes muß uns zu neuer Entschlossenheit und Kühnheit bewegen, um einen neuen Anfang unseres Kampfes gegen die faschistische Tyrannei zu machen.

Unsere Pflicht gegenüber den heroischen Kämpfern, die sich in den Kerkern der Sicherheitsorgane befinden und für die Befreiung unseres Volkes unmenschlich gefoltert werden, ist, daß wir unseren Kampf unermüdlich fortsetzen, daß wir von Tag zu Tag neue Schritte auf dem langen Weg der antiimperialistischen, antifaschistischen, neodemokratischen Umwälzung verwirklichen müssen.

Die Pflicht eines jeden griechischen Demokraten, wo er sich befindet, ist, die Kämpfer, die heute in unserem Land gegen Imperialismus und Faschismus kämpfen, zu unterstützen. Jeder muß alle seine Kräfte einsetzen, daß wir, die heute brutal gefolterten Widerstandskämpfer und alle politischen Gefangenen in den Gefängnissen und Konzentrationslager von den faschistischen Henkern so schnell wie möglich befreien können.

Pflicht aller Demokraten und Antiimperialisten ist, daß sie neue Initiative ergreifen müssen für eine massive Solidaritätsbewegung für die gefesselten Helden des Faschismus und für einen immer noch gewaltigeren antifaschistisch-antiimperialistischen Kampf.

Es darf nicht vergessen werden, daß diese Widerstandskämpfer, die in den ersten Reihen des Kampfes stehen, für ein neues, freies und unabhängiges und volksdemokratisches Griechenland kämpfen.

LAIKOS DROMOS - in dieser politischen Zeitschrift - Extra-Ausgabe - ist auf griechisch die Bekanntmachung in Europa veröffentlicht.

Vertrieb: POLYZOS ATHANASSIOS
1 Berlin 15
Brandenburgischestraße 30

Massendemonstrationen gegen den Völkermord in Vietnam.

Zu scharfenProtesten gegen den Vietnam-Krieg kam es am 15, 11. im ganzen Bundesgebiet und Westberlin. In Westberlin beteiligten sich etwa 6000 Menschen an einer Demonstration, die von der Roten Garde Berlin initiiert und angeführt wurde. Die Rotgardisten führten Bilder von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung mit. Weitere Protestaktionen fanden in zahlreichen weiteren Städten unter Teilnahme und teilweise unter der Führung der KPD/ML und Roten Garde statt.

Protest gegen anti-chinesischen Film

Durch eine Protestaktion während der Veranstaltung erzwangen empörte Rotgardisten und Genossen der KPD/ML am Mittwoch den 19.11. die Absetzung des im City-Kino laufenden anti-chinesischen Hetzfilms "Der gefährlichste Mann der Welt", der in übler Weise die amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit preißt und die Volksrepublik China verleumdet.

Weltfeind Nr. 1 US-Imperialismus

Gefesselt und geknebelt wurde bei einem Prozeß vor einem Chikagoer Bezirksgericht der Führer der Neger-Organisation "Black Panther", Bobby G. Seale. Als dieser trotz des Knebels Widerspruch einlegte, wurde ihm der Mund kreuz und quer mit Klebestreifen verschlossen.

+

Die "Beliebtheit" des US-Präsidenten und der politischen Führer des Landes bei der Bevölkerung ist so groß, daß ein Untersuchungsausschuß empfahl, möglichst allen Kontakt mit der Öffentlichkeit zu vermeiden und sich der Bevölkerung nur noch im Fernsehen zu zeigen, da ihr Leben gefährdet sei.

+

Brutal sich über die Souveränität anderer Völker hinwegsetzend, haben die US-Imperialisten ihre "Überwachungsflüge" über kubanisches Hoheitsgebiet wieder aufgenommen. Gleichzeitig wurde bekannt, daß US-Langstreckenbomber mit Wasserstoffbomben an Bord von Okinava aus ständig Patrouillenflüge bis hart an die Grenze Chinas und Nordkoreas durchführen. Während es in Japan zu

riesigen Massendemonstrationen gegen den US-Imperialismus kam (US-Freund Ministerpräsident Sato wurde von 75000 Polizisten geschützt) holt die chinesische Volksbefreiungsarmee in chinesisches Hoheitsgebiet eingedrungene US-Flugzeuge vom Himmel. Am 28.10. wurde der 19. unbemannte US-Höhenflugaufklärer seit 1964 abgeschossen.

Mit dem Imperialismus verbündet

Über die britische Kolonie "Maskat und Oman", in der seit über 4 Jahren ein bewaffneter Befreiungskampf stattfindet, kann man in einem in der DDR (in Gotha) herausgegebenen Taschenatlas lesen: "Unabhängiges, mit Großbritannien verbündetes Sultanat." Was man in der DDR wohl unter "Unabhängigkeit" und unter "Bündnis" versteht?

UdSSR auf dem Wege zur Fernsehwerbung

Die Londoner Werbeagentur VERNONS war überrascht, eine Zuschrift aus Moskau zu erhalten, in der die Bitte um Übersendung einer Kopie ihres Fernseh-Commercials für Bowyers Fleischpastete ausgesprochen wurde.

Der dieses Ersuchen aussprach, war K. Vinogradov, der Vizepräsident der sowjetrussischen Außenhandelsagentur. Wie es in dem Schreiben hieß, befinde sich die UdSSR erst am Anfang einer Mediawerbung, da die Werbung für Waren und Produkte hier erstmals eine neue Entwicklung nehme. Man sei daher stark interessiert an guten Beispielen und damit befaßt, eine einschlägige Fernsehfilmbibliothek anzulegen, in der die besten Produktionen westlicher Werbestreifen vertreten sein sollen.

Der Vertrag des Jahrhunderts

Auf einem Symposium zum Thema "Die Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Journalisten", das vor kurzem in Budapest stattfand, wurde als vorbildlich für die technisch-industrielle Zusammenarbeit zwischen COMECON und EWG der Pakt zwischen der Sowjetunion und den italienischen Fiatwerken genannt. Dieser "Vertrag des Jahrhunderts", wie man ihn nannte, gibt den Fiat-Konzern durch Kapital-Beteiligung (der eine Teil des Kapitals wird vom östlichen, der andere vom westlichen Partner gestellt) die Möglichkeit, die sowjetischen Werktätigen direkt auszubeuten.

Revisionisten retten Gandhis Herrschaft

Wie weit sich die nicht an der Macht befindlichen revisionistischen Parteien an die Monopolbourgeoisie ausliefern können, und wie treu sie ihrem Herren dienen, das konnte man dieser Tage am Beispiel Indiens erleben. Von ihrer eigenen Partei, dem Kongreß, ausgeschlossen, konnte sich Indira Gandhi durch die Hilfe der Revisionisten der KP Indiens und der KP (Marxisten) als Ministerpräsident halten.

Indien ist derzeitig das größte halbfeudale-halbkoloniale Land. Hier summieren sich die verschiedenen Widersprüche. Neben dem Hauptwiderspruch zwischen dem Volk und seinen Ausbeutern, werden auch die Ausbeuterklassen und -schichten durch Cliquenkämpfe erschüttert. Die Reste der Feudalklasse, die Kompradoren-Bourgeoisie, die nationale und Kleinbourgeoisie, sie alle stehen in erbittertem Kampf gegeneinander und gegen das Volk. Aber auch innerhalb der einzelnen dieser Schichten bestehen regionale Widersprüche.

Diese Vielzahl der Widersprüche wird vom US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus ausgenutzt, deren treuer Lakai Indira Gandhi ist. So unterstützen die indischen Revisionisten (und nicht nur sie) direkt und indirekt den US-Imperialismus, den Hauptfeind der Völker. Die einzige Partei, die in Indien wirklich dem Volke dient, ist unsere Bruderpartei, die Kommunistische Partei Indiens (Marxisten-Leninisten).

Auflösung des früheren SDS-Zentrums in München

Im Sommer 1965 erkannten einige Mitglieder des damaligen SDS-München, daß die Atmosphäre der Wirtshausnebenzimmer, in der bis dahin die meisten Tagungen des SDS stattfanden, einer fortschrittlichen politischen Arbeit in keiner Weise förderlich war. Als eine kleine Wäscherei im Münchner Norden - im Rückgebäude Knorrstraße 29 - der Konzentration zum Opfer fiel, war ein geeignetes Objekt für ein SDS-Zentrum

gefunden. Die ersten Spitznamen des Hauses "Chinesischer Turm" und "Stalinschuppen" zeigten bereits auf, welche Richtung des damaligen SDS das Projekt trug und welche anderen beiden SDS-Fraktionen dem Projekt feindlich gegenüberstanden. Im damaligen SDS München gab es - nach der weitgehenden Eliminierung der unmittelbar SPD-fixierten Richtung drei Hauptströmungen. Neben den - vom damaligen langjährigen SDS-Bundesvorsitzenden (später trug er dann allerdings ein "antiautoritäres" Mäntelchen) mit verdächtiger Zähigkeit geförderten - modernen Revisionisten (meist die Kunden früherer KPD-Abgeordneter, Stadträte usw.) und einer aus Anarchisten (Subversive Aktion; ihr gehörten Leute an, die später dann sowohl in der Kommune I als auch im Westberliner SDS führende Stellungen innehatten) und Anarchosyndikalisten ("Rätesozialisten", Anhänger von Rühle) bestehenden Richtung hatte sich in den Jahren 1963/65 in München - erstmals für den damaligen SDS - eine Gruppe gebildet, die sich als Marxisten-Leninisten verstand. Die meisten Angehörigen dieses damaligen Flügels sind heute Mitglieder der KPD/ML oder - soweit es sich um Ausländer handelt - Mitglieder der m-l-Parteien ihrer Heimatländer (wer die Dialektik der geschichtlichen Entwicklung kennt, wird sich freilich nicht wundern, daß einzelne Leute aus der damaligen SDS-Fraktion heute führende Köpfe des "Antiautoritären" Flügels im SDS sind oder gar - wie in einem Falle - als linke Aushängeschilder des Bundesvorstands der DKP dienen).

Das Haus in der Knorrstraße entwickelte sich schnell zu einem der wichtigsten Zentren des SDS in Westdeutschland und zu einem wichtigen Vertriebszentrum von m-l. Literatur aus China. Da die Hinterhofatmosphäre der bürgerlichen Presse in den Kram paßte, waren Bild und Anschrift bald über ganz Westdeutschland verbreitet, so daß sich von überall her Leute meldeten, die Kontakt zum SDS suchten. Mit dem seit etwa 1968 fortschreitenden Zerfall des SDS, der in München besonders schnell vor sich ging, schwand auch die Bedeutung des Zentrums. Es wurde mehr zu einem Studentenwohnheim und zu einem linken Klubhaus und hatte so im letzten Jahr seines Bestehens kaum größere Bedeutung als Dutzende ähnlicher Einrichtungen. Die Einführung des "weißen Kreises" in München brachte nun - wie schon vielen zehntausenden anderer Münchner - auch die Bewohner der Knorrstraße 29 - hauptsächlich ehemalige SDSler - um ihre Wohnungen. Zum 1. Oktober 1969 wurde das Haus gekündigt, um noch höhere Mieten aus dem Grundstück zu pressen.

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten - Leninisten

2000 Hamburg 71, Postfach 464

Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis 40 Pfennig. Jahresbezugspreis: 7,40 DM (einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Nr. 2627 67

PSchA Hamburg

L i t e r a t u r b e s t e l l i s t e

Mao Tsetung:	Ausgewählte Werke Band I	DM 5,--
	Band II	DM 6,50
	Band III	DM 5,--
	Gegen die Buchgläubigkeit	DM 0,40
	Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut...	DM 0,30
	Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk	DM 0,70
	Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen?	DM 0,30
	Über die demokratische Diktatur des Volkes	DM 0,40
	Fünf Dokumente über Literatur und Kunst	DM 0,30
	Gegen den Liberalismus	DM 0,30
	Gegen den Parteischematismus	DM 0,40
	Unsere Schulung umgestalten	DM 0,30
	Aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen	DM 0,40
	Mehr Sorge um das Alltagsleben der Volksmassen, mehr Aufmerksamkeit den Arbeitsmethoden	DM 0,30
	Reden auf der Beratung über Fragen der Literatur, und Kunst in Yenan	DM 0,40
	Organisieren	DM 0,30
	Gespräch mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louise Strong	DM 0,30
	Über einige wichtige Fragen in der gegenwärtigen Politik der Partei	DM 0,30
	Über die Praxis	DM 0,40
	Die Orientierung der Jugendbewegung	DM 0,30
	Bericht auf der zweiten Plenartagung des vom siebten Parteitag gewählten Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas	DM 0,40
Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung		DM 1,10
Fünf Schriften des Vorsitzenden Mao Tsetung		DM 0,40
Vorsitzender Mao Tsetung über den Volkskrieg		DM 0,30
Vier philosophische Monographien von Mao Tsetung		DM 1,10
Erklärung des Genossen Mao Tsetung, Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, zur Unterstützung der Afro-Amerikaner in ihrem Kampf gegen gewaltsame Unterdrückung		DM 0,30
Statut der Kommunistischen Partei Chinas		DM 0,30
Lin Biao:	Bericht auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas	DM 0,55
	Es lebe der Sieg im Volkskrieg	DM 0,40
Die Große Proletarische Kulturrevolution in China (7)		DM 0,40
" " " " " " (8)		DM 0,30
" " " " " " (9)		DM 0,30
" " " " " " (10)		DM 0,40
Nieder mit den neuen Zaren!		DM 0,30

Abonnements für "Peking Rundschau" und "China im Bild" werden ebenfalls entgegengenommen.

In Kürze erscheint "Ausgewählte Werke Mao Tsetungs Band IV". Vorbestellungen sind erbeten.

Bestellungen an:

LIT-Vertrieb
Volker Hermsdorf
2 Hamburg 67
Schemmannstr. 57

Postscheckkonto Hamburg: 2532 58

Erfolge sprechen für sich:

ALBANIEN HEUTE

Am 29. November 1969 begeht das albanische Volk den 25. Jahrestag der Befreiung des Vaterlandes vom italienischen und deutschen Faschismus und des Sieges der Volksrevolution. Aus diesem Anlaß beginnen wir ab dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN eine Artikelserie "Albanien heute". Nicht nur über den sozialistischen Aufbau des Landes werden wir berichten, über die Eindrücke vom revolutionären Enthusiasmus des Volkes, den eine Parteidelegation der KPD/ML in Albanien erhielt, sondern auch - und vor allem über die Erfahrungen und Methoden, mit denen verhindert wurde und wird, daß das Land seine Farbe ändert. Beginnen wir mit der:

ENTWICKLUNG DER SOZIALISTISCHEN INDUSTRIE

Albanien schlug den Weg des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft ein, als es auf einem von der Vergangenheit geerbten sehr niedrigen Niveau der Produktivkräfte stand. Vor der Befreiung standen auch die wenigen Wirtschaftsbetriebe des Landes auf einer sehr niedrigen Entwicklungsstufe. In mehreren Wirtschaftszweigen, besonders in der Landwirtschaft und in der Industrie wurden sehr primitive Arbeits- und Organisierungsmethoden angewandt. Im Jahre 1938 war die Prokopfproduktion Albaniens um einige Male geringer als in den anderen Balkanländern.



Dieser Zustand paßte nicht zu den neuen Bedingungen, die in dem Lande nach der Errichtung der Volksmacht geschaffen wurden. Es entstand somit ein Widerspruch zwischen der obwohl vergesellschaftlichten jedoch rückständigen materiell-technischen Basis und den fortgeschrittenen sozialistischen Produktionsverhältnissen. In den ersten Jahren nach der Befreiung und während der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus blieb dieser einer der Hauptwidersprüche. Für seine Überwindung wurde an die Partei und die Volksmacht die Aufgabe gestellt, eine neue materiell-technische Basis zu schaffen und aufzubauen. Und der Hauptweg zur Erfüllung dieser Aufgabe war die sozialistische Industrealisierung des Landes.

In der Resolution des 1. Kongresses der albanischen Kommunistischen Partei, der heutigen Partei der Arbeit Albaniens, hieß es: "Ein wichtiges Ziel der Partei wird nach wie vor die Industrealisierung und Elektrifizierung des Landes sein."

Die Partei betrachtete die Vollziehung der sozialistischen Industrialisierung stets als ein allgemeines Gesetz für den sozialistischen Aufbau des Landes. Die objektive Unerläßlichkeit dieses Gesetzes wurde von der Notwendigkeit der Schaffung der technisch materiellen Basis des Sozialismus, der Beseitigung der von der Vergangenheit geerbten technisch-ökonomischen Rückständigkeit, der Sicherung eines hohen Entwicklungstempos, der Verstärkung und Formung der Arbeiterklasse als bedeutendeste leitende und führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft und der Stärkung des Wirtschafts- und Verteidigungspotentials des sozialistischen Vaterlandes geboten.

Im Ergebnis der Ansteuerung des Kurses der sozialistischen Industrialisierung des Landes, wurde eine neue, vielzweigige Industrie geschaffen, dazu fähig das Produktionsvolumen der materiellen Güter zu steigern und immer besser den Bedarf der Volkswirtschaft an Industriewaren zu erfüllen.

Solche wichtigen Zweige der Industrieproduktion, wie die Kupfer- und die Eisennickelindustrie, die Chemie, die Glas- und Keramikindustrie und viele andere Branchen wurden in Albanien zum ersten Male erst unter der Volksmacht errichtet.

Die Industrie leistet heute in zirka 6 Tagen die ganze Industrieproduktion des Jahres 1938. Ende 1969 wird die Industrieproduktion, planmässig um zirka 58 Mal größer als 1938 sein.

Das rasche Entwicklungstempo der Industrieproduktion bildet eines der wesentlichen Merkmale der sozialistischen Industrialisierung des Landes.

Das hohe Entwicklungstempo der Industrieproduktion ist von der Erhöhung von einem Fünfjahrplan zum anderen der jährlichen Produktionszuwachsrate begleitet. Während in den Jahren des ersten Fünfjahrplans 1 Prozent des Zuwachses der Industrieproduktion mit 5 Millionen Lek gerechnet wird, rechnet man dafür im 2. Fünfjahrplan 13 Millionen und 800.000 Lek und im 3. Fünfjahrplan schon 30 Millionen Lek, in den ersten drei Jahren des 4. Fünfjahrplans (1966-1968) sogar 41,7 Millionen Lek.

Durch die Entwicklung der sozialistischen Industrialisierung des Landes, die Schaffung neuer Zweige der Industrieproduktion und den Zuwachs des Anteils der verarbeitenden Industrie konnte in den Jahren der Volksmacht eine Erhöhung der führenden Rolle der Industrie im System der Zweige der Volkswirtschaft erreicht werden. Dadurch ist nicht nur der Anteil der Industrieproduktion an der gesamten Sozialerzeugung des Landes gewachsen, sondern dies wirkte sich zugleich auch in der Änderung der Struktur des Imports bzw. des Exports des Landes aus. Während 1938 den Hauptanteil an den albanischen Exporten Rohstoffe tierischer und pflanzlicher Herkunft bildeten, bilden heute die Brennstoffe, Erze und Metalle sowie die in der nationalen Industrie hergestellten und verarbeiteten Nahrungsmittel und andere Industrieerzeugnisse die wichtigsten Exportgüter.

Die Werktätigen Albaniens arbeiten um das Programm der Partei mit Leben zu erfüllen. Sie sind sich der lichten und glänzenden Zukunftsaussichten, die der Volksrepublik Albanien bevorstehen, klar. Nach dem mit der Volksrepublik China 1968 abgeschlossenem Abkommen werden in den nächsten Jahren über 30 wichtige Industriewerke errichtet werden, darunter das große metallurgische Kombinat in Elbasan, mit einer verarbeitenden Kapazität von 800.000 Tonnen Eisennickelerz im Jahre, das große Wasserkraftwerk in Fierza, mit einer Kraftwerksleistung von 400.000 Kilowatt, die große Erdölraffinerie, das PVC-Werk und andere.

EINSTIGE SÜMPFE - HEUTIGE KORNKAMMERN

Die Flüsse Albaniens hatten in den Jahrhunderten mit ihrer Tätigkeit mehrere Sümpfe gebildet, wie den Sumpf bei Maliq, den Terbufisumpf, die Sümpfe bei Thumana, Durres, Hoxhara, Narta, Karavasta, Kakarriqi, den Sumpf am Ufer des Mati und den an der Buna, den Sumpf bei Vurgu und viele andere kleinere. Die volksfeindlichen Regimes hatten überhaupt nichts getan, um diese trockenzulegen und diese Gebiete zu meliorieren.

Ein guter Teil dieser Sümpfe, namentlich die Süßwassersümpfe waren ständige Krankheitsherde, besonders Malariaherde.

Mit der Errichtung der Volksmacht trafen die Partei und die Regierung sofort die nötigen Maßnahmen für die Trockenlegung der Sümpfe und die Bewässerung der Felder. Eines der ersten Meliorationswerke, das die Volksmacht in Angriff nahm, war die Trockenlegung des Maliqsumpfes. Die Arbeit dafür wurde im Jahre 1946 aufgenommen. Obwohl mit spärlichen Mitteln - im Kampf gegen die Sabotageakte der Feinde, konnte das große Heer der Freiwilligen innerhalb eines Jahres ein sehr großes Arbeitsvolumen erreichen. Durch die Meliorierung dieses Sumpfgebietes wurden über 3500 Hektar Neuland gewonnen.

Im ersten Fünfjahrplan wurde eine Reihe Vorarbeiten für die Errichtung von Bewässerungs- und Meliorationswerken geleistet. So wurden mehrere Wasserbauwerke errichtet, darunter die Bewässerungskanäle bei Qafdardha, in der Myzeqe, bei

Rushkull, die Kanäle Peqin-Kavaja, Vjose-Levan-Fier und andere. Für die Errichtung der Meliorationswerke des 1. Fünfjahrplans wurden zirka 13 Kubikmeter ausgehoben und 120.000 Kubikmeter Beton gelegt. Ende des Fünfjahrplans stieg die Mechanisierung der Erdarbeiten um über 70 Prozent.

Im 2. Fünfjahrplan wurden die Arbeiten für Meliorationen und Bewässerungsanlagen weiter ausgedehnt. In diesem Fünfjahrplan wurde die Trockenlegung des Terbufisumpfes durchgeführt, wodurch 8000 Hektar, die Ebene von Roskovetz mit 10.300 Hektar und die Heiden von Zadrima und Thumana mit 10.000 Hektar bzw. 12.000 ha Land melioriert.

Im 3. Fünfjahrplan wurden ergänzende Arbeiten an den bereits teilweise fertiggestellten Werken vorgenommen, wie in Vurgu, in Thumana, in der Myzeqe und so weiter. Außerdem wurden Arbeiten in anderen Sümpfen durchgeführt, wie dem Sumpf bei Durres, den Ebenen Mat-Lesche, Divjake-Karavasta und Hoxhara, ferner die Meliorationsarbeiten der zweiten Phase in Maliq u.a.m.

Im Ergebnis aller bis Ende 1965 durchgeführten Meliorationsarbeiten wurden zirka 30.000 Hektar Neuland gewonnen, weitere 120.000 Hektar Land wurden melioriert. Tausende wichtige kleinere Wasserbauwerke wurden dafür errichtet, wie Entwässerungsanlagen, Straßen, Pumpstationen und Elektropumpen für die Bewässerung der Felder usw.

Durch diese fast 25jährige Arbeit der albanischen Werktätigen auf den Feldern des Vaterlandes, wurden nicht nur Krankheitsherde getilgt, sondern große Flächen zu wichtigen Kornkammern, zu zu wichtigen Produktionsstätten von Industriepflanzen wie Baumwolle, Zuckerrüben, Sonnenblumen und Futterpflanzen gemacht.

Den vom 5. Kongreß der Partei der Arbeit Albaniens gestellten Aufgaben gemäß, wurden neben den großen Meliorationswerken auf unseren Feldern auch weitere wichtige Arbeiten in den Hügeln und Berggegenden unternommen. Um ein Bild der dafür geleisteten Investitionen zu geben, erwähnen wir nur, daß diese 88 Prozent aller Investitionen zusammengenommen die in den ersten 20 Jahren geleistet wurden, darstellen.

Mit den im laufenden Fünfjahrplan errichteten Werken wird die Bewässerungskapazität des Landes 280.000 Hektar Land umfassen, wovon 110.000 Hektar im Hügel- und Bergland.

Mit den in diesem Planjahrfünft durchgeführten Arbeiten und denen, die bisher geleistet wurden, wird die Melioration aller Sumpfgegenden des Küstenlandes abgeschlossen werden. Die Größe der Arbeit, die das albanische Volk und die Partei der Arbeit Albaniens in diesen 25 Jahren nach der Befreiung durchgeführt haben, kann nicht so einfach geschildert werden, weil für die Trockenlegung und die Melioration dieser Sumpfgebiete eine beispiellose heroische Arbeit geleistet wurde, die nur ein Volk leisten kann, das, wie das albanische, von einer marxistisch-leninistischen Partei geleitet wird und eine erfahrene Führung hat.

WO WAR ALBANIEN - WO IST ES HEUTE?

Die Tätigkeit für die Elektrifizierung des Landes ist ein fester Bestandteil des großen Programms der Partei der Arbeit Albaniens für den Aufbau des Sozialismus. Auch auf diesem Gebiete erbte Albanien größte Rückständigkeit von der Vergangenheit. Im Jahre 1938 erzeugte das Land insgesamt nur einige Millionen Kilowattstunden. Im ganzen Lande gab es damals nur 12 Elektrizitätswerke und Elektrogeneratoren mit einer Kraftwerksleistung von zirka 4600 HP; davon war der Großteil Besitz fremder Gesellschaften.

Als das Land befreit wurde, waren die Elektrizitätswerke zerstört und die Produktion von elektrischer Energie war im Jahre 1945 um 53 Prozent geringer als im Jahre 1938.

Unter diesen Umständen erteilte die Partei der Arbeit die richtige Orientierung zur Entwicklung des Sektors der Energieerzeugung, als einen Vorhutssektor der sozialistischen Industriealisierung des Landes. In den Jahren des Zweijahrplanes und später in den Jahren des ersten, des zweiten und des dritten Fünfjahrplans wurden neue Werke für die Energieerzeugung in Betrieb genommen, wie mehrere Wärmekraftwerke, die Wasserkraftwerke "Lenin", "Stalin", "Karl Marx", "Friedrich Engels" und das große Wärmekraftwerk in Fieri u.a.m.

Die Erzeugung von Elektroenergie stieg von Jahr zu Jahr. Approximativ wurde ausgerechnet, daß die in Albanien im Jahre 1938 insgesamt erzeugte Elektro-

energie, im Jahre 1968 in zirka 4 Tagen erzeugt wurde.

Großes Augenmerk wurde der Nutzung von hydroenergetischen Quellen gewidmet, die besonders für die Bedingungen unseres Landes von kolossaler Bedeutung sind. Bis 1966 war der Anteil der hydroenergetischen Quellen an der Gesamtproduktion von Elektroenergie im Lande ca. 73 Prozent.

Die Entwicklung der Energieproduktion in Albanien hängt mit der Schaffung des einheitlichen energetischen Systems zusammen. Das Bestehen eines solchen Systems schafft die Möglichkeit einer immer besseren Nutzung der potentiellen Energiereserven des Landes und zugleich konkrete Bedingungen für die Elektrifizierung des gesamten Landes. Die besonderen Maßnahmen und Beschlüsse der Partei und der Regierung zur Entwicklung der Elektrifizierung des Landes ermöglichten das Einschlagen eines raschen Tempos für die Elektrifizierung aller Dörfer Albaniens. Im Dezember des Jahres 1967 wurde auf besonderem Beschluß des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens bestimmt, daß die vollständige Elektrifizierung aller Dörfer des Landes im Jahre 1971 abgeschlossen werden soll, zu Ehren des 30. Geburtstages der Partei der Arbeit. Das ist ein kühnes, revolutionäres Unternehmen, das mit vollem Erfolg verwirklicht wird, wie mit Erfolg auch alle anderen Beschlüsse der Partei und Regierung auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Politik und der gesellschaftlichen Tätigkeit verwirklicht worden sind. Die Zahl der bis 1969 elektrifizierten Dörfer erreichte 1127 und das sind etwa 45 Prozent sämtlicher Dörfer Albaniens. Erwähnungswert ist hierbei, daß die im Jahre 1938 in ganz Albanien erzeugte elektrische Energie heute von nur zwei Wasserkraftwerken, in zwei Bergdörfern produziert wird.

Die vollständige Elektrifizierung des Landes und der Anschluß auch der entlegendsten Dörfer an das allgemeine einheitliche nationale energetische System, sowie die Erhöhung der Produktion von Elektroenergie durch die neuen Energie erzeugenden Kapazitäten - all das bildet eine solide Grundlage für die allseitige Entwicklung der Volksrepublik Albanien.

ZUM VERGLEICH EIN NACHBARLAND

"Was unser sozialistisches Regime in einer so kurzen Zeit leistete, dazu würde ein kapitalistisches Land hunderte Jahre brauchen. Zum Vergleich diene ein Nachbarland, das kapitalistische Griechenland. Von jedem Standpunkt aus kann kein Vergleich gemacht werden zwischen den großartigen Umgestaltungen, die in unserem Lande in den 25 Jahren der Befreiung unter der Volksmacht, unter der Führung unserer ruhmreichen Partei der Arbeit stattgefunden haben. Um sich ein klares Bild über Griechenland zu machen, darf die Entwicklung dieses Landes nicht an der Neonbeleuchtung Athens gemessen werden, sondern man muß diese an der elenden Lage des Proletariats und der griechischen Landbevölkerung messen, wovon ein großer Teil jedes Jahr auswandert, um sein Brot im Ausland zu verdienen, wobei auch der wie gestern so auch weiterhin heute, unter dem Regime der Militärjunta, verzweifelte geistige und seelische Zustand des griechischen Volkes nicht vergessen werden darf."

ENVER HOXHA

Die von der Volksrepublik Albanien in diesen 25 Jahren erzielten Erfolge erscheinen noch glänzender auch bei einem beschränkten Vergleich mit anderen Ländern, besonders mit den Nachbarländern.

In der Vergangenheit konnte Albanien mit einem Land wie Griechenland nicht verglichen werden, das den Weg der kapitalistischen Entwicklung viel früher als Albanien eingeschlagen hatte und das schon vor dem Kriege eine im gewissen Grad ziemlich entwickelte Leicht- und Nahrungsmittelindustrie hatte. Auch in anderen Lebensbereichen war Griechenland vor dem 2. Weltkrieg Albanien voran.

Aber seit damals hat sich viel geändert. Großartig sind die Erfolge auf allen Gebieten im Vergleich zum kapitalistischen Griechenland. Auch die Konservativsten müssen bei einem solchen Vergleich die Überlegenheit Albaniens, die Lebenskraft seines sozialistischen Systems, den richtigen Weg, den die PAA verfolgt, zugeben.

7,5 Mal zu 3 Mal

Einer der besten Anzeiger, der die Entwicklung eines Landes veranschaulicht, ist die Erhöhung des Nationaleinkommens. Bei uns ist das physische Volumen des Nationaleinkommens 1968 im Vergleich zur Vorkriegszeit um 7,5 Mal gewachsen, während dieses in Griechenland für die

gleiche Zeitspanne nur auf das Dreifache stieg. Und dies ist nicht nur die Folge davon, daß Albanien vor dem Kriege auf einem sehr niedrigen Entwicklungsniveau stand, da ja dieses Verhältnis auch heute weiter besteht wo die Basis nunmehr entwickelt ist. Das Anwachsen des Nationaleinkommens in Griechenland und in Albanien steht für die letzten 2 Jahre wie folgt (in%):

	1967	1968
Albanien	11 %	11 %
Griechenland	4,2 %	4,3 %

Also auch heute, wo Albanien eine entwickelte Grundlage hat, ist die Zuwachsrate des Nationaleinkommens dort um fast 2,5 Mal höher als in Griechenland.

52,2 Mal zu 4,6 Mal

Die Entwicklung der Industrie ist ebenfalls ein wichtiger Anzeiger, woran man den Fortschritt einer Nation messen kann. Und auf diesem Gebiet hat Albanien wirklich jedem Vergleich spottende Fortschritte erzielt. Im Vergleich zur Vorkriegszeit wuchs die Industrieproduktion in Albanien um 52,2 Mal und in Griechenland um nur 4,6 Mal.

Und konkret betragen die jährlichen Zuwachsraten für die Industrieproduktion in Albanien bzw. in Griechenland in den letzten 2 Jahren folgende Größen (in %):

	1967	1968
Albanien	12,8 %	19 %
Griechenland	3,3 %	6,3 %

Man kann also sehen, daß das albanische Entwicklungstempo auch heute, wo man von einer hohen Industrieproduktion sprechen kann, um dreimal höher als dasselbe in Griechenland ist.

Auch der geringe Zuwachs der Industrieproduktion ,der in Griechenland verzeichnet werden konnte, wurde nur dank einer wuchernden Einfuhr ausländischen Kapitals erreicht. Die verschiedenen volksfeindlichen Regierungen Griechenlands und besonders die gegenwärtige Athener Militärjunta, haben für die ausländischen Monopole und deren Kapitalien Tür und Tor geöffnet.

Kennzeichnend ist, daß das Produktionsvolumen der Maschinenbauindustrie in Griechenland 1968 geringer als 1938 war.

Betonte Unterschiede bestehen auch im Zuwachstempo der Agrarproduktion. Allein 1968 betrugen die Globaleinnahmen aus der Landwirtschaft um 6 % weniger als im Jahre 1967. Die Weizenproduktion sank in Griechenland 1968 um 600.000 Tonnen und Griechenland mußte Weizen einführen; die Tabakproduktion war um 22.340 Tonnen geringer und von Baumwolle um 44.000 Tonnen.

Arbeitslosigkeit, Auswanderung, Elend

Im Ergebnis der großen ökonomisch-gesellschaftlichen Umgestaltungen, die in Albanien stattgefunden haben, wurden die Arbeitslosigkeit, Auswanderung und Armut ein für allemal liquidiert. Auch in den Jahren des 3. Fünfjahrplans (1961-1965) wurden trotz der großen Schwierigkeiten, die durch die kapitalistische und revisionistische Einkreisung entstanden, gute Erfolge auch bei der weiteren Hebung des Wohlstandes der werktätigen Massen erzielt. In diesen Jahren stieg das Realeinkom-

Daten der natürlichen Bevölkerungsbewegung in Albanien

(auf 1000 Einwohner)

Jahr	Geburten-koeffizient	Sterbefälle	jährlicher Zuwachs
1938	34,7	17,8	16,9
1942	32,9	14,3	18,6
1946	27,1	15,3	11,8
1950	38,5	14,0	24,5
1954	40,2	12,9	27,3
1958	41,0	9,1	31,9
1962	39,3	10,2	28,6
1967	35,3	8,4	26,9

Quelle: Vietari statistikor i RPSh 1967/68, S. 33.

men der Arbeiter und Angestellten um 2 % und der Bauern um 10 %. Im laufenden Fünfjahrplan (1966-1970) wird das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung in den Städten um 9-11 Prozent zunehmen und in den Dörfern um 20-25 Prozent.

Ganz anders steht es im kapitalistischen Griechenland. Dauernde Armut und Arbeitslosigkeit sind gang und gäbe. Der Lebensstandard der Bevölkerung sinkt ununterbrochen, weil Preis und Steuer ste.. erhöht werden.

Und hier ein Vergleich, was die Preissenkungen für die Waren im Einzelhandel in Albanien bzw. die Preissteigerungen in Griechenland für die Zeit 1958-1967 betrifft:

	Preissenkungen in Albanien	Preiserhöhungen in Griechenland
Brot	- 18,7 %	+ 48 %
Fleisch	- 8,1 %	+ 37 %
Reis	- 13,4 %	+ 15 %
Öl	- 24,5 %	+ 39 %
Käse	- 16,3 %	+ 60 %
Zucker	- 13,7 %	+ 36 %

Daraus geht hervor, daß das Leben des griechischen Volkes, sein Lebensstandard nichts gemein hat mit der Neonbeleuchtung Athens und schon gar nicht verglichen werden kann mit dem Leben des albanischen Volkes, des Volkes des neuen sozialistischen Albaniens.

Halbjahresbericht:

Albanien im sozialistischen Aufbau

Das der albanischen staatlichen Planungskommission unterstehende Statistische Amt veröffentlichte am 26. Juli ein Kommuniqué über die Erfüllung des Staatsplanes in der ersten Hälfte dieses Jahres. **Das Kommuniqué weist nach, daß das albanische Volk unter der korrekten Führung der Partei der Arbeit und des Genossen Enver Hoxha in den ersten sechs Monaten dieses Jahres außerordentliche Erfolge im sozialistischen Aufbau erzielte.**

In dem Kommuniqué heißt es: Von den Lehren der Partei geleitet, haben sich die albanische Arbeiterklasse, die genossenschaftlich organisierte Bauernschaft, alle anderen werktätigen Menschen und der übrige Teil der albanischen Bevölkerung in diesem Jahr voller Begeisterung in die Hochflut der sozialistischen Wetteifer-Kampagne gestürzt. Sie sind entschlossen, den 25. Jahrestag der Befreiung des Vaterlandes und des Sieges der Volksrevolution mit überaus glänzenden Erfolgen in einer allseitigen Entwicklung der Volkswirtschaft und Kultur zu begrüßen.

Das Kommuniqué führt aus, daß der gesamte industrielle Produktionsplan für die erste Hälfte dieses Jahres zu 103,5 Prozent erfüllt wurde. Verglichen mit den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres nahm die gesamte industrielle Produktion um 10 Prozent zu. Die Produktion von Öl erhöhte sich um 36 Prozent, die von Kohle um 18 Prozent, von Chrom um 14 Prozent, von Kupfer um 10 Prozent, von Eisen um 57 Prozent, von Elektroenergie um 18 Prozent, von Maschinen um 26 Prozent, von Baumaterialien um 17 Prozent, von Nutzholz und Papier um 13 Prozent.

Das Kommuniqué fügt hinzu, daß in den ersten sechs Monaten dieses Jahres in der geologischen Untersuchung gute Resultate erzielt wurden.

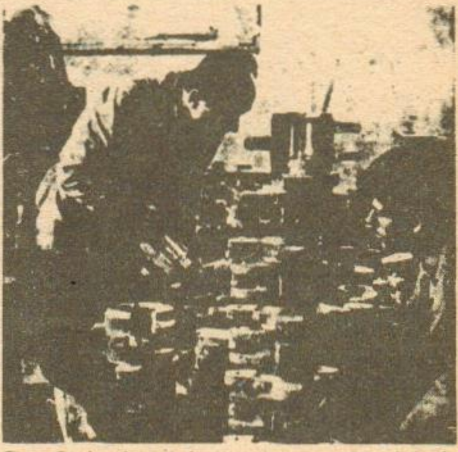
Es wird bemerkt, daß Albaniens Industriearbeiter dadurch, daß sie die revolutionäre Richtlinie der Partei über das Selbstvertrauen befolgen, die wissenschaftliche und technische Revolution auf bessere Weise durchführen und viele neue Maschinen und Produkte herstellen.

Das Kommuniqué fährt fort, daß sich Albaniens landwirtschaftliche Arbeiter wie nie zuvor einsetzen und daß sie entschlossen sind, alle Schwierigkeiten zu überwinden. Sie sind so bestrebt, die staatlichen Planziele auf bessere Weise zu erreichen.

In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden über 11 000 Hektar Ödland kultiviert. Im Landwirtschaftsjahr von Herbst 1968 bis Frühling 1969 nahm die Anbaufläche für Getreide, verglichen mit der gleichen Periode im vorausgegangenen Landwirtschaftsjahr, um 20 000 Hektar zu.

Vermöge ihrer großen Bemühungen, so bemerkt das Kommuniqué, überwanden Arbeiter und Beschäftigte in Maschinen- und Traktorstationen mancherlei wetterbedingte Schwierigkeiten und tätigten ein größeres Arbeitsvolumen als im vergangenen Jahr. In den ersten sechs


Arbeiter, Techniker und Ingenieure in der Maschinenfabrik der Ölstadt Stalin stecken die Köpfe über einen neuen Plan zusammen, der die Arbeit der Gießerei verbessern soll.


Der Stab der Arbeiter in der Glasfabrik von Tirana versucht mit allen Mitteln ausrangierte Maschinenteile zu erneuern, um dem Staat auf diese Weise hohe Ausgaber zu ersparen.

Monaten dieses Jahres wurde die Landwirtschaft von der Industrie mit vielen Maschinen und landwirtschaftlichen Geräten sowie mit einer großen Menge Kunstdünger beliefert.

Das Kommuniqué fügt hinzu, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter wissenschaftliche Massenexperimente durchführten. Der Flächeninhalt der Versuchsfelder für Hocherträge bei Weizen, Mais, Baumwolle, Kartoffeln, Tabak, Sonnenblumen, Gemüse und Obst erweiterte sich stark.

Unter Hinweis auf die Bau- und Montageerfolge legt das Kommuniqué dar, daß die Arbeiter in Bauabteilungen in der ersten Hälfte dieses Jahres die letzte Baustufe des Mao Tsetung-Kombinats in Berat, die Montage der fünften Turbine im thermoelektrischen Kraftwerk Fieri sowie den Bau des Lunik-Funare-Kanals in der Region Libreazhd vollendeten. Die für die erste Hälfte dieses Jahres festgelegten Baupläne für das Mao Tsetung-Wasserkraftwerk, das Projekt zur Trockenlegung des Hoxhare-Sumpfes sowie für die Werkzeugmaschinenfabrik Korca wurden erfüllt oder übererfüllt.

Das Kommuniqué sagt, daß der Plan für Warentransporte mit Automobilen für die ersten sechs Monate dieses Jahres, nach Tonnen-Kilometer berechnet, zu 105 Prozent erfüllt wurde. Das waren 11 Prozent mehr als in der gleichen Periode des vergangenen Jahres. Eisenbahntransporte nach Tonnen-Kilometer berechnet, erhöhten sich um 14 Prozent, verglichen mit der gleichen Periode des letzten Jahres.

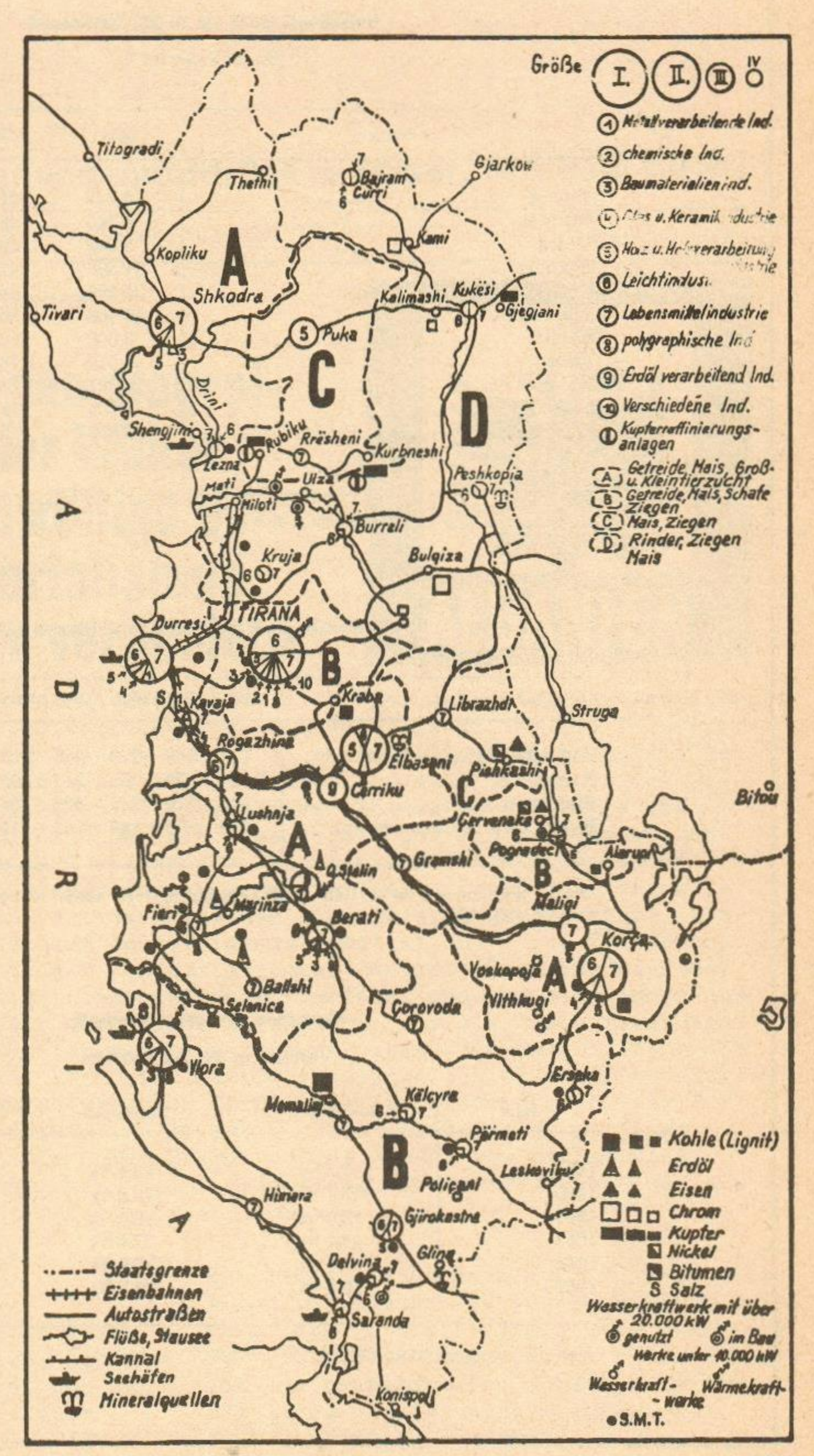
Wie das Kommuniqué darlegt, wurde der Plan für den Umsatz von Einzelhandelswaren in den ersten sechs Monaten dieses Jahres erfüllt. Der Verkauf von Speiseöl, Fleisch, Milch, Zucker und Baumwollfabrikaten nahm, verglichen mit der gleichen Periode des letzten Jahres um verschiedene Spannen zu.

Dem Kommuniqué zufolge wurde viel Arbeit geleistet, um die Erschließungen durchzuführen, welche die Partei und die Regierung über die Elektrifizierung aller Dörfer im Land bis zum Jahre 1971 angenommen haben. **In den letzten sechs Monaten wurden weitere 190 Dörfer mit Elektrizität versorgt.**

In dem Kommuniqué heißt es: Nachdem auf der 8. Plenartagung des V. Zentral-Komitees der Albanischen Partei der Arbeit die bedeutende Entschließung über die weitere Revolutionierung der Schulen angenommen wurde, werden unter der Führung der Parteiorganisationen aller Ebenen im ganzen Land umfassende Vorbereitungen getroffen, um die Aufgabe durchzuführen, welche die Plenartagung bezüglich des neuen Schuljahres festsetzte.

Das Kommuniqué stellt abschließend fest: Die gesamte Nation unternimmt außerordentliche, umfassende Anstrengungen, um die Lehren der Partei und des Genossen Enver Hoxha über die tiefgehende Entfaltung der sozialistischen Wetteifer-Kampagne durchzuführen.

Diese Bemühungen sowie die helle Begeisterung, mit der alle albanischen Menschen den Jubel erweckenden 25. Jahrestag der Befreiung des Vaterlandes begrüßten, geben eine kraftvolle Stütze und einen starken Antrieb dafür ab, daß der Plan für das Jahr 1969, das vierte Jahr des vierten Fünf-Jahr-Planes, erfüllt und übererfüllt wird.



Statistische Daten

Städte mit mehr als 10 000 Einwohner

(Stand Ende 1967)

Stadt	1923	1965	1967
Tirana	10 845	161 330	169 300
Durrësi	4 785	49 770	53 160
Vlora	5 942	48 360	50 351
Shkodra	21 580	48 140	49 830
Korça	25 598	44 605	45 858
Elbasani	10 408	36 635	38 885
Berati	8 000	22 810	23 895
Fieri	1 510	18 500	19 681
Kavaja	6 307	18 115	18 800
Lushnja	1 900	16 555	17 545
Gjirokastra	8 906	15 340	15 590
Q. Stalin	—	12 775	13 490

Vjetari statistikor i RPSh 1967/68 S. 28 f.

Der Außenhandel Albaniens in Millionen Lek

	1938	1950	1955	1960	1965	1968	1970 (Soll)
Außenhandel insgesamt	134	143	279	648	732	812	959
Ausfuhren	34	32	65	243	305	360	415
Einfuhren	100	110	214	405	426	452	545
Bilanz des Warenverkehrs	−76	−78	−149	−162	−119	−92	−130

Vjetari statistikor i RPSh 1965, S. 313, Plandirektiven 1966—70 Zeri i Popullit Nr. 169 vom 17. Juli 1969

Angaben zur Landwirtschaft

Verteilung der Ackerfläche

Jahr	Sowchosen	Kolchosen	Privatbauern
1955	7,3 %	13,4 %	79,3 %
1960	13,1 %	73,8 %	13,1 %
1961	13,5 %	72,2 %	12,3 %
1962	14,1 %	74,0 %	11,9 %
1965	17,5 %	72,9 %	9,6 %
1967	19,3 %	79,7 %	1,0 %

Vjetari statistikor i RPSh 1963, S. 150 und 1966/67 S. 76

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

3. Jahrgang 2. Dezember-Ausgabe 1969 Preis 30 Pfg.

Eine bedeutsame Rede Enver Hoxhas

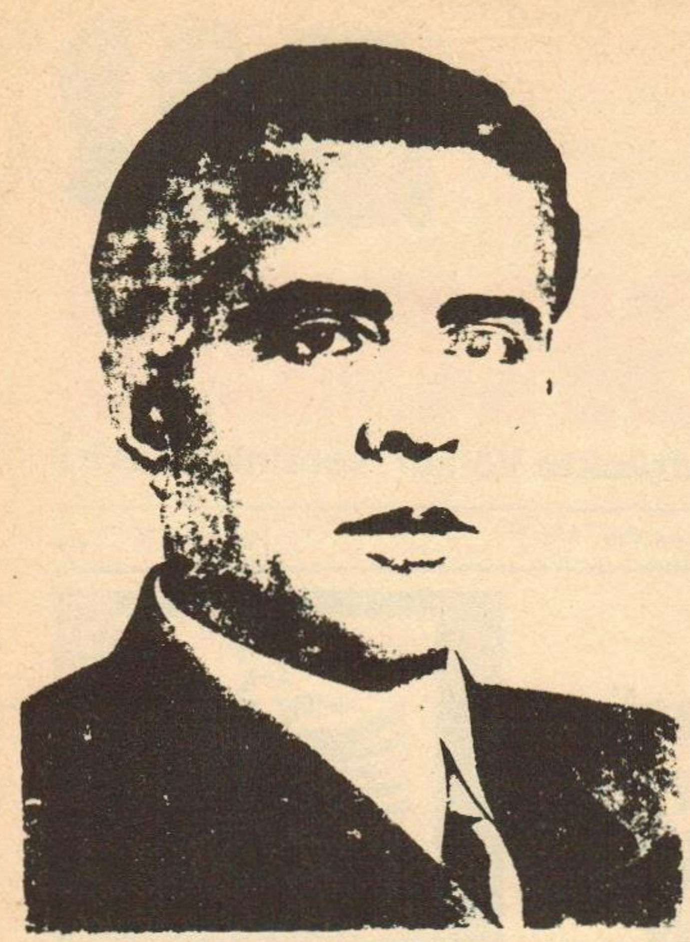
Keine Kraft kann den siegreichen Vormarsch der Völker aufhalten und die völlige Vernichtung des Imperialismus und Revisionismus verhindern.



Am 29. November 1969 feierte das albanische Volk den 25. Jahrestag der Befreiung Albaniens und des Sieges der Volksrevolution. Die Feierlichkeiten mit Massenversammlungen, Militärparaden und Massenaufmärschen zeigten die enge unlösbare Verbundenheit des albanischen Volkes mit seiner Partei der Arbeit, der Regierung und dem großen Marxisten-Leninisten, Genossen Enver Hoxha. Die 25 Jahre des freien sozialistischen Albaniens haben die Lebenskraft der von der Partei und Genossen Enver Hoxha schöpferisch angewandten marxistisch-leninistischen Ideologie überzeugend bewiesen. In dieser kurzen geschichtlichen Periode verwandelte sich Albanien in ein Land mit fortgeschrittener Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Technik, machtvollem Verteidigungspotential und wurde für Europa und darüber hinaus zum Leuchtfeuer des Sozialismus. Beeindruckend für die zahlreichen Delegationen marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen aus allen Teilen der Welt, darunter auch einer der KPD/ML, war die tiefe revolutionäre Änderung im geistigen Bereich des albanischen Volkes, die Heranbildung des neuen Menschen der sozialistischen Gesellschaft in der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus und in der kommunistischen Moral, die den glänzendsten Sieg der Partei der Arbeit Albaniens darstellt. Am 28. November hielt im Sportpalast "Partisan" in Tirana der Genosse Enver Hoxha - immer wieder vom stürmischen Beifall der Anwesenden unterbrochen - eine bedeutsame, grundsätzliche Rede, aus der wir nachstehend einige Auszüge veröffentlichen:

Genossen,

während der 25 Jahre der unabhängigen Existenz des albanischen Volkes haben Partei und Regierung, geleitet von den unsterblichen Lehren des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, eine prinzipientreue und beständige Außenpolitik geführt. Auf jeder Stufe der Entwicklung der internationalen Beziehungen hat diese Politik der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit des Heimatlandes, seiner Souveränität und territorialen Integrität, der Erhaltung der Errungenschaften der Volksrevolution entsprochen. Unsere Aussenpolitik hat immer im Dienst des grossen Zieles der Völker gestanden, die für



DER GROSSE MARXIST-LENINIST ENVER HODSCHA

den Sozialismus kämpfen, für ihre Freiheit und nationale Unabhängigkeit, für die Selbstbestimmung und für die Sicherung einer wirklichen gleichen internationalen Zusammenarbeit.

Das neue Volksalbanien hat seit seiner Gründung einen harten Kampf gegen die Imperialisten und ihre Lakaien geführt, die versuchten, es zu zerstückeln und zu versklaven. Aber unsere Partei und unser Volk zerschlugen in einer revolutionären stählernen Gemeinschaft die Wogen der rasenden Angriffe und kriminellen Komplotte - eine nach der anderen, die die US- und britischen Imperialisten und ihre Lakaien immer wieder gegen unser Land warfen.

Sie haben selbstlos und mutig die Freiheit und Unabhängigkeit verteidigt, die von der Volksmacht und durch konstruktive Arbeit gewonnen worden war. Sie kämpften mutig gegen den Versuch des Imperialismus und der internationalen Reaktion, sich in unsere eigenen Angelegenheiten einzumischen, uns ihr Diktat aufzuzwingen und uns zu unterjochen. Albanien, das sich zur Volksrevolution erhoben hatte, fürchtete keine Intrigen und wich nicht vor ihnen zurück, nicht vor Erpressungen und nicht vor den Kampagnen der Verleumdung, die ständig von den Imperialisten und ihren Werkzeugen geführt wurden. Mit eiserner Faust zerschmetterte es die bewaffneten Grenzprovokationen und den Versuch, im Lande eine Reaktion gegen das Regime des Volkes zu organisieren und anzustacheln. Mit Umsicht und Mut hat unser Land alle Versuche, die von den Imperialisten und der internationalen Reaktion unternommen wurden, nämlich uns von der übrigen Welt zu isolieren und einzukreisen mit dem Ziel, uns möglichst schnell zu erwürgen und später zu zerstören, zerschlagen. Die Volksrepublik Albanien war in der Lage, all diesen Schwierigkeiten zu widerstehen und es marschierte siegreich vorwärts, frei und unabhängig, auf dem Weg des Sozialismus, es verfolgte eine prinzipientreue Innen- und Außenpolitik und verteidigte die gerechte Sache auf korrektem Kurs.

Unser Standpunkt, unser prinzipieller Kampf gegen die Imperialisten und die Weltreaktion, bedeuten eine wertvolle Erfahrung, die zeigt, daß die Freiheit und Unabhängigkeit, die von einem Volk erkämpft wurde, sei es auch nur ein kleines Volk, verteidigt werden kann durch einen beständigen Kampf und ohne Kompromisse in irgendeiner Situation oder Lage. Sie zeigt auch, daß nur durch den Kampf gegen den Imperialismus und die anderen Reaktionäre die unabhängige Existenz des sozialistischen Staates und die Schaffung eines neuen Lebens garantiert sind.

Unser Kampf gegen den Imperialismus war ein aktiver Kampf und Teil des gesamten anti-imperialistischen Kampfes der Völker. Die Partei und die Regierung haben zu jeder Zeit und bei jedem Schritt die aggressive, kriegslüsterne Politik und Aktivität des USgeführten Imperialismus, seine unterdrückende und versklavende Absicht sowie seine dabei gegebenen Versicherungen zur Verteidigung des Friedens und der internationalen Sicherheit enthüllt und verurteilt.

Neben dem Kampf gegen den Imperialismus und die Reaktion haben unsere Partei und unser Volk einen entschiedenen prinzipiellen Kampf gegen den titoistischen Revisionismus geführt - dieser tollen antimarxistischen Richtung wie auch gegen den chruschtschowschen Revisionismus, den größten Feind des Weltkommunismus. Dieser Kampf kennzeichnet einen

glorreichen Abschnitt in der Geschichte der albanischen Partei und des Volkes. Obgleich schwach und allein am Anfang, fürchteten wir uns nicht, einen ungleichen Kampf gegen die wilden und mächtigen Feinde zu führen, wenn es um die Verteidigung des Marxismus-Leninismus und Kommunismus ging, und wir haben uns siegreich über sie erhoben.

Unsere Entschiedenheit und unser Mut in diesem wichtigen Widerstreit in der Geschichte der Welt sind nicht das Ergebnis von Heißblütigkeit oder Abenteurertum oder ein Ausdruck des speziell eigenen Charakters der Albaner, wie es die Revisionisten verleumderisch behaupten. Sie sind das Ergebnis der hohen revolutionären Tüchtigkeit unserer Partei, ihrer unendlichen Treue gegenüber dem Volk und dem Weltproletariat und ihrer marxistisch-leninistischen Reife. Unsere Partei und unser Volk enthüllten tapfer die revisionistische konterrevolutionäre Linie und legten dar, daß wir in diesem Kampf nicht nur unsere nationalen Interessen, den Sozialismus in Albanien, die ernsthaft gefährdet waren, verteidigten, sondern auch die Interessen des Proletariats und der Weltrevolution. Die Schwierigkeiten und Entbehrungen, die wir während dieser 25 Jahre in dem ununterbrochenen Kampf gegen den Revisionismus hatten, waren nicht klein. Aber wir führten den Kampf für die Sache unserer sozialistischen Gegenwart und Zukunft für die Sache der Zukunft der Revolution und des Kommunismus in der ganzen Welt.

Das Leben, die Siege, die im Kampf gegen die modernen Revisionisten errungen wurden, haben den entschlossenen und prinzipientreuen Standpunkt unserer Partei gegenüber dem gefährlichsten opportunistischen und verräterischen Kurs, den der Weltkommunismus jemals gekannt hat, völlig gefestigt. Ohne den Kampf gegen den Revisionismus wäre es uns niemals möglich gewesen, einen erfolgreichen Kampf gegen den Imperialismus zu führen oder die Freiheit und nationale Unabhängigkeit zu verteidigen und den Sieg in der Volksrevolution zu erringen.

Die weltweiten Erfahrungen haben nun sehr klar bewiesen, daß, wo immer eine opportunistische Linie verfolgt wird, eine Linie der Konzessionen und der Kapitulation in entscheidenden Fragen der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen - ebenso wie in der Stellung gegenüber dem Revisionismus, es unmöglich ist, nicht in opportunistische und revisionistische Standpunkte zu verfallen und es unmöglich ist, nicht früher oder später durch regressive und konterrevolutionäre Kräfte unterdrückt zu werden.

Die lange Geschichte unseres Widerstreits mit den Revisionisten hat - wie viele andere wertvolle Lehren - in einer klaren und verständlichen Weise die bekannte leninistische Wahrheit bestätigt, daß im Kampf gegen den Opportunismus, gegen den hiesigen oder fremden, der einzige richtige Standpunkt der prinzipienfeste Standpunkt ist, der einzige korrekte Kurs, um einen Sieg zu erringen, der beständige Kampf, ohne Kompromiß und ohne jedes Zugeständnis.

Die Partei der Arbeit Albaniens, das albanische Volk, werden nie auf halbem Weg den Kampf gegen den modernen Revisionismus aufgeben. Im Bewußtsein ihrer großen nationalen und internationalen Pflicht werden sie, wie sie es immer getan haben, gerade bis zum Ende gegen den revisionistischen Verrat, bis zum vollständigen Sieg des Marxismus-Leninismus und der Weltrevolution kämpfen. Durch ihren heroischen und prinzipientreuen Kampf gegen den Imperialismus und den modernen Revisionismus, durch ihre korrekte Politik und Haltung auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen hat die Volksrepublik Albanien mächtige und angesehene Freunde auf der ganzen Welt gewonnen. Sie besitzt heute die Sympathie, den Respekt und die Unterstützung der echten Kommunisten und Revolutionäre, aller fortschrittlichen Völker und friedliebenden Länder.

Eine brüderliche, ewig dauernde und unzerbrechliche Freundschaft verbindet das albanische mit dem chinesischen Volk, die Partei der Arbeit Albaniens mit der großen Kommunistischen Partei Chinas. Sie ist begründet auf den stählernen Grundlagen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, und so kann kein Sturm und kein Unwetter sie erschüttern und zerstören. Wir sind stolz, einen so mächtigen, einen so treuen Freund und Verbündeten wie das chinesische Volk und seine glorreiche Kommunistische Partei zu haben.

Unser Volk freut sich und begrüßt herzlich die hervorragenden Siege, die das chinesische Volk unter der Führung sei-

ner Kommunistischen Partei und dem Genossen Mao Tsetung, in der Großen Proletarischen Kulturrevolution und auf anderen Gebieten errungen hat. Die chinesische Große Proletarische Kulturrevolution, die von dem großen Marxisten-Leninisten, Gen. Mao Tsetung, begonnen und persönlich geleitet wurde, war ein großer revolutionärer Sturm, der die Millionenmassen der Arbeiterklasse, der arbeitenden Bauernschaft, die revolutionäre Intelligenz in Bewegung setzte und China von dem kapitalistischen und revisionistischen Abschaum gereinigt hat, von alten reaktionären Elementen, die dem Klassenfeind dienten, die die Revolution zurückwerfen und das Land den US-Imperialisten und den Sowjetrevisionisten übergeben wollten. China ging aus der Großen Proletarischen Kulturrevolution hundertmal stärker hervor, die Positionen des Sozialismus wurden tiefer in den chinesischen Boden verankert, die Volksrepublik China wurde unbesiegbar und zum Schrecken ihrer Feinde.

Der IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, der den entschiedenen Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution, den Sieg der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao über die bourgeoise reaktionäre Linie des Renegaten Liu Schao-Tschi besiegelte, stärkte die große und glorreiche Kommunistische Partei Chinas, ihre revolutionäre Einheit und öffnete einen hellen Ausblick in die sozialistische Zukunft des chinesischen Volkes.

Die theoretischen Prinzipien, die vom Vorsitzenden Mao Tsetung ausgearbeitet wurden und seine Ideen, von denen die chinesische Große Proletarische Kulturrevolution geleitet wurde, sind ein ausserordentlicher schöpferischer Beitrag zu der Entwicklung des Marxismus-Leninismus. Sie erleuchteten die Probleme der Entwicklung der sozialistischen Revolution unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats, sie sind eine mächtige Waffe in den Händen der Kommunisten und Revolutionäre in der ganzen Welt, um die große Sache der Revolution und des Kommunismus zu verbreiten.

Unsere Partei hat darauf hingewiesen, und wird es auch weiterhin tun, daß die Unterstützung und der Schutz für die Kommunistische Partei und die Volksrepublik China eine wichtige internationalistische Pflicht der Revolutionäre der ganzen Welt ist, daß die stählerne marxistisch-leninistische Solidarität mit China entscheidend für die Sache der Revolution und für die Befreiung der Völker ist.

Das neue sozialistische Albanien beginnt nun das zweite Viertel des Jahrhunderts seines freien und unabhängigen Bestehens mit großem internationalen Ansehen und Autorität. Es wirkt mit all seinen Kräften an der Entwicklung der Weltrevolution mit, in der es eine wichtige Rolle spielt. Wir betrachten die Entwicklung der internationalen Lage mit Optimismus, wir glauben fest an den schließlichen Sieg der Weltrevolution, wir haben großes Vertrauen in die Zukunft der Menschheit.

Die Analyse der Ereignisse in der heutigen Welt beweist sehr eindeutig, daß die Revolution sich überall entwickelt, daß sich die internationale Lage sehr zum Vorteil für die Revolution und zum Nachteil für den Imperialismus und Revisionismus verändert.

Die mächtigen Wogen der revolutionären Weltbewegung haben sich auf allen Kontinenten erhoben und rütteln an den Grundfesten des verrotteten Systems der kapitalistischen Ausbeutung, der nationalen Unterdrückung und dem kolonialen Joch. Der antiimperialistische Befreiungskampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hat immer breiteren Umfang angenommen. Ein ausgezeichnetes Beispiel ist der vietnamesische Volkskrieg, der dem US-Imperialismus viele gründliche Niederlagen beigebracht und den Mythos der Unbesiegbarkeit einer großen Macht mit modernster Bewaffnung widerlegt ha
Die Flammen des revolutionären Befreiungskampfes haben sich mächtig nach Laos und Thailand, nach Burmaund Indien, nach Angola und Mozambique, nach Columbien und Venezuela usw. ausgebreitet. Das arabische Volk erhebt sich zum mächtigen Widerstand gegen die israelische imperialistische Aggression und die palästinensischen Partisanen kämpfen heroisch für die Befreiung ihrer Heimat.

In Europa, in Nordamerika und in den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern konnte in der letzten Zeit ein Aufschwung der revolutionären Kräfte verzeichnet werden, der auf größere Klassenkämpfe in der Zukunft hoffen läßt.

Die großen Streiks der Arbeiter und Studenten in allen kapitalistischen Ländern Europas, ihr Klassenkampf, hat das



Albaniens nationale Verteidigung wurde durch die Bewegung der Revolutionierung wesentlich gestärkt. Mit der Hacke in der einen und dem Gewehr in der anderen Hand — die Mitglieder der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft unterziehen sich militärischem Training, um zusammen mit der Grenzwehr eine eiserne Verteidigungsbastion aus Einheit von Armee und Volk zu bilden.

alte bourgeoise System erschüttert und das revolutionäre Bewußtsein der arbeitenden Massen gestärkt. Die Vereinigten Staaten von Amerika - das Bollwerk des Imperialismus sind zu Tode erschrocken, durch den weitverbreiteten Aufstand des schwarzen Volkes.

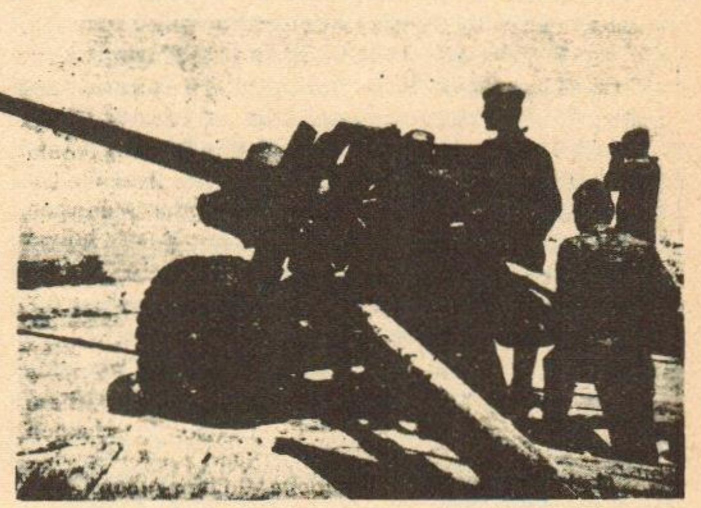
Viele marxistisch-leninistische Parteien und Organisationen wurden oder werden in allen Ländern der Welt gegründet. Dieser unwiderstehliche revolutionäre Prozess zeugt von der Schaffung einer neuen Situation in den Reihen der internationalen Arbeiterklasse, von dem Beginn der Zerbrechung ihrer Ketten, die ihnen von den sozialdemokratischen und revisionistischen Parteien angelegt wurden, er beweist, daß die Ideen des Marxismus-Leninismus immer mehr die Gedanken und die Herzen der breiten werktätigen Massen ergreifen.

Die Imperialisten, Revisionisten und alle anderen Reaktionäre verlieren den Boden unter den Füssen. Entlarvt von den mächtigen revolutionären Stürmen der Völker werden sie immer mehr bloßgestellt und isoliert. Die Widersprüche, Spaltungen und Zwistigkeiten vervielfachen und vertiefen sich ständig. Der US-Imperialismus und der Sowjetrevisionismus sind mit großen und unüberwindlichen Schwierigkeiten konfrontiert in ihren Bemühungen, ihre Satelliten unter Kontrolle zu halten.

Polyzentristische, auseinanderstrebende und separistische Tendenzen, die in beiden Lagern offensichtlich sind, haben ein absolutes Chaos bewirkt. Die Bemühungen der beiden "großen zwei", den anderen die Verbündeten abspenstig zu machen, haben die Verwirrung nur noch vergrössert.

Es gibt keine Kraft der Erde, die den siegreichen Vormarsch der Völker aufhalten kann, es gibt keine Kraft, die die völlige Vernichtung des Imperialismus und Revisionismus verhindern kann.

Wir jedoch, die Marxisten-Leninisten, im Gegensatz zu den Revisionisten, die versuchen, pazifistische Illusionen zu wecken und die Massen damit einzuwickeln, wir haben niemals die volksfeindliche und konterrevolutionäre Politik des Imperialismus vergessen, die sich nicht nur nicht verändert hat, sondern sogar noch



Jederzeit bereit, eindringende Feinde zu vernichten — eine Artillerieeinheit der heldenhaften Albanischen Volksarmee in voller Kampfausrüstung bei einer militärischen Übung.

verstärkt worden ist. Der Imperialismus tut alles in seiner Macht Stehende und mobilisiert seine Streitkräfte, um die Revolution und den Sozialismus zu ersticken, die Positionen der Reaktion überall zu halten und zu festigen.

Ein neuer Imperialismus hat nun die Weltbühne betreten - der sowjetrevisionistische -, mit dem Anspruch auf Weltherrschaft. Das kann aber nicht die allgemeine Lage verschlechtern und den

Kampf der Völker für die nationale und soziale Befreiung nicht schwieriger machen.

Alle rückschrittlichen und reaktionären Kräfte unserer Zeit werden von dem US-Imperialismus angeführt, der der größte Feind und Ausbeuter aller Völker ist, das Bollwerk des Kolonialismus und der internationale Gendarm der Weltreaktion. Die ganze Politik und Aktivität der Vereinigten Staaten von Amerika hat zum Ziel, die ganze Welt zu unterjochen, an erster Stelle die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und die wirtschaftliche, politische und militärische Vorherrschaft des US-Imperialismus der ganzen kapitalistischen Welt aufzuzwingen. Allem voran ist es das Hauptziel des US-Imperialismus, die revolutionären Befreiungskämpfe der Völker zu unterdrücken und den Sozialismus zu zerstören.

Von seiner Beschaffenheit her kann der US-Imperialismus nicht lange leben, ohne andere Völker zu unterdrücken, ohne Märkte und ohne Rohstoffe zu plündern. Um sich diese Dinge sicherzustellen, hat er seine militärischen Stützpunkte errichtet und seine Truppen in alle vier Himmelsrichtungen der Erde entsandt, er ersinnt Intrigen und begeht offene militärische Aggressionen. Seine Unersättlichkeit ist grenzenlos. Mit dem Dollar kauft er das Gewissen und den Verstand der Menschen, sogar bei seinen Verbündeten, denen er die Führungskräfte der technischen Intelligenz raubt, wodurch er neue Bedingungen schafft, sie weiterhin zu unterjochen.

Unter diesen Bedingungen besteht zwischen dem US-Imperialismus und seiner weltweiten aggressiven Politik auf der einen Seite und den Völkern und ihrer Befreiung und ihrem antiimperialistischen Kampf auf der anderen Seite ein tiefer und unversöhnlicher Widerspruch, der die gesamte gegenwärtige Weltpolitik durchdringt. Aus diesem Grunde ist auch die Stellung zum Imperialismus und in erster Linie zum US-Imperialismus der Prüfstein für alle politischen Kräfte der Welt. Niemand kann sich außerhalb des Kampfes stellen, der zwischen den imperialistischen und den revolutionären Kräften geführt wird. Die einzige Frage, die sich im Hinblick auf jede politische Bewegung erhebt, ist die, zu wissen, welche Stellung sie beziehen, welche Richtung sie wählen wird. Die Völker und die wahren Revolutionäre haben nun klar ihren Standpunkt erklärt. Ihr hauptsächlicher strategischer Weg ist der allseitige, unversöhnliche und konsequente Kampf bis zum Ende gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien.

Die Völker der Welt vereinigen sich zu einer breiten Front gegen den US-geführten Imperialismus. Die unaufhörliche Stärkung dieser Front ist heute eine lebenswichtige, bedeutende historische Pflicht für alle Revolutionäre. Aber um gefestigt zu sein und den endgültigen Sieg zu erringen, darf diese Front es nicht versäumen, ihren Kampf in zwei Richtungen zur gleichen Zeit zu führen gegen den US-Imperialismus und gegen seinen Bundesgenossen - den Sowjetrevisionismus. Heute sind der Kampf gegen den US-Imperialismus und der gegen den Sowjetrevisionismus unzertrennlich, sie haben sich zu einem einzigen Ganzen zusammengefügt. Es wäre sehr schädlich und außerordentlich gefährlich, wenn irgendjemand noch Illusionen hegt im Hinblick auf die chruschtschowschen Revisionisten und sich durch ihre "antiimperialistische Demagogie täuschen ließe".

Eins der kennzeichnenden Merkmale der gegenwärtigen internationalen Situation ist der Übergang des Sowjetrevisionismus zum Sozialimperialismus, das Ansteigen seiner Aggressivität und die Verstärkung seiner Expansionsbestrebungen. Dies ist eine natürliche und unvermeidliche Folge der Verwandlung der Sowjetunion von einem sozialistischen Land in ein kapitalistisches Land, der Preisgabe der internationalistischen leninistischen Politik und der Rückkehr zu der alten zaristischen, chauvinistischen groß-russischen Politik. Das restaurierte kapitalistische System konnte nicht umhin, seine barbarischen Gesetze geltend zu machen, nicht nur im innenpolitischen Leben, sondern auch auf dem Gebiet der Aussenpolitik. Der inländische Faschismus wird stets durch Aggression nach außen ergänzt. Der von den Sowjetrevisionisten eingeschlagene Kurs zur Verwirklichung ihrer räuberischen Ziele ist der alte Kurs der Zaren und der anderen Imperialisten, der Kurs des Betrugs und der bewaffneten Gewalt. Rubel und Panzer, Lügen und Erpressung, Demagogie und Drohungen gehen Hand in Hand. Aber je weiter die Kreml-Chefs in ihren Expansions-Plänen gehen und je schwieriger ihre internationale Situation

und ihre Beziehungen zu ihren Satelliten werden, desto mehr wächst ihr militärisches Abenteurertum, desto mehr wird die bewaffnete Aggression ein Mittel, Schwierigkeiten und Widersprüche zu überwinden. Die Entwicklung hat mit unbestreitbaren Tatsachen bestätigt, daß unsere Partei völlig richtig handelte, als sie schon von Anfang an die imperialistische Natur der Führerschaft der Sowjet-Renegaten öffentlich entlarvte. Die Besetzung der Tschechoslowakei ist ein Beispiel, das die ganze Fäulnis und Entartung der herrschenden Clique der Sowjetunion offenbart, die ihr in Wahrheit imperialistisches Auftreten noch als Hilfe ausgibt, obwohl sie ein geschworener Feind der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker ist.

Die Aggression gegen die Tschechoslowakei war weder ein abgesonderter Fall noch ein einzigartiges Ereignis, das nicht wiederholt werden könne, sondern ist die erste Offenbarung der tatsächlichen Anwendung einer im faschistischen Stil aggressiven und chauvinistischen Politik, ist ein Ausgangspunkt für noch größere Abenteuer gegen die Freiheit und Unabhängigkeit anderer Völker. Es ist eine Tatsache, daß zur selben Zeit der Besetzung der Tschechoslowakei im stillen eine Verstärkung der militärischen Besetzung von Polen, Ungarn, der DDR, Bulgariens und der Mongolei vorgenommen wurde, indem neue sowjetische Truppen dort stationiert wurden, um den imperialistischen Befehl der Moskauer Revisionisten durchzudrücken. Es ist eine Tatsache, daß jetzt die Drohungen der Sowjet-Revisionisten gegen Rumäniens Unabhängigkeit sehr konkreten Charakter angenommen haben und die Pläne und Ziele, Jugoslawien und Albanien anzugreifen, nicht länger geheimgehalten werden.

Die groß-russische Expansionspolitik der sowjet-revisionistischen Imperialisten kommt auch sehr deutlich zum Ausdruck in den bewaffneten Provokationen durch sie an der chinesischen Grenze. Sie haben jetzt viele Truppen im Osten zusammengezogen. Sie haben ihr militärisches Arsenal verstärkt und bereiten sich für einen Angriffskrieg auf die Volksrepublik China vor. Wie weit der Wahnsinn der jetzt im Kreml herrschenden Abenteurer gehen wird, das weiß keiner. Eines jedoch ist sicher: Sollten sie je versuchen, ihre Kraft mit dem chinesischen Riesen zu messen, wird dies ihr Ende sein. Die Sowjet-Revisionisten werden vollkommen und vollständig vernichtet werden.

Um ihre Expansionsziele zu verwirklichen, bedienen sich die sowjetischen Führer nun des Warschauer Pakts, den sie in ein Werkzeug der Unterdrückung und Aggression verwandelt haben. Die Regierung der Volksrepublik Albanien kündigte den Warschauer Pakt aus politischen, militärischen und ideologischen Gründen, weil sich sein Charakter und seine Ziele änderten. Von einem Vertrag für die Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit der sozialistischen Staaten, für die Verteidigung der Völker und des Friedens, wurde er umgewandelt in einen Vertrag zur Versklavung seiner Mitgliedsländer und in ein Mittel der gefährlichen sowjetischen imperialistischen Politik gegen die Völker und die internationale Sicherheit.

Unter diesen Umständen im Warschauer Pakt zu bleiben, hieße, die aggressiven Handlungen und Ziele dieses Vertrages zu billigen, eine imperialistische Macht zu unterstützen und ihr Partner zu werden, die Aggression gegen die Tschechoslowakei und die anderen räuberischen Pläne der Sowjet-Revisionisten zu billigen. Wenn wir in diesem Pakt geblieben wären, wären wir keine Marxisten. Der Leninismus lehrt uns, daß die Kommunisten sich nicht von den "sozialistischen" Phrasen täuschen lassen dürfen, mit denen sich die Aggressoren tarnen, sie dürfen nie Verteidiger des Imperialismus werden, in welcher Farbe und Form er auch erscheinen mag. Anders handeln heißt in den opportunistischen Standpunkt der Verräter der zweiten Internationale zu verfallen, die nicht sehr lange dazu brauchten, von Ausbreitern von Illusionen über den Imperialismus zu seinen offenen Helfern und zu Sozialchauvinisten zu werden. Versöhnung mit den Sowjet-Revisionisten, vorgeblich für den Kampf gegen den US-Imperialismus, bedeutet, ein Anhänger des einen Imperialismus zu werden, der genauso grausam und barbarisch ist, wie der andere, das bedeutet Helfer des einen Imperialismus gegen den anderen Imperialismus zu werden in dem Kampf, den sie gegeneinander um Überlegenheit, um Einflusszonen und um die Weltherrschaft führen.

In ihren Anstrengungen, die Völker zu beherrschen und ihre Reichtümer zu plündern, versuchen die Sowjet-Revisio-

nisten sogar ihre Politik des Groß-macht-Chauvinismus "theoretisch" zu rechtfertigen, indem sie sie als Marxismus-Leninismus, als den Gipfel des proletarischen Internationalismus darstellen. Mit einem Wort, sie versuchen den Wolf unter einem Schafspelz zu verstekken. Dieser Art ist die berüchtigte Theorie der "begrenzten Souveränität", die vom Revisionistenchef Breschniew vertreten wird und durch die die Sowjet-Revisionisten sich das Recht verschaffen wollen, sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen und sie zu besetzen. Sie trachten danach, durch diese reaktionäre Theorie andere dazu zu zwingen, einen der reinsten und höchsten Wünsche, die eine Nation und ein Volk hat, den Wunsch nach Freiheit und nach der Verteidigung ihrer Souveränität zu verraten und zu verwerfen, damit sie kapitulieren und den Weg für die sowjet-revisionistische Okkupation freimachen. Indem sie diese imperialistische Theorie in marxistischen Farben malen, beabsichtigen die Sowjet-Revisionisten sie ebenfalls über die kommunistische Bewegung auszubreiten, um die anderen Parteien zu zwingen, ihre Unabhängigkeit aufzugeben und dem Kommandostab Moskaus in allem zu gehorchen, sich selbst in ein Anhängsel der sowjetischen Außenpolitik zu verwandeln.

Aber solche verhaßten faschistischen Theorien sind nicht stichhaltig. Die Verteidigung der Souveränität der sozialistischen Länder sowie der aller anderen Länder vor dem Imperialismus oder irgendeinem anderen Feind, kann nicht verwirklicht werden, indem man die Souveränität begrenzt oder indem man das Land in den Händen der revisionistischen Wölfe läßt, sondern dadurch, daß seine Unabhängigkeit und völlige Souveränität bewahrt wird, immer und in allen Fragen in ununterbrochenem Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus. Nie kann ein Land souverän sein und am wenigsten ein sozialistisches, wenn es von einer imperialistischen oder chauvinistischen Großmacht völlig versklavt oder halb unterjocht ist. Es erfreut sich nur dann seiner Souveränität und Unabhängigkeit, wenn es eine entschlossene Linie für die Verteidigung der wahren Prinzipien der Freiheit, der Unabhängigkeit und Souveränität einhält, und sich auf die eigene Kraft und auf die internationale Solidarität der internationalen Arbeiterklasse und der revolutionären Völker verläßt.

Eine große Verantwortung ruht jetzt auf dem sowjetischen Volk. Es darf sich nicht täuschen lassen von der faschistischen Propaganda, mit der die revisionistischen Renegaten danach trachten, seinen Verstand zu vergiften. Die chruschtschowschen Führer versuchen es zu verwirren, indem sie die niedrigsten nationalistischen und chauvinistischen Gefühle aufhetzen, um es zu einer gehorsamen Masse zu machen, die blind ihre abenteuerlichen Pläne ausführt. Wir hoffen, daß das sowjetische Volk die unsterblichen Lehren Lenins und Stalins nicht vergessen hat, daß der Geist des Kommunismus und der internationalen Solidarität immer noch in seinem Herzen lebt. Wir glauben, daß der Sowjet-Soldat, der Europa überquerte und in Asien kämpfte, um den Faschismus zu vernichten und den Völkern die Freiheit zu bringen, diesen Weg nicht verlassen wird, um anderen Völkern ihre Freiheit zu rauben und den neuen revisionistischen Faschismus zu errichten. Er sollte die Waffen, die ihm zur Versklavung anderer gegeben wurden, auf die verbrecherische Machthaber-Clique richten, um seinem Land seinen früheren Ruhm wiederzugeben, dessen Name und Ehre von den Verrätern und Renegaten mit Füssen getreten wird.

Die Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker, der Frieden und die internationale Sicherheit sind jetzt ernstlich von dem Sowjet-US-imperialistischen Block gefährdet. Dieser Block stellt heute die schwärzeste Reaktion dar, die größte und gefährlichste konterrevolutionäre Macht, die die Menschheit je kannte.

Diese sowjetisch-amerikanische "heilige Allianz" entwickelt sich jetzt in beispiellosem Maße auf allen Gebieten - ökonomisch, politisch und militärisch. Die beiden Großmächte, die sich gegenseitig zur Verwirklichung ihrer Führerschafts- und Herrschaftsziele benötigen, koordinieren ständig ihre Pläne und konkreten Handlungen gemäß ihrer weltweiten Strategie zur Beherrschung der Welt. Durch das Vorbereiten und Durchführen verschiedenster räuberischer Kriege suchen sie die Völker unter ihrer Sklaverei zu halten und die Revolution zu unterdrücken.

Natürlich bestehen als imperialistische und unersättliche Mächte, die sie sind, zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der revisionistischen Sow-

jetunion auch große Widersprüche, sie ringen miteinander und der eine plant, den anderen zu vernichten. Das System des Sowjet-US-Bündnis, das im wesentlichen ein konterrevolutionäres ist, schließt die Spaltungen, Streitigkeiten und Widersprüche, die ihnen nicht erlauben, in Harmonie und Einheit zu handeln, nicht nur nicht aus, sondern enthält sie seinem Wesen nach sogar. Wenn diese Widersprüche ihren Höhepunkt erreichen, wenn sich die Frage nach der Neuaufteilung ihrer Einflusszonen erhebt, können sie sogar zu bewaffneten Konflikten zwischen ihnen führen. Aber gegenwärtig ist das konterrevolutionäre Bündnis im Stadium seiner Stärkung und Ausdehnung. Das, was sie heute vereint, ist für sie bedeutender, als das, was sie entzweit. An erster Stelle um zu überleben, um sich ihre großen Weltreiche zu erhalten, um ihre Stellung als Supermächte zu behalten, sind beide Seiten genötigt, aneinander heranzurükken und zusammenzuarbeiten und den Krieg gegen die Revolution, den Sozialismus und die Befreiungsversuche der Völker zu führen als Grundlage für die Verteidigung ihres Systems als die grundlegende Hoffnung für die Verwirklichung ihrer Expansions- und Versklavungsstrategie.

Unter den gegenwärtigen Umständen versuchen der US-Imperialismus und der sowjet-revisionistische Imperialismus, miteinander in Beziehungen zu kommen, ohne einander zu stören, damit jeder seinen eigenen Bereich behält, um seine europäischen Satelliten gut unter Kontrolle zu halten, um die imperialistischen Streitigkeiten und Widersprüche zwischen ihnen zu unterdrücken, so daß sie später ein freies Feld haben, sich mit allen ihren Streitkräften auf die Unterdrükkung der revolutionären und freiheitlichen Bewegungen der Völker zu werfen und, was noch wesentlicher ist, um die Spitze ihres gemeinsamen Kampfes auf das große Volks-China, gegen die uneinnehmbare Festung des Marxismus-Leninismus und der Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker zu richten.

Die US-Imperialisten und die Sowjet-Revisionisten beabsichtigen, China mit einem Einkreisungsring einzuschliessen und dann zur Unterdrückung der chinesischen Revolution und zur Zerstörung der Volksrepublik China überzugehen. Zu diesem Zweck arbeiten seit 20 Jahren die Führungsstäbe Washingtons Tag und Nacht von Truman, Mac-Arthur, Eisenhower und Dulles bis zu Johnson und Nixon. Sie zogen wer weiß wieviel militärische Streitkräfte im Pazifik zusammen, sie schlossen einen Pakt nach dem anderen mit ihren asiatischen Marionetten und unternahmen wiederholt große militärische Provokationen, um den Widerstand der chinesischen Festung zu erproben. Aber das große Volks-China stand fest und zerschmetterte mit seiner starken Faust alle Versuche des US-Imperialismus, seine Stärke zu messen. Dasselbe Schicksal erwartet die neuen gemeinsamen imperialistischen-revisionistischen Pläne und Anstrengungen gegen die Volksrepublik China.

Eines der bezeichnenden Merkmale der gegenwärtigen internationalen Situation ist die Tatsache, daß sich das Weltproletariat seiner Stärke bewußt wird. Die arbeitenden Massen, die unter dem kapitalistischen und revisionistischen Joch leiden, entdecken und verstehen mit jedem vergehenden Tag besser die Gründe ihrer elenden Situation und weisen mit Verachtung die Demagogie und den Zynismus der herrschenden Klassen zurück. Der Marxismus-Leninismus, die alles besiegende Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus verbreitet sich immer mehr unter dem Weltproletariat, erhellt den Weg zur Revolution für die unterdrückten Massen.

Die US-Imperialisten und die Sowjet-Revisionisten versuchen die Ruhe, den Status quo und ihre Bündnisse zu bewahren. Aber die Völker, die Revolutionäre, alle jene, die Unterdrückung und Ausbeutung hassen, wünschen diese Ruhe nicht, die die Imperialisten und Revisionisten der Welt aufzuzwingen versuchen, sie wünschen den reaktionären Status quo nicht, der die Teilung der Welt zwischen den beiden imperialistischen Großmächten festigt, sie stehen konterrevolutionären Bündnissen feindlich gegenüber, die darauf abzielen, die Völker zu versklaven und sie ihrer Freiheit und Unabhängigkeit berauben.

Die Imperialisten und Revisionisten machen laut Reklame für ihre sogenannte friedliche Koexistenz, aber das Volk und die Revolutionäre verwerfen mit Verachtung diesen ungeheuren Betrug, der auf die Legalisierung der imperialistischen Weltherrschaft abzielt, darauf, die revolutionären Kämpfe zu unterdrükken und das Ausführen ihrer aggressiven, räuberischen Kriege zu billigen. Das

Volk und die Revolutionäre treten an für die von Lenin proklamierte friedliche Koexistenz, die niemals ausgedehnt werden kann auf den Bereich der Ideologie, des Klassenkampfes und der Revolution und des Befreiungskrieges. Sie verwerfen entschlossen ebenfalls den Bluff der "totalen Abrüstung", die die US-Imperialisten und die Sowjet-Revisionisten verkünden und die darauf abzielt, die anderen vor den imperialistischen-revisionistischen Aggressoren zu entwaffnen und ihnen selbst das nukleare Monopol und eine steigende Kriegsmacht zu sichern.

Die grausame kapitalistische Ausbeutung, ob durch die US-Imperialisten oder die Sowjet-Revisionisten ist gleichermaßen unerträglich für die Völker, die kämpfen und mit noch mehr Entschlossenheit kämpfen werden, um sich von ihr zu befreien. Der größte Klassengegensatz unserer Zeit ist der, der zwischen den Imperialisten-Revisionisten auf der einen Seite und den Völkern auf der anderen Seite besteht. Er verschärft sich ständig und drückt sich aus in den grossen Klassenkämpfen auf nationaler und internationaler Ebene, die mit viel Erfolg zu Gunsten der Völker ausgetragen werden.

Die Zukunft, ohne Rücksicht auf den Zickzack-Kurs, den die gegenwärtige Entwicklung der Welt nimmt, gehört der Revolution, dem Sozialismus. Es ist eine Tatsache, daß das Weltproletariat durch die Erfahrung seines täglichen Kampfes davon überzeugt ist, daß es um eine neue, von Unterdrückern und Ausbeutern freie Welt zu errichten, zuerst die alte Welt bis auf ihre Fundamente zerstören muß, was nur über den revolutionären Weg, durch bewaffnete Gewalt getan werden kann.

Sicher wird die Revolution weder ausbrechen noch gewonnen werden im Verlauf eines Tages. Der Kampf wird lang und zäh sein und wird viele Opfer fordern, aber die Idee der Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats wird ihrem vorwärtsschreitenden ununterbrochenen Weg gehen. Unter der Führung der marxistisch-leninistischen Parteien wird das Weltproletariat mit Sicherheit seinen stolzen, historischen Auftrag erfüllen, es wird wissen, wie es mutig mit den offenen und heimtükkischen Angriffen der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen und revisionistischen Lakaien fertig wird, es wird wissen, wie es die Sache des Sozialismus und Kommunismus zu Ende führt.

Das albanische Volk, seine Partei und Regierung, die unermüdlich für den Aufbau des Sozialismus in ihrem Land arbeiten, folgen mit Aufmerksamkeit und scharfer Wachsamkeit der Entwicklung der gegenwärtigen Welt-Situation. Gleichzeitig entfalten sie eine breite Aktivität auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen, in Übereinstimmung mit den korrekten revolutionären Prinzipien unserer Außenpolitik.

Unsere Partei und Regierung wird genauso wie sie es bisher getan hat, auch in der Zukunft ihre Freundschaft, Zusammenarbeit und die brüderliche gegenseitige Hilfe stärken zu allen sozialistischen Ländern, mit denen wir durch unsere gemeinsamen Ideale des Sozialismus und Kommunismus, durch unsere gemeinsamen Ziele und unseren gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus und den modernen Revisionismus vereint sind.

Das neue Albanien stellt heute einen bedeutenden Faktor des Friedens und Fortschritts in der Welt dar. Es hat in einer grundsätzlichen und beharrlichen Weise seine Politik der guten Nachbarschaft und der normalen Beziehungen zwischen Staaten verschiedenen Gesellschaftssystems verwirklicht und fährt fort, sie zu verwirklichen, gegründet auf den Prinzipien der Nichteinmischung und der Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität.

Das albanische Volk war und wird stets auf der Seite der Völker sein und wird allen revolutionären Bewegungen seine feste Unterstützung gewähren, die für nationale und soziale Befreiung, für den Aufbau einer neuen von Kapitalisten und Kolonialisten freien Welt kämpfen, für alle die, die für die heilige Sache der Freiheit, Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts kämpfen.

Die US-imperialistische Aggression gegen das heroische Volk von Vietnam dauert nun schon 10 Jahre. Obwohl die US-Imperialisten den Krieg tatsächlich auf dem Schlachtfeld verloren haben und in den Augen der ganzen Welt diskreditiert sind, haben sie ihre Anstrengungen nicht aufgegeben, das vietnamesische Volk auf die Knie zu zwingen und

es zu versklaven und sein Land zu einem Ausgangspunkt für neue Aggressionen in Süd-Ost-Asien und gegen alle asiatischen Völker zu machen.

Unterstützt von den sowjetischen Revisionisten, die alle Bemühungen gemacht haben, ihre amerikanischen Bundesgenossen vor ihrer unvermeidlichen Niederlage zu bewahren, auch als eine Bezahlung für ihre "korrekte Haltung" gegenüber der Besetzung der Tschechoslowakei, tun die amerikanischen Aggressoren nun alles was in ihrer Macht steht, um am Konferenztisch das zu erreichen, was sie mit Hilfe von Waffen nicht erreichen konnten.

Aber das vietnamesische Volk, das auf Grund seiner Tapferkeit, Weisheit und Klarheit schon schwierigere Situationen bewältigt hat als die gegenwärtige, wird wissen, wie es mit den Betrügereien der Imperialisten und mit dem Druck jener, die sich als seine Freunde geben, die ihnen aber in den Rücken fallen, fertig wird. Es hat nie die Knie gebeugt und seine lange Erfahrung im revolutionären Kampf hat es gelehrt, daß der völlige und sichere Sieg über die Aggressoren durch bewaffneten Kampf erreicht werden kann, Schlag auf Schlag gegen die Feinde.

Das albanische Volk war und wird stets solidarisch mit dem gerechten Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes sein, es hat unterstützt und wird entschlossen unterstützen sein rechtsmässiges Streben nach Freiheit und nationaler Unabhängigkeit und der Vereinigung seines willkürlich geteilten Vaterlandes.

Die Tschechoslowakei leidet unter der schweren Besetzung durch die Sowjet-Revisionisten. Die neuen Beherrscher unterdrücken mit Feuer und Schwert den Willen des tschechoslowakischen Volkes und seine Anstrengungen, Freiheit und nationale Unabhängigkeit zu gewinnen, die mit Füssen getreten wurde, und seine verletzte Ehre und Würde zu verteidigen. Aber die Tschechoslowakei wurde zu einer gefährlichen Wunde für die sowjet-revisionistischen Okkupanten, sie ist zur Entlarvung der heute im Kreml herrschenden Breschniew-Kossygin-Renegaten-Clique geworden.

Die verräterischen tschechoslowakischen Herrscher und ihre sklavischen Versprechen, die sie den Okkupanten gegeben haben, die endlosen Besuche von Prag nach Moskau und umgekehrt der Offiziere und Verräter können die Situation nicht retten.

Das tschechoslowakische Volk demonstriert der ganzen Welt, daß weder Verräterei noch ein Terrorregime, weder Betrug noch unerwartete Gesetze seinen Widerstand, seinen rechtsmässigen Freiheitskampf aufhalten können. Nichts kann die Ideale der Freiheit und Gerechtigkeit des tschechoslowakischen Volkes auslöschen von der Revolution und dem Sozialismus, den es in seinem Herzen bewahrt, nichts kann sein Verlangen und seine Entschlossenheit bezwingen, mit allen Mitteln und in jeder Weise bis zum völligen Sieg zu kämpfen.

So wie wir die Besetzung der Tschechoslowakei am 21. August verurteilten, mit derselben Entschlossenheit drücken wir unsere Solidarität und unsere tiefe brüderliche Sympathie für das tschechoslowakische Volk aus. Wir waren und werden stets auf seiner Seite im gerechten Befreiungskampf stehen, den sie gegen die revisionistischen Okkupanten und die Verräter führen.

Das albanische Volk hat unterstützt und wird unterstützen den gerechten Kampf des brüderlischen arabischen Volkes gegen die israelisch-imperialistische Aggression. Trotz der großen Schwierigkeiten, die sich dem arabischen Volk entgegenstellen, nicht nur als Ergebnis der Besetzung seines Territoriums durch Israel und der Fortsetzung der Aggression, sondern auch herrührend von dem Eingreifen der US-Imperialisten und der sowjet-revisionistischen Imperialisten in diesen Konflikt, glauben wir fest daran, daß das arabische Volk den endgültigen Sieg erringen wird.

Die beiden imperialistischen Großmächte, die sich das Recht zu geben suchen, den Schiedsrichter im Nahen Osten zu spielen, sind die schlimmsten Feinde des arabischen Volkes. Sie wollen den Konflikt, der sich in diesem Gebiet abspielte, in den Rahmen ihres Feilschens uns die Aufteilung der Einflussphären hineinzwingen, um in den Besitz der großen Reichtümer des Nahen Ostens und der strategischen Punkte dieser Zone zu gelangen. Sie zwingen dem gesamten arabischen und palästinensischen Volk, dessen bewaffneter Kampf ein bedeutender Faktor zur Wiederherstellung ihrer Rechte und zur Befreiung des von Israel besetzten Territoriums ist, Losungen auf, die den nationalen Interessen des ara-

bischen Volkes zuwiderlaufen und die Bedingungen erzeugen, die sie ihre Freiheit und Unabhängigkeit kosten würden und die sie unter das Joch des Neo-Kolonialismus bringen würden.

Das arabische Volk kann seine Probleme selber lösen und Israel in seine Grenzen verweisen. Und es kann dies mit Sicherheit erreichen, wenn es in erster Linie auf die eigene Kraft und auf die Hilfe seiner wahren Freunde - die revolutionären Völker und alle antiimperialistischen und antirevisionisten Kräfte vertraut.

Neuerdings haben die Sowjet-Revisionisten und einige westeuropäische Länder, hinter denen die Vereinigten Staaten von Amerika stehen, viel Aufhebens mit Vertragsentwürfen für eine bestimmte, sogenannte europäische Sicherheit gemacht. Daß alle Staaten unseres Kontinents Sicherheit benötigen, das ist wahr. Aber zunächst sollte erklärt werden, wer vor wem sicher sein soll. Die "europäische Sicherheit", die von den Sowjet-Revisionisten gefordert wird und die von den US-Imperialisten unterstützt wird, bedeutet Sicherheit für ihre Einflusszonen in Europa, Sicherheit für ihre militärischen Stützpunkte und das Recht für ihre Flotten, die Küsten Europas zu kontrollieren, es bedeutet, daß die Völker Europas Moskaus und Washingtons Recht legalisieren und offiziell anerkennen sollen, sich ihre besonderen Privilegien imperialistischen und kolonialistischen Charakters, die sie in verschiedenen europäischen Ländern besitzen, zu bewahren, Genau analysiert bedeutet eine solche Sicherheit in Europa den Status quo der sowjetisch-amerikanischen Herrschaft beizubehalten und zu verewigen, die Ruhe auf diesem Kontinent sicherzustellen, so daß den Sowjet-Revisionisten und den US-Imperialisten freie Hand gelassen wird, in Asien, Afrika und an jeder beliebigen anderen Stelle zu tun, was sie wollen, die Völker zu unterdrücken und zu versklaven, die ausbeutende kapitalistische Herrschaft sowohl bei sich zu Hause als auch in ihrem jeweiligen Weltreich zu stärken.

Die Völker Europas hassen eine derartige "Sicherheit" und werden sie nie annehmen. Sie dürfen nicht in die teuflischen Fallen gehen, die von den imperialistischen Großmächten gestellt werden, sie dürfen ihr Schicksal nicht der Gnade der amerikanischen und sowjetischen Chefs überlassen, sie dürfen sich nicht zu Kanonenfutter machen lassen, indem sie die sowjetischen oder amerikanischen Pläne für deren Weltherrschaft ausführen. Sie sind vom US-Imperialismus und Sowjet-Imperialismus bedroht und gerade das läuft der Errichtung einer wirklichen europäischen Sicherheit zuwider.

Das albanische Volk, seine Partei und Regierung, die mutig und in revolutionärer Weise die wahnsinnigen imperialistischen und revisionistischen Angriffe zurückgewiesen haben, sind davon überzeugt, daß weder der US-Imperialismus noch der Sowjetrevisionismus noch beide vereint, trotz der Anstrengungen die sie machen, in der Lage sind, den Hauptkurs der Weltgeschichte zu verändern, der unvermeidlich zur völligen Niederlage des Imperialismus und Revisionismus und zum Triumph der Revolution und des Sozialismus in allen Ländern führen wird.

Radio Tirana

Zeit	Kurzwelle	Mittelwelle
6- 6,30 h	41,50 Meter	215 Meter
13-13,30 h	32,41 "	
14,30-15 h	32,41 "	
16-16,30 h	32,41 "	
18-18,30 h	32,41 "	
19-19,30 h	41,50 "	
21,30-22 h	41,50 "	
23-23,30 h	41,50 "	215 Meter

Radio Peking

Täglich auf Kurzwelle

19,00 - 20,00 Uhr 43,7 - 42,8
40,8 und 25,6 m

21,00 - 22,00 Uhr 43,7 - 42,8
und 31,7 m

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten - Leninisten

2000 Hamburg 71, Postfach 464

Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis 40 Pfennig. Jahresbezugspreis: 7,40 DM (einschließlich Porto).